

Inhalt

Radikal sozial: Für Bremen und Bremerhaven	2
1 Bezahlbar Wohnen, bezahlbar Leben.....	7
1.1 Wohnen ist dein Recht, keine Ware!	7
1.2 Wohnungslosigkeit	15
1.3 Stadtentwicklung: Sozial, ökologisch, feministisch & resilient	18
1.4 Entlastung.....	21
1.5 Verbraucher*innenschutz	23
2 Lebenswerte Stadtteile	25
2.1 Soziale Infrastruktur und Nachbarschaftspolitik	25
2.2 Gesundheit und Pflege	28
2.3 Drogenhilfe statt repressive Drogenpolitik	32
2.4 Sport	33
2.5 Jugend.....	35
2.6 Mobilität: Klimagerecht, bezahlbar und für alle!	37
2.7 Klimaanpassung für die soziale Stadt	42
2.8 Teilhabe und soziale Infrastruktur in Bremen Nord	44
2.9 Bürger*innenbeteiligung, Demokratie und Kommunalpolitik	46
3 Solidarische Stadtteilgesellschaften	48
3.1 Sozialpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.....	48
3.2 Wer Bildungsgerechtigkeit will, muss in Kitas investieren	54
3.3 Bildung.....	57
3.4 Gute Ausbildung für alle sicherstellen.....	64
3.5 Arbeit: Der Mensch im Mittelpunkt	67
3.6 Senior*innen	76
3.7 Inklusion und Behindertenpolitik	78
3.8 Geschlechtergerechtigkeit.....	80
3.9 Queer	86
3.10 Antidiskriminierung und Partizipation	89
3.11 Migration	93
3.12 Kultur	98
3.13 Medien	103
3.14 Inneres.....	105
3.15 Justiz	108
3.16 Antifaschismus und Erinnerungskultur	110
4 Transformation sozial gestalten	113

4.1 Wirtschaft.....	113
4.2 Klimaschutzstrategie	121
4.3 Energie, Rekommunalisierung und Daseinsvorsorge.....	124
4.4 Hafen	128
4.5 Bremerhaven – Stadt am Wasser	131
4.6 Wissenschaft	134
4.7 Nachhaltig miteinander füreinander: Umwelt-, Natur-, und Tierschutz.....	137
4.8 Tierschutz	141
4.9 Globale Solidarität und Zusammenarbeit	142
4.10 Friedenssicherung in unsicheren Zeiten.....	144
4.11 Digitalisierung und Netzpolitik	146
4.12 Für eine moderne Verwaltung und einen zeitgemäßen öffentlichen Dienst.....	149
4.13 Regierungszusammenarbeit: Gleichberechtigt und auf Augenhöhe	151
4.14 Haushalt und Finanzen	152

Radikal sozial: Für Bremen und Bremerhaven

Wir wollen ein Land und zwei Städte, in denen man sich das Leben leisten kann. In denen Schule, Bus, Ärztin und Beratungsstelle da sind, wenn man sie braucht. Und in denen niemand dafür kämpfen muss, dass er oder sie dazugehört. Dafür treten wir 2027 an.

Derzeit läuft die Entwicklung in die andere Richtung. Seit Jahren folgt eine Krise auf die nächste: Pandemie, Energiepreise, Krieg in Europa, Inflation. Wer das aushält, hat den Eindruck, dass Politik nur noch verwaltet, was gerade eben noch geht. Verändert hat sich aber vor allem eines: Aus dem Ausnahmezustand ist ein Dauerzustand geworden, und der Dauerzustand wird inzwischen als Begründung benutzt. Dafür, dass wir uns den Sozialstaat nicht mehr leisten können. Dass Gleichstellung ein Luxusthema sei. Dass Klimaschutz warten muss. Dass für Aufrüstung Milliarden da sind und für Kitas, Krankenhäuser und Quartierszentren nicht.

Im Bund ist daraus längst praktische Politik geworden. Der Sozialstaat wird nicht reformiert, sondern abgebaut. Das Bürgergeld ist zu einer Grundsicherung umgebaut worden, in der Sanktionen härter greifen und die Vermögensfreibeträge sinken. Wer zum zweiten Mal einen Termin im Jobcenter nicht wahrnimmt, verliert 30 Prozent des Regelbedarfs. Wer dreimal nicht erscheint, kann alles verlieren, auch die Kosten der Unterkunft. Für Menschen in der Grundsicherung im Alter gilt bei der Miete seit Juli 2026 eine feste Obergrenze, wo vorher der Einzelfall geprüft wurde. Und über die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren wird verhandelt, als wäre sie ein Geschenk und nicht die Anerkennung eines ganzen Arbeitslebens.

Wer zur Miete wohnt, weiß, dass die nächste Erhöhung kommt, nur nicht wann. Wer Angehörige pflegt, tut das meistens allein und bezahlt es später mit der eigenen Rente. Wer zwei Jobs hat, hat deshalb noch keine Sicherheit.

Gleichzeitig wird der Ton härter, und es bleibt nicht beim Ton. Das Bundeskriminalamt hat für 2025 den höchsten Stand politisch motivierter Straftaten seit Beginn dieser Statistik gemeldet. 19.484

davon wurden als ‚fremdenfeindlich‘ motiviert, also rassistisch, klassifiziert, fast drei Viertel davon aus dem rechten Spektrum. Das sind mehr als fünfzig an jedem Tag des Jahres. Hasskriminalität gegen Frauen und gegen queere Menschen hat erneut zugenommen. Rassistische, antisemitische, queerfeindliche und antifeministische Gewalt bedroht ganz konkret die Sicherheit und das Leben von Menschen - auch in Bremen und Bremerhaven.

Und es wird wieder, auch aus der Mitte des politischen Spektrums, offen infrage gestellt, wer eigentlich dazugehört. Wer als Belastung gilt. Wer sich Unterstützung erst verdienen muss. Wer gefragt wird, woher er oder sie „eigentlich“ kommt. Wenn erst einmal verhandelt wird, für wen ein Gemeinwesen da ist, hält dieses nicht mehr lange zusammen.

Am 6. September 2026 hat die AfD in Sachsen-Anhalt 43,8 Prozent geholt und eine absolute Mehrheit nur knapp verfehlt. Wir halten es für falsch, darauf mit Panik zu reagieren, und für genauso falsch, es kleinzureden. Es ist das Ergebnis von Jahrzehnten, in denen Menschen erfahren haben, dass der Staat bei ihnen nicht mehr vorkommt – und von Jahren, in denen die sogenannte demokratische Mitte die Erzählung der Rechten übernommen hat.

Aber das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt ist auch eine Kampfansage: Für eine Gesellschaft, bei der nicht alle dazugehören, die sich abschotten will. Für eine Wirtschaft, die sich kurzfristige Wettbewerbsvorteile erkaufen soll, indem sie keine Rücksicht nimmt auf Beschäftigte, Klima, Zukunftsumbau. Für Hierarchie und Entrechtung statt Gleichstellung, Autorität statt Demokratie.

Dem stellen wir uns entgegen. Wir stellen diejenigen ins Zentrum unserer Politik, die von den Forderungen der Rechten als erstes bedroht werden. Die Menschen in Bremen und Bremerhaven erleben, dass Politik ihr Leben besser macht.

Wo wir stehen

Wir wollen ehrlich anfangen, auch mit uns selbst. Wir sind 2019 in die Landesregierung eingetreten in dem Bundesland mit der höchsten pro-Kopf-Verschuldung. Bremen stand und steht unter dem Spardiktat des Stabilitätsrates und die Bundesregierung sorgt mit ihrer verfehlten Steuerpolitik dafür, dass Kommunen und Bundesländern immer weniger Geld zur Verfügung steht. Die Ausgangslage für linke Politik war und ist also denkbar schlecht - und auch mit unserer Regierungsbeteiligung ist die Armutsquote nicht gesunken, sondern gestiegen. In Bremen und Bremerhaven lebt nach dem Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands vom Juni 2026 mehr als jeder vierte Mensch in Armut: 27,5 Prozent, über 194.000 Menschen, bundesweit der höchste Wert. Im Jahr davor waren es 25,9 Prozent.

Und trotzdem sind wir stolz auf vieles, was wir in den vergangenen acht Jahren erreichen konnten.

Was in diesen Jahren an konkreter Verbesserung durchgesetzt wurde, wäre ohne uns nicht durchgesetzt worden. Der Landesmindestlohn liegt seit April 2026 bei 14,87 Euro und steigt zum 1. Januar 2027 auf 15,17 Euro, weil wir ihn dauerhaft an den Tarif des öffentlichen Dienstes gekoppelt haben. Bremen ist das einzige Bundesland mit einem gesetzlichen Ausbildungsfonds: Seit Januar 2025 zahlen alle größeren Betriebe eine Umlage ein, ausbildende Betriebe erhalten 2.250 Euro pro Auszubildenden zurück, im ersten Jahr rund 27 Millionen Euro – finanziert von der Wirtschaft, nicht aus dem Haushalt. Dazu kommen Housing First, eine zentrale Landes-Antidiskriminierungsstelle, eine unabhängige Polizei- und Feuerwehrbeauftragte und ein beaufsichtigter Drogenkonsumraum. Nichts davon ist von allein gekommen, und jedes Einzelne davon war umstritten.

Eine Lehre aus diesen Jahren ist unbequem. Im Juni 2025 hat ArcelorMittal die Dekarbonisierung des Bremer Stahlwerks abgesagt und rund 840 Millionen Euro an bereits zugesagter Förderung von Land

und Bund einfach nicht abgerufen. Ein Konzernvorstand hat damit über die industrielle Zukunft Bremens entschieden, und die Öffentlichkeit, die zahlen sollte, hatte nichts zu melden. Der Umbau der Industrie ist nötig und wir wollen ihn. Aber er darf nicht davon abhängen, ob ein Konzern ihn gerade für lohnend hält, und er darf nicht von den Beschäftigten bezahlt werden. Daraus folgt für uns: Wo öffentliches Geld fließt, muss öffentliches Eigentum entstehen und demokratisch mitentschieden werden. Sonst erleben wir dasselbe noch einmal – bei der Energieversorgung, bei der Wärme. Rekommunalisierung ist für uns deshalb keine Ideologie, sondern die praktische Konsequenz.

Was wir vorschlagen

Dagegen hilft kein Durchhalteappell, sondern Politik, die im Alltag ankommt. Konkret heißt das: Das Mittagessen in der Schule kostet nichts. Die Straßenbahn zum Arzttermin kostet nichts. Das Quartierszentrum ist offen, ohne dass sein Träger jeden Herbst um die Förderung bangen muss. Auf dem Platz stehen Bäume, ein Trinkwasserbrunnen und eine Toilette, die funktioniert. Und wenn die Miete um vierzig Prozent steigen soll, gibt es eine Behörde, die das nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern dagegen vorgeht. Das ist keine Utopie. Das sind Entscheidungen.

Wohnen ist keine Ware. Die Mieten müssen runter. Wir wollen ein Landesamt für Mieterschutz, das Mietwucher verfolgt, Verfall und Leerstand bekämpft und Ferienwohnungen wirksam reguliert. Problemimmobilien gehören nicht in die Hände von Spekulanten, sondern vergesellschaftet. Wir wollen einen öffentlichen Ankauffonds, ein kommunales Bauprogramm und Wohnraum für Studierende, der nicht das halbe BAföG kostet.

Bezahlbarkeit ist eine politische Entscheidung. Kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen. Kostenlose Krippe und Hort. Günstige Quartiers-Mittagstische und Sozialkaufhäuser in den Stadtteilen. Sozialtarife in Schwimm- und Freibädern. Ein 0-Euro-Sozialticket für Kinder und Jugendliche und der Einstieg in den ticketlosen ÖPNV. Wer wenig hat, soll nicht bei jeder Alltagsentscheidung rechnen müssen.

Soziale und gesundheitliche Infrastruktur gehört ins Quartier. Frauenhäuser, Gesundheits- und Hebammenzentren, Pflegestützpunkte, Jugend- und Altenarbeit, Beratung für Geflüchtete, Mehrgenerationenhäuser, Quartiersmanagement: Das sind keine Projekte, die man jedes Jahr neu beantragen sollte. Wir wollen institutionelle Förderung statt Befristung, Quartierszentren statt Antragsbürokratie und einen sozialen Arbeitsmarkt, der sinnvolle Beschäftigung schafft statt Druck zu erzeugen. Und wir wollen, dass Pflege zu Hause nicht in die Armut führt.

Gute Arbeit heißt Tarif. Tarifbindung ausbauen und kontrollieren, mehr Allgemeinverbindlicherklärungen, die Landesagentur Weiterbildung und die Beratungsstelle gegen Arbeitsausbeutung umsetzen und weiterentwickeln, einen öffentlichen Dienst, der dauerhaft arbeitsfähig ist und dessen Beschäftigte gesund in Rente gehen.

Bildungsgerechtigkeit ist elementar. Eine Schule für alle, längeres gemeinsames Lernen, kleinere Kita-Gruppen. In Bremen hängt der Bildungserfolg stärker von der sozialen Herkunft ab als in fast jedem anderen Bundesland. Ein Schulkonsens, der diesen Zustand verwaltet, verdient keine Verlängerung.

Bremen und Bremerhaven sind für alle da. Diskriminierungsschutz, Antirassismus, Inklusion, Nachteilsausgleich, ein Migrationsamt, das im Sinne der Menschen arbeitet, einfachere Anerkennung von Abschlüssen, ein Stadtamt, das zu den Leuten kommt. Wer hier lebt, gehört dazu – unabhängig von Pass, Behinderung, Geschlecht oder Kontostand.

Feminismus ist kein Zusatz. Entgeltgleichheit, Vereinbarkeit, Frauengesundheit, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, Unterstützung für Alleinerziehende, flexible Kinderbetreuung mit Randzeiten in jedem Stadtteil, Gewaltschutz und ein durchsetzbares Recht auf einen Schutzhausplatz. Queere Projekte und queere Sichtbarkeit sichern wir ab – gerade jetzt.

Klimaschutz und Klimaanpassung gehören zusammen. Wir wollen die Klimaschutzstrategie aktualisieren und um Hitzeschutz erweitern: entsiegelte Quartiere, Bäume und Verschattung, Trinkwasserbrunnen, öffentliche Toiletten, kühle Räume für heiße Tage. Dazu energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, Photovoltaik auf öffentlichen Dächern, eine Solargesellschaft, Förderung von Balkonsolaranlagen. Hitze ist längst eine soziale Frage: Sie trifft die kleine Wohnung unterm Dach am härtesten.

Zukunftsfest heißt unabhängig. Bezahlbare Energie durch eine aktiv gestaltete Energie- und Wärmewende, Daseinsvorsorge zurück in öffentliche Hand. Und ein Wirtschaftsstandort, der auf nachhaltige Branchen setzt, statt sich von der Rüstungskonjunktur abhängig zu machen. Konjunkturen enden. Regionen, die sich auf eine einzige verlassen haben, kennen wir aus unserer eigenen Geschichte – der Bremer Westen und Norden wissen, was die Schließung einer Werft bedeutet.

Umverteilen statt Kürzen. All das ist finanzierbar, aber nicht aus dem Nichts. Wir wollen Einnahmen erhöhen statt Leistungen kürzen, Gebühren und Preise konsequent sozial staffeln, Monopolprofite zurückdrängen, verdeckte Subventionen beenden und Unternehmen direkt in die Pflicht nehmen, statt alles über öffentliche Extraförderung zu regeln. Im Bundesrat werden wir gegen jede Sozialkürzung und jede weitere Belastung von Ländern und Kommunen arbeiten und für Vermögens-, Erbschafts- und Übergewinnsteuer streiten. Klimaschutz wollen wir nicht gegen Bildung und Soziales ausspielen, sondern die notwendigen erheblichen Zusatzausgaben über eine Ausnahme von der Schuldenbremse durch das Erklären einer Klimanotlage finanzieren.

Ohne Die Linke läuft es nicht gerecht

Man sieht den Unterschied dort, wo wir nicht mitregieren. In Bremerhaven, wo SPD, CDU und FDP Krisenhaushalte beschließen, bei denen zuerst das Soziale und die Kultur unter Druck geraten, gibt es bis heute kein Sozialticket. Dass Menschen mit wenig Geld dort den vollen Fahrpreis zahlen, ist keine Sachnotwendigkeit, sondern eine Entscheidung. Wir wollen sie ändern.

Wir sind in den letzten Jahren deutlich mehr geworden: Seit dem Sommer 2026 sind wir über 2.000 Mitglieder im Land Bremen, seit Anfang 2025 hat sich unsere Zahl mehr als verdoppelt. Es zeigt, dass viele Menschen das, was hier gerade passiert, nicht als Naturgesetz hinnehmen. Diese Kraft brauchen wir – an Haustüren, an Werkstoren, in Beiräten, in Betrieben und in der Bürgerschaft.

Uns geht es nicht darum, Verhältnisse zu verwalten, die wir für falsch halten. Dass Wohlstand und Lebenschancen so ungleich verteilt sind, ist kein Betriebsunfall des Kapitalismus, sondern seine Funktionsweise. Und für die Klimafrage bleibt keine Zeit mehr, notwendige Entscheidungen an Markt und Profit scheitern zu lassen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Herkunft, Geschlecht und Einkommen nicht darüber entscheiden, wer etwas hat und wer etwas zu sagen hat. Dazu gehört die Arbeit, die niemand bezahlt und die trotzdem jeden Tag gemacht werden muss: Kinder, Pflege, Haushalt, das Organisieren des Ganzen. Sie wird bis heute überwiegend Frauen überlassen und stillschweigend vorausgesetzt. Das alles zu ändern kostet die einen Privilegien und bedeutet für alle anderen Freiheit.

Das ist unser Kompass. Danach machen wir konkrete Politik für Bremen und Bremerhaven.

Vielen Menschen wird gerade etwas weggenommen. Wir halten dem keine Beschwichtigung entgegen und auch keine Aufforderung, das eben auszuhalten. Wir halten dagegen, was möglich ist: ein Land und zwei Städte, in denen das Geld bis zum Monatsende reicht, in denen man sich auf das Gemeinwesen verlassen kann und in denen niemand um seinen Platz bitten muss. Dafür haben wir einen Plan. Und dafür brauchen wir eine starke Linke und eine politische Mehrheit, die bereit ist, soziale und fortschrittliche Politik zu machen.

1 Bezahlbar Wohnen, bezahlbar Leben

1.1 Wohnen ist dein Recht, keine Ware!

Wir alle brauchen ein gutes und sicheres Zuhause. Eine Wohnung ist mehr als vier Wände mit Strom und Wasser - sie ist der Raum, in dem ein großer Teil unseres Lebens stattfindet, in dem wir Ruhe und Erholung finden, den wir für uns selbst, für Beziehungen und Familie brauchen. Wohnen ist kein Luxus, es muss für alle bezahlbar und verfügbar sein.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Die Bremische Landesverfassung enthält das Recht auf „eine angemessene Wohnung“ und verpflichtet Land und Stadtgemeinden, sich für die Verwirklichung dieses Rechts einzusetzen. Auch die Revidierte Europäische Sozialcharta enthält das Recht auf Wohnen. (Ausgerechnet diesen Artikel erkennt Deutschland nicht an.)

Wie und wo man wohnt hat starke Auswirkungen darauf, wie gut oder schlecht man mit Hitze, Kälte und Starkregen zurechtkommt. **Wohnen ist ein zentraler Faktor für sowohl psychische als auch physische Gesundheit.** Was angemessenes Wohnen ist, ändert sich im Verlauf der Zeit: durch Alter, Beruf, Familiengründung, Familienverkleinerung. Zum Recht auf Wohnen gehört daher auch, umziehen zu können. Wer davon ausgeschlossen ist, weil die Angebotsmieten unvertretbar höher sind, sitzt fest.

Weil alle auf eine angemessene Wohnung angewiesen sind, die sicher und bezahlbar ist, lässt sich mit Wohnungen viel Geld machen. Wohnen ist zum Bestandteil einer sogenannten „Rentenökonomie“ geworden: Wer knappe Güter kontrolliert, kann überhöhte Profite machen. Die Kosten für Wohnen steigen schneller als die Einkommensentwicklung. Die Folge: Wohnen macht nicht sicher, sondern **Wohnen macht viele arm**. Und einige reich: In Bremen etwa sind die Angebotsmieten in den letzten zehn Jahren um 46 Prozent erhöht worden, das haben Anfragen der Linken ergeben. Wohnkonzerne schütten einen erheblichen Teil der Mieteinnahmen an die Aktionär*innen aus. Jede*r Vonovia-Mieter*in zahlt im Durchschnitt Monat für Monat 166 Euro an Dividenden - Geld, das für die Instandhaltung von guten Wohnbedingungen fehlt. Um die Mieter*innen kümmern sich die Wohnkonzerne wenig. Falsche Nebenkostenabrechnungen, kaputte Aufzüge, marode Gebäude sind an der Tagesordnung.

Es muss sich also etwas ändern. Mieter*innen können sich nur wehren, wenn sie durch eine entschlossene Landes- und Kommunalpolitik unterstützt werden.

Senken, was zu hoch ist

Viele Mieten sind selbst nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu hoch. Die Miete darf im laufenden Mietverhältnis maximal um 15 Prozent in drei Jahren erhöht werden, und nur maximal bis zur „ortsüblichen Vergleichsmiete“. Das ist keine feste Zahl, sondern lässt sich mit dem Mietspiegel nach Lage, Baujahr und Ausstattung genau berechnen. Bei Wiedervermietung darf die Miete maximal um 10 Prozent oberhalb der „ortsüblichen Vergleichsmiete“ liegen. Voraussetzung ist, dass die Stadt Bremen weiterhin von der Landesregierung zum „angespannten Wohnungsmarkt“ erklärt wird – davon weichen wir nicht ab, denn die **Wohnungskrise** spitzt sich noch zu. (Für Bremerhaven geht das nicht, hier gelten daher andere Werte.) Viele Mieter*innen kennen diese gesetzlichen Mietbegrenzungen nicht. Einige Vermieter*innen nutzen das aus. Wer einer Mieterhöhung bereits zugestimmt hat, hat schlechte Karten.

Noch höhere Mieten sind rundheraus verboten. Liegt die Miete um mehr als 50 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete, ist das strafbar. Sind es mehr als 20 Prozent, liegt eine Ordnungswidrigkeit („Mietpreisüberhöhung“) vor, die ein erhebliches Bußgeld nach sich ziehen kann.

Damit aber alle auch tatsächlich zu ihrem Recht kommen können, wird auf Initiative der Linken die **Miet-Melde-Stelle** eingeführt. Die Miet-Melde-Stelle soll in Kooperation mit den Mietervereinen Mietwucher oder Mietüberhöhung prüfen und ahnden. Wenn die Miete zu hoch ist, wendet sich die Mietmeldestelle an den Vermieter und verlangt eine Mietsenkung. Sie verhängt Bußgelder und geht, wenn nötig, auch vor Gericht. So werden Mieter*innen effektiver gegen überhöhte Mieten geschützt. Mietwucher bleibt nicht länger straffrei, sondern das geltende Recht wird auch durchgesetzt. Zu ihren Aufgaben wird auch die Öffentlichkeitsarbeit gehören: Damit alle erfahren, dass man nicht jede Mieterhöhung schlucken muss. Die Miet-Melde-Stelle kann so auch eine aufklärende und abschreckende Wirkung entfalten.

Bei einer Personalstelle für die Miet-Melde-Stelle können wir nicht stehen bleiben. Sie muss weiter wachsen. Wir wollen die Miet-Melde-Stelle zu einem Landesamt für Mieter*innenschutz ausbauen, das Mieter*innen umfassend schützt: Gegen zu hohe Mieten, gegen Vernachlässigung und Verfall der Gebäude, gegen Vermüllung und Verwahrlosung des Wohnumfelds, gegen unzulässigen Leerstand und Zweckentfremdung. Wir wollen die Kompetenzen für Wohnraumschutz und Wohnungsaufsicht beim Landesamt für Mieter*innenschutz bündeln. Es soll zu einer schlagkräftigen Task-Force werden, die Missstände aufsuchend, mehrsprachig und unter Anwendung aller relevanten gesetzlichen Grundlagen sowie behördlichen Zuständigkeiten bearbeitet, mit dem Ziel, Wohnungsmisstände schnell und effektiv zu beseitigen

Die **wohnnortnahe Beratung** ist ein wichtiger Baustein. Wir wollen Mietervereine, Sozialberatungsstellen und Verbraucher*innenzentrale bei Bedarf dabei unterstützen, wohnortnah Mieter*innenberatung anzubieten und auch aufsuchende Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. So soll auch besser darüber informiert werden, dass für Menschen im Leistungsbezug die Möglichkeit besteht, den Mitgliedsbeitrag in einem Mieter*innen- Verein vom JobCenter oder Amt für Soziale Dienste erstattet zu bekommen.

Wohngeld für alle, die Anspruch darauf haben

Wohngeld ist kein Almosen. Wohngeld sorgt dafür, dass Wohnen für Haushalte mit geringem Einkommen leistbar bleibt. Die Wohngeld-Plus-Reform hat die Wohnungskrise nachvollzogen und den Kreis der Berechtigten sowie die Ansprüche vergrößert.

Nur: Auch das wissen viele nicht. Und der Anspruch auf Wohngeld nützt nichts, wenn die Bearbeitung zu lange dauert und zu kompliziert ist. Wir wollen die Bearbeitungszeiten weiter verkürzen, die **Mehrsprachigkeit ausbauen**, die Formulare soweit wie möglich vereinfachen und deutlicher auf den Wohngeldrechner hinweisen, mit dem man grob abschätzen kann, ob man Anspruch hat oder nicht. Dass die Bundesregierung beim Wohngeld kürzen will, lehnen wir scharf ab.

Hinter jeder Problemimmobilie steckt ein Problemvermieter

Überhöhte Mieten gehen oft einher mit weiteren Problemen: Wenn Wohnraum zum Spekulationsobjekt wird, wenn Häuser als Kapitalanlage betrachtet werden, dann wird die **maximal mögliche Miete herausgepresst** und der geringstmögliche Instandhaltungsaufwand aufgebracht. In der Folge verfallen die Gebäude. Es wird nicht in ein intaktes, sauberes, sicheres und gepflegtes nachbarschaftliches Wohnumfeld investiert, sondern es vermüllt und verwahrlost. Erreichbarkeit, Hausmeister- oder Conciergedienste werden nicht sichergestellt, sondern Vermieter sind nicht erreichbar und beseitigen Mängel nicht. In vielen Häusern in Bremen und Bremerhaven sind die

Wohnbedingungen gesundheitsgefährdend, der Gebäudezustand nicht pflichtgemäß und Passant*innen, Nachbarschaft und ganze Quartiere werden in Mitleidenschaft gezogen.

Hier muss schneller und entschiedener gehandelt werden. Bei vernachlässigten Gebäuden müssen Instandsetzungsgebote ausgesprochen und durchgesetzt werden. Mehr Quartiere, die von Spekulation und Verfall gezeichnet sind, müssen zu Sanierungsgebieten erklärt und kommunale Vorkaufsrechte ausgeweitet werden. Die Möglichkeit der Treuhandverwaltung muss bei Bedarf genutzt werden, wenn Eigentümer nicht selbst sanieren. Als ultima ratio darf auch die **Enteignung kein Tabu** sein, denn es gibt kein Recht auf Vernachlässigung von Wohnraum, schon gar nicht in der derzeitigen Wohnungskrise. Enteignung als letztes Mittel ist auch jetzt schon möglich, wenn alle mildereren Mittel ausgeschöpft sind. Um eine größere Rechtssicherheit herzustellen, wollen wir das Landesenteignungsgesetz für den Fall der Problemimmobilien präzisieren.

Zurückholen, was privat nicht klappt

Die meisten Probleme für Mieter*innen gibt es in dicht gebauten, in die Jahre gekommenen Großwohnanlagen. Hier haben sich oft profitorientierte Investoren eingekauft, die Geld rausziehen und sich um die Wohnungen wenig kümmern.

Konzerne wie Vonovia oder Grand City Property bauen nicht. Sie schaffen keinen Wohnraum, sie kaufen und verkaufen nur. Gebaut wurden diese Bestände meistens in den 1970er Jahren mit öffentlicher Förderung und von kommunalen oder gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften. Und da gehören sie auch hin. Wohnen in Großwohnanlagen kann gut sein, wenn sich die Eigentümer kümmern, soziale Infrastruktur ermöglichen, in Wohnumfeldverbesserung investieren und eine verantwortliche Mietenpolitik betreiben. Das tun profitorientierte Konzerne nicht.

Wir wollen diese Bestände zurückholen. Viele dieser Immobilien werden immer wieder mal zum Verkauf angeboten. Der Ankauf durch die Gewoba gestaltet sich häufig schwierig, weil die Gewoba mit einem hohen Sanierungsanspruch an ihre Bestände herangeht und daher beim Kaufpreis nur mit hohen öffentlichen Zuschüssen mitbieten kann. Wir werden deshalb eine **zusätzliche öffentliche Ankaufsgesellschaft** schaffen und mit Anfangskapital ausstatten. Sie soll sich auf den Ankauf von Beständen im niedrigpreisigen Segment konzentrieren, diese auf einen einfachen Grundstandard bringen (die Aufzüge fahren, es ist jemand 24/7 erreichbar, nötige Reparaturen werden zügig ausgeführt, der Müll wird weggeschafft usw.), aber darüberhinausgehende Sanierungen nur langsam angehen. Dadurch bleiben auch die Mieten niedrig.

Wir wollen ein Landesgesetz, das uns ermöglicht, hochkonzentrierte, vor mehr als 30 Jahren erbaute Großwohnbestände zu **vergesellschaften**. Mit dem Gesetz wird der jeweilige Wohnbestand in das Eigentum einer Anstalt öffentlichen Rechts oder einer öffentlichen Gesellschaft überführt und im Interesse des Gemeinwohls verwaltet. Die Eigentümer werden entschädigt, aber nicht zu Fantasiepreisen, sondern aufgrund einer geregelten Wertermittlung. Die Kosten dafür werden langfristig aus den Mieten abgetragen, es finden keine Gewinnausschüttungen an Investoren mehr statt, die Wohnsituation wird schrittweise verbessert. Bestände, die bereits in einem gemeinnützigen, genossenschaftlichen oder kommunalen Besitz sind, sind von der Vergesellschaftung ausgenommen. Grundlage ist Artikel 15 des Grundgesetzes, der die Vergesellschaftung von Grund und Boden (einschließlich darauf befindlicher Wohnungen) ermöglicht. Wir wollen diese Möglichkeit gezielt für diese Bestände nutzen, bei denen offensichtlich ist, dass sie nicht in private, profitorientierte Hand gehören.

Eigentum verpflichtet

Wer nur ein oder zwei Wohnungen vermietet, fährt ein höheres Risiko und holt weniger raus. Aber wer viele Wohnungen besitzt, der soll seinen Teil dazu beitragen, dass tatsächlich alle mit angemessenem Wohnraum versorgt werden können.

Diese Verantwortung wollen wir in einem **Sozialpflichtigkeits-Gesetz auf Landesebene konkretisieren**. Wer mehr als 1 Promille des Wohnungsbestandes hält (also etwa 350 Wohnungen und mehr), wird dazu verpflichtet, 30 Prozent der freiwerdenden Wohnungen an Sozialwohnungsberechtigte zu vermieten, d.h. Wohnungssuchende mit Wohnberechtigungsschein. (Wohnungen, die in den letzten Jahren neu gebaut oder umfassend modernisiert wurden, werden dabei nicht berücksichtigt.) Da die Wohnungen nicht neu gebaut werden, ist dafür keine öffentliche Förderung erforderlich. Die Mietpreisbindung entspricht der für geförderte Sozialwohnungen. Die an der Universität Bremen für die Berliner Linksfraktion erstellte „Kurzstudie zu den Möglichkeiten der Länder zur Ausgestaltung der Gesetzgebungskompetenz im Bereich des Wohnungswesens“ kommt zu dem Ergebnis, dass eine solche Verpflichtung unternehmerischer Vermieter jedenfalls in Gebieten mit „angespanntem Wohnungsmarkt“ (wie Bremen) zulässig ist.

Dadurch würde der Bestand an Sozialwohnungen, die für die über 100.000 Haushalte mit Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein zur Verfügung stehen, nach und nach deutlich erhöht. Ein Fünftel dieser Wohnungen (also 6 Prozent der Neuvermietungen) ist für Wohnungsnotstandsfälle zur Verfügung zu stellen – also als Belegwohnungen, die von der Zentralen Fachstelle Wohnen (ZFW) belegt werden können.

Zu den besonderen Anforderungen, die das Sozialpflichtigkeits-Gesetz für Eigentümer großer Wohnbestände definieren soll, gehört ferner das Erfüllen von Standards, die bei Großvermietungen erwartet werden können: Eine jederzeitige Erreichbarkeit für die Mieter*innen, das eigenverantwortliche Einhalten aller gesetzlichen Verpflichtungen zur Miethöhe, **transparente und nachvollziehbare Betriebskostenabrechnungen** sowie eine diskriminierungsfreie Wohnungsvergabe. Ferner sollen Androhungen von Zwangsräumungen der Behörde angezeigt werden müssen, damit diese die Möglichkeit hat, sich einzuschalten.

Mehr Sozialwohnungen schaffen

Seit 2012 gibt es wieder ein Landes-Wohnraumförderprogramm in Bremen. Trotzdem ist der Bestand an Sozialwohnungen weiter gesunken auf derzeit ca. 6.500, weil zwar neue Sozialwohnungen gebaut werden, gleichzeitig aber viele aus der Bindung herausfallen. Um auch nur den Stand von 2005 wieder zu erreichen, fehlen über 10.000 Sozialwohnungen. Als Linke haben wir uns deshalb auch für ein **Ankauf- und Verlängerungsprogramm von Sozialbindungen** eingesetzt. Zudem gibt es inzwischen auf unsere Initiative hin einen Zuschlag für teure Wohnlagen, damit Sozialwohnungen nicht nur in günstigen Lagen entstehen, sondern auch dort, wo bezahlbarer Wohnraum noch stärker fehlt. Auch eine Förderschiene für preisgedämpften Wohnraum für 9 Euro/qm, die Förderung von Azubi-Wohnen und eine Ausdifferenzierung für kleine und große Wohnungen gibt es inzwischen.

Die Weiterentwicklungen der Bremer Wohnraumförderung sind richtig, reichen aber nicht. Über längere Zeit wurde fast nur geförderter Wohnraum gebaut, weil Bauen aus Sicht der Bauwirtschaft zu teuer war. Ein erheblicher Teil der öffentlichen Gelder für die Wohnraumförderung fließt zu privaten Bauunternehmen. Nach 20 oder 30 Jahren läuft die soziale Preisbindung aus und die öffentlich geförderten Wohnungen können zu freien Preisen vermietet werden. Wir wollen die erheblichen Ressourcen stärker **bei öffentlichen Bestandshaltern konzentrieren**. Rekordbeträge wie 140

Millionen Euro Wohnraumförderung in 2026 wären besser angelegt, wenn die mit derart hohen öffentlichen Geldern geförderten Wohnungen dauerhaft bei kommunalen Wohnungsbauunternehmen wären. So kann auf Dauer die soziale Zweckbindung, die Mietpreisgestaltung und demokratische Steuerung sichergestellt werden. Wir wollen deshalb vorrangig kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Baugenossenschaften und gemeinwohlorientierte Bauträger fördern.

Wir wollen Grund und Boden stärker im Eigentum der Stadt behalten. Öffentliche Grundstücke wollen wir in Erbbaurecht vergeben, um sie der Spekulation zu entziehen und damit die Stadt langfristig die Kontrolle über die städtebauliche Entwicklung behält. Den Gutachterausschuss, der die sogenannten Bodenrichtwerte feststellt und damit großen Einfluss auf die Entwicklung der Bodenpreise hat, werden wir auch mit Vertreter*innen von Mietvereinen und Genossenschaften besetzen und Richtlinien erlassen, mit denen preistreibende Effekte bei der Ermittlung der Richtwerte verhindert werden.

Wohnraum schützen

Wo Wohngebiete an Attraktivität gewinnen, müssen Mieter*innen vor Verdrängung geschützt werden. Wir werden dafür sorgen, dass das Bundesland Bremen endlich auch vom Instrument der sogenannten **Milieuschutzsatzung** Gebrauch macht. Dadurch werden für konkret definierte Gebiete Sanierungen und/oder die Umwandlung in Eigentumswohnungen genehmigungspflichtig. Die Stadt kann **Luxussanierungen verhindern** oder Sanierungen z.B. mit der Auflage genehmigen, die Mieten nur geringfügig zu erhöhen.

Auf Bundesebene setzen wir uns für die Abschaffung der Modernisierungumlage sowie für ein tragfähiges Konzept zur Warmmietenneutralität ein. Energetische Sanierung im Bestand ist dringend nötig, um den Gebäudesektor klimaneutral aufzustellen und den notwendigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Sie darf aber nicht zur Steigerung der Miete über die Einsparungen bei der Warmmiete hinaus gehen und zulasten derjenigen saniert wird, die den geringsten Puffer und die wenigsten Ressourcen haben: Mieter*innen und Menschen und Familien mit mittleren oder niedrigen Einkommen sowie Leistungsbeziehende. Die Modernisierungsförderung des Landes ist gut, wird aber noch viel zu wenig in Anspruch genommen. Hier wollen wir nachsteuern.

Tausende von Wohnungen werden dem Wohnungsmarkt durch Leerstand entzogen, teilweise jahrelang. Wir werden das Wohnraumschutzgesetz nachschärfen und wieder von der bloßen Anzeigepflicht zu einer echten Genehmigungspflicht bei Leerstand übergehen. Das Wohnraumschutzgesetz, welches **Leerstand über sechs Monate untersagt**, wollen wir mit einer Treuhandregelung ergänzen, damit auch die Behörde Leerstand wieder dem Wohnungsmarkt zuführen kann, wenn Eigentümer sich hartnäckig weigern. Für viele Fälle von Leerstand greift das Gesetz nicht, wenn z.B. Bauprojekte, bei denen gewerbliche Immobilien zu Wohnungen umgebaut werden sollen, trotz Baugenehmigung einfach liegengelassen werden. Für diese Fälle werden wir vom Instrument des Baugebots Gebrauch machen. Wir werden die Verlängerung von Baugenehmigungen deutlich restriktiver handhaben und durch ein entsprechendes Förderprogramm dafür sorgen, dass bei Untätigkeit trotz Baugebot die Option der Abtretung an eine kommunale Gesellschaft wirklich realisiert werden kann.

Zweckentfremdung von Wohnungen muss effektiver reguliert werden. Die Vermietung von Wohnungen durch Anbieter wie AirBnB als Ferienwohnungen verknüpft das Wohnungsangebot. Auch hier wollen wir eine Genehmigungspflicht für Wohnraum, der befristet als Ferienwohnung vermietet wird. Die Ferienwohnungen sollen in einem Kataster erfasst und mit einer Wohnungs-ID versehen werden. Diese Kennzeichnungspflicht soll verpflichtend für ein Inserat sein, um nicht genehmigte und nicht erfasste Zweckentfremdungen zu ahnden.

Wohnen für alle Lebensabschnitte

Wohnraum ist nicht nur die aktuelle eigene Wohnung. Umzüge stehen an spätestens dann, wenn Haushalte sich vergrößern, zum Beispiel weil sie Kinder bekommen, oder wenn sie sich verkleinern, weil die Kinder ausziehen. Wer umzieht, soll die Möglichkeit haben, im bisherigen Stadtteil zu bleiben. Aufgrund der sehr viel höheren Angebotsmieten geht das oft nur, wenn es im Stadtteil ein entsprechendes Angebot an kommunalen Wohnungen und von Sozialwohnungen gibt. Wir wollen daher für eine gleichmäßigere Verteilung über die Stadtteile sorgen. Dazu werden wir die **Sozialwohnungsquote**, die beim Verkauf öffentlicher Grundstücke und bei neuen Bebauungsplänen verlangt wird, zwischen den Stadtteilen differenzieren – damit Menschen in ihrem Viertel bleiben können. Als Linke haben wir bereits einen Beschluss erwirkt, dass die Sozialwohnungsquoten je nach Stadtteil, Miethöhen und Bestand an Sozialwohnungen differenziert werden sollen. Diese Herangehensweise wollen wir verstärken, um **Stadtteilgerechtigkeit** zu schaffen. Denn jeder Stadtteil sollte leistbar sein, auch nach einem Umzug.

Auch ältere Menschen schaffen es aber oft nicht, aus ihrer Familienwohnung oder -Haus auszuziehen, weil sie keine bezahlbare, barrierearme Wohnung im Quartier finden. Dort sind sie aber verwurzelt, kennen Nachbarschaft, Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte und Apotheken. So wird großer Wohnraum durch wenig Personen bewohnt, für die die Stufen und die Reinigung immer beschwerlicher wird. Wir wollen den **Wohnungstausch fördern**. Wir wollen, dass weiterhin barrierearme Wohnungen gebaut, gefördert und hergestellt werden. Die Vermittlungsstelle KomFort - Beratung für Barrierefreiheit sollte auch für Senior*innen, denen die Wohnung zu groß geworden ist, Wohnraum vermitteln, und hierfür ausgestattet werden. Mehrgenerationenwohnen wollen wir fördern und ausbauen.

Erzwungene Umzüge durch Eigenbedarfskündigung oder Zwangsräumung wollen wir möglichst verhindern. Eigenbedarfskündigungen verdrängen ganze Familien aus ihrer Umgebung. Wir wollen, so wie in anderen Städten, eine verlängerte Kündungssperrfrist von mindestens fünf Jahren einführen, um die Rechte der Mieter*innen zu stärken und damit der Verkauf nicht gleich in Verdrängung mündet.

Wohnraum für alle Bedürfnisse

Was gebaut wird, richtet sich zu wenig danach, was gebraucht wird. Junge Menschen, die in ein selbstständiges Leben starten wollen, finden kaum geeigneten und bezahlbaren Wohnraum, dasselbe gilt für große Familien. Junge Menschen in der stationären Jugendhilfe finden in der Verselbstständigungsphase oft keine Anschlusswohnung, weshalb sie länger als pädagogisch notwendig in der Jugendhilfe bleiben. Das gleiche gilt für Geflüchtete, die oft viel zu lange in Erstaufnahmen, Übergangswohnheimen oder Notunterkünften bleiben müssen, weil sie nicht von der Wohnauflage befreit werden oder keine Wohnung finden.

Wir werden deshalb insbesondere mehr Single-Wohnungen und Wohnungen ab vier Zimmern bauen. Das werden wir in der Wohnraumförderung verstärkt verankern. Ebenso werden wir den **Bau von Studi- und Azubi-Wohnheimen** weiter vorantreiben.

Wohnen ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bremen soll sicherstellen, dass von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder schnell und unbürokratisch Zugang zu sicherem und bezahlbarem Wohnraum erhalten. Dafür wollen wir Belegungsrechte im öffentlichen und geförderten Wohnungsbestand schaffen und **Übergangswohnungen ausbauen**. Wir wollen ein Recht auf eine Schutzwohnung für Gewaltbetroffene verankern, Wohnverpflichtungen für Geflüchtete

abschaffen und das Beschlagnahmegesetz, welches die Beschlagnahme von Leerstand bei Wohnungsnotlagen ermöglichte, reaktivieren.

Kommunale Gesellschaften weiterentwickeln, Genossenschaften stärken

Bremen ist nicht Berlin. Die größte Wohnungsgesellschaft im Bundesland ist eine kommunale Gesellschaft, die Gewoba. Zusammen mit der anderen kommunalen Wohnungsgesellschaft, der BREBAU, dem Bremerhavener Pendant, der StäWoG, und verschiedenen Wohnungsgenossenschaften macht der öffentlich-gemeinwirtschaftliche Anteil am Wohnungsmarkt immerhin an die 60.000 Wohnungen aus. In diesem Sektor sind Mieter*innen sehr viel besser geschützt und mit gutem Wohnraum versorgt.

Die Kommunen sollten diese Möglichkeit nutzen, um **aktive Wohnungsmarktsteuerung** vorzunehmen. Die kommunalen Wohnungsunternehmen sanieren vorbildlich und müssen hierfür auch Einnahmen generieren. Auf der anderen Seite braucht es eine soziale Mietenstrategie, Mietpreisdämpfung und KdU (Kosten für Unterkunft und Heizung)- Fähigkeit. Die jährlichen Gewinnausschüttungen zugunsten der Aktionäre der GEWOBA fehlen für die Finanzierung von günstigem Neubau oder von Ankauf.

Anders als bei der kleinen Schwester, der BREBAU, die zu 100 Prozent in städtischem Besitz ist, ist die öffentliche Steuerung der Gewoba eingeschränkt. Denn die Gewoba ist eine Aktiengesellschaft mit einem privaten Minderheitsgesellschafter, der Sparkasse Bremen. Die Stadt besitzt zwar eine satzungsändernde Dreiviertel-Mehrheit, aber nicht die 80 Prozent, die z.B. für eine Umwandlung in eine GmbH erforderlich wären.

Wir wollen die **Gewinnausschüttungen senken, die Mieterhöhungen bremsen** und die Gewoba stärker auf den Ankauf und auf die Wohnungsversorgung auch für die niedrigen Einkommen ausrichten. Daher treten wir dafür ein, die Gewoba zu 100 Prozent in öffentlichen Besitz zu holen. Wir werden prüfen, ob die Gewoba durch Satzungsänderung stärker auf die genannten Ziele orientiert werden kann.

Wohnungsbau-Genossenschaften sind eine wichtige Ergänzung zu kommunalen Gesellschaften. Wir werden die Genossenschaftsförderung ausbauen, bei der Vergabe öffentlicher Grundstücke ausschließlich auf Erbpacht setzen und Genossenschaften einen Preisabschlag gewähren, der ihrem Beitrag zur Versorgung mit preisgebundenen Wohnungen entspricht.

Raus aus der Miete: Den Weg zum eigenen Wohneigentum offenhalten

Etwa ein Drittel der Haushalte im Land Bremen lebt in Wohnraum, der ihnen selbst gehört. Das ist unterm Strich nicht immer billiger, aber es verschafft mehr Sicherheit, Selbstbestimmung, Flexibilität und im besten Fall ein Stück Altersvorsorge. Dieser Weg ist für die breite Bevölkerung kaum noch zugänglich, weil die Kaufpreise ebenfalls explodiert sind. Das hat meist wenig mit gestiegenen Baukosten zu tun (die meisten Verkäufe sind Bestandsimmobilien), aber viel mit dem Anstieg der Mieten, der auch die Kaufpreise hochtreibt. Bezahlbare Mieten und bezahlbares eigenes Wohneigentum hängen daher eng zusammen. Eine steile Entwicklung der Immobilienpreise begünstigt diejenigen, denen schon was gehört, auf Kosten der Jüngeren, die diesen Schritt nicht mehr schaffen werden.

Den Kauf von Luxusvillen muss niemand fördern. Aber der Weg zu **eigenem Wohnraum auch für niedrige und mittlere Einkommen** sollte nicht verbaut werden.

Die Grunderwerbssteuer besteuert den Kauf von Boden. Bisher beträgt sie 6,5 Prozent des Kaufpreises, egal ob es die dritte Luxusvilla ist, die zehnte Wohnanlage zum Vermieten oder die erste kleine Eigentumswohnung für die eigene Familie. Unsere Anfrage hat ergeben: Eine **progressive Gestaltung der Grunderwerbsteuer** ist rechtlich möglich. Wir wollen diese Möglichkeit auf Landesebene nutzen: Wer eine größere und teurere Immobilie kauft, wer bereits viel Grund besitzt und diesen zur Gewinnerzielung nutzen kann, wer viel Fläche und Ressourcen verbraucht, zahlt einen höheren Steuersatz. Wer sich nur eine erste, kleinere und bescheidenere Immobilie leisten kann, zahlt weniger.

1.2 Wohnungslosigkeit

Wohnungslosigkeit überwinden – Wohnen ist ein Menschenrecht

Ein Zuhause zu haben ist für uns alle der erste Schritt für eine sichere Existenz und ein selbstbestimmtes Leben. Die Reduzierung und perspektivisch die Überwindung von Wohnungslosigkeit ist daher zentral für die Sicherstellung eines Lebens in Würde für Alle. Unser Ziel ist klar: Niemand soll in Bremen ohne Wohnung leben müssen.

Eine ganzheitliche Wohnungslosenstrategie für Bremen

Der Senat hat sich auf unsere Initiative hin das Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu beenden. Wir entwickeln dafür verbindliche Ziele für Bremen. Allerdings ist es noch ein weiter Weg bis dahin und es wird viel zu wenig gemacht, um es zu realisieren.

Wohnungslosigkeit ist kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck sozialer Ungleichheit und eines Mangels an bezahlbarem Wohnraum. Deshalb braucht Bremen eine ganzheitliche, ressortübergreifende Wohnungsnotfallstrategie – analog zur Drogenhilfestrategie.

Housing First ausbauen

Housing First wurde auf unsere Initiative eingerichtet und ausgebaut. Housing First bedeutet: Menschen ohne Wohnung werden als erstes in einer Wohnung untergebracht - sie müssen nicht vorher clean sein, in einer Notunterkunft gewohnt haben oder andere Voraussetzungen erfüllen. Dieser **international sehr erfolgreiche Ansatz** muss zum Regelinstrument der Wohnungslosenhilfe werden. Das Bremer Modellprojekt hat gezeigt, dass die Vermittlung einer eigenen Wohnung ein sehr wirksamer Weg aus der Wohnungslosigkeit ist. **Housing First** wurde am 11.09.2026 mit dem Preis der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungshilfe **ausgezeichnet**.

Wir werden Housing First dauerhaft finanzieren und deutlich ausbauen. Dabei müssen insbesondere Angebote für junge Menschen, Frauen sowie queere Menschen geschaffen werden, deren Bedarfe bislang nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Frauen brauchen eigene Schutz- und Unterstützungsangebote

Frauen erleben Wohnungslosigkeit häufig anders als Männer und bleiben deshalb oft unsichtbar. Wir wollen einen Tagestreff für wohnungslose Frauen schaffen, der Schutz, eine Meldeadresse, Dusch- und Waschmöglichkeiten, medizinische Versorgung sowie Beratung bietet. Außerdem setzen wir uns für mehr öffentliche Toiletten ein, die den Bedürfnissen wohnungsloser Frauen gerecht werden. Hier besteht weiterhin eine erhebliche Unterversorgung.

Wohnungslose Frauen erleben **überdurchschnittlich häufig Gewalt** und nehmen bestehende Hilfsangebote aufgrund fehlender Schutzräume oft nicht in Anspruch. Deshalb werden wir Frauen-Tages- und Abendtreffs ausbauen, ausreichend geschützte Notunterkünfte für Frauen schaffen sowie das frauenspezifische Streetwork dauerhaft absichern und personell ausbauen. Notschlafstellen sollen für besonders vulnerable Gruppen geschaffen werden und jugendlichen Frauen, Männern und Queers sowie erwachsenen Frauen* offenstehen, **unabhängig vom Leistungsrecht oder Aufenthaltsstatus**, um sie vor Übergriffen, sexueller Ausbeutung und Gewalt zu schützen.

(Junge) Menschen besser unterstützen

Die Zahl junger wohnungsloser Menschen ist im vergangenen Jahr gestiegen. Gleichzeitig hat sich die Hilfelandschaft für junge Menschen verschlechtert. Deshalb werden wir Angebote stärken, die junge Menschen **frühzeitig erreichen**, Wohnungslosigkeit verhindern und bestehende Wohnungslosigkeit schnell beenden.

Angebote von Vereinen und Freien Trägern zur Versorgung mit Lebensmitteln und warmen Mahlzeiten brauchen nicht nur gute Räume und Küchen, sondern auch finanzielle Absicherung und die Refinanzierung von Sozialarbeit und Beschäftigungsförderung.

Notunterkünfte - nur zur Not

Notunterkünfte für wohnungslose Menschen wird es weiter geben müssen, aber wir wollen sie nur als Puffer haben. Regulär sollen wohnungslose Menschen in Wohnraum vermittelt werden - in Housing First, über OPR-Einweisungen (Obdachlosenpolizeirecht), sozialrechtliche Einweisung, über Kontingente bei den Wohnungsgesellschaften im Rahmen der Wohnraumförderung, den Bau von EinfachWohnen in den Quartiersentwicklungsprojekten wie dem Neuen Hulsbergviertel oder die Bereitstellung von leerstehenden öffentlichen Immobilien. Die Notunterkünfte brauchen Regeln, die ein Zusammensein ermöglichen, gleichzeitig müssen erwachsene

Menschen nicht erzogen werden. Eine **Toleranz gegenüber Konsumverhalten** ist deshalb angesagt, solange es nicht erheblich stört. Wir kämpfen weiterhin für Notunterkünfte, in denen obdachlose Menschen unterkommen können die Hunde haben und ansonsten auf der Straße bleiben.

Hitze- und Kälteschutz konsequent umsetzen

Querverweis Einleitung Wahlprogramm Umwelt und Klima

Die Klimakrise verschärft die Gefahren für wohnungslose Menschen erheblich. Hitzewellen und Kälteperioden bedrohen unmittelbar ihre Gesundheit und ihr Leben.

Wir werden den Hitze- und Kälteschutzplan für Bremen konsequent umsetzen, den Aktionsplan gemeinsam mit den Trägern kontinuierlich weiterentwickeln, zusätzliche Aufenthalts- und Schutzräume schaffen, **extremwetterspezifisches Streetwork** und mobile Gesundheitsversorgung stärken und besonders vulnerable Gruppen gezielt in den Blick nehmen. Wir kämpfen wie bisher für mehr Trinkwasserbrunnen und schattige Aufenthaltsmöglichkeiten in den Quartieren. Denn die Klimakrise trifft nicht alle Menschen gleichermaßen.

Zugang zu Hygiene und Gesundheit sicherstellen

Der Zugang zu sanitären Einrichtungen darf nicht von Öffnungszeiten abhängen. Deshalb werden wir öffentliche Dusch- und Waschmöglichkeiten auch an Wochenenden und Feiertagen gewährleisten.

Saubere Kleidung und Körperpflege sind Voraussetzungen für Gesundheit, Würde und eine erfolgreiche Wohnungssuche. Die aufsuchende Gesundheitsversorgung von obdachlosen und drogensüchtigen Personen, wie etwa mit dem Arztmobil der Johanniter, werden wir unterstützen und ausweiten. Die Versuche, Suppenausgaben und andere Unterstützungsmaßnahmen am Hauptbahnhof zu verhindern, lehnen wir ab. **Aufsuchende Angebote für Obdachlose** und Drogenabhängige sind keine Störung des Stadtbilds!

Vertreibungspolitik beenden

Die Verdrängung wohnungsloser Menschen aus dem öffentlichen Raum löst keine sozialen Probleme. Platzverweise und ordnungspolitische Maßnahmen ersetzen keine Sozialpolitik. Deshalb werden wir die **aufsuchende Sozialarbeit** aus der Projektförderung in eine dauerhafte Finanzierung überführen, öffentliche Räume für alle Menschen zugänglich halten und Stigmatisierung sowie Kriminalisierung von Armut konsequent entgegenwirken.

Wohnungslosigkeit verhindern, bevor sie entsteht

Der beste Schutz vor Wohnungslosigkeit ist, sie gar nicht erst entstehen zu lassen. Deshalb setzen wir auf den Ausbau sozialer Wohnraumagenturen, die gezielt Wohnungen für Wohnungslose vermitteln, eine frühzeitige Beratung bei Mietschulden, die Stärkung präventiver Hilfen sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen Sozialbehörden, Wohnungsunternehmen und Beratungsstellen. Zudem werden wir Zwangsräumungen aufgrund von Mietschulden bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften minimieren und **Räumungen** möglichst auf Fälle **begrenzen**, wo einzelne Mietende ihre Nachbarschaft massiv belasten oder die Wohnung ruinieren. Zwangsräumungen "auf die Straße", d.h. ohne Anschlussperspektive, wollen wir unterbinden, insbesondere wenn Kinder und Jugendliche mitbetroffen sind.

Wenn Mieter*innen zwei Monatsmieten im Rückstand sind, können sie nach geltendem Mietrecht fristlos gekündigt werden. Gleichzeitig ergeht oft eine ordentliche Kündigung, die auch nicht durch Begleichen der Mietschulden beseitigt werden kann. Viele Zwangsräumungen finden deshalb aufgrund überschaubarer Beträge statt, und die dadurch produzierte Wohnungslosigkeit erzeugt höhere Folgekosten. Deshalb müssen die Gesetzeslage, die Praxis und die Behördenreaktionen darauf verändert werden. Die Sozialämter erhalten Kenntnis über anstehende Zwangsräumungen und können Härtefälle wieder in die gleiche Wohnung einweisen. Diese Möglichkeit wird aktuell kaum angewendet und das wollen wir ändern.

Um die **Unbewohnbarkeit** von Wohnungen durch Strom-, Gas- oder Wassersperren zu verhindern, wollen wir alle Möglichkeiten nutzen, Härtefälle über einen Fonds abzufedern oder eine Vereinbarung mit den Versorgern zu treffen, bei der diese auf einen Teil der Forderung verzichten und eine von Energieschuldner*in und Sozialbehörde gemeinsam getragene Teilzahlung akzeptieren.

1.3 Stadtentwicklung: Sozial, ökologisch, feministisch & resilient

Querverweis zum Kapitel Geschlechtergerechtigkeit

Städte entstehen nicht von selbst. In ihren Straßen, Häusern und Plätzen sind die gesellschaftlichen Verhältnisse in Stein gegossen. Wer eine Stadt baut und wem sie gehört, entscheidet darüber, wer in ihr gut leben kann und wer verdrängt wird.

Stadtentwicklung ist für uns deshalb keine reine Gestaltungsfrage, sondern eine Frage der Verteilung und der Macht. Sie lautet nicht „Wie soll Bremen aussehen?“, sondern: **Wem gehört Bremen - der Rendite oder den Menschen**, die hier wohnen, arbeiten und für andere sorgen?

Klima, Umwelt, öffentlicher Raum, Mobilität, Baukultur - nichts davon steht neben der sozialen Frage, alles ist die soziale Frage. Stadtentwicklung ist für uns Ermächtigung. Sie soll den Menschen die Selbstbestimmung über ihr Lebensumfeld zurückgeben, die ein auf Profit getrimmter Städtebau ihnen nimmt.

Boden ist keine Ware

Der stärkste Hebel für eine gerechte Stadt ist der Boden. Solange Grund und Boden Spekulationsobjekte sind, entscheiden Bodenpreise und Renditeerwartungen über die Stadt - nicht die Bedürfnisse der Menschen. Steigende Bodenwerte treiben Mieten, Verdrängung und Zersiedelung an. Wir wollen den Boden Schritt für Schritt dem Markt entziehen.

Dafür ist es notwendig, dass städtische Flächen grundsätzlich nicht mehr verkauft, sondern nur noch im Erbbaurecht vergeben werden. **Was einmal öffentlich ist, muss öffentlich bleiben.**

Wir wollen einen kommunalen Bodenfonds, der Flächen strategisch ankauft und für das Gemeinwohl sichert, für Wohnen, Kitas, Schulen, soziale und kulturelle Nutzung.

Wo neues Baurecht entsteht, schöpfen wir den Wertzuwachs ab und führen ihn der Allgemeinheit zu, statt privaten Eigentümer*innen ein leistungsloses Geschenk zu machen. Brachliegende Flächen sollen zuerst der Stadt angeboten werden, bevor neues Baurecht erteilt wird.

Kommunale Vorkaufsrechte nutzen wir konsequent. Profitorientierte Immobilienkonzerne wie Vonovia wollen wir zurückdrängen und alte, hochverdichtete Bestände vergesellschaften.

Die Stadt der kurzen Wege ist eine feministische Stadt

Unsere Städte sind für genau einen Menschen gebaut: den erwerbstätigen Mann in Vollzeit, ohne Verantwortung für Kinder, Kranke oder Alte. Wer dagegen diese Fürsorgeverantwortung für andere trägt, verliert in der funktional zerschnittenen Stadt jeden Tag Zeit - auf langen Wegen zwischen Wohnung, Arbeit, Kita, Ärzt*in und Einkauf. Das trifft vor allem Frauen, und es trifft diejenigen, die sich keine private Extrabetreuung leisten können. Feministische Stadtentwicklung ist für uns deshalb keine Frage des Stils, sondern eine Frage der Macht und der gerechten Verteilung von Zeit und Arbeit.

Das bedeutet: **Kurze Wege, wohnortnahe Kitas und Schulen**, Quartierszentren, öffentliche Stadtteilkantinen, in denen man günstig essen und sich treffen kann. Öffentliche Infrastruktur, die entlastet, statt Zeit zu rauben. Und wir planen die Stadt aus der Perspektive derer, die sich in ihr unsicher fühlen: Angsträume - schlecht beleuchtete, uneinsehbare, verlassene Orte - wollen wir durch Beleuchtung, Belebung und gute Gestaltung beseitigen. Die kapitalistische Stadt vereinzelt die

Menschen und macht sie ohnmächtig. Wir halten dagegen: Eine soziale Stadt verfügt über sozial und funktional gemischte Quartiere statt Schlafstädte und Bürowüsten, sie hat **öffentliche Räume ohne Konsumzwang**, in denen Begegnung gefördert wird. Den öffentlichen Raum, den heute parkende Autos beanspruchen, geben wir Schritt für Schritt den Menschen zurück - für Grün, Spiel und Aufenthalt. Wo ganze Stadtteile abgehängt werden, wird der Wohnort selbst zur Benachteiligung. Deshalb gehört den benachteiligten Quartieren und den Ankunftsquartieren, die eine hohe Integrationsleistung tragen, unsere besondere Förderung.

Klimagerechte, grüne Stadtentwicklung

Die Klimakrise trifft die Stadt ungleich. Die Hitze staut sich dort am stärksten, wo dicht gebaut, viel versiegelt und wenig begrünt ist - und das sind **oft die Quartiere mit niedrigen Einkommen und hoher Mietbelastung**. Bei Starkregen laufen hier am schnellsten die Keller voll und werden die Straßen überschwemmt. Klimaanpassung ist deshalb eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Eine klimagerechte Stadt schützt die Bewohner*innen in den benachteiligten Quartieren zuerst. Hier muss entsiegelt und begrünt werden. Für den Fall, dass sich die Hitze tagelang hält und die Wohnungen nicht mehr kühl werden, muss geklärt sein, welche Räumlichkeiten mit Kühlmöglichkeit dann geöffnet und zur Verfügung gestellt werden. Mieter*innen müssen das Recht haben, ihre eigenen Vorkehrungen für den Klimawandel zu treffen – sich eine Klimaanlage einzubauen oder eine Balkon-Solaranlage.

All das ändert nichts am Klimawandel, der muss anders bekämpft werden. Aber es sorgt dafür, dass alle dabei unterstützt werden, mit den jetzt bereits unvermeidlichen Folgen so gut wie möglich klarzukommen. Dasselbe gilt für den Schutz vor Lärm und vor Vermüllung. Auch Kleingärten sind ein Weg, trotz beengter Wohnverhältnisse ein Stück grüne Umwelt zu haben und zu gestalten. Das hat Tradition in Bremen, und das ist im Klimawandel aktueller denn je.

Die offene Stadt verteidigen

Die Stadt ist auch politisch umkämpft. Wo der Staat ganze Stadtteile sich selbst überlässt, wächst der Nährboden, auf dem die Rechte ihre Angebote macht. Rechte Netzwerke kaufen gezielt Immobilien, um sich Räume für ihre Organisation zu sichern. Und in Kulturkämpfen um „Heimat“, „Tradition“ und rekonstruierte „Schönheit“ soll ein nationalistisch verengtes, geschlossenes Stadtbild durchgesetzt werden.

Dagegen stellen wir die offene Stadt, die für alle da ist und in der alle Platz und Raum finden.

Öffentliche Daseinsvorsorge und öffentlicher Raum bleiben in öffentlicher Hand - die Privatisierung von Staatlichkeit hat in Bremen keinen Platz. Kommunale Vorkaufs- und Eigentumsrechte nutzen wir auch, um rechte Immobilienstrategien zu durchkreuzen. Wir überlassen die Idee der schönen Stadt nicht den Reaktionären. Schön ist eine Stadt, die allen offensteht - plural, modern, solidarisch. Eine Stadt, die von ihren Bewohner*innen angeeignet und mitgestaltet werden kann; in der Bedürfnisse, Infrastruktur und Gemeinschaftlichkeit beim Bauen mitgedacht werden und in der mehr erhalten und angepasst, als abgerissen und neu hochgezogen wird. **Erinnerungskultur** gehört für uns direkt ins Quartier: Gedenkorte, Straßen- und Platznamen, die an Widerstand, Arbeiter*innenbewegung und die Vielen erinnern, statt an Kolonialherren und Militärs, sind gelebte Stadtentwicklung. Auch die Innenstadt darf nicht privaten Investoren überlassen werden, sondern muss von der öffentlichen Hand mitgestaltet werden: über GEWOBA, BREBAU und eigene Ankäufe. Nur so entsteht Raum für bezahlbares Wohnen, junges Wohnen, Kultur und nicht-kommerzielle Nutzungen statt Konsumwüste und Leerstand.

Die Menschen entscheiden

Beteiligung ist uns zu wenig, wenn sie bei Anhörung und Beschwichtigung stehen bleibt. Wir wollen die Möglichkeit, zu entscheiden. Die **Beiräte in den Stadtteilen** sollen verbindliche Entscheidungsrechte über die Entwicklung ihres Quartiers erhalten, nicht nur ein Rederecht. Über Boden, kommunale Wohnungsgesellschaften und öffentliche Infrastruktur soll demokratisch entschieden werden - durch die Menschen, nicht durch Renditeerwartungen. Das ist für uns das Recht auf Stadt: Alle, die hier leben - unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Herkunft und Aufenthaltsstatus-, haben das gleiche Recht, ihre Stadt zu gestalten und in ihr gut zu leben. Die Stadt gehört denen, die in ihr wohnen.

Querverweis Kapitel Bürger*innenbeteiligung, Demokratie, Beiräte

1.4 Entlastung

Das Leben bezahlbar machen

Das Leben muss bezahlbar sein. In den letzten Jahren ist die Entwicklung von Einkommen und Ausgaben für viele Menschen erheblich auseinandergegangen. Die Preise für Lebensmittel und Güter des täglichen Lebens sind stark gestiegen. Auch die Mieten sind nach oben gegangen. Viele können sich einen Umzug nicht mehr leisten. Auch Mobilität ist teuer. All das trifft vor allem diejenigen besonders hart, die über weniger Einkommen verfügen.

Eigentlich sollten auch Steuersätze und Abgaben „progressiv“ gestaffelt sein. Doch das Gegenteil ist der Fall: **Die höchsten Einkommen zahlen anteilig an ihrem Einkommen die niedrigsten Steuern.** Der Beitragssatz zur Krankenversicherung ist für alle derselbe, ab der Beitragsbemessungsgrenze sinkt er, und eine private Krankenversicherung kann noch billiger sein. Einkommen aus Aktiendepots wird weit geringer besteuert als Einkommen aus Arbeit. 98% aller Unternehmenserbschaften oberhalb von 26 Millionen blieben im vergangenen Jahr komplett steuerfrei, während auf ein vererbtes „Bremer Haus“ in der Regel Erbschaftssteuer anfällt.

Die Bundesregierung will an all dem nichts ändern. Stattdessen treibt sie Kürzungen und Verteuerungen voran: mehr Zuzahlungen bei Medikamenten, höhere Eigenanteile bei Pflegekosten und vieles mehr. Diese Sozialkürzungen bezeichnet sie als „Reformen“. Wichtige Verbesserungen der letzten Jahre werden gezielt zurückgeschraubt: Beim Wohngeld soll wieder gekürzt werden, und vom günstigen Deutschlandticket ist nicht mehr allzu viel übrig. „Entlastung“ soll es nur für große Unternehmen und hohe Einkommen geben – und nicht für diejenigen, die sie am dringendsten brauchen.

Was wir im Bereich der Wohnungspolitik tun werden, um das Leben bezahlbar zu machen, haben wir weiter oben ausgeführt. Darüber hinaus wollen wir **Preise begrenzen und sozial staffeln. Wir wollen** einkommensergänzende Leistungen schnell und zuverlässig für alle zugänglich machen, die darauf Anspruch haben. Wir wollen eine wohnortnahe soziale Infrastruktur ausbauen, die alle im Quartier günstig oder umsonst nutzen können, und den Landesmindestlohn weiter stärken.

Preise begrenzen und sozial staffeln

Das StadtTicket soll für bezahlbare Mobilität für alle sorgen, deren Einkommen niedrig ist. Wir haben das StadtTicket für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre kostenlos gemacht; bis 2020 kostete es 30 Euro pro Monat. Das StadtTicket für Erwachsene, das wir auf 25 Euro gesenkt hatten, kostet inzwischen wieder 40 Euro – zu viel. Wir werden am **kostenlosen StadtTicket bis 18 Jahre** festhalten und das StadtTicket für Erwachsene wieder günstiger machen. Außerdem wollen wir den Kreis der Anspruchsberechtigten wieder auf Menschen mit Wohngeldbezug erweitern.

Familien mit geringen Einkommen zahlen in Bremen keine Kita-Gebühren und keine Gebühren für das Mittagessen in der Ganztagschule. Das muss so bleiben. Die Möglichkeiten zum kostenfreien Besuch von Museen und Kulturveranstaltungen wollen wir ausbauen. Die Freikarte für Kinder und Jugendliche werden wir erhalten. Wir wollen, dass man in allen Gaststätten kostenlos ein Glas Leitungswasser bekommen kann.

Wir werden verhindern, dass eine unzureichende Finanzierung des Studierendenwerks wieder zu extremen Preissteigerungen beim Semesterbeitrag führt. Im Gegenteil: Wir wollen den Beitrag deutlich absenken.

Die **quartiersnahe Beratung der Verbraucher*innenzentrale bauen wir** weiter aus, damit Menschen sich besser vor Abzocke im Internet, durch miese Verträge und unberechtigte Forderungen schützen können.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, endlich eine wirksame Preiskontroll-Behörde aufzubauen, die nicht durch die Kostenentwicklung gerechtfertigte Preissprünge bei Lebensmitteln und alltäglichen Gebrauchsgütern unterbindet.

Einkommensergänzende Leistungen müssen funktionieren

Ohne Wohngeld können viele Familien mit Kindern, Alleinerziehende und viele Ältere nicht die Wohnungen bekommen, die sie brauchen. Deshalb muss das Wohngeld für die Menschen funktionieren. Alle, die es bekommen können, müssen davon auch wissen **(siehe Kapitel Wohnen)**. Für den Kinderzuschlag zum Kindergeld gilt dasselbe.

Kürzungen durch die Bundesregierung in diesen Bereichen lehnen wir entschieden ab.

Wohngeld und Kinderzuschlag sorgen dafür, dass man mit Erwerbsarbeit in Vollzeit mehr hat als mit Bürgergeld – auch Alleinerziehende oder Familien mit mehreren Kindern und nur einer Erwerbsperson. Seit der **Wohngeld-plus-Reform** kommen auch Alleinerziehende durch einen Vollzeitjob aus dem Bürgergeld heraus.

Aber: Weil Lohneinkommen vollständig gegengerechnet wird, wird einem jeder Euro, den man mehr Lohn bekommt, auf der anderen Seite wieder bei Wohngeld und Kinderzuschlag abgezogen. Das ist nicht fair und motiviert nicht dazu, für höhere Löhne zu kämpfen oder im Beruf mehr Verantwortung zu übernehmen. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene dafür ein, dass der anteilige Abzug nicht zu 100 Prozent erfolgt – damit sich nicht nur Lohnarbeit, sondern auch mehr Lohn für alle lohnt.

Einkommen sichern: Den Mindestlohn stärken

Leben in der Stadt ist teurer als Leben auf dem Land. Wir wollen nicht, dass Menschen weite Wege zur Arbeit in Kauf nehmen, weil sie sich das Wohnen und Leben in der Stadt nicht leisten können. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist ein funktionierender und wirksam kontrollierter Mindestlohn, der in einem Stadtstaat auch höher sein muss als bundesweit. Wir haben den **Landesmindestlohn an die unterste Gehaltsgruppe im öffentlichen Dienst** gekoppelt, sodass er mit den Tarifabschlüssen automatisch und sofort steigt und höher liegt als der Bundesmindestlohn. Wir werden überprüfen, ob das reicht. Wenn der Landesmindestlohn nicht ausreicht, um bei Vollzeitarbeit im Alter nicht von Grundsicherung leben zu müssen, muss er stärker steigen. Dieses Kriterium wollen wir bei der Festsetzung des Landesmindestlohns eigenständig berücksichtigen.

1.5 Verbraucher*innenschutz

Verbraucher*innenschutz bedeutet Voraussetzungen für selbstbestimmte Entscheidungen zu schaffen, Rechte zu stärken und vor verdeckter Abzocke zu schützen. Informationen zu Dienstleistungen, Preisgestaltung, Lebensmitteln und anderen Produkten müssen zugänglich und verständlich sein. In Zeiten zunehmender Digitalisierung braucht es Schutz vor Missbrauch und Manipulation im Internet, am Telefon und an der Haustür. **Niedrigschwellige und wohnortnahe Beratungsangebote** sind wichtig, um Transparenz herzustellen und einen sicheren Umgang mit den Problemen des Alltags zu schaffen.

Alle Generationen profitieren von Verbraucher*innenschutz. Kinder und Jugendliche brauchen früh Orientierung, um sich in einer digitalen Konsumwelt zurechtzufinden. Dazu gehören das Erlernen von Medienkompetenz, Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung, aber auch Wissen über Ernährungsrisiken, Konsumverhalten und Schuldenfallen. Uns ist wichtig, dass Kitas, Schulen und außerschulische Lernorte unabhängig und werbefrei bleiben.

Mit zunehmendem Alter verändern sich die Anforderungen. Während Junge Erwachsene sich mit Fragen zu Wohnen, Verträgen und Finanzprodukten beschäftigen, sind ältere **Menschen häufig Ziel von Betrugsversuchen und unseriösen Angeboten. Deshalb wollen wir Präventions- und Beratungsangebote ausbauen.**

Wichtig ist uns, diese Angebote weiter in den Stadtteilen zu etablieren. Eine besondere Rolle kommt dabei der Verbraucherzentrale zu. Das vom Gesundheitsressort geförderte Modellprojekt „Verbraucherrechtsberatung im Quartier“ bietet in 7 Bremer und 2 Bremerhavener Quartieren kostenlose, offene Sprechstunden an. Das werden wir verstetigen, dauerhaft absichern und auf weitere Quartiere ausweiten. Um die gute Arbeit der Verbraucherzentrale dauerhaft zu sichern und auszubauen, muss die institutionelle Förderung an aktuelle Preissteigerungen angepasst werden.

Gleichwohl bedeutet Verbraucher*innenschutz auch, niedrigschwelligen Zugang zu Dienstleistungen zu erhalten, wo sie sonst abgebaut werden. Konkret geht es dabei zum Beispiel um Post- und Bankfilialen, die zunehmend ausgelagert werden, oder in den digitalen Raum ausweichen. Der **Borgfelder Beirat** hat sich erfolgreich für den **Erhalt einer Poststelle** eingesetzt und gezeigt, dass man die Abwanderung der Filiale nicht hinnehmen muss.

Uns wird zunehmend die Frage beschäftigen, wie Künstliche Intelligenz (KI) unseren Alltag verändert und welche Folgen sich daraus ergeben. Beeinflussung durch KI-generierte Werbung und algorithmisch personalisierten Angeboten nimmt bereits zu und oft ist nicht ersichtlich, wer oder was hinter ihnen steht. Für Verbraucher*innen muss transparent sein, wann sie mit automatisierten Systemen in Berührung kommen. Der einfache Zugang zu KI-unterstützten Programmen führt darüber hinaus zu geringeren Hemmschwellen für Missbrauch und digitaler Gewalt. Gerade Frauen laufen Gefahr, dass ohne ihr Wissen Bilder von ihnen – sogenannte Deepfakes – erstellt werden und in sozialen Medien geteilt wird, oft mit pornografischer Darstellung. Wir wollen **stärkeren Rechtsschutz** und brauchen mehr Angebote für psychologische Beratung und Unterstützung. KI darf kein rechtsfreier Raum sein, sondern muss gesetzlich reguliert werden (**siehe Kapitel Digitalisierung und Netpolitik**).

(Querverweis auf Fachstelle Digitale Gewalt und Meldestelle Digitale Gewalt im Kapitel Gleichstellung)

Unsere Erfahrung mit **Heizkostenchecks** zeigt, dass im Bereich Wohnen vieles im Argen liegt. Wir brauchen mehr Beratungsangebote für Mieter*innen, damit diese ihre Rechte kennen,

Abrechnungen verstehen und sich gegen unberechtigte, bzw. überhöhte Forderungen zu Wehr setzen können.

Verbraucher*innenschutz soll nicht nur beraten, sondern auch initiativ werden, wo Verbraucher*innen systematisch benachteiligt werden. Wir wollen mehr **Bundesratsinitiativen** für gesetzliche Änderungen, die Verbraucher*innen effektiver schützen. Das gilt z.B. für Missstände beim Inkassowesen. Es gilt für die unfaire Praxis, Versicherungsbeiträge oder Tarife zu erhöhen und nur denjenigen, die daraufhin kündigen, ein günstigeres Angebot zu machen. Gleichbleibende Preise bei geringeren Mengen - auch als Shrinkflation oder Mogelpackung bekannt - erschweren den Überblick beim Vergleich von Preisentwicklungen. Auf großen Online-Plattformen wie Amazon und Temu ist oft nicht auf den ersten Blick ersichtlich, wer Anbieter und wer Hersteller ist und was das für Rückgaberechte bedeutet - hier sind klare Regeln und mehr Transparenz nötig. Wir wollen, dass Werbung für Online-Glücksspiel wieder abgeschafft wird. All das muss auf Bundesebene geregelt werden, aber wir können uns als Bundesland aktiv dafür einsetzen.

2 Lebenswerte Stadtteile

2.1 Soziale Infrastruktur und Nachbarschaftspolitik

Unser Stadtteil ist der Ort, an dem wir uns begegnen und einen Großteil unseres Lebens verbringen. Er gehört zum Leben unbedingt dazu: Neben der eigenen Wohnung und dem Ort, wo wir zur Arbeit oder zur Ausbildung hingehen, ist er der dritte große Bereich, der für unsere Lebensqualität wesentlich ist. Er muss viele Dinge für uns leisten, die wir brauchen: Begegnung, Versorgung, Erholung, Aufenthalt, und vieles mehr. Das ist die soziale Infrastruktur, die genauso wichtig ist wie die gebaute Infrastruktur, wie Brücken, Busse und Krankenhäuser. **Ohne die soziale Infrastruktur**, ohne Nachbarschaftspolitik, verkümmern Menschen, vereinsamen, werden unglücklich und krank.

Mit **Nachbarschaftspolitik und sozialer Infrastruktur** meinen wir: Häuser der Familie, Mehrgenerationenhäuser, Spielhäuser, Nachbarschaftscafés, Dienstleistungszentren, Bürgerhäuser, Jugendeinrichtungen, Upcycling-Cafés, Sozialkaufhäuser, Senioren- Mittagstische, Beratungsangeboten für Geflüchtete, Sozialberatung, Quartiersmanagement und vieles mehr. Diese Orte sind Orte der Gemeinschaft und der Solidarität: Sie werden von Menschen verschiedenster Herkunft mit unterschiedlichsten Anliegen genutzt, es kommen Jung und Alt zusammen, es begegnen sich Menschen mit und ohne Behinderung, es kann gemeinsam gegessen, gekocht, gespielt, gegärtnert, genäht, gemalt werden, es findet Betreuung, Förderung und Beratung statt oder es gibt Gesundheitsangebote.

In Stadtteilen, wo Menschen leben, die über ein **geringes Einkommen verfügen**, und wo viele Menschen auf engem Raum leben, ist soziale Infrastruktur besonders wichtig. Die eigene Wohnung bietet oft nur bedingt Platz, um ihn als Ort für Begegnung zu nutzen, und der Markt schafft nur Angebote, wo die Kaufkraft stimmt und die er sich bezahlen lässt. Daher sehen wir es als eine besonders wichtige Aufgabe, diese Stadtteile durch gute Nachbarschaftspolitik zu stärken. Gerade wenn die eigenen vier Wände eng sind, brauchen wir Räume, Flächen, Plätze und **Angebote außerhalb der eigenen vier Wände**. Die Bewohner*innen der Stadtteile sollen diese Infrastruktur mitgestalten können, sie sollen ein aktiver Teil der Planung und Entwicklung ihrer Nachbarschaft sein.

Soziale Infrastruktur in Nachbarschaften leistet einen Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Sie entlastet diejenigen, die sich um die Versorgung ihrer Familien und Angehörigen kümmern. Sie hilft, das Leben bezahlbar zu halten, wenn sie Angebote bereitstellt, die günstig oder kostenlos sind. Sie sorgt für Inklusion: **Niemand soll durchs Netz fallen**. Deshalb muss nachbarschaftliche Infrastruktur behutsam gefördert, planvoll entwickelt und fair abgesichert werden.

Soziale Infrastruktur gezielt stärken

In Bremen und Bremerhaven gibt es bereits vielfältige soziale Angebote und Anlaufstellen für Menschen jeden Alters. Hier wird wertvolle, zugewandte Arbeit in den Quartieren für die Menschen geleistet, Unterstützung organisiert und Solidarität gelebt. Die materielle Grundlage dafür ist die Verbindung von Landesmitteln (teilweise gebündelt in Programmen wie „Wohnen in Nachbarschaften“ = WiN bzw. „lebendige Städte“), Mitteln der Arbeitsmarktförderung (finanziert über die Jobcenter), und europäischen Fördermitteln (Europäischer Sozialfonds ESF). Es ist eine wichtige strategische Entscheidung, **Mittel der Arbeitsmarktförderung** gezielt für die quartiersnahe Infrastruktur zu nutzen und darüber gleichzeitig einen zweiten Arbeitsmarkt aufzubauen, der niedrigschwellig und inklusiv ist.

Diese Struktur ist erheblich unter Druck geraten. Die Mitarbeiter*innen und Projektverantwortlichen leiden unter der **Unsicherheit von Projektförderung**, einem hohen Antrags- und Abrechnungsaufwand und dauernder Befristung. Wenn Fördermittel wegbrechen, wie das etwa durch die Kürzungen seitens der Jobcenter der Fall war, stehen Projekte kurzfristig vor dem Aus.

Politik muss daher Verantwortung dafür übernehmen, vorhandene Strukturen abzusichern und planvoll auszubauen. Wir wollen eine **Bestandsgarantie** für notwendige Einrichtungen, die greift, wenn es Probleme gibt. Eigene Landesmittel, flexible Lösungen und gute Planung sind dafür entscheidend.

Jeder Stadtteil ist anders, und jedes Angebot hat seine Geschichte und ist gewachsen. Trotzdem gibt es ein paar Standards, die wir in jedem Stadtteil erfüllt sehen wollen: Wohnortnahe Gesundheitsangebote (einschließlich Pflege, psychischer Gesundheit und Frauengesundheit); Rechtsberatung (für Mieter*innen, beim Verbraucher*innenschutz und für spezifische Gruppen); Begegnung und Gestaltung (Treffpunkte, Begegnungsorte, Räumlichkeiten für selbstorganisierte Projekte); Alltagsversorgung (Nachbarschaftscafés mit günstigem Mittagstisch, Sozialkaufhäuser, kleinere Einkaufsmöglichkeiten). Wir werden ein entsprechendes **Mapping** durchführen, um zu identifizieren, was dringend erhalten werden muss und was fehlt. Wir knüpfen damit an die internationale Debatte um „caring cities“ an, die auf solche planvollen Entwicklungen orientiert.

Angebote der sozialen Infrastruktur können sich gegenseitig stärken, wenn sie gebündelt werden in gemeinsamen Einrichtungen. Diese Bündelung wollen wir fördern, weil gemeinsam genutzte Immobilien den Projekten mehr Sicherheit geben und weil es von Vorteil ist, Angebote unter einem Dach vorzufinden. In jedem Stadtteil soll es möglichst ein solches **solidarisches Zentrum** geben.

Wir wollen auf den Erfahrungen mit demokratischer Partizipation und preislicher Entlastung aufbauen, die es bereits gibt. Beim WiN-Programm wird in Quartiersforen vor Ort gemeinsam entschieden, welche Projekte gebraucht werden und gefördert werden sollen. In der Arbeitsmarktförderung sind Instrumente entwickelt worden, wie man günstige Angebote (vom Mittagstisch bis zur Nachbarschaftshilfe) aufbauen kann, ohne kommerzielle Angebote kaputt zu machen (z.B. indem es das besonders günstige Mittagessen nur für die Quartiersbewohner*innen gibt). Und vor allem: **Der Nutzen für die Bewohner*innen vor Ort** muss das entscheidende Kriterium sein, was gefördert wird.

Verlässlichkeit schaffen

Die Planungsmisereen bei den Arbeitsgelegenheiten und ESF-Plus-geförderten Projekten haben viel Vertrauen verspielt. Projekte mussten eingestellt werden, Angebote wurden reduziert. Beschäftigte waren großer Unsicherheit ausgesetzt, Teilnehmende standen plötzlich vor dem Aus, manche sind in Sucht oder Depression abgerutscht.

Wir konnten durch Umsteuerung von Mitteln einige **bedrohte Projekte weiterfinanzieren**. Trotzdem haben sich die Streichungen in der sozialen Infrastruktur vieler Stadtteile als deutlicher Verlust bemerkbar gemacht. Solchen Planungsfehlern muss in Zukunft besser vorgebeugt werden, durch effektiveres Controlling, langfristige, verlässliche Planung im Sinne der Menschen und Quartiere und eine aktive Rolle der Kommune in der Trägerversammlung des Jobcenters. Um den Mittelwegfall zu kompensieren, wurden zudem im aktuellen Doppelhaushalt 38 Millionen Euro für die Landesarbeitsmarktpolitik bereitgestellt. Wir wollen die Landesarbeitsmarktstrategie ausbauen und verstetigen. Träger, Beschäftigte und Teilnehmende brauchen **langfristige Perspektiven und Planungssicherheit**, Bremen und Bremerhaven verlässliche soziale Quartiersangebote.

Ein Teil der Landesarbeitsmarktmittel steht für den **Sozialen Arbeitsmarkt** zur Verfügung. Hier kann, ergänzend zu den regulären Arbeitsgelegenheiten des Jobcenters, öffentlich geförderte Beschäftigung in Projekten geschaffen werden ohne Leistungsdruck oder Befristung, aber mit leistbaren Anforderungen, Tagesstruktur und Sinn für den Stadtteil. Wir wollen den sozialen Arbeitsmarkt im Land als freiwilliges Angebot für alle, die (noch) nicht in den ersten Arbeitsmarkt zurückkehren können und wollen, ausbauen und damit gerade auch die solidarische Infrastruktur in den Stadtteilen stärken. Diese Projekte müssen auch sozialarbeiterisch und psychologisch begleitet sein, in Form dauerhaft ausfinanzierter Unterstützungsangebote.

Querverweis zum Kapitel Arbeit

Klar ist für uns: Arbeitsgelegenheiten auf dem sozialen Arbeitsmarkt müssen freiwillig wahrgenommen werden können und ohne Druck vom Jobcenter. Sie müssen niedrigschwellig auf die verschiedenen Bedarfe der Beschäftigten eingehen und diskriminierungssensibel gestaltet sein. Geförderte Beschäftigung im Sozialen Arbeitsmarkt sollte dauerhaft gesichert sein. Es gibt Menschen, die durch Beschäftigungsförderung in den ersten Arbeitsmarkt kommen. Es gibt aber auch Menschen, für die die Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes zu hoch sind, die sich aber trotzdem einbringen und gebraucht fühlen wollen. **Dauerhafte, geförderte soziale Beschäftigung** stabilisiert nicht nur die Teilnehmenden, sondern auch die Quartiere. Projekte des sozialen Arbeitsmarkts leisten einen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit in den Stadtteilen und wirken Vereinsamung und Armut entgegen. Wir wollen deshalb solidarische Zentren in jedem armutsbedrohten Stadtteil institutionell absichern. So können soziale Angebote die Arbeit machen, für die sie da sind: mit den Menschen vor Ort, statt mit Antrags- und Abrechnungswust.

Es gibt bereits gute Ansätze für soziale und nachhaltige, nachbarschaftliche Angebote. Dazu gehören die Mittagstische, die in einigen Stadtteilen insbesondere für armutsbedrohte ältere Menschen angeboten werden. Dort erfahren sie Gemeinschaft und entkommen der Einsamkeit. Es gibt dort eine günstige gesunde Mahlzeit und geförderte Beschäftigte haben eine sinnstiftende Arbeit, die ihren Lebensunterhalt aufstockt. Diese **sozialen Mittagstische** wollen wir ausweiten. Ob in solidarischen Zentren, in Begegnungsstätten, Mehrgenerationenhäusern, Häusern der Familie oder Bürgerhäusern: unser Ziel ist ein sozialer Mittagstisch in jedem Stadtteil. Eine Herausforderung für die Finanzierung der Arbeitsmarktförderung ist auch die Abhängigkeit von Mitteln des Bundes bzw. der EU. Neben den Planungsfehlern im Bremer Jobcenter hat auch die Änderung der Förderkriterien der Agentur für Arbeit dafür gesorgt, dass Projekte gestrichen werden mussten. Das Jobcenter fördert verstärkt nur noch Projekte bzw. Personen, bei denen eine Chance zur Rückkehr auf den ersten Arbeitsmarkt besteht. Eine enge Auslegung von Arbeitsmarktnähe, „Zusätzlichkeit“ und „Wettbewerbsneutralität“ führt dazu, dass Substanz weggefallen ist und Maßnahmen verschlechtert wurden. So mussten einige Träger zum Beispiel die Stellen der sozialpädagogischen Mitarbeitenden streichen, obwohl sowohl Teilnehmende als auch Nutzende nachhaltig davon profitierten.

Das Ziel, Menschen in reguläre Beschäftigung zu bringen ist richtig, sorgt aber dafür, dass die Finanzierung vieler Projekte, die wichtig waren für Menschen, die z.B. aufgrund von Erkrankungen dazu nicht mehr in der Lage sind, gestrichen wurden und diese Personen nun weniger Angebote für Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt haben. Neben den Mitteln des Jobcenters nutzt Bremen gerade auch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Aufgrund der politischen Verschiebungen auf Bundes- und EU-Ebene und des stärkeren Fokus auf Rüstung und Verteidigung werden absehbar die Mittel des Europäischen Sozialfonds sinken. Wir kritisieren diese Schwerpunktsetzung auf europäischer Ebene deutlich und setzen uns für eine **Stärkung sozialer und ökologischer Schwerpunkte** ein. Sowohl die strikten Förderkriterien der Arbeitsagentur als auch die absehbaren Förderungsrückgänge auf bundes- und europäischer Ebene bedeuten für uns, dass wir in Bremen und Bremerhaven noch stärker Landes- und kommunale Mittel zur Verfügung stellen müssen, damit nicht wieder Lücken in soziale Infrastruktur und Beschäftigungsangebote gerissen werden.

2.2 Gesundheit und Pflege

Wir kämpfen für eine Gesundheitspolitik, die die Versorgung an den Bedarfen in den Quartieren ausrichtet. Dabei ist klar: Gesundheit ist Ausdruck unserer sozialen Lebenssituation. Wohnort, Vermögen, Arbeit, Familie, Geschlecht, und Herkunft – all dies bestimmt über unser Wohlergehen. Das gesundheitliche Versorgungssystem muss damit auch den vielfältigen Lebenslagen der Patient*innen gerecht werden.

In den vergangenen Jahren haben wir in Bremen gezielt neue Angebote aufgebaut, um Lücken in der gesundheitlichen Versorgung zu schließen. Dahinter stand ein bewusster Perspektivwechsel: weg von einer Betrachtung, die Versorgung in statistischen Kennzahlen auf dem Papier misst, hin zu einer Betrachtung, deren Maßstab es ist, dass die Menschen tatsächlich Zugang zu Versorgung haben. Unter anderem mit dem Aufbau von **Hebammenzentren**, mit **Gesundheitsfachkräften im Quartier** und weiteren niedrigschwelligen Angeboten sowie der Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdiensts (ÖGD) haben wir gezeigt, dass sich Versorgung aktiv durch das Land gestalten lässt.

Wir müssen aber feststellen: Diese Angebote bleiben eine Ergänzung. Sie kompensieren, was das Gesundheitswesen an anderer Stelle nicht leistet. Und je öfter wir kompensieren müssen, desto klarer wird, wo die eigentlichen Grenzen und Probleme liegen: Wer heute das Gesundheitswesen in Anspruch nehmen muss – sei es Praxis, Krankenhaus oder Pflege – erlebt getrennte Welten, die nach eigenen Regeln funktionieren und nicht darauf ausgerichtet sind, übergreifend die bestmögliche Versorgung für Patient*innen zu gewährleisten. Wer eine Praxis sucht, findet sie nicht dort, wo der Bedarf am größten ist, sondern dort, wo sich vor Jahrzehnten eine Versorgungsstruktur etabliert hat. Dabei sind vor allem armutsbetroffene Stadtteile nicht nur durch eine erhöhte Krankheitslast, sondern auch von **gesundheitlicher Unterversorgung** geprägt. Gleichzeitig erleben wir auf Bundesebene aktuell einen beispiellosen Sozialabbau im Gesundheitswesen, mit dem die Verschlechterung der Patient*innenversorgung sowie der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten zu befürchten sind.

Jetzt braucht es mehr als punktuelle Ergänzungen. Wir brauchen neue Steuerungsinstrumente und eine grundlegend andere Aufgabenverteilung im Gesundheitswesen - mit einem stärkeren öffentlichem Einfluss. Gesundheitliche Versorgung darf **nicht den privaten Profitinteressen** überlassen werden, sondern muss stärker in öffentlicher Verantwortung organisiert werden. Aber auch zwischen den Berufen des Gesundheitswesens braucht es eine neue Aufgabenverteilung, damit Kompetenzen dort eingesetzt werden, wo heute faktisch schon Verantwortung getragen, aber formal ausgebremst wird, weil zum Beispiel Kompetenzen von Pflegepersonal nicht formal anerkannt werden.

Ambulante ärztliche Versorgung erreichbar für alle

Nirgends sonst ist das Versagen des aktuellen Systems so deutlich zu sehen, wie in der ambulanten Versorgung. Ein gutes Gesundheitssystem fußt darauf, dass es eine für alle erreichbare gute ambulante Versorgung gibt – das ist inzwischen im Land Bremen nicht mehr überall gegeben. Vielen engagierten Ärzt*innen im ambulanten Bereich stehen offene Praxissitze gegenüber, die nicht mehr besetzt werden.

Wir werden deswegen künftig unser Engagement in den Quartieren noch weiter verstärken, in denen es bereits heute keine ausreichenden Versorgungsstrukturen mehr gibt. Die sehr erfolgreichen Angebote von Gesundheitsfachkräften im Quartier über Hebammenzentren bis zu **Regionalen Fachkräften für psychische Gesundheit von Kindern** und Jugendlichen (ReFaps) werden wir dabei stärker miteinander verzahnen. Diese Angebote bieten bereits jetzt Orientierung im Gesundheitswesen sowie akute Hilfe und Unterstützung.

Um dem zunehmenden Rückgang ärztlicher Grundversorgung und ihrer ungleichen Verteilung zu begegnen, werden wir mit der flächendeckenden Einrichtung **kommunaler medizinischer Versorgungszentren (MVZ)** tätig werden. Diese sollen künftig nicht nur ärztliche Angebote ermöglichen, sondern die darüberhinausgehenden Quartiersangebote bündeln und somit als Gesundheitszentren Anlaufstellen für viele gesundheitliche Anliegen im Stadtteil sein. Lücken im Unterstützungsangebot, etwa in der Phase zwischen der Unterstützung durch Familienhebammen und durch Gesundheitsfachkräfte in den Schulen, werden wir durch entsprechende Angebote schließen.

Zusätzlich wollen wir Projekte fördern, die eine **Schnittstelle** zwischen ambulanter ärztlicher Versorgung und unseren beratenden oder präventiven Angeboten oder auch Angeboten des öffentlichen Gesundheitsdienstes aufbauen.

Gesundheit ist keine Ware. Wir wollen den Einfluss von Investor*innen, etwa durch Private-Equity-Gesellschaften, auf die ambulante Versorgung zurückdrängen. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene für ein Verbot investorengeführter Praxen ein und werden ein Landestransparenzregister für medizinische und pflegerische Einrichtungen schaffen.

Krankenhausreform weiter voranbringen

Mit der ursprünglich geplanten Reform der Krankenhausversorgung – von der wohnortnahen Basisversorgung zur hochspezialisierten Komplexbehandlung – hatte die Bundesregierung einen Weg eingeschlagen, der richtig war, im weiteren Verlauf der Abstimmungen jedoch stark verwässert wurde.

In Bremen haben wir bereits einige Zeit vor der Krankenhausreform einen partizipativen Prozess mit allen Krankenhäusern gestartet. Durch eine gute Grundversorgung einerseits und mehr Konzentration und Spezialisierung andererseits wollen wir die Versorgung trotz Fachkräftemangels und Finanzierungsproblematiken auf einem hohen qualitativen Niveau halten und gleichzeitig die **Krankenhäuser in wirtschaftlich stabile Lagen** bringen.

Diesen Prozess werden wir in den kommenden Jahren fortsetzen und konsolidieren. Wir haben ein neues **Krankenhausgesetz** auf den Weg gebracht, das durch eine gerechte Verteilung des Leistungsgeschehens beide Ziele ermöglicht. Dieser Prozess bedarf jedoch einer soliden Investition in klimagerechte Modernisierung und Sanierung.

Den größten Anteil der stationären Versorgung im Land Bremen übernehmen weiterhin die **kommunalen Kliniken**, die Gesundheit Nord in der Stadtgemeinde Bremen und das Klinikum Reinkenheide in Bremerhaven. Wir wollen erreichen, dass diese Kliniken in ihrer Arbeit durch die jeweiligen Träger, also die beiden Stadtgemeinden, gestärkt werden.

Gewaltfreie Psychiatrie

In den vergangenen Jahren haben wir in allen 5 Bezirken der Stadtgemeinde Bremen **Gemeindepsychiatrische Verbünde** etabliert, die die Versorgungssteuerung für chronisch psychisch kranke Menschen gewährleisten sollen.

Wir haben mit „Bremen ambulant vor Ort (Bravo)“ eine Struktur für wohnortnahe Versorgung geschaffen, die die stationäre Behandlung so weit wie möglich reduziert. Ebenso haben wir Genesungsbegleiter*innen etabliert.

In den kommenden Jahren wollen wir diesen Weg im Sinne einer weitestmöglich gewaltfreien Psychiatrie fortsetzen, dabei aber die drängenden Bedarfe der stationären Behandlung nicht aus den Augen verlieren. Beengte Verhältnisse in der Psychiatrie schaffen überall in Deutschland vermeidbare Gewalt. Wir werden neue Behandlungszentren für die dezentrale stationäre Versorgung in den Stadtbezirken einrichten, die die menschenwürdige, wohnortnahe zeitgemäße Behandlung „in Stein meißeln“. Die Probleme psychisch kranker Menschen werden z.B. durch Armut, Wohnungslosigkeit und Gewalt (auch im Kontext von Flucht) verschärft. Deswegen werden wir den sozialen Krisendienst in einen leicht erreichbaren **24-Stunden-Krisendienstes** mit aufsuchendem Personal zur Nachsorge und zum Auffangen akuter Krisen weiterentwickeln. Daneben wollen wir in allen fünf Bezirken ergänzende Unterbringungs- und Wohnangebote einrichten. Dabei verfolgen wir weiter den Ansatz des Housing First, denn Genesung braucht eine sichere Wohnsituation.

Für Menschen, die sich nicht auf psychiatrische Angebote einlassen können oder wollen - wie etwa gehäuft bei obdachlosen Menschen – werden wir **sukzessive aufsuchende Teams** in jedem Stadtbezirk Bremens und in Bremerhaven aufbauen, die aktiv auf diese Menschen zugehen (orientiert am Ansatz des Assertive Community Treatment – ACT).

Queere Personen sowie Frauen sind in der Psychiatrie besonders gefährdet. Sie sind oft mit sexualisierter Gewalt konfrontiert und werden mit Ihrer Problematik oft nicht hinreichend gesehen. Queere Menschen sind dabei wegen Diskriminierungserfahrungen überdurchschnittlich oft auf psychiatrische Hilfe angewiesen. Deshalb gibt es **Fortbildungen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt für das Personal**, die verpflichtend werden sollen. Und auch von Rassismus betroffene Personen sind auf ein diskriminierungssensibles Umfeld angewiesen, in dem Rassismus-Erfahrungen ernst genommen und verstanden werden und Rassismus nicht reproduziert wird. Entsprechende Fortbildungsangebote wollen wir stärken. Auch braucht es weitere geschützte, tatsächlich nutzbare Räume für Queers, Frauen, Rassismus-Betroffene und andere marginalisierte Gruppen.

Autismus im Erwachsenenalter wird noch zu oft übersehen, da das Thema in der Ausbildung von Psychiater*innen und Psychotherapeut*innen kaum vorkommt. Deshalb braucht es feste Ansprechpersonen (z.B. Autismuscoaches) für die Beteiligten des Gesundheitssystems des Landes sowie weitere **Fortbildungsangebote**.

Es braucht ausreichende, zeitnah verfügbare Psychotherapieplätze. Der Bund aber hat die Honorare für psychotherapeutische Behandlung gekürzt und will nur noch einen reduzierten Maximalbetrag für Psychotherapie zahlen. Dies bedeutet noch längere Wartezeiten in großen seelischen Krisen. Bremen hat sich dem im Bundesrat bereits entgegengestellt. Wer keinen Platz bei eine*r Psychotherapeut*in mit Kassensitz findet, muss niedrigschwellig andere, qualifizierte Behandlung erstattet bekommen. Dies gilt besonders für Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Hier ist Zugang zu **muttersprachlichen kassenfinanzierten Angeboten** zu sichern. Gleichzeitig muss die Ausbildung von Psychotherapeut*innen dringend garantiert werden.

Im Maßregelvollzug, der forensischen Psychiatrie, muss genug Personal eine zwangsarme, menschenwürdige Behandlung ermöglichen. Einfach immer mehr forensische Plätze zu fordern, sehen wir kritisch; wir wollen keine Rückkehr zur Verwahrpsychiatrie durch die Hintertür. Nötig sind bessere Übergänge und spezialisierte Wohnangebote in Bremen, statt Menschen weiter in andere Bundesländer zu schicken.

Pflege: Einrichtungen stärken, Pflege professionalisieren, Angehörige unterstützen

Wir haben in den letzten Jahren die Dienstleistungszentren als wichtige Säule der Vor-Ort - Versorgung und der Unterstützung für pflegende Angehörige gestärkt. Um gleichzeitig die Rechte der Bewohner*innen von Pflegeeinrichtungen zu stärken, sind wir auf dem Weg, die Wohn- und

Betreuungsaufsicht (WBA) durch eine Zusammenführung mit dem Gesundheitsamt effektiver aufzustellen.

Wir wollen diese bereits eingeschlagenen Wege fortsetzen. Dafür sollen die **Dienstleistungszentren in den kommenden Jahren professionalisiert** und damit auch auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden. Die WBA wollen wir personell verstärken und sie in ihrer Rolle als Anlaufstelle für Bewohner*innen von Pflegeeinrichtungen wie auch für An- und Zugehörige weiterentwickeln.

Der Nachwuchskräftemangel in der Pflege bleibt auch künftig ein drängendes Problem und häufig der begrenzende Faktor für Pflegeplätze. Die angebotenen Ausbildungsplätze konnten in den letzten Jahren bereits erfolgreich erhöht werden und durch **Projekte wie „Bleib dran“** und andere wurde der Verbleib in Ausbildung und später im Beruf verbessert. Diese Wege müssen konsequent fortgesetzt werden.

Einen zentralen Baustein soll dabei der Bau einer modernen und vielseitig nutzbaren **Bildungsakademie** bilden. Damit wollen wir die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Gesundheitsberufe zukunftsfähig gestalten. Darüber hinaus setzen wir uns für deutlich mehr originäre eigenständige Handlungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Gesundheitsfachberufe ein. Vor allem für Pflegekräfte sollen auch neue Handlungs- und Betätigungsfelder durch den Zuwachs an Kompetenzen erschlossen werden, wie beispielsweise Community Health Nurses.

Ein weiterhin bestehendes Problem bleiben die sehr hohen Eigenanteile für Pflegeheimplätze. Die von der Bundesregierung mit dem Pflege neuordnungsgesetz geplante "Reform" wird dieses Problem weiter verschärfen. Dem stellen wir uns entgegen. Wir werden auf Landesebene dazu beitragen, dass **bezahlbares Leben in Pflegeeinrichtungen** ermöglicht wird. Notwendige Bausteine dafür sind die Abdeckung der Ausbildungs- und Investitionskosten durch das Land und die Einführung eines Pflege-Wohngelds.

Der größte Teil der Pflege wird zu Hause von Angehörigen geleistet. Dass der Bund auch hier die ohnehin geringe finanzielle Entschädigung kürzen will, z.B. durch Streichen des Pflegegeldes bei Pflegestufe 1, lehnen wir entschieden ab.

2.3 Drogenhilfe statt repressive Drogenpolitik

Uns ist es in den letzten Jahren gelungen, eine **integrierte Drogenhilfestrategie** zu entwickeln und umzusetzen. Dadurch konnten wichtige Fortschritte erzielt werden, wie der Ausbau der Drogenhilfeangebote mit Drogenkonsumraum und Regenerationsort sowie die Schaffung zusätzlicher Toleranzräume, die Verbesserung der medizinischen Versorgung und die Sicherung wichtiger niedrigschwelliger Hilfsangebote. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen und dabei den Fokus vor allem auf den Ausbau von dezentralen Hilfsangeboten setzen. Dabei wollen wir uns auch an internationalen Good-Practice-Modellen der niedrigschwelligen Drogenhilfe orientieren und schlagen deshalb eine Prüfung der Erfahrungen mit dem Züricher Modell vor, das unter anderem den Mikrohandel von Drogen in Konsumräumen und Hilfeeinrichtungen toleriert, damit den Konsum sicherer macht, die Konsument*innen schützt und die offenen Drogenszenen eindämmt. Suchterkrankungen müssen endlich als Erkrankungen gesehen werden, die verschiedene Ursachen haben. Dieser Komplexität muss Sucht- und Drogenpolitik gerecht werden.

Gute Sucht- und Drogenpolitik misst sich nicht an der Zahl der Platzverweise, sondern daran, ob Menschen gesund bleiben, Unterstützung erhalten und den Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben finden. **Repressive Maßnahmen** sind dabei häufig kontraproduktiv, besonders wenn sie dazu führen, dass Abhängige Hilfeeinrichtungen meiden und in umliegende Stadtteile verdrängt werden.

Eine **gute Suchtpolitik** bietet dabei sowohl Hilfe für Erkrankte und schafft es gleichzeitig, Nachbarschaften im Umfeld von Drogenhilfeeinrichtungen durch feste Ansprechpartner*innen und Konfliktmanagement zu unterstützen.

Um Behandlungsangebote in Zukunft zu stärken, ist in Bremen und Bremerhaven der Ausbau spezialisierter **Entgiftungsangebote** erforderlich. Nötig ist auch eine Stärkung der **Substitutionsbehandlung**: Diese muss abgesichert und von genug Ärzt*innen angeboten werden. Fehlende Substitutionsplätze können durch zusätzliche städtische Substitutionsambulanzen ergänzt werden. Bremen muss sich aktiv an Modellprojekten zur Behandlung von Crack- und Kokainabhängigkeit beteiligen und neue medizinische sowie psychosoziale Behandlungsansätze erproben.

Bremen braucht endlich ein Angebot der **Diamorphinbehandlung**, also eine ärztlich kontrollierte Heroinabgabe an schwerstabhängige Menschen, so wie es in vielen deutschen Großstädten bereits Teil der suchtmmedizinischen Regelversorgung ist.

Ein weiterer zentraler Baustein unserer Strategie ist deswegen die deutliche Ausweitung von **Präventionsangeboten**, um Suchterkrankungen bereits frühzeitig zu verhindern.

Sucht betrifft Menschen in allen Altersgruppen und Lebenslagen. Sie umfasst nicht nur den Konsum illegaler Drogen, sondern ebenso Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit sowie Mediensucht. Diese und viele weitere Suchterkrankungen müssen stärker in den Fokus genommen werden, sowohl im Bereich der Prävention als auch durch Beratungs- und Behandlungsangebote.

Die Entkriminalisierung des **Cannabis-Konsums** durch Erwachsene, die seit 2024 bundesgesetzlich gilt, war ein wichtiger Fortschritt für eine rationale Drogenpolitik. In Bremen sind (Stand März 2026) bislang vier Anbauvereinigungen zugelassen worden, während z.B. in ganz Bayern nur 9 genehmigt wurden. Wir werden dem Beispiel Niedersachsen folgen und auch für das Land Bremen die Liste der genehmigten Anbauvereinigungen veröffentlichen und laufend aktualisieren.

2.4 Sport

Breitensport und Teilhabe sind die Schwerpunkte unserer Sportpolitik. Sport stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, Sport und Bewegung sind wichtig für Spaß und Gesundheit, er wirkt inklusiv und integrativ. Wir wollen Sport für alle möglich machen, unabhängig von Alter, Geschlecht, körperlicher Verfassung, vom Wohnort und vor allem unabhängig vom Geldbeutel. Deswegen braucht es diskriminierungsfreie öffentliche Sportstätten und Sportangebote in allen Stadtteilen.

Sport ist für uns Daseinsvorsorge. Sich sportlich betätigen zu können ist aber für viele Menschen immer noch mit Hindernissen verbunden. Insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen, Kindern und Menschen mit Behinderung wird der Zugang erschwert.

Deswegen wollen wir die **Zugangsmöglichkeiten zu Sportvereinen** durch die Übernahme der Vereinsbeiträge erleichtern. Die bestehenden Förderprogramme „Kids in die Clubs“ und „Kids in die Bäder“ müssen auch zukünftig abgesichert werden.

Eine weitere Erhöhung der **Eintrittspreise** für Kinder und Jugendliche für die Bremer Freibäder lehnen wir ab. Perspektivisch wollen wir den kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche in allen Frei- und Hallenbädern.

Sport für alle bedeutet für uns, dass die Vielfalt unserer Gesellschaft in den Vereinen und Verbänden abgebildet wird. Sportvereine sind Orte gelebter Solidarität. Hier lernen Menschen, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Diese soziale, integrative und inklusive Arbeit funktioniert nur Dank der Arbeit und des Engagements vieler Ehrenamtlicher. Diese Arbeit unterstützen wir vorbehaltlos!

Wir wollen daher auch in der nächsten Legislatur die Ausbildungsförderung von **Übungsleiter*innen und Trainer*innen** fortsetzen und ausbauen. Die Übungsleiter*innenpauschale muss weiter erhöht werden.

Wir werden die Förderung für den **Inklusionssport** deutlich erhöhen und insbesondere den Bremer Landesverband der Special Olympics Deutschlands gezielt fördern.

Wir werden **queere Sportangebote** in Bremen stärker fördern und ausbauen.

Vereine und Verbände müssen stärker bei der Präventionsarbeit unterstützt werden. Die Erarbeitung von **Schutzkonzepten** für den Kinder- und Jugendschutz, gegen Sexismus, Rassismus und Gewalt wollen wir stärken.

Sportangebote müssen für uns wohnortnah erreichbar sein. Insbesondere für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, dass sie den Weg zur Sporthalle oder ins Schwimmbad selbst zurücklegen können. Deswegen muss dringend mehr Geld in den Erhalt und **Aus- und Neubau** von Sportanlagen, Schwimmhallen und Freibädern investiert werden.

Das Förderprogramm „Sport-Invest“ muss auch über 2027 hinaus abgesichert und ausgebaut werden.

Die (energetische) **Sanierung der kommunalen Sportstätten**, insbesondere der Kunstrasenplätze, Sportheime und Kabinen, muss intensiviert werden.

Sanierungs-, Aus- und Neubaupläne für Sportanlagen und Schwimmbäder von Vereinen und Verbänden unterstützen wir. Der Neubau des Kabinentrakts des Stadion am Panzerberg wollen wir finanziell absichern. Auf dem Rennbahnareal wollen wir angemessene Sportanlagen ermöglichen.

Schwimmen darf für uns kein Luxus sein. Schwimmen ist gesund und gerade in unseren heißen Sommern ist es wichtig, dass Menschen sichere Schwimmmöglichkeiten haben. Die Zahl der Badetoten ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Auch in Bremen sterben jedes Jahr Menschen, weil sie nicht schwimmen können oder die Gefahren unterschätzen. Um dies zu verhindern, braucht es wohnortnahe Hallen- und Freibäder, in denen Kinder bereits im frühen Alter das Schwimmen erlernen können.

Wir werden keinen weiteren Abbau von Wasserflächen zulassen. **Wasserflächen müssen ausgebaut werden.** Die Planungen für das Schwimmbad Vegesack mit Freibad müssen intensiviert werden.

Die Stadtteile Mitte, Östliche Vorstadt, Hastedt und Hemelingen sind nach der Schließung des Hansewasserbades mit Wasserflächen unterversorgt, daher unterstützen wir sowohl die Planungen für eine Schwimmhalle am Stadionbad als auch die Pläne des Bremer-Sport-Clubs für den Bau zweier Lehrschwimmbecken am Hastedter Osterdeich.

Das **Schulschwimmen** muss intensiviert werden. Der Schwimmunterricht muss von der dritten auf die zweite Klasse vorgezogen werden.

Wir stellen sicher, dass auch das Schwimmen an unseren **Seen** sicher ist. Der DLRG muss stärker unterstützt werden. Die Wasserqualität des Unisees und des Achterdieksee muss verbessert werden. Das Wassermanagementkonzept für die Eindämmung der Wasserpest am Werdersee muss auch langfristig finanziell abgesichert werden.

Sport ist für uns Teilhabe. Sportliche Betätigung muss auch außerhalb der Mitgliedschaft in einem Verein oder kommerzieller Angebote und ohne Leistungsgedanken möglich sein.

Wir wollen den Ausbau von **frei nutzbaren Sportgeräten im öffentlichen Raum** wie z.B. Fitnessgeräten, Calisthenics-Parks, Bolzplätzen, Skate-Anlagen und Tischtennisplatten verstärken. Flächen in öffentlichen Grünanlagen müssen für sportliche Betätigungen stärker nutzbar gemacht werden und insgesamt niedrigschwellige Sport- und Bewegungsangebote gestärkt werden.

Die Sportstätten wie der **Sportgarten** die bisher über die Mittel der Offenen Kinder- und Jugendarbeit finanziert wurden, wollen wir stärker institutionell absichern.

Eine lebendige Fankultur ist uns wichtig. Wir lehnen **Repression gegen Fußballfans und -Ultras** ab und fordern besseren gesetzlichen Schutz und Aussageverweigerungsrechte für Mitarbeiter*innen der Fanprojekte.

2.5 Jugend

Jugendliche Mitbestimmung, Freiräume und Schutz gezielt ausbauen

Jugendliche brauchen keine Bevormundung, sondern Vertrauen, echte Mitbestimmung und sichere Orte. Sie brauchen Räume, um sich auszuprobieren, gemeinsam zu feiern und sich selbst zu organisieren – und zwar unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern.

Unser Ziel bleibt unverändert: Wir streiten für eine Stadt, die allen jungen Menschen gleiche Chancen auf die Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit, auf echte Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben garantiert.

In den letzten Jahren haben wir als Linke das Leben von Jugendlichen in Bremen konkret verbessern können. Aber es bleibt viel zu tun. Angesichts wachsender psychischer Belastungen und schwindender Freiräume müssen diese Anstrengungen weiter intensiviert werden.

Wir haben in der Regierungsverantwortung und durch parlamentarischen Druck wichtige Meilensteine für die Bremer Jugend durchgesetzt. Wir haben erfolgreich dafür gestritten, dass möglichst alle Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Bremen erhalten bleiben. Das ehrenamtliche Engagement junger Menschen hat endlich mehr Anerkennung erfahren. Die Jugendleiter*innencard (Juleica) wurde spürbar aufgewertet. Wir haben die Strukturen der Freiwilligendienste im Land Bremen gestärkt, um den rund 1.000 Freiwilligen im Jahr die Wertschätzung und Begleitung zu garantieren, die sie verdienen. Die langjährige Forderung nach ausreichenden sanitären Anlagen an den beliebten jugendlichen Treffpunkten im Sommer haben wir realisiert – die Toiletten am Osterdeich stehen. Über die Lernplattform itslearning haben wir erfolgreiche Abfragen für die Jugendbeiräte gestartet, um die politische Mitbestimmung direkt in den Alltag der Jugendlichen zu bringen.

Offene Jugendarbeit finanziell absichern

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) und unsere **Jugendfreizeitheime** sind das Rückgrat der sozialen Infrastruktur für junge Menschen. Sie sind unverzichtbare Orte der kritischen Auseinandersetzung, Solidarität und Entwicklung alternativer Lebensentwürfe für junge Menschen. Sie dürfen nicht länger von finanziellen Einsparungen bedroht sein.

Rund **6 Millionen Euro mehr** braucht es für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Das entspricht einer auskömmlichen und verlässlichen Absicherung. Nur so können wir bestehende Angebote dezentral in allen Stadtteilen langfristig sichern, gute Arbeitsbedingungen bei den Trägern garantieren und zielgruppenspezifische Angebote für queere, geflüchtete oder Jugendliche mit Behinderung ausbauen.

Für die **Sportstätten und Kinder- und Jugendfarmen** braucht es verlässliche finanzielle Strukturen auch über die Offene Kinder- und Jugendarbeit hinaus.

Konsumfreie Räume und lebendige Jugendkultur fördern

Viele zentrale Orte in unseren Städten sind nicht auf die Bedürfnisse von Jugendlichen ausgerichtet. Nach dem großen Erfolg von Projekten wie „Umzu“ wollen wir die Zwischennutzung von leerstehenden Gebäuden und Plätzen ausweiten. Vorbild ist hier unter anderem das Lübecker Modell für **kreative Freiräume**.

Zudem werden wir bei den neuen Gebäudearealen in der **Innenstadt** (ehemaliges Parkhaus Mitte und Hortenkaufhaus) sicherstellen, dass es konsumfreie Räume gibt, die auch Jugendlichen und jungen Menschen zur Verfügung stehen.

Feiern muss möglich sein

Wir wollen unkomplizierte, neue Regelungen für **Freiluftpartys** im kleineren Rahmen. Junge Menschen brauchen klare Flächen und verlässliche Angebote, in denen sie ohne bürokratische Hürden draußen feiern dürfen.

Außerdem soll die Stadt selbst Immobilien ankaufen und Jugendlichen, Initiativen und Kollektiven zur Verfügung stellen. Wir wollen die Partymeile am Breitenweg (z. B. im ehemaligen Stubu) gezielt wiederbeleben, um jungen Menschen sichere, bezahlbare und wetterunabhängige **Feierräume** zu bieten.

Um feiernde Menschen vor verunreinigten Substanzen zu schützen, setzen wir uns für eine unkomplizierte Möglichkeit des **Drug-Checkings** ein.

Zudem müssen Orte, die von Jugendlichen und jungen Menschen häufig genutzt werden, **hitzeresilienter** werden. Verschattung und Trinkwasserbrunnen werden wir sicherstellen.

Sicherheit im Nachtleben stärken

Feiern und Schutz vor Gewalt und Diskriminierung gehören für uns zusammen. Die neu eingeführten **Awareness-Teams** haben sich bewährt und müssen verstetigt und ausgeweitet werden. Wir wollen sie flächendeckend im Bremer Nachtleben sowie auf den großen sommerlichen Grünflächen (Osterdeich, Werdersee, Neustadtswallanlagen) etablieren.

Außerdem werden wir sicherstellen, dass kostenlose **Selbstverteidigungsangebote** für junge FLINTA*-Personen ausgebaut werden.

Mentale Gesundheit in den Fokus rücken

Die Krisen der letzten Jahre haben Spuren hinterlassen. Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wurde viel zu lange vernachlässigt. Das wollen wir ändern. Wir fordern eine feste, niedrigschwellige **psychologische Betreuung** direkt vor Ort – an jeder Schule im Bundesland.

Außerdem braucht Bremen dringend eigene, spezialisierte **Kapazitäten für psychische Gesundheit**. Wir fordern den Erhalt, den konsequenten Aufbau und die Erweiterung von stationären und ambulanten Plätzen in Bremen und eine eigene Suchtklinik für Kinder und Jugendliche direkt im Land Bremen.

Echte Mitbestimmung für Jugendliche durchsetzen

Demokratie lernt man, indem man sie lebt. Wir wollen Jugendlichen echte Werkzeuge an die Hand geben, um ihre Stadt zu gestalten. Die Mittel für die **Jugendbeiräte** in den Stadtteilen müssen deutlich angehoben werden. Zudem treiben wir die Jugendbeiratswahlen aktiv voran. Wir richten einen unbürokratischen Topf für Jugendprojektmittel ein. Egal ob lose Jugendinitiative oder Schulklasse – wer eine Idee für den Stadtteil hat, bekommt hier unkompliziert Geld. Die Beratung und Unterstützung dazu organisieren wir direkt über die Schulen und Freizis.

2.6 Mobilität: Klimagerecht, bezahlbar und für alle!

Wir wollen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, unabhängig vom Geldbeutel oder Behinderung, so mobil zu sein, wie sie es wollen. Um das Klima zu schützen, setzen wir dabei vorrangig auf umweltfreundliche Verkehrsmittel. Wir wollen die Mobilität in unseren beiden Städten so organisieren, dass alle Menschen sicher, nachhaltig, barrierefrei und schnell mobil sein können.

Wer auf das eigene Auto als Verkehrsmittel angewiesen ist, soll dies auch weiter nutzen können. Für alle anderen wollen wir die Verkehrsmittel des Umweltverbundes so attraktiv machen, dass sie zur **echten Alternative zum Auto** werden. Daraus resultiert, dass ein größerer Teil der Wege mit Bus, Bahn, Fahrrad, zu Fuß oder per Car-Sharing zurückgelegt wird. Der Autoverkehr soll bis 2030 um ein Drittel reduziert werden. So werden wir es schaffen, die Klimaziele einzuhalten. Und das hilft auch denjenigen, die weiter das Auto nutzen wollen, denn weniger Autos führen zu weniger Stau.

Unser Ziel ist außerdem, dass alle Menschen sicher in Bremen und Bremerhaven unterwegs sein können. Konkret verfolgen wir die **Vision Zero**, also dass es im Bremer Straßenverkehr keine Toten oder Schwerverletzten mehr zu beklagen gibt.

Straßenräume sollen außerdem in allen Quartieren mehr **Lebens- und Aufenthaltsqualität** bieten, so dass Kinder sicher spielen können und es Spaß macht in Bremen spazieren zu gehen.

Um dieser Vision näher zu kommen, sind erheblich größere Anstrengungen nötig. Der Verkehrssektor ist aktuell der einzige Bereich, in dem die klimaschädlichen Emissionen nicht sinken. Die **Luftqualität** ist in Bremen und Bremerhaven an vielen Stellen schlecht und teilweise sogar gesundheitsgefährdend.

In den letzten fünf Jahren gab es im Durchschnitt jährlich rund 10 Verkehrstote im Land Bremen. Das hängt auch damit zusammen, dass **Verkehrsregeln** zu wenig überwacht und Verstöße zu selten sanktioniert werden.

In vielen Stadtteilen werden insbesondere Wohnstraßen vor allem als Abstellflächen für die immer größer, breiter und länger werdenden Autos genutzt. Das führt zu Nutzungskonflikten um den öffentlichen Raum und verschärft die Hitzesituation in den Straßen mit enger Bebauung, denn Autos sind tagsüber Hitzespeicher, die sie nachts wieder abgeben.

Öffentlicher Nahverkehr

Um konkurrenzfähiger zum Auto zu werden, muss der öffentliche Nahverkehr in Bremen mindestens so ausgebaut werden, wie es bereits der **Verkehrsentwicklungsplan** vorsieht.

Zentral sind dafür mehr Linien und eine engere Taktung auch in Tagesrandzeiten und am Wochenende. Dabei müssen vor allem die Stadtteile berücksichtigt werden, die bisher noch nicht so gut vom ÖPNV abgedeckt werden. Wir setzen dabei vor allem auf die **Straßenbahn** als klimaneutrales, sicheres und komfortables Verkehrsmittel. In der kommenden Legislaturperiode sollen die Planungen für die Straßenbahnstrecken in die Überseestadt, zwischen dem Weserwehr und Malerstraße, sowie nach Osterholz abgeschlossen werden und in die Bauumsetzung gehen. Gleichzeitig wollen wir die Planungen für neue Straßenbahnstrecken nach Oslebshausen, sowie nach Findorff und Woltmershausen beginnen. Für eine größere Resilienz im Straßenbahnnetz sind langfristig außerdem neue Querverbindungen oder zusätzliche Wendeschleifen sinnvoll.

Gleichzeitig wollen wir mehr **Expressbuslinien**, die die Menschen aus den innenstadtfernen Stadtteilen mit wenigen Halten ins Stadtzentrum bringen. Denn damit die BSAG eine echte

Alternative zum Auto wird, muss sie vor allem zuverlässiger und schneller werden. Weitere Maßnahmen dafür sind eine konsequente Vorrangschaltung für Busse und Bahnen an Ampeln und - dort wo es möglich ist - eigene Busspuren, damit der ÖPNV nicht im Stau steht.

Den **barrierefreien Ausbau** der Haltestellen mit stufenlosen Bahnsteigen und taktilen Leitsystemen wollen wir beschleunigen. Denn zum einen sind behinderte Menschen in besonderem Maße auf den ÖPNV angewiesen. Zum anderen bedeutet der stufenlose Einstieg mehr Komfort für alle und beschleunigt die Ein- und Ausstiegszeiten, so dass Bus und Bahn insgesamt schneller werden.

Bei Sanierung und Neubau von Straßenbahnstrecken setzen wir, auch um eine optimale finanzielle Förderung durch den Bund zu erreichen, konsequent auf **Rasengleise**.

S-Bahn/Eisenbahn

Wir wollen die **Regio-S-Bahn** zu einer "richtigen" S-Bahn mit deutlich erhöhter Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit, einem hohen Takt, sowie mehr Haltepunkten und eigener Infrastruktur ausbauen. Wir wollen statt vieler unabgestimmter Einzelmaßnahmen ein integriertes Gesamtkonzept zum S-Bahnausbau entwickeln. Den Bau neuer barrierefreier Haltepunkte wollen wir weiter vorantreiben. Es braucht auf allen Strecken mindestens einen 30-Minuten Takt, nach Bremen-Nord braucht es eine S-Bahn alle 10 Minuten. Für Takterhöhungen und um eine hohe Pünktlichkeit sicherzustellen, braucht die S-Bahn langfristig eigene Gleise. So können langsame und schnelle Eisenbahnverkehre voneinander getrennt werden. Dafür muss die Infrastruktur massiv ausgebaut werden, weswegen wir uns gegenüber dem Bund und der DB InfraGO u.a. für einen viergleisigen Ausbau zwischen Achim, Burg und Bremerhaven einsetzen.

Der ÖPNV soll zudem auch weiter **über die Stadtgrenzen hinaus** ausgebaut werden – mehr Buslinien in Umlandgemeinden und bessere Park-and-Ride-Angebote.

Ticketloser ÖPNV

Mobilität ist auch eine soziale Frage und darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir setzen uns daher schon lange für den sozial ausgestalteten ticketfreien ÖPNV ein.

Die **Finanzierung** soll über einen Mix verschiedener Maßnahmen erfolgen. Einzelne Bausteine dafür sind eine Erhöhung der Grundsteuer, die Erhöhung der City-Tax für Tourist*innen, die Einführung eines ÖPNV-Beitrags für alle Bremer*innen ausgenommen Kinder und Sozialleistungsbeziehende, sowie die Erhöhung der Einnahmen aus Parkraumbewirtschaftung. Unternehmen sollen durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer ihren Beitrag leisten.

Ticketpreise senken

Solange der ticketfreie ÖPNV nicht Realität ist, setzen wir uns für **bezahlbare und sozial gestaffelte Ticketpreise** ein. Wir haben das StadtTicket für Kinder im Leistungsbezug umsonst gemacht. Daran halten wir fest. Den Preis für das StadtTicket für Erwachsene wollen wir senken und ein ermäßigtes DeutschlandTicket einführen. Das TIM-Ticket soll ebenfalls in ganz Deutschland gelten. In Bremerhaven will Die Linke ebenfalls ein Sozialticket einführen.

Fuß- und Radverkehr stärken

Bremen ist eine Fahrradstadt. Den Ausbau der **Radpremiumrouten** wollen wir schneller als bisher vorantreiben. Außerdem wollen wir mehr Fahrradstraßen und sogenannte protected-bike-lanes.

Aber auch alle übrigen **Rad- und Fußwege** müssen stets in gutem Zustand gehalten und die dafür benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

Um die Barrierefreiheit und den Radverkehr zu fördern, wollen wir da, wo es sinnvoll ist und keine städtebaulichen Erwägungen entgegenstehen, **Kopfsteinpflasterstraßen** um glatte Fahrrad-Mittelstreifen und glatte Querungstreifen ergänzen. Hier beginnen wir insbesondere bei Straßen, bei denen für Kanalsanierung o.Ä. sowieso Bauarbeiten vorgenommen werden. So können wir die Sickerfähigkeit weitgehend erhalten und trotzdem einen barrierefreien und für den Fahrradverkehr attraktiven Verkehrsraum schaffen.

Zur Förderung des Fußverkehrs setzen wir uns für die Einhaltung der **Gehwegbreiten** nach den Empfehlungen für Fußverkehrsanlagen (EFA) der FGSV Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswege (FGSV), insbesondere bei Neubauten ein.

Das **Bike-Sharing** wollen wir ausbauen und dabei auch die Möglichkeit der Leihe von Lastenrädern berücksichtigen. Dies muss preisgünstig möglich und insbesondere für junge Menschen, z.B. Studierende, erschwinglich bleiben.

Wenn aufgrund von Baustellen zeitweise Umleitungen notwendig sind, dürfen **Rad- und Fußverkehr** nicht hinter den Bedürfnissen des Autoverkehrs stehen.

Um die **Querung der Weser** für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen zu erleichtern, setzen wir uns weiterhin für den Bau der Wesersprünge Mitte und West ein, sowie für eine Brücke über das Europahafenbecken. Durch eine Integration von Fuß- und Radwegen beim Neubau der A1-Weserbrücke zwischen Hemelingen und Arsten wird der Wesersprung Ost obsolet. Im Zuge der Neuplanungen der großen Weserbrücken müssen Rad- und Fußverkehr ausreichend Platz bekommen.

Sichere Straßen für alle

Wir wollen ein Bremen, in dem sich alle Menschen – vom Kleinkind bis zur Seniorin – sicher, selbstbestimmt und klimaneutral bewegen können. Deshalb verpflichten wir uns der „**Vision Zero**“, das heißt keine Toten und Schwerverletzten mehr im Straßenverkehr. Wir setzen uns für eine Stadt der kurzen Wege ein, die durch Entsiegelung und Begrünung widerstandsfähig gegen den Klimawandel ist.

Moderne Mobilität ist für uns ein **Gewinn an Lebensqualität**: Weniger Lärm, sauberere Luft und ein öffentlicher Raum, der nicht länger in erster Linie als Abstellfläche für Pkw, sondern als Ort der Begegnung, für Außengastronomie, Grünflächen, Spielplätze und andere konsumfreie Orte genutzt wird. Um dies zu erreichen, senken wir die Zahl der Pkw pro Einwohner*in weiter durch ein faires Zusammenspiel aus attraktiven Alternativen (Pull-Faktoren) und Lenkungsmaßnahmen (Push-Faktoren).

Für mehr Sicherheit und Lebensqualität in den Quartieren wollen wir **Tempo 30** als neue Normalität: Wir wollen der Empfehlung des Umweltbundesamtes folgen und Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit, Tempo 50 nur als begründete Ausnahme auf großen Einfallstraßen und wichtigen ÖPNV-Trassen umsetzen.

Wir wollen die **Verkehrsüberwachung** stärken! Dies gilt sowohl für den fließenden, als auch den ruhenden Verkehr und heißt konkret: Mehr Personal in der Verkehrsüberwachung von Polizei und Ordnungsamt, mehr mobile Blitzer und der Einsatz moderner Instrumente wie Scancars.

Raser und Autoposer werden wir effektiv stoppen. Wir setzen auf fest installierte Geschwindigkeitskontrollen und verkehrsberuhigende Maßnahmen (z.B. Fahrbahnverengungen, Bremsschwellen, Blumenkübel), vor allem an sensiblen Orten wie Schulen, Kitas oder Haltestellen.

Wir werden nach dem Vorbild vieler anderer Städte ein stadtweites **Sommerstraßen- Programm** etablieren: Bürger*innen sollen unkompliziert eine Sommerstraße für ihre Nachbarschaft beantragen können. Diese Straßen werden dann von Juni bis August verkehrsberuhigt oder sogar autofrei und die freien Flächen können für Konzerte, Open-Air Kino, Flohmärkte oder einfach den konsumfreien Aufenthalt genutzt werden. Unbedingt notwendig ist dabei die Beteiligung der Anwohnenden und der Menschen aus dem Stadtteil.

Wir werden **Quartiere** durch Verkehrsberuhigung aufwerten (Superblocks): Durch den gezielten Einsatz modaler Filter (z.B. Diagonalsperren) nehmen wir den reinen Durchgangsverkehr dauerhaft aus Wohnvierteln und geben den Straßenraum der Nachbarschaft zurück. Die temporären „Sommerstraßen“ machen diese neue Lebensqualität erlebbar.

Parken und Kfz-Verkehr

Der öffentliche Straßenraum ist begrenzt. Gleichzeitig werden die Autos immer länger, breiter und höher. Das geduldete **Gehwegparken** führt insbesondere in den eng bebauten Straßen der innenstadtnahen Stadtteile dazu, dass Bürgersteige nicht mehr barrierefrei nutzbar sind. Auch die Verkehrssicherheit, insbesondere von Kindern, wird durch versperrte Sichtachsen gefährdet.

Wir stehen daher voll hinter der bereits begonnen **Neuordnung des Parkens** in der Neustadt, Walle, Schwachhausen, Findorff, Mitte und der Östlichen Vorstadt. Konkret wollen wir ein konsequentes Vorgehen gegen das Gehwegparken und mehr Kontrollen!

Wir werden **Parkraumbewirtschaftung** flächendeckend einführen. Der öffentliche Raum ist ein kostbares Gut und darf nicht länger verschenkt werden. Aktuell parken in den Bremer Straßen rund 15 % Auswärtige. Wir setzen uns daher für flächendeckendes Bewohnerparken in den innenstadtnahen Stadtteilen ein – so werden die Anwohnenden bevorzugt. Die Gebühr für einen Bewohnerparkausweis sollte 15 € pro Monat betragen. Repräsentative Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit von 85% der Bremer*innen diesen Preis für angemessen hält. Die dadurch eingenommenen Gelder wollen wir nach der Devise „Verkehr finanziert Verkehr“ in den Ausbau des Umweltverbundes stecken.

Für Handwerksbetriebe, Pflegedienste, Hebammen und Physiotherapeut*innen gibt es Ausnahmen, deren Wirksamkeit wir konstant evaluieren wollen.

Gleichzeitig müssen Alternativen wie **Car-Sharing** und mehr Abstellflächen für Fahrräder und E-Scooter ausgebaut werden.

Wir setzen uns für eine Ausweitung dieser Ideen in weitere Stadtteile ein, um auch dort Menschen eine bessere Teilnahme am Straßenverkehr gewährleisten zu können. Das **Taxigewerbe** ist für uns Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine, insbesondere für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen, wichtige Ergänzung zum ÖPNV. Um das Taxigewerbe vor Dumping-Preisen zu schützen, wollen wir das Mietwagengewerbe regulieren und die Einhaltung der Regeln, wie bspw. der Rückkehrpflicht, konsequenter als bisher kontrollieren.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass es in Bremen nachts ein **Frauen-Nachttaxi** gibt.

Für eine bessere Verkehrsplanung und ein klügeres Baustellenmanagement wollen wir das Amt für Straßen und Verkehr und die zuständige senatorische Behörde personell stärken.

2.7 Klimaanpassung für die soziale Stadt

Alle Menschen haben unabhängig von ihrem Einkommen ein Recht auf eine gesunde Umwelt. Wir machen aus Bremen und Bremerhaven **Schwammstädte**, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wortwörtlich „gewachsen“ sind: Regenwasser muss gehalten werden, statt es einfach nur der Kanalisation zuzuführen. Wir wollen Entsiegelung, Dach- und Fassadenbegrünung, mehr Stadtbäume und Alleen, deutlich mehr öffentliche Trinkbrunnen und kühle, frei zugängliche Orte - zuerst in den heißesten und ärmsten Quartieren.

Wir wollen Städte, in denen Mensch und Natur gemeinsam gedacht werden, in denen es ökologisch wertvolle Grünflächen mit Nutzen für Menschen und Tiere gibt und in denen Tiere nicht als reine Ressource oder als Störfaktor gesehen werden. Eine Stadt mit Biotopen für Pflanzen und Tiere ist auch eine lebenswerte Stadt für Menschen.

Eine leistungsfähige **blau-grüne Infrastruktur** ist unverzichtbar für lebenswerte Städte. Grünflächen, Bäume und Gewässer verbessern das Mikroklima, speichern Wasser, fördern die Biodiversität und schaffen Räume für Erholung. Sie leisten so einen unentbehrlichen Beitrag zu Klimaanpassung und Naturschutz.

In einem **städtischen Grünplan** wollen wir Flächen für aktive Erholung und naturnahe Biotope weiterentwickeln, auch um mikroklimatisch wichtige Gebiete zu fördern und Wasser am Boden zu binden. Dies ist zentral vor dem Hintergrund längeranhaltender Wetterlagen durch den Klimawandel mit langen Dürre- und Regenperioden.

Monotone Rasenflächen wie z.B. in der Vahr wollen wir durch ökologisch wertvolle Bepflanzung mit heimischen Arten ersetzen. **Blühstreifen** sollen insbesondere an Rand- und Mittelstreifen von Straßen sowie auf anderen geeigneten öffentlichen Flächen entstehen. Außerdem wollen wir Bäume und Sträucher mit essbaren Früchten in öffentlichen Parks pflanzen lassen. Auf öffentlichen Flächen Bremens und Bremerhavens muss es einen konsequenten Verzicht auf Pestizide geben.

Kleingärten sind wertvoll für das Stadtklima, die Artenvielfalt und das soziale Miteinander. Deshalb lehnen wir ihre Bebauung oder Umwidmung für gewerbliche Zwecke ab. Grün- und Kleingartenflächen, Grüngürtel und Biodiversität schützen wir als öffentliche Güter.

Besonders in dicht bebauten Stadtteilen mit wenig öffentlichem Grün wollen wir Flächen entsiegeln, Brachen aufwerten und neue Grünflächen schaffen. **Entsiegelung** sowie Dach- und Fassadenbegrünung dienen dabei nicht nur der Klimaanpassung. Sie schaffen zusätzliche Lebensräume für Insekten, Vögel und andere Tiere und stärken so gleichzeitig die biologische Vielfalt. Maßnahmen der Schwammstadt und des Naturschutzes müssen deshalb konsequent gemeinsam geplant werden.

Gute Luft, wohnortnahe Parks und Schutz vor Lärm dürfen **keine Frage des Wohnorts** sein. Deshalb wollen wir insbesondere belastete Stadtteile wie die Bahnhofsvorstadt oder Bremerhaven-Mitte gezielt ökologisch aufwerten und die bestehende sozial- ökologische Ungleichheit abbauen. Besonders in diesen Gebieten ist eine Entsiegelung und Begrünung von Flächen sehr wichtig. Beim Aufwerten von Brachen wollen wir „Natur auf Zeit“ ermöglichen, d.h. die gezielte Bepflanzung von Flächen, die aktuell nicht bebaut werden.

Urban Gardening und Gemeinschaftsgärten fördern wir als grüne, selbstorganisierte Orte der Nachbarschaft. Dass aus versiegelten, ungenutzten Plätzen grüne Treffpunkte für alle werden können, zeigen der von Nachbar*innen erkämpfte Lucie-Flechtmann-Platz und der Zolli in Bremerhaven-Lehe. Dieses Prinzip übertragen wir verbindlich auf den Geschosswohnungsbau:

Öffentliche und gewerbliche Wohnungsbaugesellschaften, allen voran GEWOBA und BREBAU, verpflichten wir per Landesvorgabe, die großflächigen, ökologisch wertlosen **Abstandsgrünflächen und Scherrasen** zwischen den Wohnblocks schrittweise in artenreiche Wildblumenwiesen, naturnahe Gehölzstrukturen und essbare Nachbarschaftsgärten umzuwandeln. Zwischen den Blocks, wo heute monotone Grünflächen im Sommer vertrocknen und Insekten verhungern lassen, schaffen wir lebendige Trittsteinbiotope für Wildbienen und Vögel. Die Mieter*innen erhalten ein Mitspracherecht bei der Gestaltung und werden bei der partizipativen Bewirtschaftung unterstützt; Pflegeumstellungen dürfen dabei keinesfalls als Modernisierungskosten auf die Betriebskostenabrechnungen der Mieterschaft abgewälzt werden.

Den **Lärmaktionsplan** wollen wir so weiterentwickeln, dass verbindlichere Maßnahmen zur Lärmreduzierung möglich werden und es keine Aufweichung bestehender Grenzwerte gibt.

Der weitgehend geschlossene **Grüngürtel um Bremen** muss dauerhaft erhalten und seine Funktionen für Klimaschutz, Wasserhaushalt und Hochwasserrückhalt dauerhaft gesichert werden. Wir stellen uns weiteren Baugebieten im Bremer Umland und an den Verbindungen nach Niedersachsen entgegen. Das Bauen auf der grünen Wiese muss der Vergangenheit angehören – es darf zu keiner innerstädtischen Nettoversiegelung mehr kommen. Das heißt für uns eine konsequente Innenentwicklung statt Außenerschließung mit Aufwertung bestehender Gewerbeflächen und effizienter Nutzung bereits versiegelter Standorte. Wir setzen auf den Erhalt von Grünflächen statt ihrer Bebauung, um kurzfristigen Einzelinteressen eine langfristige und nachhaltige Vision einer klimagerechten Stadt entgegenzusetzen.

Wir wollen den Bestand an Bäumen, Grünstreifen, Parks und Kleingärten erhalten, ausweiten und miteinander verbinden. So soll perspektivisch ein geschlossener **Biotopverbund** entstehen.

Klima- und Umweltschutz darf aber nicht zum Vorwand für **Verdrängung** werden. Eine „grüne“ Aufwertung, die die Mieten hochtreibt und ärmere Menschen aus den sanierten, begrünten Quartieren drängt, lehnen wir ab. Wo energetisch saniert und aufgewertet wird, müssen Sozialbindung und Milieuschutz erhalten bleiben. Eine grüne Stadt, die sich nur noch Wohlhabende leisten können, ist keine gerechte Stadt.

2.8 Teilhabe und soziale Infrastruktur in Bremen Nord

Bremen-Nord benötigt eine verlässliche soziale und wirtschaftliche Infrastruktur, die allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Teilhabe umfasst demokratische Mitbestimmung und Bildung, sowie den Zugang zu Arbeit, Gesundheitsversorgung, Nahversorgung, Mobilität und sozialen Angeboten. In vielen Bereichen bestehen in Bremen-Nord weiterhin strukturelle Defizite, die den Alltag vieler Menschen erschweren.

Kinder und Jugendliche benötigen wohnortnahe soziale Räume und verlässliche Angebote außerhalb von Schule und Familie. Jugendzentren, offene Treffpunkte und Freizeitangebote leisten einen wichtigen Beitrag für soziale Integration, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt und Ausbau dieser Angebote ein. Angebote zur Sprach- und Bildungsförderung müssen insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte ausgebaut werden. Förderprogramme wie „Wohnen in Nachbarschaft“ müssen dafür gezielt weiter genutzt werden.

Besondere Herausforderungen bestehen für **ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranke und Menschen mit Pflegebedarf**. Viele Dienstleistungen und Unterstützungsangebote sind in Bremen-Nord nur eingeschränkt verfügbar oder schwer erreichbar. Dies betrifft auch wichtige Behörden und öffentliche Einrichtungen. Wir fordern eine bessere wohnortnahe Versorgung und eine stärkere Berücksichtigung der besonderen Bedarfe in Bremen-Nord.

Leerstände und der Rückgang des Einzelhandels prägen zahlreiche Ortsteile in Bremen-Nord. Dadurch verschlechtern sich sowohl die **Nahversorgung** als auch die wirtschaftlichen Perspektiven vor Ort. Wir setzen uns für eine aktive Stadtteilentwicklung ein, die die lokale Wirtschaft stärkt und die Versorgung der Menschen sichert. Statt einer weiteren Konzentration wirtschaftlicher Angebote auf wenige Zentren braucht Bremen-Nord eine dezentrale Infrastruktur mit kurzen Wegen.

Besonders in den Gebieten zwischen Burg und Oslebshausen, sowie im Umfeld der Alwin-Lonke-Straße sollen die bestehenden Defizite in der sozialen Versorgung und Infrastruktur ausgeglichen werden. Ergänzend fordern wir ein **Sozialkaufhaus** in Blumenthal, um Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu günstigen Alltagsgütern zu erleichtern.

Soziale Beratungsangebote wie Schuldner- oder Erwerbslosenberatung und weitere Unterstützungsangebote leisten einen wichtigen Beitrag zur sozialen Stabilität in Bremen-Nord. Wir setzen uns für ihren langfristigen Erhalt und eine verlässliche Finanzierung ein.

Zur **wirtschaftlichen Entwicklung** Bremen-Nords gehört auch die Förderung kleiner Unternehmen, Solo-Selbstständiger und lokaler Initiativen. Viele Menschen schaffen sich durch Selbstständigkeit eine eigene wirtschaftliche Perspektive. Wir fordern deshalb einen leichteren Zugang zu Beratung, Förderung und Finanzierung sowie den Abbau unnötiger bürokratischer Hürden.

Eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist ein **leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr**. Viele Ortsteile in Bremen-Nord sind bislang unzureichend angebunden. Wir fordern deshalb den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und eine bessere Anbindung innerhalb Bremen-Nords sowie zu den restlichen Stadtteilen Bremens. Dazu gehört eine zusätzliche Haltestelle in Grambke im Zusammenhang mit dem Ausbau des dritten Gleises Richtung Walle und Bremerhaven. Auch die Gebiete rund um die Alwin-Lonke-Straße und dem Fockengrund müssen besser an den ÖPNV angebunden werden. Ergänzend sollen flexible Minibus-Angebote geprüft werden. Das bestehende Angebot der Nordwestbahn ist überlastet und besonders störanfällig. Daher braucht es zusätzliche Beförderungsmittel, die mit einer höheren Frequenz bis Farge eingesetzt werden.

Wir setzen uns für den Ausbau der **Unterstützungsangebote für suchtkranke Menschen** in Bremen-Nord ein. Niedrigschwellige Hilfsangebote und geschützte Räume sind wichtige Bestandteile einer sozialen Drogenpolitik, die bedarfsgerecht weiterentwickelt werden muss.

Um die Entwicklung des Quartiers und der Wohnbedingungen der dort lebenden Menschen besser steuern zu können, streben wir den Ankauf der **Grohner Düne** durch die Stadt an.

Die Planung des **Berufsschulcampus** wird unter Berücksichtigung einer lebenswerten Umgebung für die Auszubildenden konsequent umgesetzt. Bremen-Nord benötigt eine Politik, die soziale Infrastruktur stärkt, wohnortnahe Versorgung sichert und allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Die Linke steht für eine solidarische Stadtentwicklung, die Ausgrenzung entgegenwirkt und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Stadtteilen schafft.

Das **Trinkwasserschutzgebiet** wollen wir vor Einträgen aus dem ehemaligen Tanklager Farge schützen und die Sanierung durch den Bund beschleunigen.

2.9 Bürger*innenbeteiligung, Demokratie und Kommunalpolitik

Die Stadtteile Bremens sind lebendige Orte, in denen die Menschen gemeinsam wohnen, arbeiten und sich treffen. In den Quartieren stehen wie nirgends sonst politische Entscheidungen und deren Auswirkungen so dicht und direkt beieinander. Dies kann man besonders in **Ortsbeiratssitzungen** erkennen, wo Bürger*innen das Recht haben, selbst zu sprechen, eigene Ideen vorzutragen und Forderungen zu stellen. Beiratspolitiker*innen stehen damit in der vordersten politischen Reihe und sind jederzeit für Bürger*innen ansprechbar. Diese Stadtteil-Parlamente sind somit nicht nur bloße Verwaltungsebene. Deshalb brauchen wir starke Beiräte, über die die öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gewährleistet werden können.

Wir fordern die Stärkung der Ortsteilbeiräte. Bremen muss diskutieren, ob diese Gremien in Bezirksverordnetenversammlung nach dem Hamburger oder Berliner Modell umgewandelt werden. Für die Arbeit der Beiräte müssen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die ehrenamtlich Aktiven bereit sind sich zu engagieren: Dazu gehört eine optimale Ausstattung der Stadtteil-Politiker*innen. Ohne elektronische Geräte ist es heute nahezu unmöglich, in den Beiräten gute Arbeit zu leisten. Wir fordern u. a. die kostenfreie Bereitstellung von Tablets für alle Mitglieder des Beirats. Weiterhin schlagen wir für die Aufwandsentschädigung ein Verfahren vor, mit dem nicht mehr die jeweilige Sitzung abgerechnet wird. Die **Sitzungsgelder** könnten durch differenzierte Pauschalbeträge abgelöst werden, die jedoch nicht auf die SGB-II-Bezüge angerechnet werden sollten. Die Höhe der monatlichen Pauschalbeträge richtet sich nach der Stellung des jeweiligen Beiratsmitglieds.

Analog zur Stadtbürgerschaft soll diese Aufwandsentschädigung an die jährliche Inflationsrate angepasst werden. Beiratsmitglieder, die während ihrer Legislatur Kinder im eigenen Haushalt betreuen, erhalten monatlich zusätzlich einen weiteren Pauschalbetrag, bis ihre Kinder in eine weiterführende Schule eintreten. Gleiches gilt für Beiratsmitglieder, die pflegebedürftige Angehörige versorgen.

Wir wollen, dass alle, die dazu in der Lage und willens sind, sich gesellschaftlich engagieren können. Ehrenamtliche Arbeit in Beiräten und Vereinen wollen wir weiblicher machen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Beiräte und andere ehrenamtlich Engagierte nicht durch äußere Bedingungen an einem gesellschaftlichen Engagement gehindert werden. Bei Beiratssitzungen wollen wir **Kinderbetreuung und hybride Treffen** ermöglichen.

In den Bremer Stadtteilen leben seit Jahren auch viele Menschen, die weder die deutsche noch eine andere EU-Staatsbürgerschaft haben. Obwohl sie sich im Quartier wohlfühlen und dort bestens integriert sind, dürfen sie sich in die Politik nicht in gleicher Weise einbringen wie alle anderen und sind deshalb nicht an politischen Entscheidungen und Prozessen beteiligt. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen, die seit fünf Jahren ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben und aktuell in Bremen leben, auch das **Wahlrecht für die Beiräte** erhalten.

Beiräte dürfen zwar zu vielen Belangen, die den Stadtteil betreffen, mitreden. Sie wollen aber selbst entscheiden über Themen, die Auswirkungen auf das Quartier haben. Wir schlagen vor, dass die bisherigen Beteiligungsrechte möglichst weitgehend in **Entscheidungs- und Zustimmungsrechte** umgewandelt werden.

Wir halten an der Forderung fest, dass alle Stadtteile ein eigenes Ortsamt erhalten und diese mit ausreichendem Personal ausgestattet werden. Die Wahlzeit der Leitungen dieser Ortsämter soll von zehn auf acht Jahre reduziert werden, weil die derzeitige Amtsdauer aus unserer Sicht zu lang ist.

Neben den sogenannten Globalmitteln haben die Stadtteile derzeit nur noch ein Stadtteilbudget für den Bereich Verkehr, über das sie verfügen können. Wir unterstützen die Beiräte in ihrem Wunsch, weitere **Stadtteilbudgets** zu erhalten.

Während der Corona-Pandemie konnten oftmals keine Präsenzsitzungen der Beiräte stattfinden. Die Tagungen wurden online über Videokonferenzen durchgeführt. Um die Öffentlichkeit trotzdem zu beteiligen, wurden diese Gremiumssitzungen in die sozialen Medien gestreamt – mit großem Erfolg. Die Beiräte sollten auch nach der Pandemie die Möglichkeit erhalten, ihre dann wieder in Präsenz durchzuführenden Sitzungen zu streamen. Die Ortsämter müssen rechtlich, technisch und finanziell in die Lage versetzt werden, die Online-Übertragungen selbst vorzunehmen.

Stärkung der Freiwilligenarbeit im Land Bremen

Rund 240.000 Freiwillige ab 14 Jahren engagieren sich im Land Bremen, bringen kritisch ihre Stimme ein, gestalten das kulturelle, politische, sportliche Treiben, setzen sich für andere aktiv ein und machen das Leben an der Weser insgesamt lebenswerter. Dieses Engagement schätzen wir, wenn es unabhängig und klar abgegrenzt von Erwerbsarbeit vollzogen wird.

Eine aufrichtige Wertschätzung der freiwilligen Arbeit zeigt sich aber auch durch gute Rahmenbedingungen, wie es im Prozess der Bremer Engagementstrategie bereits deutlich wird: So muss durch entsprechende Förderung von Projekten und Institutionen sichergestellt sein, dass Freiwillige hauptamtliche Ansprechpartner*innen vorfinden. Das Förderwesen muss vereinfacht werden, um Vereine von Bürokratie zu entlasten und Förderzeiträume müssen über ein Jahr hinaus ermöglicht werden, um Planungssicherheit in den ohnehin oft prekär finanzierten sozialen Einrichtungen zu gewährleisten. Zudem braucht es eine Unterstützung von kleinen Organisationen und Räume, die zur Verfügung stehen. Daher unterstützen wir die Idee eines „**Engagement-Hubs**“ oder „**Engagement-Hauses**“ für Freiwillige und Freiwilligenorganisationen in Bremen mit Beratungs- und Qualifizierungsangeboten, Möglichkeiten zum Know-how-Transfer und gemeinsam genutzter Fläche und Technik.

3 Solidarische Stadtteilgesellschaften

3.1 Sozialpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt

Die Bedingungen zu schaffen für eine sozial gerechte, solidarische Gesellschaft, die Überwindung von Armut und ein Leben in Würde für alle Menschen ist für uns eine zentrale Aufgabe von Politik. Soziale Gerechtigkeit ist Querschnittsthema aller Politikbereiche. Ob bei Bildung, Wohnen, öffentliche Daseinsvorsorge, Wirtschaft oder Gesundheitspolitik: es muss immer darum gehen, die soziale Spaltung zwischen arm und reich abzubauen, den Trend zu mehr Ungleichverteilung von gesellschaftlichem Wohlstand zu stoppen und Chancengerechtigkeit herzustellen.

Zentral für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit sind die in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen erkämpften **Errungenschaften des Sozialstaats und seiner sozialen Sicherungssysteme**. So können für viele Menschen existenzielle Nöte abgewandt, Nachteile ausgeglichen und ein selbstbestimmtes Leben für alle ermöglicht werden. Wir alle sind auf einen funktionierenden Sozialstaat angewiesen: wenn wir pflegebedürftig werden, wenn wir Rente beziehen und davon leben müssen, wenn wir Kinder aufziehen, wenn wir uns weiterbilden wollen, wenn wir krank werden, wenn wir den Job verlieren, wenn man auf eine bezahlbare Wohnung angewiesen ist, wenn man eine Behinderung hat, neu eingewandert ist, von Obdachlosigkeit bedroht ist, aus einem gewaltvollen Elternhaus oder Beziehung flieht.

Trotzdem werden viele der sozialen Errungenschaften angegriffen bzw. abgebaut. Die neue Grundsicherung mit der Wiedereinführung vieler Sanktionen von Hartz IV, Kürzungen der Bundesregierung bei der Rente, der Krankenversicherung, der Pflege, der Kinder- und Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe, dem Wohngeld, den Integrationskursen und dem Unterhaltsvorschuss bedeuten für viele Betroffene ein Einengen von Entscheidungsmöglichkeiten, oft auch existenzielle Not und noch mehr Abhängigkeit von Entscheidungen der Sozialämter. Wir sprechen uns in aller Deutlichkeit gegen diese Politik der sozialen Kälte aus. Das Ergebnis ist die Verschärfung und Verfestigung von Armut und unwürdigen Lebenssituationen und das Zurückdrehen von Gleichstellung. Die unter dem Deckmantel der Sparpolitik beschlossenen Kürzungen können nicht einmal ihren eigenen Anspruch erfüllen, da sie Obdachlosigkeit, Chronifizierung von Krankheiten, verwehrte Bildungschancen und Perspektivlosigkeit produzieren und damit für weitreichende Folgekosten sorgen. Dieser **Klassenpolitik von Oben** treten wir entschieden entgegen. Wir werden im Falle einer Regierungsbeteiligung keinen sozialpolitischen Verschärfungen im Bundesrat zustimmen.

Auf landespolitischer Ebene haben wir im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern viele der sozialpolitischen Errungenschaften aus der Corona-Pandemie nicht abgebaut, sondern erhalten. Wir werden weiter diese politische Linie verfolgen und nach Möglichkeit die Auswirkungen der fatalen Bundespolitik abmildern. Wir wollen auf Verwaltungsebene alle **Handlungsspielräume** ausreizen, um zugunsten von Betroffenen zu entscheiden. Konkret soll der Senat sich dafür insbesondere in der Trägerversammlung des Jobcenters einsetzen.

Armut bekämpfen - nicht arme Menschen!

In Bremen leben besonders viele armutsbetroffene Menschen: 27,5% aller Bremer*innen sind von Armut betroffen. Für uns ist Armutsbekämpfung deshalb ein zentrales politisches Anliegen und Armut ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Versagen: Armut ist Ergebnis von Ausschlüssen und verwehrten Chancen, Ausbeutung zu Niedriglöhnen und einer verfestigten Ungleichheit mit einer Vermögenskonzentration bei wenigen (Über-)Reichen.

Armutsbetroffene Eltern verzichten für ihre Kinder auf viel, oft sogar auf Essen, wie eine Studie von sanktionsfrei e.V. zeigt. Alleinerziehende zerreißen sich zwischen Erziehung, Haushalt und Lebensunterhalt, um ihren Kindern eine gute Zukunft zu eröffnen. Menschen reduzieren ihre Arbeitszeit, um ihre Eltern zu pflegen, und rutschen deshalb in den Leistungsbezug. Frauen geraten nach einer Trennung in Existenznot, weil sie vorher auf Einkommen und Alterssicherung zugunsten der Kinder verzichtet haben.

Wir sehen all diese Sorgeverantwortungen und unbezahlten Leistungen für Mitmenschen und Gesellschaft. Wir gehen von einem positiven Menschenbild aus und wissen um die Ressourcen und Träume, die alle Menschen mitbringen. Daran wollen wir anknüpfen und einen stärkeren Fokus darauf legen, allen Menschen **Chancen für Qualifizierung und Teilhabe** zu bieten. So entstehen auch für Bremen als Bundesland neue Chancen – als einziges Bundesland, das jünger wird und als Bundesland, in das viele Menschen neu ankommen. Klar ist: das kann nur gemeinsam gehen.

Jede Arbeit muss zum Leben und für ein **Älterwerden in Würde** ausreichen. Wir stehen für gute Löhne ein und lehnen Beschäftigung zu Niedriglöhnen ab. Sanktionen als Mittel, um Menschen in unpassende oder schlecht bezahlte Jobs zu zwingen, lehnen wir ab.

Wir halten es für entwürdigend, dass jede*r zweite Neurentner*in in Bremen und Bremerhaven unterhalb der Armutsgrenze liegt. Insbesondere Frauen und migrantische Rentner*innen sind besonders von Altersarmut betroffen. Wir wollen deshalb gezielt **kostenlose, quartiersnahe Angebote** für lebenserfahrene Menschen ausbauen. Dienstleistungszentren, günstige Mittagstische und Bewegungsangebote schaffen Gemeinschaft, bezahlbare Verpflegung und fördern die Gesundheit.

Wir wollen das Risiko reduzieren, dass Pflegebedürftigkeit zur Armutsfalle wird. Dafür wollen wir alle Möglichkeiten mobilisieren, um ein **Landes-Pflege-Wohngeld** einzuführen.

Um den Querschnittscharakter von Armutsbekämpfung abzubilden braucht es ressortübergreifende Aktionspläne. In einer **ressortübergreifenden Arbeitsgruppe ‚Armutsbekämpfung‘** soll unter struktureller Einbindung gesellschaftlicher Akteur*innen und Verbände ein Masterplan für die Bekämpfung von Armut erarbeitet und umgesetzt werden. Ziel ist die Bekämpfung von Armutsursachen, -lagen und -folgen sowie die Verbesserung der Stadtteilgerechtigkeit in Bremen. Für Bremerhaven sollte dies ebenso geschehen, unter Einbindung des Magistrats und kommunaler Akteur*innen.

Kinder- und Familienarmut abfedern und bekämpfen

In Bremen und Bremerhaven muss jedes dritte Kind in Armut aufwachsen. Armut ist nicht nur ein Mangel an Geld, sondern auch an Teilhabe, Zukunftsperspektiven und gesunder Entwicklung. Wir wollen eine Landeskommision zur **Prävention von Kinder- und Familienarmut** und eine ressortübergreifende Strategie zur Verbesserung der Lage von armen und armutsgefährdeten Kindern, Jugendlichen und deren Familien unter Einbeziehung der Armutskonferenz.

Wir setzen uns weiter für eine echte, armutsfeste **Kindergrundsicherung** ein und fordern die Einführung auf Bundesebene.

Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen möglichst günstig oder kostenlos für Kinder sein. Der **Kindereintritt** in Frei- und Schwimmbäder soll 1 Euro betragen. Das kostenlose Sozialticket für Kinder und Jugendliche haben wir erkämpft, es soll auch zukünftig kostenlos bleiben. Für Kommunalkinos, Museen, Theater und Bibliotheken wollen wir soziale Kindertarife.

Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein, sie sind unsere Zukunft und brauchen den Stellenwert, den sie verdienen. Bereits jetzt werden keine Kita- und Hortbeiträge von einkommensarmen Familien verlangt, somit können Kinder aus leistungsbeziehenden Familien kostenlos in Kitas und Schulen Mittagessen. Die Trennung von Kindern nach dem finanziellen Status ihrer Eltern bringt Stigmatisierung mit sich. Unser Ziel bleibt deshalb: Bildung soll für alle kostenlos sein, von Anfang an. Ein gesundes **kostenloses Mittagessen in Kita und Schule** für alle Kinder ist unser Ziel. So entlasten wir Familien, die Mehrbelastungen und Zukunftssicherung tragen.

Auch die **FreiKarte** atmet diesen Geist: Entlastung von Familien und stigmafreie Teilhabe von Kindern. Wir wollen sie deshalb erhalten und viele weitere Annahmestellen gewinnen. Voraussetzung für diese freiwillige Leistung ist jedoch, dass die Regelsysteme für Kinder und Jugendliche gut ausgestattet sind. Gleichzeitig wollen wir nicht dauerhaft Großkonzerne wie beispielsweise Multiplex-Kinos mit öffentlichen Geldern fördern. Wenngleich auch der dortige Kinobesuch Teilhabe bedeutet, soll mit den Betreibern von größeren Unternehmen verhandelt werden, damit sie abgesenkte Preise für FreiKarten-Nutzende anwenden. So können am Ende alle profitieren.

Familien in ihrer Vielfalt fördern

Familien sind so vielfältig wie die Lebensweisen und -entwürfe der Menschen in Bremen und Bremerhaven. Paare mit und ohne Kinder, hetero- und homosexuelle Paare, Ein- und Zwei-Eltern- oder Patchwork-Familien: Für uns ist Familie da, wo du zuhause bist. Wo du im Idealfall sein darfst wie du bist, wo du dich frei entfalten kannst. Wo du Unterstützung findest, wenn du sie brauchst.

Doch nicht alle Familien haben die gleichen Ressourcen. Kinder zu erziehen fordert, und überfordert manchmal. **Alleinerziehende** sind ganz unterschiedlich, aber sie alle tragen eine große Verantwortung. Sie sollten dabei bestmöglich unterstützt werden - durch verfügbare Kita-Plätze, auch an Tagesrandzeiten, damit die alleinerziehende Krankenschwester ihren Beruf nicht an den Nagel hängen muss. Kinder von Alleinerziehenden müssen weiter Vorrang haben bei der Kita-Platzvergabe und auch unterjährig aufgenommen werden können. Angebote wie MOKI wollen wir ausweiten und in weiteren ‚Häusern der Familie‘ anbieten, um niedrigschwellig bei der Betreuung zu unterstützen, z.B. durch Babysitting, Einkaufshilfe oder Unterstützung im Krankheitsfall. Alleinerziehende sollten das Recht auf familienverträgliche Arbeitszeiten haben und gezielt beruflich gefördert und bei Behörden unterstützt werden. (Alleinerziehende auch im Kap. Frauen/Feminismus/Gleichstellung)

‚Häuser der Familie‘, Familienhebammen, Erziehungs- und Familienberatungsstellen wollen wir langfristig absichern. Mit einem **Familienförderungsgesetz** für Bremen und Bremerhaven wollen wir der Familienförderung einen Rahmen von Qualität, tragfähigen Strukturen und langfristiger Finanzierung geben.

Kinder- und Jugendhilfe: ausfinanziert und bedarfsgerecht aufgestellt

Wir wollen die **Sozialzentren** zu ganzheitlichen Anlaufstellen weiterentwickeln, die Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien unter einem Dach organisieren und neben behördlichen Aufgaben auch Beratungs-, und Unterstützungsangebote bereitstellen. Daran anknüpfend wollen wir das niedrigschwellige Angebot der Erziehungsberatung weiter ausbauen und für Familien leichter zugänglich machen. Auch die bereits bestehenden Trennungs- und Scheidungsberatungen müssen gestärkt und flächendeckend zur Verfügung gestellt werden. Im Bereich der frühen Hilfen wollen wir das Angebot der Familienhebammen ausbauen, da diese eine wichtige Unterstützung für junge Familien sind.

Bei den **Hilfen zur Erziehung** legen wir den Fokus darauf, bedarfsgerechte Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen, anstatt vorrangig auf Kosteneinsparungen, etwa durch pauschale Befristungen der Hilfedauer, zu setzen. Im Rahmen der stationären Kinder- und Jugendhilfe muss von allen Beteiligten sichergestellt werden, dass die Jugendlichen nach Beendigung der Hilfe in Anschlusswohnungen (bzw. WGs) ziehen können, anstatt sie in anderen Einrichtungen unterzubringen. Um Inobhutnahmen möglichst zu vermeiden, wollen wir mehr Eltern-Kind-Einrichtungen schaffen.

Mit dem Fachdienst „Flüchtlinge, Integration und Familien“ (F9) wurde eine eigene Sozialverwaltung für geflüchtete Menschen geschaffen, die eine Zwei-Klassen-Struktur fördert und repressive Verwaltungslogiken begünstigt. Daher wollen wir den F9 mit dem Ziel einer **inklusiven Sozialverwaltung für alle** auflösen und die geflüchteten Personen wohnortbezogen den jeweiligen Sozialzentren zuordnen.

Um einen wirksamen Kinderschutz zu gewährleisten, ist es notwendig, im Amt für Soziale Dienste ausreichend Personal bereitzustellen. Wir werden die **Personalbemessung** konsequent umsetzen und eine automatische Fallzahlquote von 1:28 für Casemanager*innen einführen. Bezüglich der Amtsvormundschaften stellen wir sicher, dass eine Person maximal 50 Mündel betreut.

Auch die Offene Kinder- und Jugendarbeit als ein wichtiger Bestandteil des Jugendhilfesystems wollen wir weiter stärken, indem Angebote in Freizeits auf eine dauerhaft und stabil gefördert werden (**mehr dazu im Kapitel Jugend**). Zusätzlich sollen auch aufsuchende Elemente gestärkt werden, wie beispielsweise Streetwork. Um Teilhabeausschlüsse von migrantischen Communities zu reduzieren wollen wir ein Programm für **Community-Sozialarbeit** aufbauen. In dessen Rahmen nehmen Menschen aus Communities, die bei der gesellschaftlichen Teilhabe bisher unterrepräsentiert sind, eine Brückenfunktion ein. Diesen Peer-Ansatz wollen wir sowohl in der freien als auch in der öffentlichen Sozialarbeit generell stärken. Präventive Ansätze wie Jugendarbeit durch Sport, Diskriminierungsschutz, Partizipationsangebote wollen wir stärken, ebenso Deradikalisierungs-, Präventions- und Ausstiegsprogramme, um besorgniserregenden Tendenzen des Antifeminismus, der Queerfeindlichkeit, des religiös begründeten oder des völkischen Faschismus' entgegenzuwirken.

Soziale Verwaltungslogiken: für und nicht gegen Antragstellende und Leistungsbeziehende!

Im Jobcenter und anderen Ämtern werden täglich Entscheidungen getroffen, die existenzielle Auswirkungen auf Menschen haben. Dabei sorgt die Arbeitsweise der Ämter oft für zusätzliche und unverschuldete Belastung für die Leistungsbeziehenden. Insbesondere bei Erstanträgen ist die Bearbeitung oft mühsam und problembehaftet. Antragstellende erhalten erst nach langwierigen Prüfungen Leistungen, in der Zwischenzeit sind sie oft ohne Unterstützung um sich angemessen um ihre Grundbedürfnisse kümmern zu können, wie zum Beispiel die Zahlung der Krankenversicherung oder die Deckung der Kosten der Unterkunft. Diese Probleme betreffen Erwerbslose, Geflüchtete, und andere vulnerable Gruppen, die auf zuverlässige Leistungen angewiesen sind. In den Ämtern kommen strukturelle Probleme und kritische Entwicklungen zusammen. Es gibt zu wenige Mitarbeitende und die Ausstattung ist unzureichend. Strukturelle Defizite und bürokratische Vorgaben sorgen oft dafür, dass motivierte und engagierte Mitarbeiter*innen Bürger*innen nicht oder nur auf Kosten der eigenen Gesundheit sinnvoll fördern können.

Wir wollen die personelle Ausstattung in der **Antragsbearbeitung** und somit die Arbeitsbedingungen in den Ämtern verbessern und Prüfprozesse vereinfachen, sodass bei der Ausgestaltung von Ermessensspielräumen Existenz und Gesundheit der Antragstellenden priorisiert werden.

Wir unterstützen die **Forderung der Bremer Beratungsstellen** nach stärkerer Nutzung vorläufiger Leistungsbewilligungen, kürzeren Bearbeitungszeiten, geringerer Fluktuation im Jobcenter und attraktiverer Gestaltung der Arbeit dort sowie einer besseren Digitalisierung.

Insbesondere wollen wir dafür sorgen, dass **vorläufige Zahlungen** auch vor vollständiger Prüfung der Anträge regelmäßig ermöglicht werden, damit Betroffene nicht mittellos bleiben. Dafür müssen Ermessensspielräume im Sinne der Leistungsbeziehenden genutzt und auch durch Verwaltungsanweisungen rechtssicher abgesichert werden.

Sprachbarrieren stellen ein großes Problem dar, da viele Menschen mit unterschiedlichen Muttersprachen mit Ämtern interagieren müssen. Wir wollen (wieder) **Dolmetscher*innen**, Sprachmittler*innen sowie digitale Übersetzungstools einsetzen. Für Mitarbeiter*innen wollen wir darüber hinaus das Angebot an Sprachkursen sowie an Schulungen zur Sensibilisierung gegenüber Gewaltbetroffenen und zu Antirassismus verbessern und die regelmäßige, freiwillige Teilnahme erleichtern. Außerdem wollen wir eine unabhängige Beschwerdestelle für die Sozialverwaltung einrichten.

Eine konsequente und **barrierearme Digitalisierung** ist der Schlüssel für eine bürger*innenfreundliche und effiziente Verwaltung. Derzeit wird die Digitalisierung jedoch unzureichend bzw. nicht angemessen zielgerichtet betrieben. Inkonsequente Umsetzungen und Medienbrüche führen für Mitarbeiter*innen zu Dopplungen in der Arbeit und schaffen für viele Betroffene zusätzliche Hürden – gerade dort, wo Sprachbarrieren und mangelnde Erfahrung mit digitalen Tools vorliegen. Wir wollen die bestehenden Anwendungen überprüfen und unter Beteiligung von Antragssteller*innen und Verwaltungsmitarbeitenden verbessern. Es muss für alle Ämter die Möglichkeit der digitalen UND der analogen Antragstellung geben – nur so kann Barrierefreiheit für alle gewährleistet werden. Erinnerungsbriefe oder Benachrichtigung über die App über den Ablauf von Bewilligungsfristen müssen an die Leistungsbeziehenden gesendet werden, um zu verhindern, dass Lücken im Leistungsbezug und im schlimmsten Fall fristlose Wohnungskündigungen die Folge sind. Zudem sollten Möglichkeiten, Leistungskürzungen auszusetzen, geprüft werden – auch mit Blick auf die Folgekosten, zum Beispiel bei Wohnungslosigkeit.

Die **Sachbearbeitenden im Jobcenter** haben keinen Fallbestand mehr, sodass keine persönliche Beziehung entstehen kann. Wir wollen kein anonymes, unerreichbares Jobcenter ohne persönliche Ansprechpartner*innen und keine Fließbandarbeit für die Beschäftigten, sondern Bedingungen, die die Menschen auf beiden Seiten des Schreibtisches sieht. Wenn sich Druck auf dem Amt entlädt, braucht es zudem wirksame Schutzmechanismen für die Beschäftigten, Schulungen und Supervision.

Wie in anderen Bundesländern und früher auch in Bremen wollen wir **Zuwendungen für Sozialträger** und Projekte nur noch stichprobenartig prüfen. Damit reduzieren wir den Aufwand bei Trägern und Verwaltung. Bei anstehenden Kürzungen von Zuwendungen sollen betroffene Träger frühzeitig eingebunden werden.

Bedarfsdeckende Finanzierung der Wohlfahrt und sozialen Arbeit in Bremen

Wir wollen eine bedarfsdeckende, verlässliche und nachhaltige Finanzierung der Wohlfahrt in Bremen sicherstellen. Die Sozialwirtschaft muss so ausgestattet sein, dass sie ihre Leistungen dauerhaft in hoher Qualität erbringen kann und die Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen und Löhne erhalten. Dafür braucht es eine Finanzierung, die den tatsächlichen Bedarfen entspricht, Kostenentwicklungen berücksichtigt und den Trägern langfristige Planungssicherheit bietet.

Deshalb wollen wir die **städtische Planungsreserve** streichen, damit bewilligte Mittel den Trägern vollständig zur Verfügung stehen und sie ihre Angebote verlässlich planen und umsetzen können. Die Tarifentgelte der Beschäftigten der freien Wohlfahrtspflege müssen vollständig refinanziert werden. Gleichzeitig setzen wir uns für eine gleichwertige Finanzierung kommunaler und freier Träger ein, insbesondere bei Verwaltungs- und Regiekosten. Projektförderungen wollen wir schrittweise zugunsten einer langfristigen institutionellen Förderung zurückdrängen. So schaffen wir stabile Rahmenbedingungen, sichern bewährte soziale Angebote und ermöglichen den Trägern eine nachhaltige Personal- und Angebotsplanung.

Auch die **Verbandsarbeit der freien Wohlfahrt** muss auskömmlich finanziert werden, damit sie ihre koordinierenden, beratenden und fachpolitischen Aufgaben zuverlässig wahrnehmen können. Darüber hinaus wollen wir die Verpflichtung gemeinnütziger Träger zur Erbringung von Eigenmitteln reduzieren.

Ziel aller Maßnahmen muss sein, dass die soziale Infrastruktur **in allen Stadtteilen** bedarfsdeckend vorhanden ist.

3.2 Wer Bildungsgerechtigkeit will, muss in Kitas investieren

Ein gerechtes Bildungssystem, das alle Kinder fördert und Benachteiligungen ausgleicht, beginnt in der Kita. Hier erleben die Kinder soziales Miteinander, Gruppendynamiken, Alltagsroutinen, gesunde Ernährung, Bewegung und Spiel sowie Sprachförderung. Ausreichend Kitaplätze sind eine entscheidende Voraussetzung für Frauenerwerbsbeteiligung und Armutsbekämpfung. Deswegen stärken wir Kitas als das Fundament unseres Bildungssystems und statten sie insbesondere in den Stadtteilen am besten aus, in denen viele Familien von sozialer Benachteiligung betroffen sind.

Damit alle Kinder in der Kita Lernerfahrungen machen können, müssen weitere Kita- Plätze ausgebaut werden. Unser Ziel ist eine Versorgungsquote von 60 Prozent mit **Krippenplätzen** für Kinder ab dem ersten Lebensjahr, damit Familien ihr Recht auf einen Kita Platz in Anspruch nehmen können. Dieser Platz soll nicht nur für die Bezieher*innen von Transferleistungen beitragsfrei sein, sondern auch für Familien mit geringem Einkommen. Daher werden wir die Kita-Beitragstabelle deutlich zur Entlastung dieser Einkommensgruppe verändern. Mittelfristig soll die Krippe für alle beitragsfrei werden.

Im **Elementarbereich** (3-6jährige) streben wir eine Versorgungsquote von 110 Prozent an, um Luft im System zu haben und jedem Kind, auch unterjährig, einen Betreuungsplatz anzubieten. Denn spätestens mit fünf Jahren sollten alle Kinder in der Kita angekommen sein. Um dies zu erreichen, setzen wir auf gezielte Ansprache und aufsuchende Arbeit durch Bildungsbehörde und Kita-Träger. So werden Fragen und Ängste abgebaut und mehr Vertrauen in das System Kita geschaffen.

Außerdem setzen wir auf den Ausbau von niedrighschwelligen Angeboten, um Eltern und Kinder mit dem System Kita vertraut zu machen. Ein Vorzeigebeispiel ist hier das **Kita-Einstiegshaus** in Gröpelingen. Ähnliche Gruppen mit stundenweiser Betreuung für Kinder und Beratung für Eltern braucht es in allen benachteiligten Stadtteilen.

Auch bei sinkenden Geburtenzahlen in den kommenden Jahren wollen wir für die Kitas verlässliches Arbeiten ermöglichen und die Schließung von Einrichtungen vermeiden. Dazu gehört für uns auch eine verlässliche Trägerstruktur. Insbesondere **Kita Bremen** als kommunaler Eigenbetrieb der Stadt Bremen hat für die Sicherung der Grundversorgung in allen Stadtteilen eine zentrale Bedeutung. Diese Bedeutung zeigt sich auch darin, dass Kita Bremen mit den Spielhäusern Angebote über die Kindertagesbetreuung hinaus anbietet. Dies sind Freizeittreffs für Kinder zwischen 6 und 13 Jahren und müssen als wichtige Anlaufpunkte in ihren jeweiligen Quartieren erhalten bleiben.

Jede Kita braucht inklusive Qualität

Nachdem in den letzten Jahren der Fokus auf dem Ausbau von Plätzen gelegen hat, müssen wir nun stärker die **Bildungsgerechtigkeit** und die **Qualität** in den Blick nehmen. Als erstes wesentliches Instrument wollen wir die Gruppenverkleinerung in benachteiligten Quartieren umsetzen, dort sollen künftig 15 Kinder bei gleichbleibender Personalausstattung statt bislang 20 betreut werden. In kleineren Gruppen erfahren Kinder eine intensivere Betreuung, es gibt mehr Sprachanlässe zwischen Fachkraft und Kind, Lautstärke und Stresslevel reduzieren sich. Fachkräfte haben so mehr Zeit pro Kind und können ihrem Anspruch an frühkindliche Bildung besser gerecht werden.

Wir wollen Kitas als Orte der **inklusiven frühkindlichen Bildung** stärken, dabei spielen Sprachbildung und Sprachförderung eine besondere Rolle. Die **alltagsintegrierte Sprachförderung** werden wir verbessern, auch durch den Ausbau von Fortbildungsformaten für Fachkräfte. Außerdem wollen wir zusätzliche Angebote der Sprach- und Bewegungsförderung in den Kitas etablieren, insbesondere in Quartieren mit großen sozialen Herausforderungen.

Das Modell der Schwerpunktkitas, in die Kinder mit Förderbedarf bevorzugt gehen, wurde von der Realität längst überholt. Zukünftig sollen alle Kinder in allen Kitas willkommen sein und dort, wo sie in die Kita gehen, die Förderung erhalten, die sie benötigen. Um den Förderbedarfen gerecht werden zu können, werden wir Kitagruppen mit mehreren Förderkindern verkleinern. Das Modellprojekt der Inklusionsberater*innen in Kitas werden wir evaluieren und ggf. ausweiten. Das Pilotprojekt der **systemischen Assistenzen** möchten wir auf alle Kitas ausweiten, ohne Einschränkung des individuellen Rechtsanspruchs auf Begleitung! Dann können alle Kitas auf die Unterstützung von heilpädagogischen und therapeutischen Fachkräften zugreifen.

Kita Bremen sollte perspektivisch Träger eines eigenen **Frühförderzentrums** werden. Damit sollen bürokratische Hürden abgebaut, Wege verkürzt und Personaleinsatz flexibler und gleichzeitig im Interesse der Kinder mit Förderbedarfen verbindlicher werden. Dies ist für uns ein Beitrag, die Frühförderung von Kindern strukturell weiterzuentwickeln. Darüber hinaus bedarf es einer intensiven Fachdiskussion, welche Maßnahmen zur Weiterentwicklung einer inklusiven Kita notwendig sind.

Wir wollen das Modellprojekt **Gesundheitsfachkräfte** in den Kitas ausweiten, denn in den Kitas können Kinder und Eltern niedrigschwellig und präventiv erreicht werden. Dies gilt auch für die sozialpädagogischen **Netzwerksstellen** im Rahmen der Elternbegleitung und zur Absicherung des Kindeswohls.

Dem **Kinderschutz** kommt eine wichtige Bedeutung zu. Verbindliche Schutzkonzepte in allen Einrichtungen, geschultes Personal, klare Meldewege bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung sowie räumliche Anpassungen sind inzwischen die Standards in Kitas, auf deren Einhaltung wir kontinuierlich achten.

Zu einer guten Kita gehört auch ein gutes Frühstück. Wir wollen das **kostenfreie Frühstück** für Kitas in benachteiligten Lagen erhalten und perspektivisch wieder in allen Bremer Kitas anbieten. Wir unterstützen den Erhalt von Frischeküchen in Kitas, denn auch Küchen sollen Lernorte für Kinder sein.

Bei allen **Neu- und Umbauten** achten wir auf eine **hitzeresiliente** und klimaneutrale Anpassung der Gebäude.

Kitas brauchen mehr Entlastung!

Zur Qualitätsentwicklung gehört auch eine **gute Leitungsstruktur**. Wir werden die Leitungszeiten ausweiten, da die Bedarfe bei Kindern und Eltern gestiegen und die multiprofessionellen Teams größer geworden sind. Hinzu kommen mehr Kooperationszeiten durch die Stärkung der stadtteilbezogenen Verbundarbeit mit Grundschulen im Rahmen des Bildungsplans 0-10.

Damit Fachkräfte in die Lage versetzt werden, hochwertige frühkindliche Bildung anzubieten, brauchen sie verbindlich abgesicherte Team- und Vorbereitungszeit sowie Zeit zur Dokumentation und für Elterngespräche. Diese muss in der **Arbeitszeit** gleichwertig zur Arbeit mit Kindern berücksichtigt werden.

Durch die Umstellung der schulischen Ausbildung zum*zur Erzieher*in werden in Zukunft deutlich mehr Auszubildende in Bremer Kitas arbeiten, teilweise mit nur geringen Vorkenntnissen. Um die Auszubildenden qualitativ gut begleiten zu können, brauchen wir mehr Entlastungsstunden **für Anleiter*innen** und eine neu aufgestellte Mentor*innen-Fortbildung.

All diese Entlastungen müssen kommen, um Motivation im Beruf erhalten zu können: wir wollen nicht zulassen, dass immer mehr Personal die Kitas verlässt oder die Arbeitszeit reduziert, weil die **Rahmenbedingungen** die eigenen Ansprüche an gute Arbeit nicht verwirklichen lassen!

Kitas müssen verlässlich für Eltern sein

Kitas in Bremen haben nicht nur in den Wintermonaten Probleme mit hohen Krankenständen beim Personal. Notdienste oder reduzierte Betreuungszeiten stellen Eltern oft vor extreme Herausforderungen. So ist die Kita aus Elternsicht oft nicht verlässlich. Um Kitapersonal und Eltern zu entlasten, werden wir einen möglichst trägerübergreifenden **Vertretungspool** einsetzen, der es ermöglicht, Notdienste spürbar zu reduzieren und Kitas wieder verlässlicher zu machen.

Die Betreuungszeiten der meisten Bremer Kitas sind von 08:00-16:00 Uhr. Arbeitszeiten von Arbeitnehmer*innen gehen oft darüber hinaus. Um Eltern ein längeres Betreuungsangebot zu ermöglichen, wollen wir in jedem Stadtteil mindestens eine Kita mit **längeren Öffnungszeiten** etablieren, um Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere auch für Alleinerziehende, zu erhöhen.

In die Ausbildung investieren

Der Bedarf an Erzieher*innen wird auch trotz Rückgang der Kinderzahlen hoch bleiben. Wir brauchen mehr Erzieher*innen, um kleine Gruppen zu ermöglichen und um den schulischen Ganzttag mit Fachpersonal versorgen zu können.

Um mehr Menschen dazu zu motivieren, künftig mit Kindern zu arbeiten, müssen auch die ersten Ausbildungsschritte zur sozialpädagogischen Assistenz (SPA) bzw. Kinderpflege vergütet werden. Die **Aufstiegsfortbildungsprämie** muss wieder auf das ursprüngliche Niveau von 4.000 Euro angehoben werden.

Wer bereits als Kindertagespflegeperson in einer Kita arbeitet, soll aufgefordert werden, berufsbegleitend die Ausbildung zur SPA/Kinderpflege zur absolvieren. Im Kitagesetz (BremKTG) wurden 2025 temporär Standardabsenkungen im Kitapersonal aufgrund des Fachkräftemangels ermöglicht. Als Linke setzen wir uns dafür ein, dass diese Standardabsenkungen spätestens 2028 auslaufen und nicht verlängert werden. Die pädagogische Arbeit in Kitas sollte in der Regel von Erzieher*innen übernommen werden, dies gilt insbesondere in der Inklusion und in benachteiligten Stadtteilen. Geringere **Qualifikationsniveaus** sollen nicht mehr als maximal 25% des pädagogischen Personals ausmachen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass es für Sonderpädagog*innen, Psycholog*innen und Elementarpädagog*innen attraktiver wird, auch in Kitas zu arbeiten.

Kitas auskömmlich finanzieren

All diese Maßnahmen lassen sich nur erreichen, wenn Kitas finanziell gut ausgestattet werden. Deswegen kämpfen wir nicht nur dafür, dass trotz sinkenden Geburtenzahlen die Finanzmittel für die Kitas weiterhin in unveränderter Höhe bereitgestellt werden, sondern setzen uns auch dafür ein, zur Entlastung benachteiligter Quartiere und für eine gelingende Inklusion **zusätzliche Finanzmittel** zur Verfügung zu stellen.

3.3 Bildung

Vor knapp 20 Jahren wurde mit dem **Schulkonsens** (2008, ohne Zustimmung der Linken) das Bildungssystem im Land Bremen neu geordnet. Seitdem existieren im Anschluss an die Grundschule nur noch zwei Schulformen: eine inklusiv arbeitende Oberschule, die zu allen Abschlüssen führt und das traditionelle Gymnasium mit dem Weg zum Abitur. In der Neuauflage des Konsenses 2018 (diesmal mit Die Linke) vereinbarten die beteiligten Parteien zusätzlich, dass die Schulen im Land Bremen deutlich besser ausgestattet werden sollen und insbesondere die Schulen in den benachteiligten Quartieren gestärkt werden müssen. Dabei hat Die Linke aber nicht ihre grundsätzliche Position aufgegeben: nur langes gemeinsames Lernen aller schafft echte Bildungsgerechtigkeit und es braucht eine Schule für alle.

In der Bilanz müssen wir nun aber feststellen, dass die wesentlichen Ziele des Schulkonsenses nicht erreicht wurden: immer noch hängt in Bremen der Bildungserfolg massiv vom sozialen Status der Eltern ab. Das können wir nicht akzeptieren!

Ebenfalls unverändert ist der Abstand bei den **Bildungsausgaben** im Vergleich mit den Stadtstaaten. Laut statistischem Bundesamt gibt Bremen 2.300 EUR weniger pro Jahr und Kind aus als Hamburg und 2.800 EUR weniger als Berlin. Zwar haben alle Bundesländer ihre Bildungsausgaben erhöht – auch Bremen – dabei ist es aber nicht gelungen, aufzuschließen. Diese Unterausstattung bekommen alle am Schulleben Beteiligten täglich zu spüren.

Es ist gelungen, die **Oberschule** als neue, innovative Schulform zu etablieren. An den Oberschulen werden Kinder gemeinsam inklusiv unterrichtet. Dabei ist der Unterricht auf verschiedenen Anforderungsniveaus inzwischen Standard, es wird viel in Projekten gearbeitet, oft auch jahrgangsübergreifend. In der Praxis kommt es dabei aber immer wieder zu Problemen: Insbesondere die Förderung von behinderten Kindern scheitert im Alltag an den Ressourcen. Fehlendes Personal und zu geringe Stundenausstattungen für den inklusiven Unterricht oder die gemeinsame Vorbereitung im Team prägen den Alltag.

Das **Gymnasium** blieb in dieser Zeit im Wesentlichen unverändert und durch den Schulkonsens in seiner aus der Zeit gefallene Schul- und Unterrichtsform geschützt; Kinder mit Förderbedarf müssen bis heute nicht aufgenommen werden.

Gleichzeitig hat sich der Schulkonsens als **Innovationsbremse** bei der Weiterentwicklung von Grund- und Oberschulen herausgestellt: Die Möglichkeit, durchgehende Schulen von der Klasse 1 bis 10 zu bilden, scheiterte in der Praxis am Vetorecht der CDU.

Das aktuelle Bremer Schulsystem mit seinen zwei Säulen hat die Segregation der Kinder nach der vierten Klasse nicht beendet. Nach wie vor spielen hierbei soziale Faktoren wie der Bildungsstand des Elternhauses oder die Migrationsgeschichte eine wesentliche Rolle für die weitere Schulwahl. Im Kern hat der Konsens damit sein Versprechen nach mehr Gerechtigkeit im Schulsystem leider nicht erfüllen können.

Deswegen wollen wir Erprobungen von gemeinsamen Lernen und Modellschulen, die Zeit und die Mittel zur Verfügung stellen, die sie brauchen, gerne auch über einen neuen Schulkonsens, basierend auf den Ergebnissen der Auswertung des letzten Schulkonsens. Ein einfaches Weiter-so **des Schulkonsens** mit der Festschreibung des zweigliedrigen Schulsystems wird die Linke nicht mittragen.

Unsere Vision: Eine Schule für alle

Die Linke kämpft für eine konsequente Weiterentwicklung der Bremer Schulen zu Orten des gemeinsamen Lernens für alle Kinder, unabhängig von ihrem sozialen Status, ihrem Geschlecht, ihrer Migrationsgeschichte, ihrer Begabungen oder ihres Förderbedarfs. Um dies zu erreichen, braucht es eine grundlegende **Strukturreform im Bremer Schulsystem**.

Wir setzen uns für gemeinsames Lernen von der Klasse eins bis zur Klasse zehn ein. Dieses Modell wird derzeit in unseren beiden Städten unter dem Namen **Gemeinschaftsschule** diskutiert. Statt einer Aufteilung der Kinder nach vier Grundschuljahren wird das gemeinsame Lernen fortgesetzt, ohne Brüche, ohne das Zerreißen von Freundschaften und ohne eine unzuverlässige und entwicklungshemmende Prognose zur Leistungsfähigkeit eines Kindes. Damit entfällt dann auch das oft Frust auslösende Verfahren der Schulanwahl nach der vierten Klasse. Ab Klasse eins wissen Kinder und Eltern verlässlich, auf welche Schule ihr Kind geht und einen Abschluss machen wird.

Es entfällt dann aber nicht nur eine Einsortierung aller Kinder anhand des Regelstandards, auch die Statuierung für einen Förderstatuts kann im vierten Schuljahr entfallen. Alle Kinder erhalten durchgängig eine individuelle **Förderung** anhand ihrer realen Bedarfe. Dies kann nur gelingen, wenn den Schulen eine ausreichende **Ressource für die Inklusion** schon mit der Basisausstattung zugeteilt wird. Förderstunden für Inklusion, Assistenzkräfte, Personal für temporäre Lerngruppen und Differenzierungsräume müssen zur Regelausstattung einer jeden Schule werden, um eine gute Inklusion von Anfang an abzusichern.

Wir wollen uns in der neuen Legislaturperiode aber nicht in langen Debatten über ein neues Schulgesetz verzetteln. Bereits das aktuelle Schulgesetz bietet die Option, Grund- und Oberschulen zu **Gemeinschaftsschulen** zusammenzufassen. Wir werden die Möglichkeit schaffen, dass sich benachbarte Schulen einfach als **Modellschulen** bewerben können und schnell unter einem Dach als neue Schule auf einem gemeinsamen Campus durchstarten können. Hierbei werden sie mit einem Budget und zeitlicher Entlastung für Schulentwicklung zusätzlich unterstützt. Wir garantieren dabei, dass alle Kinder an diesen Gemeinschaftsschulen bleiben können. Auch die Gymnasien sind ausdrücklich aufgefordert und werden dabei finanziell unterstützt, sich gemeinsam mit einer Grundschule in eine inklusive Schule für alle umzuwandeln.

Die Gemeinschaftsschulen sollen dabei die Möglichkeit erhalten, sich nicht nur der Form nach zu einer neuen Schule zu entwickeln, sondern auch dem Inhalt nach. Demokratisches Schulleben, projektorientiertes Lernen, individualisierte Aufgabenstellungen, Lernstudios, jahrgangsübergreifende Gruppen oder eine Abkehr vom strengen 45-Minuten-Raster können an diesen Schulen etabliert und weiterentwickelt werden. Das längere gemeinsame Lernen macht eine langfristige, stabile und verlässliche pädagogische Erziehungsarbeit möglich. Diese Schulen verzichten bis zur achten Klasse auf Schulnoten und das Lernen im Ganztags macht Hausaufgaben überflüssig. Wir wollen **Hausaufgaben** deshalb abschaffen.

Gemeinschaftsschulen sind offen für den Stadtteil. Sie vernetzen sich mit Kitas, um gemeinsam einen möglichst nahtlosen Einstieg in die Schule zu ermöglichen. Auch mit anderen Bildungs-, Kultur- und Jugendeinrichtungen im Quartier stehen sie im engen Austausch, Sportvereine werden in die Angebote des Ganztags integriert.

Parallel zum Austesten des Konzepts Gemeinschaftsschule in der Praxis, bereiten wir eine **allgemeine Schulreform** vor, mit der längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zur Regel wird. Das Gymnasium als Sonderform wird damit mittelfristig überwunden.

Zu einer solchen Schulreform muss dann auch die Neugestaltung der Sekundarstufe II gehören. Lange gab es in Bremen mit den Zentren der Sekundarstufe II Orte, an denen allgemeine und berufliche Bildung zusammengedacht wurden. Ohne zwingenden inhaltlichen Grund wurden diese Sek.-II-

Zentren zerschlagen und durch kleine gymnasiale Oberstufen ersetzt. In diesen gibt es nun oft ein nur kleines Kursangebot mit wenig Möglichkeiten für Schüler*innen, anhand ihrer Neigungen zu wählen. Wir wollen die Bremer Tradition der **Oberstufenzentren** wiederbeleben und allgemeine und berufliche Bildung wieder integrieren.

Sofortprogramm für die Schulen

Die Weiterentwicklung der Bremer Schulen zu Gemeinschaftsschulen stellt unsere Vision für eine gerechte Bildungspolitik in Bremen dar. Aber ein neuer Senat muss nach der Bürgerschaftswahl schnell eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, um die Bremer Schulen zu unterstützen:

Alle Kinder sollen in der Schule die **gleichen Chancen** haben. Der starke Zusammenhang von Bildungserfolg und sozialer Herkunft in Bremen muss abgebaut werden. Deswegen stärken wir weiterhin Schulen in benachteiligten Stadtteilen konsequent. Maßnahmen wie kleinere Klassen bei herausfordernder Lage oder zusätzliche Landesmittel für das Startchancenprogramm setzen wir fort.

Gute Bildung fängt früh an. Insbesondere unterstützen wir die Grundschulen, in denen das Fundament für einen künftigen Bildungserfolg gelegt wird. In den benachteiligten Stadtteilen wollen wir die **Doppelbesetzung an Grundschulen** flächendeckend in alle Klassen bringen. Diese pädagogischen Fachkräfte werden gemeinsam fortgebildet und systematisch angeleitet, um ein gemeinsames Verständnis der Aufgaben im schulischen Alltag zu entwickeln.

Der **Ausbau des Ganztags** wird weiter vorangetrieben, damit alle Kinder bis einschließlich der siebten Klasse einen Nachmittagsplatz bekommen. Unser Ziel bleibt der gebundene Ganztag, da dieser mit seiner Verzahnung von Vor- und Nachmittagsgestaltung sowie der pädagogischen gestalteten Abwechslung von Lernphasen, Sport, kultureller Bildung und Pausen die beste Förderung für Kinder ermöglicht. Dabei muss der Ausbau mit zusätzlichen Plätzen und die qualitative Weiterentwicklung des Ganztags Hand in Hand gehen.

Zum Ganztag gehört auch ein hochwertiges **Mittagessen** für alle Kinder. Wir verbessern die Qualität des Essens an Schulen und achten auf ausgewogene Ernährung aus regionaler und biologischer Herstellung. Wir vereinheitlichen die Essenspreise an allen Schulen und halten sie stabil, Familien mit Bremen-Pass zahlen selbstverständlich weiterhin nichts. Unser klares Ziel ist, kostenfreies Mittagessen für alle Kinder anzubieten. Außerdem wollen wir Schulen ermöglichen, nach Bedarf Frühstück-Angebote vor Schulbeginn einzurichten. Solche Angebote werden teilweise schon eigeninitiativ von Schulleitungen und Lehrkräften organisiert und durchgeführt, um zu verhindern, dass Schüler*innen mit leerem Magen lernen müssen. Dafür wollen wir einen Sachmittelfonds zur Unterstützung schaffen.

In einigen wenigen Fällen lässt sich aktuell an Grundschulen aus baulichen Gründen kein Ganztag realisieren. An diesen Standorten übernehmen weiterhin **Horte** die Aufgabe der Nachmittagsbetreuung, deren Angebote wir gebührenfrei machen werden.

Der **Schulalltag soll moderner** gestaltet werden: Schulbeginn ab 9 Uhr ist für ältere Kinder deutlich gesünder. Wir wollen mehr Schulen als bisher zu einem späteren Schulbeginn oder zu Gleitzeitmodellen motivieren. Eine Betreuung vor Unterrichtsbeginn muss sichergestellt werden. Hausaufgaben sind aus der Zeit gefallen und sollten durch Selbstlernphasen in der Schule ersetzt werden, wir wollen sie deshalb abschaffen. Pädagogisches Feedback ist notwendig, aber Noten sollten an allen Bremer Schulen nicht vor Klasse acht vergeben werden.

Die **schulische Inklusion** sichern wir durch zusätzliches Personal ab. Die Zuweisung mit sonderpädagogischen Fachkräften an die Grundschulen richten wir an den realen Förderquoten aus.

Alle Grundschulen werden mit systemischen Assistenzen als fester Personalressource ausgestattet. Zusätzliches Personal für temporäre Lerngruppen wird allen Schulen der Sozialstufen 3 bis 5 zur Verfügung gestellt.

Schulsozialarbeit etablieren wir an allen Schulen in Bremen und Bremerhaven. Alle Schulsozialarbeiter*innen werden mit Dienst-Tablets ausgestattet. Für eine regelmäßige und systematische Weiterbildung dieser Berufsgruppe wird gesorgt.

Psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen sind alarmierend; ReBUZ, Kipsy und Beratungsstellen arbeiten oft am Rand der Überlastung. Wir schaffen schulnahe Angebote in Kooperation mit Gesundheitsfachkräften und verfügbaren Psycholog*innen (z. B. durch Beratungszeiten und Gruppenangebote in Schulverbünden) und verkürzen Wartelisten durch zusätzliche, passgenaue Kapazitäten. Zudem werden wir verbindliche Interventionsketten und schulische Anlaufstellen etablieren, die präventive Programme, Krisenintervention und Nachsorge vernetzen. Um dies zu gewährleisten, entwickeln die Ressorts Bildung, Soziales und Gesundheit einen gemeinsamen Aktionsplan zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

Zusätzliche **Quartierbildungszentren** (z.B. in Kattenturm und Vegesack) unterstützen die Kinder in den benachteiligten Stadtteilen. Bildungsmanager*innen starten mit der Netzwerkarbeit, auch wenn das Gebäude noch nicht steht.

Wir wollen die **Berufsorientierung** verbindlich stärken: längere Praktika, gezielte Unterstützung für Schulen in benachteiligten Quartieren und Ausbau berufsorientierender Angebote innerhalb der schulischen Curricula. Wir fördern Betriebsnetzwerke, die verbindlich Praktikumsplätze für Schulen in sozial belasteten Stadtteilen bereitstellen und regelmäßige Werkstattangebote unterschiedlicher Professionen in den Schulen. Wege für Schüler*innen mit Unterstützungsbedarf in den ersten Arbeitsmarkt wollen wir besonders stärken.

Um das Recht auf qualitativ hochwertige **Bildung auch für neu zugewanderte Kinder und Jugendliche** sicherzustellen, wollen wir diese schnell und zügig in das reguläre Schulsystem integrieren. Lernangebote in Erstaufnahmeeinrichtungen sollen maximal zwei Monate auf den Schulbesuch vorbereiten. Die **Willkommenschulen** als eigene Förderzentren für Sprache werden nicht über das Jahr 2030 verlängert, sondern als reguläre Oberschulen weitergeführt.

Statt dieser Parallelsysteme muss sich das Schulsystem insgesamt auf **Migration als Normalfall** einstellen und dauerhaft Ressourcen zur Integration von neu Zugewanderten bereithalten. Insbesondere bedarf es ausreichend Plätze in teilintegrativen Vorkursen, die darauf ausgerichtet sind, dass die neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen schnell am Regelunterricht teilnehmen können. Der Erwerb von Deutschkenntnissen auf vollem fachlichen Unterrichtsniveau ist ein mehrjähriger Prozess, so dass auch nach dem Erlangen alltagssprachlicher Fähigkeiten mit Möglichkeiten wie digitalen Übersetzungshilfen und mutter- oder zweitsprachlicher Unterstützung gearbeitet werden muss. Auch für neu zugewanderte Schüler*innen muss das Ziel sein, einen möglichst hohen Schulabschluss zu erreichen. Für die Vorkurse bilden wir mehr DaF/DaZ-Fachkräfte (Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache) aus und entwickeln ein durchdachtes Bildungsprogramm. Wir fordern außerdem ein Recht auf Schulbesuch bis zum 25. Lebensjahr, damit auch junge zugewanderte Erwachsene noch einen Abschluss erwerben können.

Um eine gute Ausbildung für einen guten Start ins Berufsleben zu garantieren, braucht das Land Bremen moderne und zeitgemäß ausgestattete **Berufsschulen**. Hierfür muss sofort nach der Wahl eine aktualisierte Standortplanung erarbeitet werden. Diese muss berücksichtigen, dass gerade große Geburtenjahrgänge an den Schulen hochwachsen und das System der beruflichen Schulen in

den 2030er Jahren sehr gefordert sein wird. Mit dem Aus- und Neubau der Schulen muss daher unbedingt in der kommenden Legislaturperiode begonnen werden.

Nach wie vor lernen geflüchtete oder behinderte Jugendliche an den Berufsschulen in separierten Ausbildungsgängen. Dies widerspricht der inklusiven Grundanlage des Bremer Schulsystems und muss dringend verändert werden. Wir wollen die **schulischen Ausbildungsgänge** daher zusammenführen, umstrukturieren und das gemeinsame Lernen aller auch in die Sekundarstufe II tragen. Dafür müssen dann auch zusätzliche Stunden für Sonderpädagogik/Inklusion an die beruflichen Schulen zugewiesen werden.

Um Schüler*innen demokratische Lernerfahrungen zu ermöglichen und antidemokratischen Tendenzen in Bremen entgegenzuwirken, werden wir **partizipative Unterrichtsgestaltung und demokratische Schulentwicklung** konsequent an allen Schulen verankern. Unterricht, Schulkultur und Gremien sind demokratisch zu gestalten, nicht als gelegentliches Projekt, sondern als dauerhafter Standard der Schulentwicklung, bei dem Schüler*innen an Leitbild, Hausregeln und Schulentwicklung mit echten Mitbestimmungsrechten beteiligt sind. Um die Arbeit der Schüler*innenvertretungen (SV) zu stärken, orientieren wir uns am von der Gesamtschüler*innenvertretung Bremen (GSV), dem Stadtschüler*innenring Bremerhaven (SSR) und dem Bremer Jugendring entwickelten SV- Konzept, welches unter anderem SV-Schulungen und bessere Beratung für politisch aktive Schüler*innen vorsieht.

Auch der aktive **Einsatz gegen Diskriminierung** gehört für uns als Querschnittsaufgabe in den Schulalltag. Hierzu werden Fortbildungen ausgebaut und ein Pflichtmodul für Referendar*innen eingeführt. Darüber hinaus wird unter Berücksichtigung von Betroffenen an jeder Schule ein Schutzkonzept gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eingeführt. Neben den DiBSI-Beratungsstellen etablieren wir bei der Schulaufsicht Diskriminierungsbeauftragte, die als formale Beschwerdestelle bei Diskriminierungsfällen dienen können.

Alle Schulen sollen eigene **Gewaltschutzkonzepte** entwickeln, in denen eine umfassende Gewaltprävention an Schulen etabliert wird, die unter anderem Schutz vor sexualisierten Übergriffen, körperlicher Gewalt, Mobbing und Cybermobbing beinhalten. Schulen und Schulaufsicht müssen klare Meldewege bei Gewalt an Schulen benennen. Wir wollen eine Fachstelle für sexualisierte Grenzüberschreitung in der Bildungsbehörde einrichten, die Schulen sowie Schüler*innen und Eltern berät. Das Beamtenrecht setzt enge Grenzen für die Möglichkeit, Beamte aus dem Dienstverhältnis zu entlassen, sogar im Fall von ernstzunehmenden sexuellen Grenzverletzungen gegenüber Schutzbefohlenen. Die Fachstelle soll eine Strategie für den Umgang mit derartigen Fällen entwickeln.

Das **Schulschwimmen** muss intensiviert werden. Den Schwimmunterricht werden wir von der dritten auf die zweite Klasse vorziehen.

Strukturelle Rahmenbedingungen verbessern

Ein solches Sofortprogramm für die Bremer Schulen kann nur gelingen, wenn die strukturellen Rahmenbedingungen für die Schulen deutlich verbessert werden.

Insbesondere muss hierzu die **finanzielle Ausstattung** der Schulen stark verbessert werden. Bremen muss endlich mindestens so viel Geld pro Schüler*in ausgeben wie Hamburg, dafür stocken wir den Bildungshaushalt beginnend ab dem Doppelhaushalt 2028/2029 deutlich auf. Sich abzeichnenden sinkende Geburtenzahlen dürfen nicht zu Sparrunden im Bildungsbereich genutzt werden. Im Gegenteil: freiwerdende Mittel müssen konsequent weiter den Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Wir werden sicherstellen, dass zukünftig eine verlässliche Planung zwischen Einwohnermeldeamt, Statistischem Landesamt, KiTas und Bildungsbehörde klar und verlässliche Zahlen der zu beschulenden Kindern liefert.

Die **Ausbildung von Lehrkräften** an der Universität Bremen und am Landesinstitut für Schule (LIS) werden wir weiterhin auf hohem Niveau fortführen und die Kooperation zwischen den beteiligten Institutionen noch weiter vertiefen, z.B. indem wir eine duale Lehramtsausbildung erproben, die Master und Referendariat verbindet. An der Universität schaffen wir zusätzliche Plätze für Inklusive Pädagogik und erleichtern den Zugang durch eine Ausweitung der Fächerkombination. Indem wir alternative Zugangswege zum Studium neben dem NC einrichten, ermöglichen wir einer diverseren Gruppe ein Lehramtsstudium. Über alle Phasen des Studiums verteilt sorgen wir dafür, dass alle zukünftigen Lehrkräfte das Thema Inklusion vermittelt bekommen.

Die Zahl der Klassen für **Erzieher*innen und Heilerziehungspfleger*innen** werden wir nicht reduzieren. Wo an Schulen aktuell nicht voll qualifiziertes Personal arbeitet (beispielsweise bei Doppelbesetzungen, in der Assistenz oder im Ganztags), sorgen wir dafür, dass berufsbegleitend diese Qualifikation nachgeholt wird. Wir ermöglichen, dass Grundschulen als Ausbildungsort für Erzieher*innen neben Kitas und der Jugendhilfe angewählt werden können.

Sobald erste Daten aus der **Arbeitszeiterfassung von Lehrkräften** vorliegen, werden wir deren Zeiteinsatz evaluieren und an die Erfordernisse einer modernen Schule anpassen. Hierbei berücksichtigen wir die hohe psychische Belastung von Lehrkräften am Arbeitsplatz Schule. Wir werden mehr Zeit für Kooperation und Teamarbeit, die Beratung von Schüler*innen und Eltern sowie die pädagogische Weiterentwicklung von Unterricht ermöglichen. Bei dieser pädagogischen Weiterentwicklung muss auch das IQHB eine stärkere Rolle übernehmen, das nicht nur Daten erheben, sondern Schulen auch aktiv beraten soll.

Zur Entlastung von Pädagog*innen trägt aber auch bei, zusätzliches **Personal für IT/Technik und Verwaltung** an Schulen einzustellen. Wir wollen die Aufgaben, die von Sekretariaten übernommen werden können, ausweiten und diese dann auch entsprechend besser vergüten.

Aktuell berücksichtigt die **Stundenzuweisung** an die Schulen den realen Unterrichtsausfall nicht ausreichend. Daher werden wir diese Zuweisung auf 110% der Stundentafel erhöhen, damit die Schulen angemessen vertreten können. Um schneller auf langfristigen Unterrichtsausfall bei Mutterschutz/Elternzeit oder längerer Krankheit reagieren zu können, wollen wir einen Vertretungspool für die Schulen dauerhaft etablieren und in diesem per Festanstellung neues Personal an Bremen binden.

Um gut lernen, aber auch Kinder und Jugendliche gut unterrichten und begleiten zu können, sind geeignete **Schulräume** unerlässlich. Daher wollen wir Schulen auch baulich neu denken: starre Klassenraumstrukturen werden aufgebrochen; Lerninseln, Gruppen- und Differenzierungsräume, Bereiche für sicheren Aufenthalt und Verpflegung treten an ihre Stelle. Insbesondere aber achten wir darauf, dass Sporthallen und Bewegungsflächen stets allen Schulen zur Verfügung stehen. Bei den Planungen beteiligen wir alle in der Schule Betroffenen von Anfang an („Phase Null“).

Wir erstellen ein verbindliches **Sanierungs- und Neubau-Programm für Schulen**, für das vor allem Mittel des Sondervermögens des Bundes herangezogen werden. Grundsätzlich sollen die Schulgebäude in kommunaler Hand bleiben – als Eigentum der jeweiligen Stadt, von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften oder der Bildungsbaugesellschaft Bremen. Bei allen Neu- und Umbauten berücksichtigen wir Klimaneutralität und Hitzeresilienz.

Den Besuch von Bundeswehr an Schulen lehnen wir nach wie vor ausdrücklich ab. Keine Bremer Schule muss Jugendoffiziere einladen.

3.4 Gute Ausbildung für alle sicherstellen

Eine gute Ausbildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben und berufliche Perspektiven. Trotzdem finden jedes Jahr viele junge Menschen keinen Ausbildungsplatz, während Betriebe über Fachkräftemangel klagen. Gleichzeitig werden Auszubildende zu oft schlecht bezahlt, ausgebeutet oder finden keine bezahlbare Wohnung. Wir wollen das in Bremen und Bremerhaven ändern: Jeder junge Mensch sollte eine Ausbildung machen können, unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Aufenthaltsstatus.

Zugang zu Ausbildung verwirklichen

Junge Menschen dürfen nicht ohne Perspektive bleiben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass jedem jungen Menschen der Abschluss einer Berufsausbildung ermöglicht wird und damit Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnet werden. Ein erprobtes Instrument dafür sind die außerbetrieblichen Ausbildungsverbünde. Diese haben in Bremen und Bremerhaven seitdem sie 2020 eingeführt wurden, zahlreiche zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. Wir wollen sie fortführen und weiterentwickeln.

Als einen Schlüssel dazu sehen wir den **Ausbildungsunterstützungsfonds**, den wir als erstes Bundesland eingeführt haben. Den Ausbildungsfonds wollen wir erhalten, ausbildungsfördernde Maßnahmen starten und gemeinsam mit den Auszubildenden konsequent weiterentwickeln. Betriebe, die sich ihrer Verantwortung für Ausbildung entziehen, müssen dabei stärker finanziell in die Pflicht genommen werden. Die Mittel sind gezielt dafür einzusetzen, in mehr Betrieben zusätzliche und bessere Ausbildungsplätze zu schaffen sowie ausbildungsfördernde Maßnahmen zu finanzieren.

Dazu gehören insbesondere der Ausbau **ausbildungsbegleitender Unterstützungsangebote**, der Einsatz von Sprachcoaches in der Ausbildung, sowie eine regelmäßige Evaluation und Weiterentwicklung des Ausbildungsfonds, bei der die Perspektiven der Auszubildenden durch einen Sitz im Verwaltungsrat verbindlich einbezogen werden.

Darüber hinaus werden wir ein Konzept entwickeln, um in benachteiligten Quartieren **Ausbildungszentren** zu schaffen, die zusätzliche Ausbildungsplätze und unterstützende Angebote bündeln.

Auch die **Jugendberufsagentur** wollen wir dauerhaft absichern und stärken. Dazu gehören eine aufsuchende Beratung und eine langfristige Finanzierung ihrer Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere über soziale Medien. Sie soll junge Menschen auch dabei unterstützen, einen Schulabschluss nachzuholen und damit die Voraussetzungen für eine Ausbildung zu schaffen. Dafür wollen wir die Vernetzung mit Bildungsträgern intensivieren.

Gerade aufgrund der hohen Anzahl an Schulabgänger*innen ohne Abschluss und weiterhin zu wenig Ausbildungsplätzen in Betrieben müssen wir neue Wege eröffnen, damit mehr Menschen einen Berufsabschluss erreichen. Deswegen bilden **Teilqualifizierungen** einen weiteren wesentlichen Baustein unserer Landesarbeitsmarktstrategie. Neben einem gut organisierten zweiten Bildungsweg können Teilqualifizierungen eine Möglichkeit bieten, in einem anwendungsnahen, klar strukturierten und auch finanziell besser zu vereinbarenden Verfahren berufliche Abschlüsse zu erlangen. Diese dürfen jedoch keine Ersatzform sein, die von Arbeitgebenden als günstige Teil-Ausbildung zu Hilfskraftkonditionen missbraucht werden kann. Daher braucht es Garantien, dass Teilqualifizierungen akkreditiert und geprüft sind, stets alle Module angeboten werden sowie den Beschäftigten selbstbestimmt zugänglich und immer abschlussorientiert vermittelt werden.

Für als Hilfskräfte, also z.B. Pflegeassistent*innen oder sozialpädagogische Assistent*innen, qualifizierte Beschäftigte wollen wir Wege zur **Qualifikation als Fachkraft** ermöglichen. Dazu gehört der Ausgleich des Verdienstaufschlags, der während der Ausbildung im Vergleich zur regulären Beschäftigung auf dem bisherigen Qualifikationsniveau entsteht, etwa wenn Pflegeassistent*innen eine Ausbildung als Pflegefachkraft machen.

Gute und faire Ausbildung sicherstellen

Ausbildung in **Teilzeit** wollen wir sowohl in der schulischen als auch in der dualen Ausbildung ausbauen. Unternehmen sollen bei der Umsetzung beraten und unterstützt werden. Gleichzeitig wollen wir praxistaugliche Konzepte für den schulischen Teil der Teilzeitausbildung entwickeln. Davon profitieren insbesondere Eltern und Menschen mit Sorgeverantwortung.

Auszubildende brauchen **Schutz vor missbräuchlichen Kündigungen**. Systematische Probezeitkündigungen als Geschäftsmodell der Ausbeutung dürfen nicht länger hingenommen werden (**siehe Meldeportal gegen Arbeitsausbeutung**).

Von der **Ausbildungsvergütung** muss man leben können. Die gesetzliche Mindestausbildungsvergütung liegt zu niedrig. Wir wollen uns auf Bundesebene dafür einsetzen, diese zu erhöhen und an tarifliche Sätze zu koppeln.

Faire Bedingungen für internationale Auszubildende durchsetzen

Internationale Auszubildende sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und unserer Arbeitswelt. Sie dürfen nicht in aufenthaltsrechtliche Abhängigkeit von einzelnen Ausbildungsbetrieben geraten.

Deshalb fordern wir:

- Der **Aufenthaltsstatus** darf nicht an einen einzelnen Ausbildungsvertrag gekoppelt sein.
- Wer seinen Ausbildungsplatz unverschuldet verliert, muss bis zum übernächsten Ausbildungsstart, mindestens aber ein Jahr Zeit erhalten, einen neuen Ausbildungsplatz zu finden, ohne den Aufenthaltsstatus zu verlieren.
- Das **Welcome Center** soll für die Vermittlung und Unterstützung internationaler Auszubildender zuständig sein. Internationale Anwerbung von Auszubildenden soll transparent, fair und unter wirksamer Kontrolle erfolgen. So verhindern wir unseriöse Vermittlungsstrukturen und schützen Auszubildende vor Ausbeutung bereits vor ihrer Einreise. (→ siehe Welcome Center, Seite x)

Sprache darf keine Hürde sein

Sprachliche Barrieren dürfen nicht verhindern, dass Menschen eine Ausbildung beginnen und erfolgreich abschließen. Deshalb wollen wir **Sprachförderung** als festen Bestandteil der Ausbildung etablieren:

- Wo es fachlich möglich ist, soll eine Ausbildung bereits mit Deutschkenntnissen auf B1-Niveau begonnen werden können.
- Das notwendige B2-Niveau soll während der Ausbildung durch **integrierten Spracherwerb erreicht werden**.
- **Prüfungen** sollen, soweit rechtlich und fachlich möglich, auch in einfacher Sprache oder in weiteren Sprachen abgelegt werden können.

Dies wollen wir in enger Zusammenarbeit mit Kammern und Gewerkschaften umsetzen.

Ausbildung muss bezahlbar sein

Das Azubiwohnheim am Ellener Hof ist ein großer Erfolg. Dieses Modell wollen wir ausbauen und weitere **Azubiwohnheime** in unterschiedlichen Stadtteilen schaffen. Auch innovative Wohnformen wie das Azubiwohnen im Q45 wollen wir stärken, damit sie den unterschiedlichen Lebensrealitäten von Auszubildenden gerecht werden.

Außerdem wollen wir das Bremer **Azubiticket** ohne Preissteigerung zu einem Deutschlandticket für alle Auszubildenden weiterentwickeln.

Auszubildende sollen bei der staatlichen Förderung nicht gegenüber Studierenden benachteiligt werden. Deshalb setzen wir uns für ihre Gleichstellung bei der **staatlichen Förderung** ein. Konkret heißt das: Was für Studierende bereits selbstverständlich ist, muss es für Auszubildende auch sein. Dazu gehören Wohnheimplätze, günstiges Essen in der Nähe der Berufsschulen und eine unabhängige Beratung. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Berufsausbildungsbeihilfe auch erhält, wer bei den Eltern wohnt. Und wir wollen, dass die Auszubildenden überhaupt von ihren Ansprüchen erfahren. Die Beratung dazu gehört in die Berufsschulen.

Alle Auszubildenden wollen wir mit Beginn der Ausbildung einen **Internationalen Studierendenausweis** ausstellen, damit sie im Land, aber auch international als Lernende anerkannt und mit Studierenden gleichgesetzt werden.

Die fachschulische Ausbildung in den Bereichen **Pflege und Erziehung** soll gebührenfrei und vergütet sein.

3.5 Arbeit: Der Mensch im Mittelpunkt

Die politischen Angriffe auf Beschäftigte und Erwerbslose spitzen sich zu: Wir erleben einen Klassenkampf von oben, der grundlegende Errungenschaften guter Arbeit, Vereinbarkeit und sicherer Beschäftigung angreift. Unsere Arbeitsmarktpolitik stellt nicht die Renditen, sondern die Beschäftigten in den Vordergrund, denn sie sind die Grundlage einer funktionierenden Gesellschaft und Wirtschaft. Wir betreiben eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die eingreift und Arbeitsverhältnisse nicht dem freien kapitalistischen Spiel der Kräfte überlässt. Beschäftigung ist die Grundlage von gesellschaftlicher Teilhabe und individueller Entwicklung, und wir setzen uns für Bedingungen ein, unter denen gut und gerne gearbeitet werden kann. Ohne genügend Fachkräfte, ohne Beschäftigte die gut qualifiziert sind, geht es nicht. Zuwanderung, Frauenerwerbsbeteiligung, Weiterbildung sind die entscheidenden Wachstumsfaktoren.

Die aktuelle Entwicklung könnte nicht widersprüchlicher sein: Im Jahr 2025 wuchs die Wirtschaft in Bremen um 1,4 Prozent, bundesweit um 0,2 Prozent - während die Arbeitslosenquote auf einem hohen Niveau nahezu stagnierte. Tatsächlich stehen zu vielen Menschen in Bremen zu viele Hürden im Weg, um einer existenzsichernden und auskömmlichen Erwerbsarbeit nachgehen zu können: Neben der großen Herausforderung, langzeitarbeitslosen Menschen die Möglichkeit zu bieten, überhaupt wieder im Erwerbsleben Fuß zu fassen, gibt es eine große Zahl von Schulabgänger*innen ohne Abschluss, ein großes Ausmaß an unsicherer und schlecht bezahlter Arbeit, sowie unzureichende Qualifizierung für wachsende Branchen und klimaneutrales Wirtschaften. Während Betriebe über Fachkräftemangel klagen, bleiben offene Ausbildungsplätze unbesetzt und Ausbildungsverträge werden aufgelöst und abgebrochen. Auch Frauen und Menschen mit Migrationsbiografie finden oft keine ausreichenden Möglichkeiten, am Erwerbsleben teilzunehmen.

Die Notwendigkeit, Wirtschaft nachhaltiger zu gestalten, stellt sich vor allem für die traditionellen und fossilen Industrien im Land wie Stahlerzeugung und Automobilbau aus. Dort garantieren starke Gewerkschaften und gute Tarifverträge den Beschäftigten noch einen guten Lebensstandard. Durch geostrategische Entwicklungen, auch Spannungen wie z.B. Trumps Zollpolitik, weltweite Marktbewegungen bei teils weniger inländischer Nachfrage und hohe Energiekosten, aber auch durch zunehmenden Einsatz von KI stehen diese Betriebe jedoch zunehmend unter Druck. Entscheidungen werden oft in Konzernzentralen weit weg von Bremen getroffen. Bei Beschäftigten bleibt die Unsicherheit und der Wunsch nach Mitbestimmung über die eigene Zukunft.

Zugleich profitieren weitere Wirtschaftszweige im Land, wie etwa der Hafen oder auch die Luft- und Raumfahrt, derzeit stark von öffentlichen Investitionen für Rüstung und Verteidigung. Diese Entwicklung macht zu Recht vielen Menschen Sorgen. Wir stellen uns gegen eine Politik, die öffentliche Mittel für Aufrüstung und Krieg statt für soziale Sicherheit, gute Arbeit und eine friedliche Entwicklung einsetzt. Die Beschäftigten in diesen Branchen sind dafür jedoch nicht verantwortlich. Ihre Rechte, Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit müssen geschützt werden. Gleichzeitig stehen sie einem rasant wachsenden Arbeitsvolumen gegenüber, das bei dem aktuellen Fachkräftemangel zu Arbeitsverdichtung und Mehrarbeit führen kann. Damit sich das auflöst, wollen wir **Alternativen zum Rüstungsparadigma** ernsthaft vorantreiben. Gemeinsam mit Belegschaften und Gewerkschaften wollen erarbeiten, wie Standorte, Anlagen und Qualifikationen für zivile Produkte genutzt werden können, abgesichert durch einen Konversionsfonds unter Beteiligung der Wirtschaftsförderung.

Neben diesen Wirtschaftszweigen mit traditionell überwiegend männlichen Beschäftigten, ist der **Dienstleistungssektor** gleichermaßen im Fokus unserer Landesarbeitsmarktpolitik. Denn gerade dort gibt es viele Branchen, in denen Frauen in Teilzeit beschäftigt sind, und in denen unsichere und schlecht bezahlte Arbeit, fehlende Tarifbindung, geringe Organisationsgrade sowie eine hohe Arbeitsbelastung die Regel sind.

Darüber hinaus erschwert die fehlende oder nur schwer umzusetzende **Vereinbarkeit von privaten Care-Tätigkeiten und Beruf** insbesondere Frauen den Zugang zu existenzsichernder Erwerbsarbeit und erhöht damit das Risiko von Armut.

Vor dem Hintergrund all dieser Herausforderungen ist es unser Ziel und Anspruch, durch eine **aktive linke Landesarbeitsmarktpolitik** die Rahmenbedingungen zu schaffen, um allen Bremer*innen eine gute Ausbildung, gute Arbeit und weitreichende Mitbestimmung in ihren Betrieben zu ermöglichen.

Sozialen Arbeitsmarkt gestalten

Erwerbsarbeit ist mehr als die Sicherung des Lebensunterhalts. Sie kann soziale Kontakte, Anerkennung, Selbstvertrauen und **gesellschaftliche Teilhabe** ermöglichen. Eine solidarische Arbeitsmarktpolitik muss anerkennen, dass nicht alle Menschen dauerhaft mit den Anforderungen und der Taktung des ersten Arbeitsmarktes zurechtkommen.

Wir wollen deshalb einen dauerhaft angelegten **sozialen Arbeitsmarkt** als festen Bestandteil der Landesarbeitsmarktstrategie in Bremen schaffen. Er richtet sich an Menschen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keine oder nur sehr eingeschränkte Perspektiven haben. Ziel ist nicht, alle Menschen um jeden Preis in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, sondern ihnen sinnvolle, gesellschaftlich wertvolle Beschäftigung und soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Der soziale Arbeitsmarkt ermöglicht gesellschaftlich sinnvolle Arbeit dort, wo es wichtige Aufgaben gibt, die sich über den regulären Arbeitsmarkt nicht finanzieren lassen. Dazu gehören beispielsweise unterstützende Tätigkeiten in sozialen Einrichtungen und Quartieren, im Umwelt- und Naturschutz, in Kultur und Sport oder bei der Begleitung älterer Menschen. Diese Arbeit muss zusätzliche Beschäftigung schaffen und darf keine regulären oder tariflich bezahlten Arbeitsplätze ersetzen. Sie muss **freiwillig** sein: Wer ein solches Angebot nicht annimmt, darf nicht mit Sanktionen oder Leistungskürzungen bestraft werden. **Zum Beitrag der Beschäftigten des sozialen Arbeitsmarkts weiterlesen im Kapitel 2.1 Soziale Infrastruktur und Nachbarschaftspolitik.**

Die Beschäftigten brauchen eine verlässliche und existenzsichernde Entlohnung, die wir am Bremer Landesmindestlohn orientieren wollen. Öffentliche Beschäftigung darf nicht zu einem neuen Niedriglohnsektor werden. Zugleich verbinden wir die Beschäftigung mit **freiwilligen Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten**, etwa durch Sprachförderung, Weiterbildung, Teilqualifizierungen und berufliche Begleitung. Wer einen nächsten beruflichen Schritt gehen möchte, soll dabei unterstützt werden. Wer dagegen mit der bestehenden Tätigkeit zufrieden ist, soll dafür ebenfalls Anerkennung und eine verlässliche Perspektive erhalten.

Der soziale Arbeitsmarkt ist damit kein Ersatz für gute reguläre Beschäftigung und kein Instrument zur Disziplinierung von Erwerbslosen. Er ist Ausdruck eines solidarischen Verständnisses von Arbeit: Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, sich einzubringen, gebraucht zu werden und Teil der Gesellschaft zu sein. Die Mittel des Europäischen Sozialfonds+ wollen wir weiterhin konsequent für gute Arbeit, Qualifizierung und soziale Teilhabe einsetzen. Wo europäische Fördermittel nicht ausreichen, muss das Land Bremen die notwendigen arbeitsmarktpolitischen Angebote aus eigenen Mitteln **absichern und weiterentwickeln**.

Wir fordern außerdem einen stärkeren Einfluss der Kommunen auf das **Jobcenter** und die **Bundesagentur für Arbeit**, insbesondere bei der Mittelverwendung, der Gestaltung der Maßnahmen sowie der Bekämpfung von Diskriminierung. Beispielsweise sollen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die durch diskriminierendes Verhalten auffallen oder qualitativen Standards nicht entsprechen, nicht weitergeführt werden. Die unabhängigen Beratungsstellen für Erwerbslose wollen wir stärken und dauerhaft aus Landesmitteln absichern, statt sie von befristeter Projektförderung

abhängig zu lassen. Alle zwei Jahre soll ein öffentlicher Bericht zur Lage der Erwerbslosen im Land Bremen vorgelegt werden. Und wir wollen eine vom Jobcenter unabhängige öffentliche Beschwerdestelle einrichten — gerade jetzt, wo der Bund die Sanktionen verschärft hat.

Auch bei der Ansiedlung neuer Unternehmen muss Bremen dafür sorgen, dass **öffentliche Wirtschaftsförderung** zur Integration von Menschen in Arbeit beiträgt. Bei der Neuansiedlung von Unternehmen und größeren Investitionsvorhaben, die durch das Land Bremen gefördert werden, wollen wir deshalb verbindliche Beschäftigungsziele für Menschen vereinbaren, die zuvor arbeitslos waren und für die neuen Tätigkeiten qualifiziert wurden. Unternehmen, die diese Beschäftigungsziele nicht erfüllen, sollen eine Ausgleichsabgabe leisten.

Gute Arbeit und Mitbestimmung

Gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung sind keine Selbstverständlichkeit. In einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der der Profit häufig über die Interessen der Beschäftigten gestellt wird, muss der Staat die **Qualität der Arbeitsbedingungen** sichern und Mitbestimmung fördern. So können Beschäftigte ihre Interessen durchsetzen und sich gegen Ausbeutung wehren.

Starke **Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen** sind eine wichtige Voraussetzung für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir unterstützen deshalb die Gewerkschaften und setzen uns für eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung ein.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpfen wir dafür, dass alle Menschen einen **sicheren Arbeitsplatz** haben und von ihrem Einkommen gut leben können. Wir wollen den exzessiven Einsatz von Leiharbeit bekämpfen und diese in reguläre Beschäftigung umwandeln. Auf Bundesebene werden wir uns für die weitgehende Abschaffung der Leiharbeit einsetzen. Bis dahin fordern wir eine flächendeckende Tarifbindung im Leiharbeitssektor und gleiche Löhne für gleiche Tätigkeiten.

Auch **Honorarkräfte** brauchen wirksame Mitbestimmungsrechte. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass sie in den Geltungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes einbezogen werden.

Die **Arbeitnehmerkammer** Bremen ist eine wichtige Errungenschaft der organisierten Arbeiterklasse. Wir werden sie gegen neoliberale Angriffe verteidigen und in ihrer Verfasstheit stärken. Dafür werden wir sie in der Landesverfassung verankern, im Gleichklang mit den bestehenden Kammern der Wirtschaft.

Psychische Belastungen bei der Arbeit nehmen zu und stellen Beschäftigte vor wachsende Herausforderungen. Dennoch kommt die Prävention psychischer Belastungen in vielen Betrieben zu kurz. Wir wollen daher nach dem Vorbild der Hamburger „PAG - Perspektive Arbeit und Gesundheit“ eine **unabhängige Beratungsstelle für psychische Gesundheit in der Arbeitswelt** schaffen. Sie soll Beschäftigte ebenso wie Betriebe - insbesondere kleine und mittlere Unternehmen - niedrigschwellig, vertraulich und praxisnah beraten und unterstützen. Das Angebot soll von der Prävention psychischer Belastungen über den Umgang mit psychischen Erkrankungen bis hin zur Rückkehr und Wiedereingliederung in den Arbeitsalltag reichen. Damit stärken wir den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und die Gestaltung guter und gesunder Arbeitsbedingungen. Damit tragen dazu bei, psychischen Erkrankungen frühzeitig vorzubeugen.

Gute Arbeit auch bei Basisarbeit und Hilfstätigkeiten

In der Arbeitswelt sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen längst nicht alles. Viel zu oft werden Beschäftigte auch über den gesetzlichen Rahmen hinaus massiv ausgebeutet. Von Verstößen gegen

das Arbeitszeitgesetz über Mindestlohnverstöße zu mangelnder Arbeitssicherheit: Die Beschäftigten sind den Arbeitgebern oft ausgeliefert, auch wenn sie wissen, dass die Arbeitsbedingungen so nicht rechtens sind. Das gilt insbesondere in Betrieben, wo es keinen Betriebsrat gibt, wo die Fluktuation hoch ist und wo unsichere und prekäre Arbeitsverhältnisse vorherrschen. Deswegen wollen wir ein **Meldeportal gegen Arbeitsausbeutung** einrichten, in dem Missstände am Arbeitsplatz gemeldet werden, wo nötig anonym, in der eigenen Sprache und digital. So müssen sich die Beschäftigten nicht mehr durch einen Behördenschlingel kämpfen und der Fall wird direkt an die zuständige Behörde oder an Hilfe- und Beratungsstellen weitergeleitet.

Darauf aufbauend wollen wir die Möglichkeit von übergreifenden **Fallkonferenzen zu Arbeitsausbeutung** einführen, sodass alle zuständigen Stellen die Fälle gemeinsam bearbeiten.

Arbeitgeber, die gegen die Vorschriften verstoßen haben, wollen wir konsequenter von öffentlichen Aufträgen ausschließen. Die **Liste unzuverlässiger Unternehmen** soll analog zur Liste von Gastronomiebetrieben, die von der Lebensmittelüberprüfung beanstandet werden, öffentlich sein.

Ergänzt werden soll dies durch die Einrichtung einer **Arbeitsinspektion**, in der alle Kompetenzen des Landes gebündelt werden und die Gesetzeseinhaltung bei allen arbeitsrechtlichen Vorschriften, genauso wie Regelungen des Gesundheitsschutzes in den Betrieben geprüft werden; Rechtsmissbrauch wird direkt geahndet.

Gig-Arbeit und Plattformarbeit sind besondere Brennpunkte, insbesondere bei der Essenslieferung. Beschäftigte arbeiten häufig als Scheinselbstständige oder ohne ausreichende vertragliche Absicherung. Sie übernehmen dabei viele Pflichten regulärer Beschäftigung, ohne deren Schutz und Sicherheit zu erhalten. Wir wollen Interessenvertretungen für Gig-Worker auf den verschiedenen Plattformen fördern. Außerdem werden wir prüfen, ob öffentliche oder selbstorganisierte Vermittlungsplattformen geschaffen werden können, die unseriöse private Anbieter ersetzen und die Einhaltung guter Mindeststandards sicherstellen. Als Linke werden wir uns auf Bundesebene für eine konsequente Umsetzung der EU- und insbesondere des Direktanstellungsgebots ein. Im Bundesrat erhielt der von uns initiierte Bremer Vorstoß zum Verbot von Werkverträgen in der Paketbranche wiederholt eine Mehrheit. Die Bundesregierung muss diese Forderung zum Schutz von Paketzusteller*innen vor prekärer Beschäftigung endlich umsetzen.

Gleichstellung und Arbeit: Armut durch Erwerbsarbeit bekämpfen

Erwerbsarbeit muss ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und Armut ausschließen statt verfestigen. Ein armutsfester Mindestlohn muss regelmäßig erhöht und kontrolliert werden. Es braucht Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung, um armutsfeste Bezahlung auszuweiten.

Daher setzen wir uns auf Bundesebene ein für einen **indexierten Mindestlohn**, der an Tarifverträge gekoppelt ist, wie beim Landesmindestlohn in Bremen; für die Erleichterung von **Allgemeinverbindlicherklärungen**; für das gesetzliche Verbot von sogenannten OT-Mitgliedschaften („ohne Tarifbindung“) von Unternehmen in Arbeitgeberverbänden; und für die Stärkung des Zolls zur Kontrolle des Mindestlohns.

Wir setzen uns auf Landes- und kommunaler Ebene bei öffentlichen Aufträgen und Förderungen für gute Löhne und Arbeitsbedingungen sowie die Ausweitung von Tarifbindungen und deren Kontrolle ein. Wir wollen das **Tariftreue- und Vergabegesetz** dahingehend verschärfen, dass die Anforderungen an Tariftreue und gute Arbeitsbedingungen bei öffentlichen Aufträgen für die gesamte Leistungskette gelten. Die Weitergabe von Aufträgen an nicht tarifgebundene Subunternehmen darf nicht dazu führen, dass tarifliche Standards unterlaufen werden. Auch bei den Unternehmen und Beteiligungen des Landes Bremen muss Tarifbindung selbstverständlich sein. Wir

wollen deshalb, dass alle Unternehmen und Tochtergesellschaften der öffentlichen Hand tarifgebunden sind. Bei Tochterunternehmen soll das Tarifniveau schrittweise an das der jeweiligen Muttergesellschaft angeglichen werden. Das wollen wir gesetzlich verbindlich regeln.

Chancen durch Weiterbildung erweitern

Aufgrund der vielfältigen Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt fordern wir eine gezielte Schaffung von **Weiterbildungsmaßnahmen**, gerade für Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen. So können Maßnahmen, die Teilqualifikationen vermitteln, zielgerichteter weiterbilden und Menschen helfen, ihren Lebensstandard zu erhalten und zu steigern.

Der Fokus von unterstützenden Weiterbildungsmaßnahmen soll auf Beschäftigten aus dem Niedriglohnbereich und Branchen, die in der Krise liegen, aber auch auf Branchen, die von der KI-Entwicklung besonders betroffen sind, um ihre Chancen in Zukunft zu erhalten und auszuweiten.

Unser Ziel ist, dass das Arbeitsamt und das Jobcenter einen lückenlosen Übergang ermöglichen. In diesem Sinne sollen Menschen auch an Maßnahmen teilnehmen dürfen, solange sie entweder in einer gefährdeten Branche beschäftigt sind oder einen fachfremden Übergangsjob ausführen. Um dies zu gewährleisten, muss es ein **Recht auf Weiterbildungen** in Teilzeit geben. Auch sollen bei weiterbildenden Maßnahmen von zukunftsunsicheren zu zukunftsweisenden Branchen und bei weiterbildenden Maßnahmen zu systemrelevanten Tätigkeiten Erwerbsausfälle durch die Maßnahme kompensiert werden.

Der Weiterbildungs-Check soll wieder eingeführt und Beratung gewährleistet werden. Darüber hinaus muss die (Teil-) **Anerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland** weiterhin vorangetrieben und beschleunigt werden. Auch dies ist durch Qualifizierungs- und Beratungsmaßnahmen zu unterstützen.

Wenn sich in bestimmten Bereichen die Anforderungen an die Beschäftigten verändern oder der Arbeitskräftebedarf sinkt, müssen Unternehmen ihren Beschäftigten passende **Qualifizierungsangebote** machen und finanzieren, gegebenenfalls auch für Stellen in anderen Betrieben, zum Beispiel im Rahmen sogenannter Arbeitsmarktdrehscheiben. Ist es trotz Weiterbildung nicht möglich, den betroffenen Beschäftigten eine andere Stelle im gleichen zeitlichen Umfang wie bisher anzubieten oder ist der Stellenwechsel mit einer niedrigeren Eingruppierung verbunden, muss das Unternehmen die Lohneinbußen ausgleichen.

Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt sicherstellen

Der **Gender-Pay-Gap** ist in Bremen in den letzten Jahren kontinuierlich und stärker als im Bundesschnitt gesunken. Das begrüßen wir, aber es war auch kein Selbstläufer: Die Landesstrategie „Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit“ war bisher erfolgreich und wir wollen weiterhin an ihr festhalten und sie konsequent fortschreiben. Auch zukünftig muss das Land Maßnahmen ergreifen, um Entgeltungleichheit abzubauen und gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Dazu gehört auch, Unternehmen bei der Identifizierung und Beseitigung von Entgeltungleichheit zu unterstützen.

Frauen sind in **Führungspositionen** weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Das wollen wir ändern. Das Land muss bei seinen eigenen Beteiligungen und Eigenbetrieben mit gutem Beispiel vorangehen und für eine geschlechtergerechte Besetzung von Führungs- und Spitzenpositionen sorgen. Wir wollen daher verbindliche Regelungen für mehr Parität schaffen. Bei der Besetzung von Spitzenpositionen sollen paritätische Vorschlagslisten zum Einsatz kommen. Wo geeignete Frauen in einem

Auswahlverfahren noch nicht ausreichend vertreten sind, müssen die zuständigen Stellen aktiv dafür sorgen, weitere geeignete Kandidatinnen zu gewinnen und in das Verfahren einzubeziehen.

Um Eltern und ganz besonders Alleinerziehenden den Zugang zu Erwerbsarbeit zu erhalten, braucht es verlässliche **Kinderbetreuung** und eine Ausweitung der Betreuungszeiten, ganz besonders in den Randzeiten (**siehe Kapitel KiTa**). Auch in den Ferienzeiten brauchen Familien verlässliche Betreuungsangebote für Schulkinder. Dabei wollen wir neue Modelle erproben, beispielsweise Modellversuche mit einer geringeren Kinderzahl, um eine verlässlichere und flexiblere Betreuung zu ermöglichen. Weiterhin sprechen wir uns für die Etablierung eines flankierenden Einstiegssystems für Familien mit besonderen Bedarfen aus (**siehe Kapitel Inklusion**). Gerade Alleinerziehende brauchen passgenaue Unterstützung, damit die Aufnahme oder Ausweitung von Erwerbsarbeit nicht an fehlender Betreuung oder bürokratischen Hürden scheitert.

Auch selbstständige Frauen brauchen einen verlässlichen **Mutterschutz**. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine Absicherung während Schwangerschaft und Mutterschaft ein, die Existenz und berufliche Perspektive schützt und selbstständige Frauen finanziell nicht schlechter stellt als abhängig Beschäftigte.

Im notwendigen Wandel der Wirtschaft ist es wichtig, junge Frauen frühzeitig für MINT-Berufe zu sensibilisieren und die traditionellen Rollenbilder bereits bei der Berufswahl aufzubrechen. Dies gilt gerade auch im Feld der KI. Eine **klischeefreie Berufsorientierung** darf nicht erst bei der konkreten Berufswahl beginnen, sondern muss sich durch die gesamte Schullaufbahn ziehen. Deshalb wollen wir erfolgreiche Angebote wie „Be Ok“ weiterentwickeln. Dieses erfolgreiche Angebot braucht ein anschließendes Folgeangebot, damit die Impulse nicht nach einer einzelnen Projektwoche enden. Schülerinnen und Schüler sollen über ihre gesamte Schullaufbahn hinweg Einblicke in unterschiedliche Berufsfelder erhalten und ermutigt werden, auch Berufe zu wählen, die nicht den traditionellen Geschlechterrollen entsprechen. Dabei wollen wir auch Eltern und Unternehmen stärker einbeziehen und Begegnungen mit weiblichen Vorbildern in männerdominierten Berufen ermöglichen (siehe Bildung, Seite x).

Wir wollen, dass Projekte wie „F.IT – Frauen in IT“ verstetigt werden, um in enger Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und der Digitalbranche Frauen für **IT-Berufe** zu gewinnen und zu qualifizieren. Gleiches gilt für die Vernetzungsplattform Avanja, die digitale Plattform zur Gewinnung von Frauen als Fachkräfte für die IT-Branche.

Auch im **Handwerk** und in anderen männerdominierten Branchen wollen wir die Fachkräfteentwicklung von Frauen stärken. Es reicht nicht, Frauen für eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz in diesen Bereichen zu gewinnen, denn sie müssen dort auch gute Bedingungen vorfinden und langfristig gehalten werden. Wir wollen deshalb Mentoring- und Netzwerkangebote ausbauen und Betriebe dabei unterstützen, weibliche Auszubildende und Beschäftigte zu gewinnen und zu halten. Frauen sollen gezielt bei Weiterbildung, beruflichem Aufstieg und beim Erwerb von Meisterqualifikationen unterstützt werden.

Dazu gehört auch ein konsequenter Kampf gegen **Sexismus und Diskriminierung am Arbeitsplatz**. Frauen müssen sich darauf verlassen können, dass sie in Ausbildung, Beruf und Führung vor sexueller Belästigung, Sexismus und anderen Formen der Diskriminierung geschützt werden. Wir wollen niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten stärken und insbesondere in männerdominierten Branchen Maßnahmen für eine diskriminierungsfreie Arbeitskultur fördern. Unternehmen sollen dabei unterstützt werden, wirksame Schutzkonzepte zu entwickeln und eine Arbeitskultur zu schaffen, in der Sexismus nicht geduldet wird.

Da Tarifbindung eine der besten Maßnahmen gegen Willkür ist, setzen wir uns dafür ein, dass sie in kleinen und mittleren Firmen erhöht wird. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass die Maßnahmen zur Förderung der Diversität in **kleinen und mittleren Unternehmen** fortgeführt werden, um Frauen und Minderheiten neue Möglichkeiten zu eröffnen und Firmen durch vielfältigere Fach- und Führungskräfte zu stärken.

Das Land muss auch selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Gleichstellung muss in den eigenen Strukturen und bei den eigenen Beschäftigten konsequent umgesetzt werden. Dazu gehört eine ausreichende Ausstattung mit Ressourcen für Gleichstellungsarbeit. Das **Fortbildungsbudget für Gleichstellungsthemen** muss deshalb deutlich ausgeweitet werden, damit Beschäftigte und Führungskräfte regelmäßig und qualifiziert zu Gleichstellung, Personalvertretungsrecht, Diskriminierung und geschlechtergerechter Arbeitsgestaltung fortgebildet werden können.

Sexismus und sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz dürfen nicht folgenlos bleiben. Wir wollen deshalb eine landesweite Kampagne gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz auf den Weg bringen. Die bisherige zentrale Beschwerdestelle wegen Sexismus funktioniert nicht ausreichend. Deshalb braucht es eine neue Dienstvereinbarung und eine zentrale AGG-Beschwerdestelle, die Betroffenen einen verlässlichen, niedrigschwelligen und unabhängigen Zugang zu Beratung und Beschwerde ermöglicht.

Care-Arbeit anerkennen und neu verteilen

Auch unbezahlte und oft unsichtbare Arbeit außerhalb von Berufen ist ein essenzieller Teil der Arbeit, die eine Gesellschaft zusammenhält. Diese Arbeit wird noch immer überwiegend von Frauen geleistet und führt häufig zu Nachteilen bei Einkommen, beruflicher Entwicklung, sozialer Absicherung und Rente. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Care-Arbeit gesellschaftlich stärker anerkannt und gerechter zwischen den Geschlechtern verteilt wird.

Eine gerechtere Verteilung von Care-Arbeit braucht **neue Modelle der Arbeitszeit**. So unterstützen wir Modelle der Vier-Tage-Woche und kurzer Vollzeit. Arbeitszeit muss sich stärker an unterschiedlichen Lebensphasen orientieren können, ohne dass daraus dauerhafte berufliche Nachteile entstehen. Auch wollen wir die Möglichkeit der Arbeit im Homeoffice in den Branchen ausweiten und schützen, in denen es umsetzbar ist.

Gerade für **Eltern und pflegende Angehörige** müssen Arbeitszeitmodelle ermöglichen, Erwerbsarbeit und Sorgearbeit miteinander zu verbinden. Dazu gehören flexible Arbeitszeitmodelle, eine bessere Möglichkeit zur Reduzierung und späteren Ausweitung der Arbeitszeit sowie die Möglichkeit, auch in Teilzeit Führungsverantwortung zu übernehmen. Jobsharing und Führung in reduzierter Arbeitszeit können dabei einen wichtigen Beitrag leisten.

Unser Ziel ist ein Arbeitsmarkt, auf dem Menschen unabhängig vom Geschlecht gleiche Chancen auf Einkommen, berufliche Entwicklung und Führungsverantwortung haben und Sorgearbeit nicht länger zu einem strukturellen Nachteil für Frauen führt.

Migration und Arbeit

Migration ist für Bremen ein wichtiger Teil der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Zuwanderung trägt wesentlich dazu bei, Beschäftigung und Fachkräfteangebot zu sichern und damit die wirtschaftliche Entwicklung Bremens zu stärken. Gleichzeitig stehen Menschen mit Migrationsgeschichte vor besonderen Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt und bei der Durchsetzung ihrer Arbeitsrechte. Deshalb sind sie häufiger betroffen von Arbeitsausbeutung und

Scheinselbstständigkeit, aber auch von Fällen zweifelhafter Mietverhältnisse und anderen Gesetzesverstößen.

Wir wollen deshalb die **Unterstützung für zugewanderte Beschäftigte** ausbauen. Die MoBA soll langfristig finanziell abgesichert und insbesondere für Beschäftigte aus Nicht- EU-Staaten ausgebaut werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Sprachförderung für Zugewanderte wieder ausreichend finanziert und dauerhaft gesichert wird. Auch die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse muss weiter beschleunigt und durch geeignete Qualifizierungs- und Beratungsangebote unterstützt werden.

Das **Welcome Center** muss ausgebaut werden. Es soll zur zentralen Anlaufstelle für alle internationalen Beschäftigten und Auszubildenden werden - unabhängig davon, ob sie nach Deutschland geflüchtet sind, durch Arbeitsmigration nach Bremen oder Bremerhaven gekommen sind oder eine Arbeitsmigration erst planen. Es soll zu Jobmöglichkeiten beraten, bei der Anerkennung oder Teilanerkennung von Abschlüssen unterstützen, über Weiterbildungsmöglichkeiten informieren und Beschäftigte über ihre Arbeitsrechte aufklären.

Gleichzeitig soll das Welcome Center Unternehmen bei der Anwerbung ausländischer Beschäftigter beraten und unterstützen. Dabei müssen gute Arbeitsbedingungen und berufliche Perspektiven für die Angeworbenen ebenso im Blick bleiben wie die nachhaltige Personalgewinnung der Unternehmen.

Auch die **Migrationsämter** müssen ihre Rolle beim Ankommen von ausländischen Beschäftigten angemessen wahrnehmen und für zügige Bearbeitungszeiten und sichere Aufenthalte sorgen. Ebenfalls entscheidend für die Verwurzelung von Beschäftigten in unserem Bundesland ist die Möglichkeit der Einbürgerung, für die Bearbeitungszeiten deutlich reduziert werden müssen (selbstverständlich unabhängig vom Beschäftigungsstatus bei vorliegenden Voraussetzungen für die Einbürgerung).

Die Zukunft der Arbeit sichern

Der Klimawandel sowie immer knapper werdende Ressourcen erfordern, dass wir die Wirtschaft und das Leben nachhaltiger und gerechter gestalten. Allein dadurch verändert sich die Arbeitswelt. Aber auch Wettbewerbsdruck und das Streben nach noch mehr Profit führen zu Maßnahmen zur Effizienzsteigerung, wie Automatisierung und Digitalisierung. Daraus entstehen neue Arbeitsprozesse und Tätigkeiten, die die Zukunft der Arbeit prägen werden. Wir wollen, dass diese **Veränderungen nicht auf Kosten der Beschäftigten** gehen. Produktivitätsgewinne müssen ihnen zugutekommen, durch gute Löhne, kürzere Arbeitszeiten und sichere Arbeitsplätze. Gleichzeitig müssen Unternehmen Verantwortung für Qualifizierung und berufliche Perspektiven übernehmen.

Künstliche Intelligenz verändert nicht nur, wie viel gearbeitet wird, sondern wie: Algorithmen verteilen Schichten, bewerten Leistung, sortieren Bewerbungen vor. Über Einstellung, Bewertung und Kündigung darf am Ende kein System entscheiden, sondern nur ein Mensch. Betriebs- und Personalräte brauchen dafür Zeit, Schulung und Sachverstand. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein **Beschäftigtendatenschutzgesetz** ein, das diesen Namen verdient.

Klimaneutralität als Motor der Arbeit denken

Gerade die Entwicklung von Arbeitsprozessen und Produkten hin zur Klimaneutralität sehen wir als Chance an. Wir wollen, dass die Beschäftigten diesen Wandel mitgestalten, und werden gemeinsam mit ihnen und den Gewerkschaften für den Erhalt und die Schaffung guter und nachhaltiger Arbeit kämpfen. Gerade in traditionellen Industrien wie der Stahlerzeugung und dem Automobilbau müssen

Beschäftigungssicherung und Qualifizierung zusammen gedacht werden. Die Beschäftigten verfügen über Erfahrung und Wissen, die für die Gestaltung des Wandels unverzichtbar sind. Veränderungsprozesse müssen gemeinsam mit Beschäftigten, Gewerkschaften, Unternehmen und Politik gestaltet werden. Deshalb wollen wir **Branchendialoge und Zukunftsforen** stärken und dort gemeinsam Strategien für die Zukunft der Arbeit entwickeln.

Qualifizierung muss auch bei Veränderungen von Tätigkeiten und Arbeitsplätzen gesichert sein. Verändern sich Tätigkeiten oder sinkt der Personalbedarf, sollen Unternehmen frühzeitig passende Qualifizierungsangebote schaffen und finanzieren. Dazu gehört auch die Unterstützung beim Wechsel in andere Tätigkeiten oder Branchen. Daher wollen wir eine **Bremer Transitionsgesellschaft** schaffen, wie sie die Arbeitnehmerkammer fordert, die Beschäftigte bei absehbaren Veränderungen frühzeitig berät, Qualifizierung ermöglicht und Übergänge in andere Tätigkeiten oder Branchen unterstützt.

Mit dem **Klima-Campus** wollen wir in Bremen einen zentralen Ort für Aus- und Weiterbildung für die klimaneutrale Wirtschaft schaffen und weiterentwickeln. Dabei müssen Land, Unternehmen und Kammern ihren jeweiligen Beitrag leisten.

3.6 Senior*innen

Eine Stadt, die älteren Menschen gute Lebensqualität in den Quartieren, ein selbstbestimmtes und aktives Wirken ermöglicht, ist eine lebenswerte Stadt für alle. Wer ältere Generationen mitdenkt, schafft Strukturen, die generationsübergreifend nützlich sind. Barrierefreiheit und Ausbau von Öffentlichem Personennahverkehr - gerade in weniger gut angebundenen Stadtteilen - sind ebenso bedeutsam für eine **altersfreundliche Stadt** wie Hitzeschutz durch klimatisierte öffentliche Räume, Bäume und Trinkbrunnen. **Flächengerechtigkeit** bedeutet nicht nur mehr Platz für Rollstuhl und Mobilitätshilfe auf dem Gehweg, sondern auch für Kinderwagen.

Teilhabe und Mitbestimmung

Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet für uns, nicht finanziell ausgeschlossen zu sein. Lebensqualität darf nicht von Rente oder Pension abhängig sein. Wir wollen bei Eintritt in Museen, Theater und anderen öffentlichen kulturellen Einrichtungen für mehr Vergünstigungen für Rentner*innen sorgen. Außerdem erweitern wir Angebote wie Nachbarschaftsmittagstische, die gerade für Senior*innen mit kleiner Rente eine finanzielle Entlastung darstellen und Gemeinschaft und Begegnung ermöglichen.

Viele Bereiche des Alltags werden durch Digitalisierung vereinfacht oder von überall zugänglich. Diese Entwicklung darf jedoch niemanden abhängen. Bestehende Projekte zur Förderung von **Fähigkeiten im Umgang mit der digitalen Welt**, wie zum Beispiel Angebote der Landesmedienanstalt, wollen wir in die Stadtteile bringen und bekannter machen. Gleichwohl darf Digitalisierung nicht die Einschränkung von analogen Angeboten bedeuten. Verwaltung und Dienstleistungen sollen weiterhin über den persönlichen Weg möglich bleiben.

Die **Landesseniorenvertretung** hat eine wichtige Funktion für die politische Teilhabe von Senior*innen in Bremen. Wir werden ein Seniorenmitwirkungsgesetz verabschieden, das demokratische Teilhabe und Mitwirkung stärkt.

Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf die Teilhabe von Senior*innen mit Migrationsgeschichte, die häufig vor besonderen Problemen wie Altersarmut stehen. Hier wollen wir die Angebote für kultursensible Beratung, Treffpunkte und Pflege stärken.

Kampf gegen Altersarmut

Die Zahl der Menschen, die als Rentner*innen nicht frei von Armut leben können, nimmt im Land Bremen auf Grund einer falschen Rentenpolitik auf Bundesebene seit Jahren zu. Die Armutsgefährdungsschwelle lag im Jahr 2025 bei 1.445 Euro für Alleinlebende, der durchschnittliche Rentenzahlungsbetrag für Neu-Rentner*innen in Bremen darunter. Während Männer noch durchschnittlich 1.335 Euro erhalten, sind Frauen mit 973 Euro gravierend abgehängt, auch nach 40 oder sogar 45 Versicherungsjahren.

Wir werden uns auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einsetzen, Kürzungen bei der Rente oder beim Wohngeld zurückzunehmen und die Einnahmeförderung für die gesetzliche Rente zu verstärken. Wir kämpfen weiter für eine Solidarische Mindestrente, die Rentner*innen wirksam vor Altersarmut schützt. Damit erkennen wir auch die Lebensleistung von Personen an, die jahrzehntelang zu niedrigen Löhnen für harte Arbeit hinnehmen mussten oder unbezahlt gesellschaftlich notwendige Aufgaben übernommen haben, wie die Pflege von Angehörigen und die Erziehung der Kinder. Eine kapitalmarktorientierte Reform der Altersvorsorge lehnen wir ab, auch Beamte*innen und Bürgerschaftsabgeordnete sollen in die **Gesetzliche Rente** einzahlen.

Generationsfreundliches Wohnen

In Zeiten von rasanten Mietpreissteigerungen ergeben sich gerade für ältere Menschen besondere Schwierigkeiten. Wenn **Sozialbindungen** entfallen, droht langjährigen Mieter*innen der Verlust ihrer Wohnung. Ebenso wollen viele ältere Menschen sich räumlich verkleinern, sind dann aber mit dem Problem konfrontiert, dass neue Wohnungen oft höhere Mietkosten verursachen. Deshalb muss Bremen in der **Wohnraummobilisierung** aktiv werden. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, ihre großen Wohnungen für bezahlbare, barrierefreie Wohnungen im gleichen Quartier zu tauschen, Häuser zu teilen, oder baulich zu ergänzen. Dadurch wird mehr Wohnraum für alle verfügbar.

Durch die Wohnbauförderung entstehen mehr **barrierefreie Wohnungen**. Das ist gut, aber das reicht noch nicht. Auch werden viele rollstuhlgerechte Wohnungen als Zwei-Zimmer- Wohnung gebaut, doch es braucht mehr Wohnraum für Paare und Familien mit besonderen Bedarfen.

In bestehendem Wohnraum müssen Barrieren weiter abgebaut werden und das Wohnen trotzdem bezahlbar bleiben. Einige Fördermöglichkeiten zum Abbau von Barrieren sind bereits möglich, aber nicht ausreichend bekannt, ebenso wenig der **Lastenzuschuss** für selbstnutzende Wohnungseigentümer*innen mit wenig Einkommen. Das wollen wir ändern: Wir setzen uns dafür ein, dass die Wohnbedarfe älterer Menschen sowie von Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf bei Neubauquartieren von Anfang an systematisch mitgedacht und eingeplant werden.

Darüber hinaus wollen wir **nachbarschaftliches** und **generationsübergreifendes** Wohnen fördern.

Sozialer Zusammenhalt

Einsamkeit ist ein gesellschaftliches Problem, welches im Alter verstärkt auftritt. Um dem entgegenzutreten, ist es wichtig bestehende Strukturen zu stärken und zu unterstützen. **Begegnungsstätten** und **Nachbarschaftstreffs** sind wichtige Institutionen in den Stadtteilen und müssen dringend erhalten bleiben.

Gerade Angebote im Bereich **Sport** oder anderen Vereinen sind bedeutend für die Gemeinschaft und verhindern Isolation. Sie müssen ebenso wie kulturelle Angebote verstetigt werden und bezahlbar sein.

Im vergangenen Jahr startete ein städtisches Projekt zur **Aufsuchenden Altenarbeit**. Derzeit erhalten Menschen ab 80 automatisch den Brief zum Geburtstag mit weiteren Informationen. Wir wollen das Projekt evaluieren und auf Menschen unter 80 ausweiten.

Pflege

Die Pflege steht angesichts der Bundeskürzungen vor nochmals neuen, auch verschärften Herausforderungen. Gemeinsam mit in der Pflege Tätigen werden wir prüfen, welche ambulanten und aufsuchenden Angebote in welchem Maße verstärkt gehören. Wir wollen ein neues Konzept für Pflegeheime, damit sie die Pflege und Betreuung unter wachsenden Anforderungen gewährleisten können und halten den Aufbau kommunaler und gemeinnütziger Pflegeheime für eine zentrale Möglichkeit, um einen Kulturwandel in der Pflege zu organisieren. **// Verweis zu Gesundheit**

3.7 Inklusion und Behindertenpolitik

Echte Teilhabe für alle bedeutet für uns, dass Menschen mit Behinderungen eine selbstständige Lebensführung in einer barrierefreien Stadt realisieren können. Dafür muss der **Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)** konsequent und partizipativ zusammen mit den Betroffenen weiterentwickelt und vom Land ausfinanziert werden.

Den Angriffen der Bundesregierung auf die Finanzierung der persönlichen Assistenz und der Wiedereingliederungshilfe stellen wir uns entschlossen entgegen. **Persönliche Assistenz für behinderte Menschen** hat in Bremen eine lange Tradition und ist ein essenzieller Baustein einer inklusiven Gesellschaft in der alle ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dahingehende Bedarfe müssen frühzeitig festgestellt und die notwendige Assistenz auch im Krankenhaus verlässlich, bedarfsgerecht und rechtzeitig bewilligt werden – unabhängig davon, in welchem Assistenzmodell die Leistung organisiert ist. Die Feststellungsverfahren wollen wir deutlich beschleunigen.

Barrierefreiheit ist für uns ein **Querschnittsthema**, dass sowohl in den Bereichen Arbeit, Gesundheit, Wohnungsbau, Bildung und Verkehr, als auch beim Gang zu Behörden zügiger als bislang erreicht werden soll.

Bei der **Bereitstellung von Informationen** in leichter Sprache durch öffentlichen Stellen und der Verfügbarkeit von barrierefreien Webseiten wurden in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Die öffentliche Hand muss hier weiter mit gutem Beispiel voran gehen und die digitale Barrierefreiheit weiter konsequent vorantreiben!

Gleichzeitig sollen **analoge Zugänge** zu behördlichen Informationen weiterhin möglich sein.

Die **Behindertenvertretungen und -Selbstorganisationen** wollen wir ebenso wie das Behindertenparlament stärker fördern und insbesondere finanziell absichern. Das bedeutet, dass staatliche Zuwendungen auch in Zukunft mindestens die Inflation ausgleichen müssen. Wir sehen es als unsere Verantwortung Forderungen von Menschen mit Behinderungen im politischen Prozess Gehör zu verschaffen.

Ein für die Inklusion zentrales Problem ist nach wie vor der exklusive Arbeitsmarkt: Viele Menschen mit Behinderungen arbeiten bei den Werkstätten weit unterhalb des Mindestlohns, und zwar auch dann, wenn sie wichtige Produkte für große Firmen herstellen. Das wollen wir ändern: Der **Mindestlohn muss auch in den Werkstätten** für behinderte Menschen gelten, ohne dass dies zulasten ihrer aktuellen Rentenansprüche geht. Die momentane Situation verstößt gegen die UN-BRK, da es den Beschäftigten in den Werkstätten nicht möglich ist, ihren Lebensunterhalt selbst zu finanzieren. Solange der Bundesgesetzgeber hier untätig bleibt, wollen wir uns für mehr Sonderzahlungen an die Beschäftigten der Werkstätten einsetzen. Die Werkstätten sollen sich zukünftig zu inklusiven Ausbildungsorten entwickeln, in denen Menschen mit und ohne Behinderung als Angestellte mit allen Arbeitnehmer*innenrechten (Gewerkschaftliche Vertretung, Tarifverträge, Rente usw.) ausgestattet gemeinsam arbeiten und sich so ein selbstständiges Leben finanzieren können

Wir wollen mehr **Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt**. Inklusive Beschäftigung muss für Betriebe einen höheren Anreiz darstellen als die Zahlung der Ausgleichsabgabe.

Das Amt für Versorgung und Inklusion (AVIB) muss die Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe anders als in der Vergangenheit bis auf ein Mindestmaß an notwendigen Rücklagen direkt in Maßnahmen zur Förderung der Inklusion auf dem Bremer Arbeitsmarkt investieren.

Wir wollen bestehende **Anlaufstellen und Beratungsangebote** finanziell absichern, die Menschen mit Behinderungen bei einer selbstbestimmten Lebensführung und der Integration in würdige Arbeitsverhältnisse unterstützen.

Die Prozesse zur **Feststellung des Schwerbehindertengrades** beim AViB müssen verschlankt und beschleunigt werden. Es darf nicht sein, dass Menschen, die schon eine festgestellte Schwerbehinderung haben, teilweise Monate auf die Fortschreibung ihres Status warten müssen. Die Wiederbegutachtungszeiträume wollen wir bei Personen, deren Status sich nicht geändert hat, verlängern um das AViB zu entlasten und eine schnellere Bescheidung von Neuansuchen zu ermöglichen.

Wir wollen ein **Schwerhörigen- und ein Taubblindengeld** nach dem Vorbild anderer Bundesländer einführen.

Für Menschen, die sich in einer psychiatrischen Behandlung befinden haben, muss schon während des Aufenthaltes in der Klinik eine verzahnte Anschlussbetreuung eingerichtet und abgesichert werden. Das Angebot von **Genesungsbegleiter*innen** zur Bewältigung des Alltags soll ausgebaut werden.

Alle **KiTas und Schulen**, auch Gymnasien, sollen sich zu inklusiven Bildungseinrichtungen entwickeln, wie es im Schulgesetz verankert ist. In Schulen und Kitas sollen Kinder mit Beeinträchtigungen von gut ausgebildeten und entsprechend bezahlten Assistenzkräften begleitet werden. Die Absenkung von Standards in diesen Bereichen lehnen wir ab und wollen stattdessen bezahlte Ausbildungsangebote zur Erlangung von anerkannten Abschlüssen erreichen.

Inklusion darf nicht mit dem Abschluss der zehnten Klasse enden. Auch das duale Ausbildungssystem muss inklusiv gestaltet werden. Darum fordern wir die Abschaffung der exklusiven Werkstufe und die Eingliederung aller Schüler*innen in den regulären, dann **inklusive Berufsschulbetrieb**.

Wir wollen die Idee eines **Inklusionshotels** in Bremen weiter vorantreiben.

Wir setzen uns für einen umfassenden **Gewaltschutz** für Menschen mit Behinderungen in gemeinschaftlichen Wohnformen ein. Die gesetzlichen Regelungen sollen so verbessert werden, dass Gewaltprävention verbindlich verankert, Schutzkonzepte umgesetzt und regelmäßige externe Überprüfungen sichergestellt werden. Insbesondere sollen Frauenbeauftragte in diesen Wohnformen etabliert und Menschen mit Behinderungen aktiv an der Gestaltung von Schutzmaßnahmen beteiligt werden.

Die Bereiche **Stadtentwicklung und Wohnungsbau** müssen zukünftig stärker auf inklusive und barrierefreie Planung und Umsetzung fokussieren, insbesondere im Rahmen des „sozialen Wohnungsbaus“.

Auch im Bereich des **ÖPNV** muss Barrierefreiheit und Teilhabe sichergestellt werden, ggf. auch durch Taxi-Sonderdienste.

3.8 Geschlechtergerechtigkeit

Repräsentation und Zugänge

Wir wollen ein Bremen, in dem Geschlecht, Herkunft, Sprache oder soziale Lage nicht darüber entscheiden, wer mitreden kann, Zugang zu Ressourcen erhält und Chancen bekommt. Teilhabe und Selbstbestimmung müssen für alle gleichermaßen möglich sein. Dafür bauen wir Barrieren ab, verteilen Ressourcen gerechter und sorgen dafür, dass Frauen, Queers und andere strukturell benachteiligte Gruppen überall dort beteiligt und vertreten sind, wo Entscheidungen getroffen werden. Auch im Bereich Geschlechtergerechtigkeit gilt: Der Markt allein wird das nicht richten.

Politische und gesellschaftliche Repräsentation

Frauen sind in politischen Gremien, Führungspositionen und gesellschaftlichen Entscheidungsstrukturen noch immer nicht gleichberechtigt vertreten. Wir wollen deshalb ein **Paritätsgesetz** für die Wahlen in Bremen sowie verbindliche Quoten für Gremien, Veranstaltungen und öffentliche Beteiligungsprozesse. Mehr Frauen müssen Zugang zu Führungspositionen erhalten. Dafür stärken wir inklusive Führungskulturen und bauen strukturelle Benachteiligungen ab. Wir denken dabei nicht-binäre Geschlechter mit, die ebenfalls von patriarchalen Ausschlüssen betroffen sind und finden angemessene Regelungen.

Als Reaktion auf die von CDU-Bundesministerin Prien für viele Projekte geplante Streichung der Förderungen aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fordern wir ein dauerhaft finanziertes **Landesprogramm gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit**. Es soll bedrohte feministische und queere Initiativen in Bremen und Bremerhaven verlässlich absichern. Antifeminismus ist ein gefährliches Scharnier der extremen Rechten. Deshalb darf das Land die zivilgesellschaftliche Aufklärungs- und Präventionsarbeit nicht im Stich lassen.

Wir begrüßen die Einrichtung der Landesantidiskriminierungsstelle und fordern eine verlässlich finanzierte, niedrigschwellige **Meldestelle für Sexismus** und diskriminierende Erfahrungen. Diese könnte als Kooperation der Landesantidiskriminierungsstelle und der ZGF (Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau) eingerichtet werden. Sie soll Betroffenen Unterstützung bieten, Diskriminierung sichtbar machen und die Grundlage für wirksame Gegenmaßnahmen schaffen.

Gleichstellung darf nicht vom Engagement einzelner Einrichtungen oder Ressorts abhängen. Wir wollen **Gender Budgeting** in allen öffentlichen Einrichtungen und Ressorts verbindlich umsetzen und öffentliche Mittel wirksam darauf überprüfen, ob sie Gleichstellung fördern. Feministische Politik ist für uns eine Querschnittsaufgabe: Frauen- und queerpolitische Perspektiven müssen in allen Politikfeldern, bei politischen Entscheidungen und in der Haushaltsplanung von Anfang an berücksichtigt werden.

Geschlechtergerechter Zugang zu Arbeit und wirtschaftlicher Teilhabe

Frauen verdienen noch immer weniger als Männer, arbeiten häufiger in Teilzeit und übernehmen einen überproportionalen Anteil unbezahlter Sorgearbeit. Gleichzeitig ist der Arbeitsmarkt von Geschlechterstereotypen geprägt. Wir wollen diese **strukturellen Benachteiligungen** abbauen und allen Menschen eine selbstbestimmte und existenzsichernde Erwerbsarbeit ermöglichen.

Dafür braucht es eine **geschlechtergerechte Arbeitsmarktpolitik** mit einem eigenen Budget. Die Landesstrategie zur Entgeltgleichheit wollen wir weiterentwickeln und verbindliche Maßnahmen gegen den Gender Pay Gap ergreifen. Berufsorientierung muss frei von Geschlechterklischees sein:

Mädchen und Frauen wollen wir gezielt für technische, handwerkliche und andere traditionell männlich geprägte Berufe gewinnen, Jungen und Männer für soziale, pflegerische und pädagogische Berufe.

Wir wollen das **Landesgleichstellungsgesetz** (LGG) weiterentwickeln. Wir wollen darin die Rechte der Frauenbeauftragten stärken und insbesondere die Freistellungsregelungen verbessern, und wir wollen, dass das LGG auch auf öffentliche Gesellschaften und Beteiligungen Anwendung findet.

Gleichstellung darf sich nicht darauf beschränken, mehr privilegierte Personen in Führungspositionen zu bringen, während andere Frauen und Queers in schlecht bezahlter Care-Arbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen verbleiben. Besonders **Frauen mit Flucht- und Migrationsgeschichte** und ohne deutsche Staatsangehörigkeit werden wir besseren Zugang zu Weiterbildung und beruflichem Aufstieg ermöglichen: durch bedarfsgerechte Sprachkurse, niedrighschwellige Qualifizierungsangebote und aufeinander aufbauende Aus- und Weiterbildungen sowie gezielte Förderprogramme zur Arbeitsmarktintegration.

Wir wollen Frauen bei **Gründung und beruflicher Selbstständigkeit** gezielt unterstützen, unter anderem durch spezifische Förderprogramme für Gründerinnen und frauengeführte Start-ups sowie besseren Zugang zu Finanzierung und Beratung. Auch in Betrieben wollen wir Teilhabe, transparente Aufstiegsmöglichkeiten und inklusive Führungskulturen stärken.

Beratung, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe ausbauen

Soziale Rechte können nur wahrgenommen werden, wenn Menschen ihre Ansprüche kennen und Unterstützung erhalten. Bürokratische, sprachliche oder finanzielle Hürden dürfen nicht dazu führen, dass Menschen ihnen zustehende Leistungen nicht bekommen. Deshalb wollen wir niedrighschwellige, kostenlose und mehrsprachige Beratungsangebote in den Stadtteilen ausbauen, die mehrsprachig bei Anträgen, Behördenkontakten und finanziellen Fragen unterstützen. Dafür stärken wir Kooperationen mit der Verbraucherzentrale, Bürgerzentren und weiteren sozialen Einrichtungen.

Eine gerechte Gesellschaft braucht gleiche Zugänge zu politischer Mitbestimmung, guter Arbeit, Bildung, Beratung, finanzieller Unterstützung und gesellschaftlichem Leben. Gleichstellung darf kein Zusatzangebot sein, sondern muss zum selbstverständlichen Maßstab linker Politik werden.

Fürsorge ist die Grundlage unseres Zusammenlebens und keine Privatangelegenheit

Frauen im Land Bremen haben mit 67 Prozent die schlechteste Erwerbstätigenquote bundesweit. Gleichzeitig arbeiten 51 Prozent der Frauen in Teilzeit und Frauen leisten etwa doppelt so viel Hausarbeit wie Männer. Im Land Bremen sind zudem rund 70 Prozent aller pflegenden Angehörigen weiblich. Angesichts dieser Zahlen ist es wenig verwunderlich, dass Frauen häufiger unterbrochene Erwerbsbiografien aufweisen und den weitaus größeren Anteil bei der Altersarmut bilden. Die Folgen sind ökonomisch, sozial und vor allem gesundheitlich beträchtlich.

Care-Arbeit ist unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Sie darf nicht länger überwiegend im Privaten, auf Kosten von Frauen und unter prekären Bedingungen organisiert werden. Wir wollen die vorhandenen Strukturen sichern und ausbauen, Entlastung wohnortnah organisieren, die innerfamiliäre Verteilung von Sorgearbeit gerechter gestalten und auch Unternehmen stärker in die Verantwortung nehmen.

Dabei gibt es bereits viele einzelne Projekte, Einrichtungen und Initiativen zur Verbesserung der Situation. Es gilt, sie auskömmlich auszustatten, miteinander zu vernetzen und institutionell abzusichern, statt sie in ständiger Befristungsangst arbeiten zu lassen. WIN-Mittel, Quartiersarbeit,

Nachbarschaftseinrichtungen, Bürgerhäuser bis hin zum sozialen Arbeitsmarkt sind lebenswichtige Bausteine. Dazu kommen die Häuser der Familien, die Frühförderung sowie Hebammen- und Gesundheitszentren. All diese Einrichtungen brauchen eine **verlässliche Finanzierung und eine nachhaltige Perspektive**.

Wir wollen gesellschaftliche **Angebote für Betreuung und Sorgearbeit** ausbauen: Die aufwachsende Ganztagsgarantie muss lückenlos umgesetzt werden. Wir wollen weg von langen Ferienzeiten ohne ausreichende Betreuung und hin zu verlässlichen Betreuungsangeboten, einschließlich eines Ausbaus der Randzeiten. Der Isolation im häuslichen Alltag muss durch gut ausgestattete Nachbarschaftsunterstützung entgegengewirkt werden, etwa durch Nachbarschaftscafés und tägliche Mittagessen. Auch tagesklinische und ambulante Angebote für Senior*innen und zur Entlastung pflegender Angehöriger müssen ausgebaut werden. Die Möglichkeiten, Care-Arbeit zu delegieren, müssen insgesamt erweitert und niedrigschwellig in wohnortnahen, auch vernetzten Einheiten angeboten werden. Nachbarschaftscafés wollen wir deshalb ebenso unterstützen wie wohnortnahe Angebote für ein tägliches Mittagessen.

Staatliche Unterstützungsmaßnahmen müssen die Grundlagen für eine gerechtere Arbeitsteilung innerhalb von Familien und familienähnlichen Zusammenleben schaffen und Care-Arbeit spürbar auffangen. Dazu gehören auch entsprechende Regelungen beim **Elterngeld und eine Vereinbarkeitsprämie**. Rentenansprüche für pflegende Angehörige müssen verdoppelt und nicht halbiert werden. Für die Entlastung pflegender Angehöriger braucht es eine verlässliche Kurzzeitpflege, die unbürokratisch zur Verfügung steht. Ebenso notwendig sind ambulantes Haus- und Pflegepersonal sowie entsprechende Hausbesuche. Auch bezahlbare Wohnangebote, insbesondere barrierefreier Wohnraum, sind ein wichtiger Bestandteil. Bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften muss dafür ein entsprechendes Grundkontingent zur Verfügung stehen.

Sorgearbeit auch in der Arbeitswelt verankern: Die Verantwortung für den Reproduktionsbereich muss von Unternehmen, Staat und privatem Bereich besser zusammengedacht und miteinander vernetzt werden. Auch Betriebe sind darauf angewiesen, dass Arbeitnehmer*innen ihre Pflege- und Sorgearbeit organisieren können und dabei entlastet werden. Dazu wollen wir ein Projekt zu den Chancen und Risiken von Homeoffice, Digitalisierung und Gleichstellung auf den Weg bringen. Für die Verankerung und Einbeziehung von Gewerkschaften und Betriebsräten braucht es Care- Coaches, die zur Verfügung gestellt werden und entsprechende Programme und Projekte anbieten können. Flexible Arbeitszeiten sind auch für Arbeitnehmer*innen notwendig, müssen aber an ihren Bedingungen ausgerichtet werden. Sie dürfen deshalb nur in Absprache und im Einverständnis mit Betriebsräten und Beschäftigten gestaltet werden. Ergänzend wollen wir Beratungsteams für Betriebe installieren.

Alleinerziehende brauchen Unterstützung, keine Hürden

Ein Schwerpunkt linker Politik in Bremen ist die Verbesserung der Situation von **Alleinerziehenden**. Wir wollen Alleinerziehende bei der Sorgearbeit systematischer unterstützen und auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt gezielter entlasten. Angesichts einer Bundespolitik, die Alleinerziehende aktuell weiter zurücksetzt statt priorisiert, ist landes- und kommunalpolitisches Gegensteuern von herausragender Bedeutung. Dieser Verantwortung werden wir uns stellen, gegen die dramatischen Sozialkürzungen der Bundesregierung.

84 Prozent der Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 sind in Deutschland weiblich. Dass Alleinerziehende – neben jungen Erwachsenen, Senior*innen und kinderreichen Familien – zu den am meisten armutsgefährdeten Menschen gehören, ist ein politisches Problem, kein jeweils individuelles. Bremen hat mit 27 Prozent die bundesweit höchste Armutsquote und eine hohe Zahl an Alleinerziehenden. Hier für mehr Entlastung und Gerechtigkeit zu sorgen, sehen wir als klaren

Arbeitsauftrag. Bereits gestartete Projekte und Programme im Rahmen des **Aktionsplans Alleinerziehende** werden wir evaluieren und zu einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie für Alleinerziehende ausbauen. Dabei legen wir einen eigenen Fokus auf Menschen mit Migrationshintergrund.

Alleinerziehende haben zu Recht einen vorrangigen Anspruch auf **Kinderbetreuung**. Wo es dennoch zu Betreuungslücken bei der Kita-Versorgung kommt, muss nachgestellt werden. Besonders für Alleinerziehende braucht es eine verlässliche Kinderbetreuung auch zu den Randzeiten, die wir in der nächsten Legislaturperiode absichern wollen.

Mietkosten sind ein Haupttreiber von Armut und prekarisierenden Kosten. Wir werden uns im Rahmen unserer Mietenpolitik dafür einsetzen, dass ausreichend **bezahlbarer Wohnraum gezielt für Ein-Eltern-Haushalte** zur Verfügung steht.

Teilzeitausbildungen und berufsbegleitende Weiterqualifizierung wollen wir verstärken. **(siehe Ausbildung, Seite X)**

Die Kürzungen der Bundesregierung beim Wohngeld, beim **Unterhaltsvorschuss**, in der Jugendhilfe sowie die Streichung des Kinderzuschlags sind Einschnitte, die überwiegend Frauen treffen und die wir als Linke scharf kritisieren. Wir werden Initiativen ergreifen, diese Verschlechterungen wieder zurückzuführen.

Gleichzeitig wollen wir eine **Landesförderung für aufsuchende Beratung**, damit bestehende Ansprüche auf z.B. Unterhaltsvorschuss und Wohngeld tatsächlich abgerufen werden – die Quote der Nicht-Inanspruchnahme ist zu hoch.

Der von der Bundesregierung abgeschaffte Kinderzuschlag war ursprünglich als Eingangsstufe einer umfassenden **Kindergrundsicherung** gedacht: Dass diese Schritte wieder zurückgedreht statt ausgebaut werden, ist für uns nicht hinnehmbar.

Wir wollen das **Ehegattensplitting** zugunsten einer Individualbesteuerung mit besserer Kinderförderung ablösen. Dass Alleinerziehende durch Steuerprivilegien wie das Ehegattensplitting sozial weiter zurückfallen, ist ein unhaltbarer Zustand.

Es braucht ein uneingeschränktes **Recht auf Teilzeit** verbunden mit einem Rückkehrrecht in Vollzeit.

Der **Unterhaltsvorschuss** muss entfristet und an reale Lebenshaltungskosten gekoppelt werden. Bremens schlechte Rückgriffsquoten gehören auf den Prüfstand, die Verfahren müssen stringenter, säumige Unterhaltungsleistungen ohne Altersgrenze zurückgeholt werden.

Schutz und Bekämpfung patriarchaler Gewalt

Patriarchale Gewalt ist eine systematische Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie gegen Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer geschlechtlichen Identität von Gewalt betroffen sind. Sie zeigt sich in physischer, psychischer, sexualisierter und digitaler Gewalt und hat ihre Ursache in patriarchalen Machtverhältnissen und Geschlechternormen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen frei von Gewalt leben können.

Wir begrüßen den **Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention** in Bremen. Dieser muss konsequent finanziert, umgesetzt, regelmäßig überprüft und fortgeschrieben werden. Die Fortschreibung des Landesaktionsplans ab 2027 muss mit ausreichend finanziellen Mitteln im Landeshaushalt hinterlegt werden.

Die Zahlen geschlechtsspezifischer Gewalt zeigen: Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist auch in Bremen ein großes gesellschaftliches Problem. Gleichzeitig wissen wir, dass die polizeiliche Statistik nur einen Teil der Gewalt sichtbar macht – viele Betroffene zeigen Gewalttaten nicht an. Deshalb braucht es ein umfassendes Maßnahmenpaket, das **Schutz, Unterstützung, Prävention und gesellschaftliche Veränderung** verbindet.

Das Hilfe- und Schutzsystem muss bedarfsgerecht ausgebaut werden. **Frauenhäuser und Beratungsstellen** brauchen eine verlässliche und langfristige Finanzierung sowie ausreichend Plätze. Auch in Bremerhaven müssen ausreichend Frauenhausplätze bereitgestellt werden und auch die Bremerhavener Gewaltschutzambulanz muss um eine*n Gerichtsmediziner*in erweitert werden. Schutz darf nicht an Barrieren scheitern. Deshalb werden wir niedrigschwellige, mehrsprachige und wohnortnahe Angebote ausbauen, auch durch aufsuchende Beratung in den Stadtteilen. Die Erreichbarkeit von Schutz- und Unterstützungsangeboten muss durch kostenlose ÖPNV-Angebote oder notwendige Fahrtkostenübernahmen sichergestellt werden.

Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, brauchen einen sicheren Weg aus der Gewalt. Deshalb müssen ausreichend Frauenhausplätze zur Verfügung stehen und der Zugang zu Schutzangeboten erleichtert werden. Der Übergang in eine eigene Wohnung ist entscheidend für ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb wollen wir mehr **bezahlbaren Wohnraum für gewaltbetroffene Frauen** schaffen und Belegungsrechte im öffentlichen und geförderten Wohnungsbestand sowie Übergangswohnungen ausbauen.

Wohnungslose Frauen sind besonders gefährdet und häufig unsichtbar. Wir wollen deshalb Schutz- und Aufenthaltsmöglichkeiten für wohnungslose Frauen schaffen. Aufgrund bestehender Verdrängung im öffentlichen Raum, etwa durch Aufenthaltsverbote am Bremer Hauptbahnhof, verlieren viele Frauen wichtige Schutzstrukturen. Es braucht sichere Orte, an denen sie sich aufhalten können.

Digitale Gewalt ist ein wachsendes Feld patriarchaler Gewalt. Cyberstalking, bildbasierte sexualisierte Gewalt, digitale Kontrolle und Hate Speech treffen insbesondere Frauen und queere Menschen. Wir wollen deshalb eine Fachstelle Digitale Gewalt und eine Meldestelle gegen digitale Hasskriminalität schaffen, die Betroffene berät, psychosozial unterstützt und bei der Beweissicherung hilft. Polizei und Justiz müssen für digitale Gewalt besser ausgestattet und geschult werden, damit Täter*innen konsequenter verfolgt werden.

Wir wollen ein umfassendes **Femizid-Monitoring** für Bremen einführen. Geschlechtsspezifische Tötungen und versuchte Femizide müssen systematisch erfasst und analysiert werden, um Präventionsmaßnahmen gezielt weiterzuentwickeln. Um schwere Gewalttaten zu verhindern, wollen wir außerdem das Gefährdungsmanagement ausbauen. Bei Hochrisikofällen braucht es verbindliche interdisziplinäre Fallkonferenzen, in denen Polizei, Justiz, Jugendamt und Fachstellen gemeinsam Schutzkonzepte entwickeln.

Der Schutz vor Gewalt muss Vorrang vor den Interessen von Tätern haben. Beim **Umgangsrecht** müssen die Erfahrungen und Gefährdungen gewaltbetroffener Frauen und Kinder stärker berücksichtigt werden. Gewalt gegen die Mutter darf nicht als Privatsache behandelt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Umgangsentscheidungen eine individuelle Gefährdungsprüfung erfolgt und der Schutz von Frauen und Kindern an erster Stelle steht.

Wir stärken den Schutz von Frauen, die von **Menschenhandel, Zwangsprostitution oder Zwangsverheiratung** betroffen sind. Gewaltschutz muss immer Vorrang vor aufenthaltsrechtlichen Fragen haben. Die Finanzierung spezialisierter Beratungsstellen wie Nitribitt e. V. und „Marie“ muss genau wie die Beratung von Betroffenen von Zwangsprostitution langfristig gesichert und

entsprechende Angebote auch in Bremerhaven ausgebaut werden. Außerdem werden wir Präventions- und Aufklärungsangebote zur Loverboy-Methode stärken, durch die insbesondere junge Frauen und Mädchen - auch über das Internet - in Ausbeutungsverhältnisse gelockt werden.

Prävention beginnt früh, endet aber nicht in der Schule. In **Kitas und Schulen** müssen der Abbau patriarchaler Denkmuster und Geschlechterklischees, Gleichstellung aller Geschlechter sowie ein gewaltfreier Umgang mit Emotionen verbindlich in Bildungsplänen verankert werden. Jugend- und Freizeiteinrichtungen müssen gestärkt werden, um junge Menschen in einem respektvollen und gewaltfreien Miteinander zu unterstützen. Auch der aufsuchende Kinderschutz bei Gewalt gegen die Mutter muss ausgebaut werden, insbesondere in Bremerhaven.

Auch Erwachsene brauchen mehr **Präventions- und Bildungsangebote**. Wir wollen die Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischer Gewalt, patriarchalen Strukturen und digitaler Gewalt in Betrieben, Vereinen, Stadtteilen und kommunalen Einrichtungen stärken. Dazu gehören niedrigschwellige Beratungsangebote für Menschen in Beziehungskonflikten sowie ein flächendeckender Ausbau der Beratungsangebote für gewaltbereite Männer und Täterarbeit.

Projekte wie „StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt“ zeigen, wie wichtig **Prävention, Nachbarschaftsarbeit und Zivilcourage** sind. Diese Ansätze müssen in Bremen und Bremerhaven verstetigt und ausgeweitet werden.

3.9 Queer

Um queeren Menschen ein selbstbestimmtes, sicheres und erfülltes Leben zu bieten, verknüpfen wir soziale, antirassistische und queer-feministische Politik. Die Auswirkungen des Rechtsrucks und unsozialer Kürzungspolitik drohen auch die Gleichstellung in verschiedensten Bereichen der Gesellschaft nicht nur aufzuhalten, sondern rückgängig zu machen: Wachsende Queerfeindlichkeit und Gewalt sowie die Aushöhlung wichtiger staatlicher Versorgungsbereiche betreffen queere Personen im besonderen Maße.

In Bremen und Bremerhaven wollen wir uns sowohl gegen diese gesellschaftlichen Rückschritte stellen als auch Maßnahmen zur Verbesserung queeren Lebens umsetzen.

Gleich und sicher leben

Gewalt und Diskriminierung gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität findet in allen Sphären des Lebens statt - in familiären und partnerschaftlichen Beziehungen, aber auch z.B. im öffentlichen Raum, in der Schule, in der Bahn oder auf der Arbeit. **Prävention** durch Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Diversität und Sensibilisierung der Gesellschaft räumen wir eine besondere Priorität ein, denn Prävention bedeutet, Gewalt und Diskriminierung zu verhindern, bevor sie überhaupt passiert. Dafür setzen wir uns in öffentlichen Bereichen für den Ausbau und Erhalt von Strukturen und Angeboten, die Diskriminierung vorbeugen und eindämmen, ein.

Die Aufklärungsarbeit in Schulen werden wir stärken. Für das aktuelle **Schulaufklärungsprogramm** des Rat & Tat e.V. wollen wir eine eigenständige Finanzierung schaffen. Auch im Öffentlichen Dienst wollen wir Weiterbildungsangebote schaffen, die ein diskriminierungsarmes Klima am Arbeitsplatz ermöglichen. Die Ausweitung des Referats Chancengleichheit und Diversität von den Mitarbeitenden der Uni soll hin zu einem Angebot auch für Studierende erweitert werden.

Neben öffentlichkeitswirksamen Kampagnen und präventiven Maßnahmen gegen queerspezifische Gewalt und zur Sichtbarmachung von queerem Leben braucht es verlässliche Zahlen, die die Realität von queerfeindlicher Gewalt abbilden. Um das sicherzustellen, wollen wir eine niedrigschwellige **Meldemöglichkeit für Gewalt gegen marginalisierte Gruppen** bei der Landesantidiskriminierungsstelle schaffen. Zusätzlich wollen wir Impulsgeberin sein für ein bei einer geeigneten Institution angeschlossenes Peer- bzw. Allybegleitungsprojekt, bei dem von Gewalt betroffene Personen Unterstützung beim Melden bzw. Anzeigen von Gewalt finden können.

Wir werden sicherstellen, dass **Beratungsstellen** wie Trans* Recht e.V. und Rat & Tat Zentrum für Queeres Leben e.V. ausreichend ausgestattet sind. Besonders bei der Beratung von trans* Personen und nicht-heteronormativer Beziehungsgewalt gibt es noch immer Lücken. Dazu wollen wir intersektionale Ansätze von Beratungsangeboten stärken. Alle Berufsgruppen, die potenziell mit Betroffenen von queerspezifischer Gewalt in Kontakt kommen, müssen - am besten schon während ihrer Ausbildung - sensibilisiert und geschult werden.

Um eine bessere Verfolgung von Gewalt und Hass auf marginalisierte Gruppen zu gewährleisten, wollen wir ein **Sonderdezernat Hasskriminalität und Verbrechen gegen queere Menschen** einrichten. Darüber hinaus wollen wir den Bedarf nach queersensibler Anzeigenaufnahme evaluieren und bei Bedarf das zweiwöchentliche Angebot erweitern und eine Anzeigenaufnahme nach individueller Terminabsprache ermöglichen. Auch die Ansprechperson für LGBTIQ* bei der Bremer Polizei muss langfristig finanziell abgesichert und mit einer zusätzlichen zweiten Stelle ausgebaut werden.

Medizinische und soziale Versorgung intersektional denken - Queersensibilität sicherstellen!

Queere Jugendliche, geflüchtete, behinderte, alte und andere vulnerable Menschen sind oft noch stärker von sozialen, psychischen und ökonomischen Problemen belastet und zusätzlichen Gefahren ausgesetzt. Deswegen setzen wir uns ein für die **Inkludierung von queerem Leben in Gewaltschutzkonzepten** in Unterkünften für Obdachlose und Geflüchtete, Kinder- & Jugendwohngruppen und Wohngruppen für Menschen mit Behinderung als auch JVA und psychiatrischen Einrichtungen. Wir werden aber auch spezielle Angebote schaffen und unterstützen, die wie beispielsweise das Berliner Queerhome speziell queeren Wohnungslosen helfen. Das Jugendhilfesystem muss mit guten Unterbringungsmöglichkeiten für queere Jugendliche ausgestattet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in Bremen eine queere Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete geschaffen wird. Weiterhin fordern wir, dass das Migrationsamt klare Richtlinien für den menschenwürdigen Umgang mit queeren Personen mit Fluchterfahrungen schafft und deren besonderen Schutzbedarf anerkennt.

Pflegebedürftige Personen sind verschärften Gefahren von Diskriminierung und Missbrauch ausgesetzt. Deshalb unterstützen wir spezifisch queersensibel agierende Pflegeangebote, genauso wie einen integrativen Ansatz, um in allen Pflegebereichen die besonderen, auch körperlichen Bedürfnisse queerer pflegebedürftiger Personen mitzudenken. Dafür bedarf es der Fortbildung des Personals sowie der Anerkennung der sexuellen und geschlechtlichen Identität aller Personen, die Pflege benötigen.

Auf Bundesebene stehen wir ein für den **Schutz und Ausbau des das Selbstbestimmungsgesetzes**, wie z.B. über die Abschaffung des Militärgeschlechts. Geschlechtsangleichende Versorgung muss weiterhin von den Krankenkassen finanziert werden und das nicht nur im Rahmen eines binären Geschlechtersystems. Darüber hinaus fordern wir eine eingehende Aufarbeitung der Fälle von Menschen, die noch nach dem Transsexuellengesetz (TSG) transitionieren mussten, sowie von inter* Personen, denen Konsultationen und Maßnahmen aufgezwungen wurden. Auch eine Untersuchung, wie gut das aktuelle Gesetz zur Behandlung von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung in der Realität funktioniert, halten wir für wichtig.

Wir wollen die **medizinische Versorgung** von trans* und inter* Personen in Bremen sicherstellen. Um das zu erreichen, muss Expertise gesichert werden. Wir wollen prüfen, ob die Bündelung von queersensiblen medizinischen Angeboten einen Beitrag zur Ansiedlung und Aufrechterhaltung des Fachpersonals leisten kann. Weiterhin muss Vertrauen geschaffen und erhalten werden, deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Ärzt*innen, Pflegepersonal und Hebammen queersensibel geschult werden. Die Arbeit von STI- Beratungsstellen beim Gesundheitsamt oder der AIDS-Hilfe müssen weiterhin finanziert werden. Für queere Menschen wollen wir im Gesundheitsamt einen spezifischen, monatlich stattfindenden Testtag einrichten.

Queere Familien sind Familien - Schluss mit der Diskriminierung queerer Elternschaft!

Regenbogenfamilien sind immer noch gesetzlich benachteiligt. Deshalb fordern wir, dass sich Bremen im Bundesrat für eine **Reform des Abstammungsgesetzes** einsetzt, die auch queeren Familien volle Rechte einräumt. Eine solche Reform muss sowohl allen Elternteilen bei der Geburt ermöglichen, als zweites Elternteil des Kindes anerkannt zu werden, die Geschlechtsidentität von trans* Eltern respektieren, als auch die Adoption für queere Paare einfacher machen. Wir sprechen uns für die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen von altruistischer Leihmutterchaft aus, die den Schutz der Rechte und Bedürfnisse der Gebärenden in den Mittelpunkt stellen. Auch setzen wir uns spezifisch dafür ein, dass die Landesunterstützung zur Kinderwunschbehandlung von lesbischen Paaren in Bremen erhalten bleibt. Solange die sogenannte "Stiefkindadoption" bei lesbischer Elternschaft Gesetz ist, wollen wir die Kontrollen des Jugendamts auf das gesetzliche Minimum

zurückfahren und auf herabwürdigende und verunsichernde Begutachtungen verzichten. Dann kann auch das Jugendamt seine Kapazitäten sinnvoller verwenden.

Zivilgesellschaftliches Engagement und Teilhabe stärken

Um **Sichtbarkeit** zu zeigen, soll die Progress Pride Flag am CSD und am Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter-, Trans- und Asexuellenfeindlichkeit (IDAHOBITA*), sowie die trans* Flagge am International Transgender Day of Visibility (TDoV) und Transgender Day of Remembrance (TdoR) an der Bürgerschaft hängen.

Die CSDs in Bremen und Bremerhaven sollen weiterhin stattfinden, finanziert und sicher sein. Genauso wie die Arbeit des **queerpolitischen Beirats**. Auch hier sehen wir weiterhin Bedarf zur Verbesserung, die Interessen queerer Menschen abzubilden. Um dies zu gewährleisten, setzen wir uns für eine Konsultationspflicht für betreffende Gesetze und eine Ladung des Beirats in betreffende Ausschüsse ein.

Der **Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie** werden wir fortführen und mit konkreten Zielen hinterlegen und an die entsprechenden Ressorts binden, damit dieser effektiver umgesetzt wird.

Zur gesellschaftlichen Teilhabe gehören Kultur- und Sportangebote. Aufgrund historisch ausschließender Faktoren und immer noch bestehender Diskriminierung kommt hier explizit queeren Orten eine besondere Relevanz zu. Wir setzen uns für den **Schutz und die Stärkung queerer Orte in Bremen und Bremerhaven** ein. Wir wollen, dass die Arbeit von selbstorganisierten Gruppen wie z.B. Queeraspora finanziell unterstützt wird, da diese die Grundlage queerer Community-Arbeit sind. Dafür muss das Budget für queere (Kultur-)Projekte erhöht werden. Auch Bremerhaven braucht ein festes Budget für queere Projekte, um fehlende Strukturen zu etablieren.

Gleichzeitig sprechen wir uns auch für einen integrativen Ansatz im **Sport** aus, der durch queersensible Lehrinhalte in den Ausbildungen für Übungsleiter*innen des Landessportbunds angeboten, unterstützt werden soll. Wir stehen hinter einer Förderung von trans* Athlet*innen und wollen, dass diese Personen im Land Bremen in einer ihrer Identität entsprechenden Weise trainieren können. Weiterhin fordern wir, dass der Senat sich auch auf Bundesebene dafür einsetzt.

Wir fordern die Aufnahme des Schutzes geschlechtlicher und sexueller Identität ins Artikel 3 Absatz 3 des **Grundgesetzes**.

3.10 Antidiskriminierung und Partizipation

Plurale Stadtgesellschaften: Partizipation ohne Diskriminierung

Bremen und Bremerhaven sind vielfältige Städte. Nach Berlin leben im Bundesland Bremen die meisten Menschen mit Migrationserbe oder nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Jedes zweite Kind in Bremen hat mindestens ein im Ausland geborenes Eltern- oder Großelternteil – das Bundesland Bremen ist wichtiger Teil der Migrationsgesellschaft und das ist eine Stärke. Wir machen eine Politik, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt, Teilhabe und Partizipation für alle zugänglicher macht.

Gleichzeitig machen uns und vielen Bremer*innen und Bremerhavener*innen die gesellschaftlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre Sorge: Diskriminierung von Menschen aufgrund von Herkunft, religiöser Zugehörigkeit, genauso wie Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung oder Behinderung nimmt dramatisch zu. Das wird begleitet von rassistischer Hetze, aber auch einer rassistischen Politik, die Migrant*innen und ihre Nachkommen als Sündenböcke für über Jahre vernachlässigte Lebensbereiche wie Wohnen, Bildung und Gesundheitsversorgung angreift. Diese Strategie verstärkt sich wechselseitig mit rassistischen Einstellungen und Übergriffen. Wir stellen uns auf allen Ebenen gegen diese rassistische und diskriminierende Politik und Hetze. Maßnahmen zum Schutz vor Diskriminierung und Gewalt werden wir mit hoher Priorität vorantreiben: **Solidarität ist die Anleitung unserer Politik.**

Landesantidiskriminierungsstelle ausbauen und Angebote für Antidiskriminierung in Verwaltung, Schule, Polizei und Feuerwehr stärken

Damit Bremer*innen bei diskriminierenden Erfahrungen Schutz und Unterstützung erfahren, stärken wir den Kampf gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und weitere Diskriminierungsformen mit einer starken **Antidiskriminierungsstelle** für das Land Bremen (LADS). Diese wurde auf unsere Initiative hin eingerichtet und hat im Herbst 2026 endlich ihre Arbeit aufgenommen. Gemeinsam mit den im Netzwerk gegen Diskriminierung organisierten zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen steht die LADS Betroffenen von Diskriminierung zur Seite.

Als allgemeine und intersektionale Anlaufstelle für von Diskriminierung Betroffene soll die LADS Lücken in der Beratungslandschaft schließen, zum Beispiel in den Bereichen **Wohnen, Gesundheit und Alltagsdiskriminierung**. Wir werden, entsprechend der entstehenden Beratungsbedarfe, die Kompetenzen und Kapazitäten der LADS ausbauen. Wir werden in Bremerhaven eine Zweigstelle der LADS einrichten, sodass diese auch in Bremerhaven vor Ort erreichbar ist.

Wir werden der LADS Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie die Dokumentationen der Beratungsstellen des Netzwerks gegen Diskriminierung auswerten und in einem **Landesantidiskriminierungsbericht** ein umfangreiches Lagebild von Diskriminierung im Land Bremen erstellen kann. Wir werden außerdem darauf hinwirken, dass die LADS ausreichende Kapazitäten hat, um ihre Aufgaben in der Beratung von Betroffenen, Beteiligung in Gesetzgebungsprozessen, Koordinierung des Netzwerks gegen Diskriminierung, Berichterstattung, Beratung öffentlicher Institutionen zum Aufbau eigener Strukturen gegen Diskriminierung und Öffentlichkeitsarbeit angemessen wahrzunehmen. Darüber hinaus wollen wir Kapazitäten bereitstellen für die Erarbeitung einer Antidiskriminierungsstrategie gemeinsam mit dem Netzwerk gegen Diskriminierung.

Auch im Arbeitsleben erleben viele Bremer*innen und Bremerhavener*innen Diskriminierungen. Um sie zu unterstützen und auf den Abbau diskriminierender Strukturen hinzuwirken, werden wir das Beratungsangebot von „ADA – **Antidiskriminierung in der Arbeitswelt**“ verstetigen.

Ergänzend zur LADS setzen wir uns außerdem für ein **Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)** ein. Mit dem LADG können die Bremerhavener*innen und Bremer*innen ihr Recht auf Nichtdiskriminierung gegenüber öffentlichen Institutionen durchsetzen. Perspektivisch wollen wir prüfen, wie das LADG Menschen helfen kann, ihre Rechte gegenüber dem Jobcenter sowie Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetrieben des Landes und der Kommunen durchzusetzen.

Antidiskriminierung ist auch eine Frage der **Organisationsentwicklung** Bremer Institutionen. Diskriminierung ist auch in Bremen ein Alltagsphänomen in Schulen, Polizei, Feuerwehr, Verwaltung und anderen öffentlichen Institutionen wie dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das Agieren von Mitarbeitenden in Behörden und Schulen muss dem Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsgrundsatz folgen.

Wir fordern die konsequente Einrichtung beschlossener **AGG-Beschwerdestellen** in den Verwaltungen.

Werbung für Jobangebote in Bremer Behörden sollen gezielt Gruppen der Bremer Stadtgesellschaft ansprechen, die bisher noch **unterrepräsentiert** sind.

Bremens **öffentlich-rechtlicher Rundfunk** soll sich weiterhin bei seiner Berichterstattung auch an externer Fachexpertise in- und außerhalb Bremens orientieren.

Das Beratungsangebot für Diskriminierungsschutz und Beratung für Schüler*innen (DIBS) für Schüler*innen in Bremen und Bremerhaven werden wir evaluieren und nach Möglichkeit um ein unabhängiges Beratungsangebot für **Kinder und Eltern** ergänzen. Dabei sollen die positiven Erfahrungen mit dem Modellprojekt „Respect Kids“ im Kita- Bereich einbezogen werden.

Die **Polizei- und Feuerwehrbeauftragte** werden wir personell aufstocken.

Kontrollquittungen bei Polizeikontrollen müssen verpflichtend von der Polizei ausgegeben werden, auf ihnen muss ein konkreter Anlass vermerkt werden, statt allgemeiner Formulierungen.

Bremen zusammenschweißen – Zusammenhalt und Teilhabe durch geförderte Selbstorganisation

Bremen und Bremerhaven sind vielfältige Städte. Menschen mit unterschiedlichen Herkunftsgeschichten, Religionen, Sprachen und kulturellen Erfahrungen leben hier gemeinsam. Diese Vielfalt ist ein Reichtum der Gesellschaft – sie bedeutet aber nicht automatisch Zusammenhalt. Dafür braucht es Orte, an denen Menschen einander begegnen, miteinander sprechen und gemeinsam Verantwortung für ihre Stadtteile übernehmen.

Migrantische Selbstorganisationen sind wichtige Anlaufstellen für viele Menschen. Sie vermitteln Wissen, unterstützen bei Problemen, schaffen Vertrauen und ermöglichen gesellschaftliches Engagement. Wir werden ihre Arbeit dauerhaft absichern und sie zugleich stärker dabei unterstützen, über die eigene Community hinaus in die Stadtgesellschaft hineinzuwirken, damit sie als Brückenbauerinnen für die gesamte Stadtgesellschaft wirken können.

Den bisherigen **Selbsthilfe- und Projektfonds** werden wir erweitern und um eine verlässliche, mehrjährige Strukturförderung ergänzen. Förderfähig sein sollen insbesondere Personal, Räume, Qualifizierung, Digitalisierung, Nachwuchsarbeit und eine angemessene Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements. Außerdem wollen wir bei der Förderung einen Schwerpunkt auf Projekte legen, die Begegnung zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen schaffen. Dazu gehören gemeinsame Nachbarschaftsfeste, Kulturveranstaltungen, Bildungsangebote, Gesprächsformate, Sportangebote sowie generationsübergreifende und aufsuchende Projekte.

Wer hier lebt, muss gleiche Möglichkeiten zur politischen Mitbestimmung haben. In Stadtteilen mit hohen Anteilen von nicht-deutschen Bewohner*innen wird einem Großteil der Stadtteilbevölkerung die politische Teilhabe auf dieser Ebene verwehrt. Wir Linke fordern, dass alle Menschen, die seit mindestens fünf Jahre hier leben, das **Wahlrecht** erhalten. Dafür muss das Grundgesetz geändert werden oder das Verfassungsgericht muss seine um Jahrzehnte veraltete Rechtsprechung anpassen. Bis das erfolgt ist, wollen wir zumindest das Wahlrecht in den Beiräten erweitern.

Migrantische Selbstorganisationen sollen frühzeitig, kontinuierlich und verbindlich an politischen Vorhaben beteiligt werden, die Integration, Teilhabe und das Zusammenleben in Bremen und Bremerhaven betreffen. Dafür wollen wir den **Bremer Rat für Teilhabe und Diversität** zu einem repräsentativen Beteiligungsorgan weiterentwickeln. Bei wichtigen Gesetzen, Programmen und Verwaltungsvorhaben soll eine verbindliche Anhörung stattfinden. Senat und Bürgerschaft sollen darlegen müssen, wie sie mit den Stellungnahmen umgehen.

Auch in den **Stadtteilbeiräten** wollen wir die Beteiligung migrantischer Communities nachhaltig stärken. Migrantische Selbstorganisationen sollen regelmäßig angehört, in Ausschüsse einbezogen und bei Vorhaben beteiligt werden, die das Zusammenleben im Stadtteil betreffen.

In migrantischen Communities übernehmen oft Einzelpersonen die Arbeit als informelle und unbezahlte **Community-Sozialarbeiter*innen**. Sie agieren als Anlaufstelle für Fragen des Alltags, helfen in Notfällen und sind eine Brücke im Kontakt zu Behörden, sozialen Einrichtungen, Kitas und Schulen. Damit füllen sie Lücken, die das reguläre Sozialsystem oft lässt. Wir wollen diese Form der Community-Sozialarbeit besser fördern und würdigen und einen Rahmen entwickeln, indem als Community- Sozialarbeiter*innen agierende Personen auch ohne offizielle Qualifikation als Sozialarbeiter*in offiziell angestellt werden können.

Zivilgesellschaft schafft Teilhabe, Integration und Zusammenhalt: Fördern statt einschränken!

Ein großer Teil der Integrations-, Beratungs- und Antidiskriminierungsarbeit wird in Bremen von **zivilgesellschaftlichen Initiativen, Vereinen und Ehrenamtlichen** getragen. Angebote wie z.B. Soliport, Fluchtraum, das LidiceHaus, Queeraspora Bremen, der Flüchtlingsrat, Rat & Tat so wie viele weitere leisten unverzichtbare Arbeit. Innerhalb der sich nach rechts verschiebenden politischen Debatte wird die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen immer mehr torpediert und Bundesförderungen wie aus dem Programm „Demokratie Leben“ fallen weg. Wir wissen, wie wichtig diese Organisationen und Angebote für Bremen und Bremerhaven sind und setzen uns mit allen Möglichkeiten für ihren Erhalt ein und werden sie langfristig absichern und ausbauen.

Die Zivilgesellschaft ist der wichtigste Ort demokratischen Zusammenlebens. Sie springt auch immer wieder dort ein, wo staatliche Politik versagt oder Unrecht produziert. Soli-Asyl, Kirchenasyl und Proteste gegen die diskriminierende Bezahlkarte zeigen: **Solidarisches Engagement** verhindert konkret Unrecht. Gerade das Kirchenasyl macht deutlich, wie wichtig geschützte Räume und humanitäre Einzelfallprüfung sind. Wo Abschottung, Entrechtung und bürokratische Kälte Menschen gefährden, geben wir politische Rückendeckung für diejenigen, die Menschenwürde praktisch verteidigen.

Eine solidarische Einwanderungsgesellschaft braucht verlässliche öffentliche Angebote statt Kürzungspolitik. Die Streichung von **Sprachkursen** auf Bundesebene ist verantwortungslos. Sprache ist kein Privatproblem, sondern öffentliche Infrastruktur. Als Willkommensland und Willkommenskommune werden wir ausreichende Deutschkursangebote auf Landesebene sichern und ausbauen.

Interreligiösen Dialog stärken, Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus entgegenreten

Fragen religiöser Selbstbestimmung behandeln wir aus der Perspektive von Freiheit, Gleichberechtigung und Antidiskriminierung. Der Staat darf Menschen nicht wegen religiöser Kleidung oder sichtbarer Zugehörigkeit benachteiligen. Unser Ziel ist ein Bundesland, in dem alle Menschen sicher leben, sich frei entfalten und mit gleichen sozialen und politischen Rechten teilhaben können.

Religionsgemeinschaften und säkulare Organisationen werden wir dabei unterstützen, gemeinsame Veranstaltungen und Projekte zu organisieren, die als **Begegnungsorte** dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und sich für ein friedliches Zusammenleben einzusetzen. Dabei setzen wir uns gegen jede Form von religiösem Fanatismus ein.

Antisemitismus bekämpfen wir entschlossen und in allen gesellschaftlichen Bereichen. Gerade im Bildungsbereich braucht es mehr Sachmittel für externe Expertise, Fortbildungen und die Überarbeitung von Schulmaterialien. Bestehende Ansätze wie die Kompetenzstelle „Zusammenleben in Schule“ vom LiS werden wir verstetigen. Die beschlossene Meldestelle für antisemitische Vorfälle werden wir dauerhaft absichern.

Anti-muslimischer Rassismus und anti-muslimische Vorfälle nehmen stark zu. Auch in Bremen erleben Muslime und Menschen, denen zugeschrieben wird, Muslime zu sein, eine zunehmende Normalisierung von Vorbehalten und Anfeindungen, während ihre Sorgen häufig als unbegründet abgetan werden. Insbesondere die extreme Rechte nutzt anti-muslimischen Rassismus, um Hass und Hetze gegen Menschen mit Migrationsgeschichte und Geflüchtete salonfähig zu machen. Aber auch in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft ist anti-muslimischer Rassismus weit verbreitet und wird von Teilen der Politik aktiv befördert. Deshalb fördern wir Projekte, die sich auf institutioneller und gesellschaftlicher Ebene gegen anti-muslimischen Rassismus einsetzen. Dazu zählen die Überarbeitung von Bildungsmaterialien, die Sensibilisierung von Lehrkräften sowie die stärkere Förderung von Zivilgesellschaft und Forschung in diesem Bereich.

Sicherheit entsteht nicht durch Generalverdacht, sondern durch Prävention, Bildung und soziale Sicherheit. Grundrechte gelten für alle. Deshalb lehnen wir auch die pauschale, oft rassistisch motivierte **Kriminalisierung und Repression** von politischen Aktivist*innen, die Solidarität mit den Palästinenser*innen bekunden, ab. Demokratische Rechte dürfen nicht je nach politischer Opportunität eingeschränkt werden.

3.11 Migration

Migration gehört zu unserer Welt – gute Ankommensstrukturen sind notwendig

Migration ist menschlich, sie zu bekämpfen unmenschlich. Bremen und Bremerhaven sind eng mit Migration verbunden. Über den Überseehafen verließen Millionen Menschen Deutschland, während andere hier ankamen – um in einer schönen Stadt eine Karrieremöglichkeit wahrzunehmen, eine Familie zu gründen oder zusammenzuleben, als angeworbene Arbeiter*innen und als Flüchtende – und in den beiden Städten ihre neue Heimat fanden. Die Linke steht für eine Migrationspolitik, die **Menschenrechte schützt und Teilhabe ermöglicht**. Wir wollen legale und sichere Wege der Aufnahme von Schutzsuchenden stärken und sorgen dafür, dass Bremen im Bundesrat keinen Verschärfungen zustimmt, die Grund- und Menschenrechte einschränken. Wir wollen, dass Menschen, egal aus welchen Gründen sie in Bremen leben, gleiche Teilhabe und die gleichen Möglichkeiten im Leben haben. Die ausufernde Sondergesetzgebung gegen Bremer*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist eine unbegründete, rassistische Mischung aus Gängelung durch Bürokratie und Deklassierung.

Die von rechts angetriebene Debatte wurde in den vergangenen Jahren ganz besonders auf dem Rücken von und zu Lasten Schutzsuchender ausgetragen. Rassistische Hetze, die Geflüchtete und Migrant*innen zu Sündenböcken für tatsächliche oder vermeintliche soziale oder wirtschaftliche Probleme macht, begleiten die rassistische Politik der brutalen Entrechtung von Schutzsuchenden - mit oft tödlicher Konsequenz. Wir stellen uns gegen dieses menschenverachtende, von der extremen Rechten übernommene, Selbstverständnis der „Festung Europa“. Wir wollen vor Ort handeln: Wir verstehen Bremen und Bremerhaven, als Städte, die **sichere und solidarische Häfen** für Menschen in Not sein sollen. Wir wollen, dass das Bundesland jegliche Handlungsspielräume ausnutzt, um Schutz zu bieten und Ankommen zu erleichtern - gemeinsam mit Geflüchteten und einer aktiven und unterstützenden Zivilgesellschaft.

Unsere Leitlinien sind: Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit bei der Verwaltung, Wohnungs- und Arbeitssicherung und der Unterbringung; Selbstbestimmung und sichere Perspektiven statt dauerhafter Unsicherheit; Schutz besonders vulnerabler Gruppen (insbes. Kinder, allein reisende Minderjährige, Schwangere, Alleinerziehende, queere Geflüchtete, traumatisierte Menschen).

Abschiebelager verhindern!

Alle Menschen verdienen ein Zuhause, niemand verdient ein willkürliches Gefängnis. In der **GEAS-Reform** der EU sind massive Verschlechterungen für Geflüchtete angelegt wie die Errichtung sogenannter „Sekundäre Migrationszentren“. Das sind faktisch Gefängnisse für Menschen, die nie eine Straftat begangen haben, auch Kinder ab 2 Jahren. In Bremen und Bremerhaven darf es solche Zentren nicht geben – auch nicht in abgewandelter Form, indem das Verlassen von Unterkünften bestraft wird.

SPD und CDU sind im Bund bei der Umsetzung des Europäischen GEAS-Systems weit über das Nötige hinaus gegangen und haben zusätzliche **Schikanen und rassistische Regelungen** erlassen, von denen mehrere sogar eindeutig gegen EU-Recht verstoßen. Leider werden auch in Bremen EU-rechtswidrig Leistungen von Schutzsuchenden gekürzt. Schutzsuchende sind Menschen, kein Mittel zur Haushaltssanierung.

Daher werden wir alle landesrechtlichen Spielräume nutzen, um die **Auswirkungen von GEAS zu minimieren**. Wir werden keine sekundären Migrationszentren oder Kontroll- und Sanktionsregime einrichten, die Bewohner*innen von Einrichtungen einsperren. Bei der Auslegung der Gesetze werden wir Menschenwürde einhalten und keine grundsätzliche Fluchtgefahr oder Gefahr für

Sicherheit und Ordnung annehmen. Die bewussten deutschen Verstöße gegen EU-Recht bei der Lebensunterhaltssicherung von Schutzsuchenden werden wir nicht weiter tragen.

Aufenthaltsrecht und Verwaltungspraxis: Ermessensspielräume nutzen, Willkür verhindern und angemessene Erreichbarkeit des Migrationsamts gewährleisten

Viele Probleme entstehen nicht nur durch Gesetze, sondern durch ihre Anwendung. Wir wollen eine Verwaltungspraxis, die Rechte sichert und Menschen mit ihren individuellen Bedarfen unterstützt. Bestehende Spielräume nutzen wir, um ankommenden Menschen bei Zugang und Teilhabe zu unterstützen statt sie an den Rand zu drängen. Dafür müssen unter anderem **Kettenduldungen in Aufenthaltstitel umgewandelt** werden. Damit verhindern wir, dass Menschen über Jahre in Massenunterkünften und/oder ohne Arbeitserlaubnis und teils ohne Integrationskurse festhängen.

Ein zentraler Baustein ist die Erreichbarkeit und die Schwerpunktsetzung des **Migrationsamts**, das für alle Verfahren – egal ob Duldung, Aufenthaltstitel oder Einbürgerung – aktuell viel zu lange braucht und Prozesse durch unnötige Nachforderungen, Verlust von eingereichten Unterlagen in die Länge zieht und damit Betroffene teils vor existenzielle Probleme wie Verlust der Arbeit Wohnung, Krankenversicherungsschutz oder Sozialleistungen stellt.

Daher werden wir **Ermessensspielräume ausschöpfen**, um sichere Aufenthaltstitel zu ermöglichen, statt Menschen in Kettenduldungen zu halten. Dabei werden wir Verfahrenswechsel ermöglichen und unterstützen, damit der Übergang vom Asylverfahren in Arbeitsmigration und Aufenthaltstitel gelingt. Um Planungssicherheit zu erhöhen, werden wir dafür sorgen, dass einzelne Duldungen für längere Zeiträume ausgestellt werden. Wir werden das Migrationsamt auf Einbürgerungen und Aufenthalte fokussieren und wo dann noch nötig personell so ausstatten, dass Termine, Aufenthaltstitel und Einbürgerungen zügig bearbeitet werden. So können wir Arbeitserlaubnisse schneller und verlässlicher erteilen und ermöglichen so Teilhabe. Darüber hinaus werden wir ein digitales Antrags- und Terminportal für Aufenthalt, Arbeitserlaubnis und Einbürgerung einführen. Bei den Sozialämtern werden wir durch Verwaltungsanweisung sicherstellen, dass die Lebenssicherung nicht am Bearbeitungsstau im Migrationsamt scheitert.

Wir halten uns an Rechtsstaatlichkeit und stärken den **Rechtsschutz**. Daher werden wir das Widerspruchsverfahren in aufenthaltsrechtlichen Verfahren wieder einführen und Abschiebungen aus dem Hinterhalt (verharmlosend „Schreibtischabschiebungen“) beenden. Wir werden die Härtefallkommission stärken und ihre Verfahren transparenter, niedrigschwelliger und schneller machen. Die Bezahlkarte machen wir zum optionalen Mittel für Leistungsauszahlungen, diskriminierende Einschränkungen wie das Bargeldlimit wollen wir abschaffen und den Zugang zu Bankkonten vereinfachen.

Landesaufnahmeprogramme für gefährdete Verwandte von Bremer*innen aus Kriegs- und Krisenregionen werden wir wieder auflegen.

Sprache, Bildung und Partizipation: Bremen unterstützt Teilhabe

Bildung ist Menschenrecht und Sprache ist zentral für Ankommen und Teilhabe in Bremen. Deshalb braucht es ausreichende Angebote zum Deutschlernen. Wer jahrelang in Verfahren festhängt, darf nicht von Bildung und Sprache ausgeschlossen werden. Beseitigung von Hindernissen zur und Unterstützung bei der Partizipation ist öffentliche Aufgabe. Wenn der Bund Integrations- und Sprachkurse kürzt oder Gruppen ausschließt, muss Bremen mehr Verantwortung übernehmen und ausreichend Kurse organisieren.

Wir werden uns aus dem Senat heraus auf Bundesebene gegen die Zugangsbegrenzung zu Integrationskursen und für ihre angemessene Finanzierung einsetzen. Um Lücken auszugleichen, werden wir mit kommunalen oder Landesmitteln finanzierte **Deutschkurse** einrichten, wenn der Bund Integrationskurse kürzt oder Personengruppen ausschließt. Erstorientierungs- und berufsbezogene Sprachkurse werden wir ausbauen, genauso wie Kurse für Mütter mit Betreuungsbedarf. An Schulen werden wir den Unterricht für Deutsch als Fremdsprache und die Sprachförderung so ausstatten, dass alle Kinder daran teilnehmen können.

Willkommensschulen wollen wir mittelfristig überwinden und in reguläre inklusive Oberschulen umwandeln. Dabei sehen wir die in Willkommensschulen gesammelten Expertise als Ressource, die weiterhin genutzt werden soll.

Das **Recht auf Bildung** gilt für jedes Kind, unabhängig vom Aufenthaltsstatus oder Wohnort. Kinder in Landesaufnahmestellen dürfen nicht abgehängt und durch die europarechtswidrige Beschulung in Lagerschulen sozial ausgeschlossen werden. Neu angekommenen Kindern muss (entsprechend EU-Recht) unverzüglich nach Ankunft den Besuch von Regelschulen ermöglicht werden. Um Schulwechsel durch häufige Umzüge zu vermeiden, werden wir deshalb Familien im kommunalen Unterbringungssystem, in Übergangswohnheimen oder privaten Wohnungen unterbringen, nicht in Landesaufnahmezentren.

Bei der beruflichen Qualifizierung Zugewanderter braucht es schnellere und flexiblere **Anerkennungsverfahren für ausländische Ausbildungen** sowie Qualifizierungsprogramme, die Spracherwerb und fachliche Ausbildung verbinden. Wir werden dafür Qualifizierungsprogramme für zugewanderte Fachkräfte, Pflegekräfte, Lehrkräfte und Erzieher*innen ausbauen. Mehrsprachige Sozialberatung in Unterkünften, Quartieren und Bürgerhäusern werden wir sichern und weiterentwickeln. So können wir zum Beispiel zugewanderte Familien beim Kita-Zugang, bei Schulanmeldung und bei Behördenwegen aktiv begleiten. Ebenfalls werden wir Sprachmittlung in Sozialämtern, Schulen, Kitas, Gesundheitsdiensten und Beratungsstellen verbindlich bereitstellen.

Dazu soll die Arbeit des bereits etablierte **Welcome Center** für alle ankommenden Menschen ausgeweitet werden und ihnen die Möglichkeit geben schnell und unkompliziert einen qualifizierten Zugang zum Arbeitsmarkt zu erlangen.

Unterbringung und Wohnen: Dezentral, bezahlbar, sicher

Das **Unterbringungssystem** für Geflüchtete in Bremen ist weiterhin unzureichend ausgestattet und erschwert Ankommen und ein Leben in Würde. Die Träger tun mit den vorhandenen Mitteln viel, um Menschen zu unterstützen. Für besonders Schutzbedürftige braucht es verbindliche Gewaltschutzkonzepte sowie höhere und kontrollierte Mindeststandards für Unterkünfte. Oberstes Ziel muss bleiben, Geflüchteten schneller Zugang zu Übergangswohnheimen oder eigenen Wohnungen zu ermöglichen. Es ist nicht akzeptabel, dass Menschen, darunter Familien, teils über 12 Monate auf den Auszug aus einer Landesaufnahmestelle warten. Projekte wie "Zukunft Wohnen" oder ähnliche sind dafür wichtige Bausteine und müssen langfristig abgesichert werden.

Besonders absurd ist, wenn Bewohner*innen in Unterkünften mit Mehrbettzimmern teils horrenden "Mieten" als Nutzungsgebühren zahlen müssen, weil sie arbeiten, aber noch keine eigene Wohnung finden konnten. Gegen den Mangel an geeignetem Wohnraum braucht es ein **Ankaufprogramm für Wohnraum**, der zu angemessenen Mieten bereitgestellt werden kann. Zugleich müssen bestehende Mietverhältnisse mit privaten Vermietern für Unterkünfte auf Verhältnismäßigkeit und Wirtschaftlichkeit geprüft werden.

Wir werden **Zelt- bzw. Leichtbauhallenlager** schließen und Mietverträge und Kostenstrukturen im Unterbringungssystem überprüfen. Die Wohnraumvermittlung für Geflüchtete werden wir ausbauen und Vermieter*innen aktiv beraten, wenn es Fragen oder Zweifel bei der Vermietung an Geflüchtete gibt. Wir werden Unterbringung dezentral über die Stadt verteilen und die Kooperationen mit öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften ausbauen, um Übergänge in eigenen Wohnraum zu erleichtern. Darüber hinaus werden wir Wohnraum ankaufen und Programme für integratives Wohnen (z.B. WG-Modelle) entwickeln.

In Unterkünften werden wir **Gewaltschutzkonzepte** verbindlich umsetzen und weiterentwickeln, insbesondere für Frauen, Kinder, queere Geflüchtete, Menschen mit Behinderung und traumatisierte Personen in allen Unterkünften. Für queere Geflüchtete werden wir eine eigene kommunale Unterkunft einrichten. Mindeststandards für Unterkünfte werden wir verbindlich kontrollieren und zur Umsetzung öffentlich berichten.

Wir werden eine kommunale **Unterkunft für queere Geflüchtete** einrichten. Nutzungsgebühren in Unterkünften schaffen wir ab.

Beratung, Beschwerdemanagement und Zivilgesellschaft: Strukturen verlässlich finanzieren

In Bremen anzukommen ist für viele Menschen mit mehreren Hürden verbunden, darunter eine komplizierte Rechtslage sowohl im Asyl- als auch im Aufenthaltsverfahren. Damit das Recht für alle gilt, braucht es **unabhängige, zivilgesellschaftliche Beratungsangebote** mit langfristiger Finanzierung und festen Austauschformaten zwischen Beratungsangeboten sowie Verwaltung.

Wir werden die unabhängigen Beratungsstellen und Träger langfristig absichern, insbesondere in den Beratungsfeldern Asylverfahrensberatung, Wohnen und psychosozialer Unterstützung. Das **Unabhängige Beschwerdemanagement** werden wir evaluieren und bei Bedarf ausbauen. Um besser auf Missstände und Bedarfe reagieren zu können werden wir feste Austauschformate mit relevanten Akteur*innen (z.B. Flüchtlingsrat, Paritätischer, Fluchtraum) etablieren.

Viele Bremer*innen wollen sich ehrenamtlich für ein gutes Ankommen neuer Bremer*innen engagieren. Dafür braucht es Projekte wie "Gemeinsam in Bremen", die das **Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe** trägerübergreifend fördern und koordinieren. Die Ehrenamtskoordination in der Flüchtlingshilfe werden wir dauerhaft finanzieren, insbesondere "Gemeinsam in Bremen" als trägerübergreifende Koordination.

Gesundheitsversorgung und Schutz: Zugang sichern, Lücken schließen

Das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit darf in Bremen nicht vom Aufenthaltsstatus abhängen, sondern muss vollumfänglich gewahrt werden. Menschen, die vor Krieg fliehen und unsichere Fluchtrouten nehmen müssen, haben oft einen besonderen Bedarf an therapeutischer Unterstützung. Dazu gehört, den Zugang zu **medizinischer Versorgung** über die Krankenkassen bereits unmittelbar nach dem Ankommen zu ermöglichen sowie niedrigschwellige, dezentrale Angebote zur Gesundheitsberatung auszubauen. In Bezug auf die Gesundheitsversorgung von Minderjährigen setzen wir damit EU-Recht um, das eine gleichwertige Versicherung aller Minderjährigen vorsieht. Bestehende Angebote zur medizinischen Versorgung werden wir evaluieren und bedarfsgerecht ausbauen. **Psychosoziale Unterstützung** und mehrsprachige Angebote werden wir stärken, insbesondere für vulnerable Gruppen (unbegleitete minderjährige Geflüchtete, queere Geflüchtete, Menschen mit Traumata und von Folter Betroffene). Die Förderung von REFUGIO werden wir erweitern, um die psychologische Versorgung Geflüchteter Personen sicherzustellen. Die Gesundheitsberatung und niedrigschwellige psychosoziale Angebote in den Stadtteilen werden wir ausbauen.

Jugendliche Geflüchtete schützen und fördern

Junge Menschen und insbesondere unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die zu uns kommen, sind oft besonders von Traumata und schwierigen Lebensumständen betroffen und verdienen gezielte Unterstützung. Dennoch treffen sie häufig auf ein System, in dem ihre Umstände, Interessen und Schutzbedarfe nicht ausreichend berücksichtigt werden. Wir wehren uns gegen Versuche, Jugendlichen den **Zugang zur Jugendhilfe** weiter zu erschweren – etwa durch Vorschläge, Jugendliche ab 16 Jahren in regulären Unterkünften mit Erwachsenen unterzubringen. Diese Vorschläge sind gefährlich; wir werden ihnen im Bundesrat nicht zustimmen. Falls entsprechendes Bundesrecht geschaffen wird, wollen wir es in Bremen nicht anwenden. Genauso werden wir Hilfen für junge Volljährige weiterhin gewähren.

Jugendliche, die aus Bremen in andere Bundesländer umverteilt werden sollen, sind per Verwaltungsanweisung Gewaltandrohungen zur Durchsetzung der Umverteilung ausgesetzt, auch Minderjährige. Diese Praxis gibt es in keinem anderen Bundesland. Wir werden die entsprechende Verwaltungsanweisung abschaffen und das **Gewaltverbot in der Jugendhilfe** einhalten.

Viele Gesetze, die das Leben von Geflüchteten betreffen, werden nicht auf Länderebene beschlossen oder geändert. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass das Land Bremen sich im Bundesrat engagiert, z.B. den Familiennachzug zu erleichtern und Wartezeiten zu reduzieren. Außerdem gehört das **Asylbewerberleistungsgesetz** abgeschafft, das schon jetzt zu niedrige Leistungen für ein würdiges Leben vorsieht.

Außerdem ist es notwendig, dass Geflüchtete und Geduldete schnell und unbürokratisch eine **Arbeitserlaubnis** erhalten.

Wir setzen uns für **Bundesratsinitiativen** ein, um den Familiennachzug zu erleichtern und Wartezeiten bei Visa- und Nachzugsverfahren abzubauen. Ebenso wollen wir das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und Geflüchtete vollständig in die regulären Sozialleistungssysteme einbeziehen. Bundesratsinitiativen sind auch nötig, um schneller und unbürokratischer Arbeitserlaubnisse für Geflüchtete und Geduldete zu ermöglichen und um Einbürgerungsverfahren bundesweit zu vereinfachen und zu beschleunigen. Wir wollen den Bund auffordern, humanitäre Aufnahmeprogramme auszuweiten und Abschiebungen in Krieg, Verfolgung, Elend und Perspektivlosigkeit zu stoppen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, den Zugang zu Integrationskursen unabhängig vom Aufenthaltsstatus zu öffnen und Bundesmittel für Kommunen bei Unterbringung, Partizipation, Schule, Kita und Gesundheitsversorgung dauerhaft zu erhöhen.

3.12 Kultur

Kultur ist für ein freies demokratisches Zusammenleben unerlässlich. Sie schafft einen Raum der Freiheit, der Kritik, der Austausches und der Humanität. Wir als Linke stehen für das Bremer Kulturleben in seiner ganzen Breite ein – von der freiberuflichen Soloselbständigen bis hin zum großen Kulturbetrieb. Die lokale Kultur lebt von dieser Vielfalt und muss als Ganzes erhalten bleiben. Dabei wissen wir aber auch, dass Einsparungen den kleinen Betrieb viel schneller an den Rand der Existenz bringen als eine etablierte Einrichtung. Deshalb wollen wir die Förderung für kulturelle Einrichtungen und Projekte stärken.

In unserer Kulturpolitik nehmen wir die Förderung der **freien Szene und der Soziokultur** besonders in den Blick. Wir werden durch verlässliche Förderzusagen und regelmäßige Erhöhungen der Zuwendungen mindestens auf dem Niveau der Inflation dafür sorgen, dass auch kleine Einrichtungen dauerhaft in Bremen bestehen können.

Mit zusätzlichen Mitteln wollen wir sicherstellen, dass Künstler*innen von ihrer Arbeit auch leben können. Die **Mindesthonorare in der Projektförderung** werden wir in enger Absprache mit den Verbänden der freien Kulturschaffenden regelmäßig an steigende Kosten anpassen. Für bildende Künstler*innen führen wir ein Ausstellungshonorar in öffentlich geförderten Museen und Galerien verbindlich ein. An der VHS entwickeln wir die Rahmenvereinbarung weiter, mit deren Hilfe eine angemessene Bezahlung der selbständig tätigen Honorarkräfte ermöglicht wird.

Um die freie Szene zu unterstützen, werden wir auch neue Förderungen etablieren. Mit einem **Matching-Fonds** werden Kultur-Akteur*innen die notwendigen ergänzenden Mittel erhalten, wenn sie Bundes- oder EU-Mittel beantragen. Außerdem wollen wir einen Austausch zwischen Bremen und Bremerhaven fördern und so die Kulturarbeit im Bundesland insgesamt stärken. Neu aufbauen wollen wie eine Wiederaufnahmeförderung, mit deren Hilfe bereits erfolgreich aufgeführte Projekte erneut gezeigt werden können. Die Förderung der Subkultur und Jungen Szene mit einem eigenen Projekttopf führen wir fort, um die Vielfalt der künstlerischen Aktivität sicherzustellen.

Insbesondere Festivals und Clubs haben die Krisen der letzten Jahre besonders zu spüren bekommen. Um ein Festivalsterben zu vermeiden, wollen wir die Projektförderung durch einen **Festivalfonds** ergänzen. Die Mikroförderung für Konzerte in Clubs soll unbürokratisch fortgeführt werden, um diese als Kulturorte zu stärken. Unterstützung wollen wir dazu beim Lärmschutz geben, um Nachbarschaftskonflikte zu entschärfen. In Bremen fehlen weiterhin Proberäume für Bands, über den Erhalt bestehender Strukturen hinaus ist die Neuschaffung von Probemöglichkeiten dringend nötig.

Bewährt hat sich die **Konzeptförderung**, mit deren Hilfe freie Akteur*innen eine Idee über mehrere Jahre ausprobieren. Dieses wollen wir beibehalten, aber um die klare Zusage ergänzen, dass im Fall einer positiven Evaluation die dauerhafte Förderung im Anschluss gesichert ist.

Viele freie Einrichtungen stehen vor einem **Generationenwechsel**. Die Gründer*innen gehen und mit ihnen oft Erfahrung und Wissen über den Kulturbetrieb. Wir wollen die Szene bei diesem Wechsel unterstützen, beispielsweise durch die Finanzierung einer Doppelbesetzung für eine Einarbeitungszeit.

Im Jahr 2023 wurde Bremen durch die UNESCO zur City of Literature gekürt. Aus dieser Auszeichnung ergibt sich eine besondere Verantwortung für die Pflege in unserer Stadt. Wir begrüßen, dass die Bremer **Literaturszene** mit dem neu geschaffenen Stadtmusikanten- und Literaturhaus einen eigenen Ort in der Innenstadt bekommt und setzen uns dafür ein, dass das lokale Literatur-Netzwerk weiter gestärkt wird.

Zugänglichkeit von Kultur ist für uns als Linke zentral, deswegen setzen wir auf Soziokultur und die gemeinwesensorientierten Strukturen in den Stadtteilen und wollen diese als Netz demokratischer Resilienz stärken. Die Quartierszentren, Bibliotheken und Bürgerhäuser sind **Begegnungsorte** ohne Konsumzwang, offen für alle mit niedrigschwelligen Angeboten. Sie müssen als demokratische Aushandlungsräume weiterentwickelt und unterstützt werden – auch im Hinblick der vermehrten Angriffe auf Zivilgesellschaft. Die Verknüpfung von kultureller Bildung und zugänglicher Erinnerungspolitik möchten wir hierbei besonders fördern.

Gerade der **Stadtbibliothek Bremen** gelingt es bereits vorbildlich, mit ihrer Zentrale, ihren Filialen in den Stadtteilen, durch einen Bibliotheksbus und durch Angebote für Kitas und Schulen in die gesamte Stadt hineinzuwirken. Diese Angebote sollen noch weiter ausgebaut werden. Das Anliegen, zwei weitere Stadtteilfilialen zu schaffen, unterstützen wir ausdrücklich. Dringend benötigt wird ein zweiter Bibliotheksbus, um noch mehr Quartiere anfahren zu können. Angesichts gestiegener Schüler*innenzahlen ist zudem weiteres Personal notwendig, um die Vermittlungsarbeit für Kita-Gruppen und Schulklassen zu übernehmen.

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen **Schulen und Kultureinrichtungen** soll der Senat einen „Rahmenplan kulturelle Bildung erarbeiten“. Hierbei ist insbesondere der schulische Ganztags in den Blick zu nehmen, für den Kulturakteur*innen der freien Szene schon vielfältige Angebote entwickelt haben. Die „Tourende Bühne“ als Vernetzungsplattform für Schulen und Kulturszene wollen wir erhalten.

Auch die etablierten Kulturinstitutionen müssen eine regelmäßige Etaterhöhung mindestens im Rahmen der Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst erhalten. Wir unterstützen sie außerdem dabei, ihre Häuser für **neue Publikumsschichten** zu öffnen. Dies kann entweder geschehen, indem sie die Innenstadt verlassen und gezielt in benachteiligten Quartieren Angebote schaffen oder indem sie die Zugangshürden bei sich im Haupthaus senken (z.B. durch freie Eintrittstage in Museen).

Das versuchsweise mit EU-Mitteln durchgeführte Programm „Kultur auf Rezept“ zur **Stärkung der psychischen Gesundheit** wollen wir wiederbeleben und hierfür Gespräche mit den Krankenkassen zur Unterstützung dieser wertvollen Präventionsarbeit aufnehmen.

In den letzten Jahren sind **sexualisierte und diskriminierende Übergriffe** im Kultursektor zunehmend in das Licht der Öffentlichkeit gerückt – vor und hinter der Bühne. Zum Schutz des Publikums beim Ausgehen werden wir die Arbeit der Awareness- Teams im Nachtleben verstetigen. Für Kulturschaffende wollen wir eine Ombudsperson benennen, die bei Übergriffen in Kultureinrichtungen beratend zur Seite steht und präventiv Institutionen bei der Etablierung von Schutzkonzepten unterstützt.

All diese Ideen für eine Weiterentwicklung der Bremer Kulturlandschaft treffen auf einen **Kulturetat**, der unter massivem Druck steht. Selbstaussbeutung, ehrenamtliche Mehrarbeit und Unterbezahlung sind seit Jahren fester Bestandteil der Kulturpraxis. Die geringen Aufwüchse bei den Kultureinrichtungen konnten oft mit Preis- und Mietsteigerungen nicht mithalten und wurden deswegen als kalte Kürzungen erlebt. Um die kulturelle Arbeit ausreichend finanzieren und auch neue Projekte ermöglichen zu können, müssen für die Kultur zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Hierzu werden wir unter anderem einen größeren Anteil der Einnahmen aus der Citytax direkt für kulturelle Angebote einsetzen.

Gute Bedingungen für Kunst- und Kulturschaffende

Die Arbeit in der Kulturszene ist häufig von unsicheren Einkommen und schlechten Arbeitsbedingungen geprägt. Die Arbeit wird gesellschaftlich oft nicht angemessen vergütet,

gleichzeitig fehlt den Kulturschaffenden die Möglichkeit, ihre Interessen über Tarifverhandlungen durchzusetzen. Deshalb fordern wir, die bestehenden **Honorarempfehlungen zu verbindlichen Honoraruntergrenzen** weiterzuentwickeln und diese bei Vergaben zu berücksichtigen.

Künstlerische Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft, lässt sich aber häufig nicht allein über ihre Einnahmen finanzieren. In Irland gibt deswegen ein **Grundeinkommen** für eine begrenzte Zahl von Künstler*innen, das es ihnen ermöglicht, sich ohne existenzielle finanzielle Sorgen ihrer Kunst zu widmen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass ein ähnliches Projekt geschaffen wird und Bremen als Modellregion dient.

Kultur- und Kreativwirtschaft

Als Motor für kreative Prozesse hat die Kreativwirtschaft große Bedeutung und Einfluss auf den wirtschaftlichen Strukturwandel, betriebliche Innovationen und das ökonomische Wachstum. Die Kreativwirtschaft ist immer noch bedeutsam für das Image einer modernen Metropole und gleichzeitig auch eine eigenständige Branche, die stark am Markt beteiligt ist. Damit übernimmt die Kreativwirtschaft eine wichtige Funktion im Innovationsprozess.

Wichtige Hotspots der Kreativwirtschaft sind das Tabakquartier, das Ostertorviertel, das Steintor, die Überseestadt, die Plantage sowie in Bremerhaven das Goethequartier.

Mit den Pusedorfstudios und den dort ansässigen neuen Firmen im Bereich Film und dem in der Nähe befindlichen Tabakquartier mit dem Zentrum für Kunst und vielen Büros für kreative Unternehmen, wird ein ganzer Stadtteil neu entdeckt. Diese Entwicklung wurde unter Linker Verantwortung möglich gemacht.

Mit dem Creative Hub hat sich neben BRIDGE und dem STARTHAUS eine weitere mittlerweile unverzichtbare Struktur für Vernetzung und Beratung herausgebildet. Hier haben u.a. Kunst- und Kulturschaffende die Möglichkeit, Räumlichkeiten zu nutzen, sich mit anderen Themenbereichen zu vernetzen. Dieses Angebot gilt es langfristig abzusichern, um das **Gründungsökosystem** in all seinen Facetten bedienen zu können. Zu diesem Zweck wollen wir das Projekt institutionalisieren und zu einem zentralen Instrument für junge Gründer*innen ausbauen.

Bei vielen dieser Themen arbeiten die Ressorts **Kultur und Wirtschaft** eng zusammen, diese Zusammenarbeit wollen wir noch weiter ausbauen.

Durch Linkes Engagement konnte der **Musikstandort** Bremen weiter gestärkt werden. Mit der Musikszene gibt es ein Angebot an Räumen und Veranstaltungen. Mit dem POP Office Bremen haben wir eine Ansprechstelle für Musiker*innen aus dem Bereich der Populärmusik, die sich professionalisieren möchten, geschaffen.

Die Förderprogramme für Vernetzung, Wissenstransfer und finanzielle Unterstützung werden wir verstetigen, um das übergeordnete Ziel des „**POP Office**“ zu erreichen, ein stabiles und dynamisches musikalisches Ökosystem im Bundesland zu schaffen. Wir wollen das POP Office noch stärker mit dem Clubverstärker als Interessenvertretung der Bremer Clubs und Musik-Livestätten verzahnen und die Strukturen institutionalisieren. Auf diese Weise können wir die Ressourcen besser einsetzen und noch effizienter Fördermittel aus Bund und EU einwerben.

Wir wollen Ansätze und private Investments für **Festivals** mit regionaler und überregionaler Strahlkraft finanziell unterstützen. Das stärkt auch die grundsätzliche Attraktivität des Standorts und nicht zuletzt den Tourismus. Beispielhaft sind hier das „Überseefestival“, das „Turnup Brmn“ und das „Hellseatic“ zu nennen. Die großen Stadtteilstädte, wie „Breminale“, „Summersounds“, „Festival

Maritim“, „La Strada“, usw. werden wir selbstverständlich ebenfalls auskömmlich finanzieren, da sie zentral für das Leben in der Stadt aber auch für den Tourismus sind.

Die **Breminale** ist in unseren Augen eine der wichtigsten kulturellen Veranstaltungen im Land Bremen und hat für uns hohe Priorität. Daher werden wir sicherstellen, dass die Breminale auskömmlich finanziert wird und das Festival auch in Zukunft eintrittsfrei bleibt.

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld mit Potential ist die **Filmförderung**. Wir wollen die Förderung der „nordmedia“ aufstocken, um aufbauend auf den Erfolgen der letzten Legislatur noch mehr Beschäftigung zu schaffen und Bremen als Filmstandort zu stärken. Eine besondere Chance liegt hier im Bereich der internationalen Kooperation im Film- und Serienbereich. Um diese Potentiale zu nutzen, werden wir gemeinsam mit Niedersachsen an der Förderkulisse arbeiten und wir werden uns dafür einsetzen, das erfolgreiche Filmfest Bremen weiter auszubauen.

Die Etats im Kulturbereich sind knapp. Daher wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Kultur und Wirtschaft verstärken. Viele Unternehmen nutzen die Möglichkeit des Sponsorings, um das eigene Image zu stärken oder auch aus gesellschaftlicher Verantwortung. Besonders gut funktioniert das im klassischen Bereich. Anders als z.B. beim Musikfest, bei dem jedes Jahr große Summen zusammenkommen, ist es für den populären Bereich oft deutlich schwerer, Unternehmen zu aktivieren. **Bremische Gesellschaften**, wie z.B. „bremenports“ nutzen Veranstaltungsformate zur Präsentation von Künstler*innen, wodurch nicht nur Locations attraktiver werden, sondern auch Künstler*innen Sichtbarkeit erhalten. Das wollen wir auf andere bremische Gesellschaften übertragen.

Wir werden kulturelle Einrichtungen im Bereich **bildende Künste**, wie zum Beispiel das „Künstler*innenhaus“ stabilisieren. Gerade hier führen Auflagen und Investitionen oft zu Mehrkosten, die die Budgets überfordern. Es bedarf daher einer ausreichenden institutionellen Absicherung

Ein wichtiger Baustein für den Wirtschaftsstandort Bremen ist auch die **Clubkultur**. Wir wollen dafür sorgen, dass die Eventbranche vielfältig bleibt und die Unternehmen in Bremen und Bremerhaven weiterhin ein attraktives Angebot an Konzerten, Events und Kongressen anbieten kann. Dazu planen wir eine Reihe von Maßnahmen.

Wichtig ist uns die Sicherung der **Livemusik-Infrastruktur** und die strukturelle Absicherung von Livemusik-Spielstätten durch eine strukturelle Förderung für kleine und mittelgroße Spielstätten, Die Finanzierung baulicher und technischer Investitionen sowie zur Deckung von Produktionskosten förderfähiger Kulturveranstaltungen („Bremer Spielstätten Etat“) und die Verstetigung der Programmförderung (Bremer Bühnenprogramm).

Die **Programmförderung** werden wir als eigenen Haushaltstitel absichern. Wir werden den Clubkulturtopf beim Senator für Kultur aufstocken. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass relevante Förderprogramme fortgeführt werden, wie der LiveMusicFund.

Wir werden auch darüber nachdenken, wie wir den Bestand an **Clubs und Event-Einrichtungen** halten und ausbauen können, weil wir die Nachtkultur als existenziell für den Fachkräfte- und Innovationsstandort ansehen. Dazu werden wir Konzepte wie in Groningen prüfen, wo eine kulturelle Förderung möglich ist. Auch Konzepte der Umverteilung von großen Veranstaltungsorten zu kleinen wie den Hamburger „Clubeuro“ werden wir hinsichtlich einer Übertragbarkeit nach Bremen und Bremerhaven prüfen.

Wir werden ergänzend Stipendien- bzw. Förderprogramm für **Nachhaltigkeitsprojekte** in Clubs und Spielstätten entwickeln, orientiert an bestehenden Modellen aus Hamburg und Köln, um soziale Verantwortung und ökologische Transformation gezielt zu stärken.

Darüber hinaus setzen wir uns für die Weiterentwicklung des **Kulturflächenkatasters** ein, um Kulturrorte konsequent erfassen zu können und Nutzungskonflikten vorzubeugen.

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass ein angemessener Anteil der **Flächen** auch für kulturelle Nutzung zur Verfügung steht. Mit starker Eigeninitiative getragene Projekte wie das Irgendwo und der Güterbahnhof wurden vom Senat langfristig abgesichert.

Die unter linker Verantwortung entstandene **Awareness-Teams** im Viertel werden wir auf andere Stadtteile ausweiten.

In diesem Zusammenhang werden wir auch die Subventionierung von sogenannten „**Frauen- Taxis**“ sicherstellen.

Wir werden eine Nachtökonomische/nachtkulturelle Studie umsetzen, die eine fundierte Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen, Bedarfe und Herausforderungen liefern und darauf aufbauend konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeigen soll.

3.13 Medien

Die Linke steht für einen starken **öffentlichen Rundfunk**, der unabhängige, regionale und kritische Berichterstattung garantiert. Radio Bremen ist als eigenständige Sendeanstalt für uns ein unverzichtbarer Bestandteil der ARD, die wir stärken wollen.

Die **Pressevielfalt** im Land Bremen hat zuletzt aus kapitalistischen Konzentrations- und Marktgründen eher abgenommen. Diese Entwicklung wollen wir bekämpfen.

Wir kämpfen gegen die digitalen **Tech-Konzerne**, die die Medienplattformen weitgehend monopolisiert haben, kaum Steuern zahlen, die Meinungsfreiheit einschränken, das Urheberrecht brechen und Hatespeech unterstützen oder offensichtlichen Faschisten gehören. Das neu geschaffene EU-Recht muss endlich konsequent angewendet und die finanziellen Strafmaße ausgeschöpft werden.

Durch die **Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks** wird es in den kommenden Jahren zu wesentlichen Veränderungen beim Programm und Senderstrukturen kommen. Viele Inhalte werden nur noch digital über das Internet und Plattformen abzurufen sein. Uns ist wichtig, dass ein sozial-verträglicher Umstieg bei der Abschaltung von Radio-Frequenzen gesichert wird. Die barrierefreie, internetunabhängige und katastrophenresiliente Empfangbarkeit von öffentlich-rechtlichen Angeboten ist abzusichern.

Insgesamt darf die Reduktion von Programmen nicht dazu führen, dass Inhalte komplett wegfallen oder Zielgruppen nicht mehr angesprochen werden. Insbesondere das in der Migrationsgesellschaft wichtige „**Radio Cosmo**“ muss mindestens digital weitergeführt werden. Wir wollen Phoenix in einen echten öffentlich-rechtlichen Nachrichtensender mit 24/7 Nachrichtenberichterstattung umwandeln. In Kindheit und Jugend werden Hör- und Sehgewohnheiten sowie Nutzungsmuster ausgeprägt. Deshalb müssen die öffentlich-rechtlichen Sender ihre Angebote für Kinder und Jugendliche wesentlich ausbauen.

Die Linke steht zum Verfahren der Beitragsermittlung über eine unabhängige Kommission, um eine bedarfsgerechte Finanzierung und Absicherung des Programms zu gewährleisten. Stärken möchten wir den **öffentlich-rechtlichen Rundfunk** als nichtkommerziellen, werbefreien Anbieter. Steigende Rundfunkbeiträge sehen wir aus sozialen Gründen kritisch - unterstützen aber den vollen Programmauftrag von Radio Bremen. Die Befreiungskosten sollen in Zukunft vom Sozialleistungsträger übernommen werden. Die Ausgaben für die Sportrechte sind zu senken, Verträge mit korrupten Organisationen wie die FIFA müssen verboten werden. Die Anzahl übertariflich bezahlter Beschäftigter im nicht-redaktionellen Bereich wollen wir zu Gunsten der Redakteur*innen reduzieren. All diese Maßnahmen würden einen erheblichen Spielraum zur **Stabilisierung des Beitrages** über mehrere Beitragsperioden ermöglichen. Die Reformen des Medienstaatsvertrags haben in den letzten Jahren jedoch auch dazu geführt, dass feste Stellen abgebaut wurden und Arbeit an sogenannte feste Freie oder externe Firmen außerhalb des üblichen Tarifvertrags ausgelagert wurden. Diese Tendenz muss umgekehrt werden, gute und sichere Arbeitsverhältnisse sollen auch bei Radio Bremen die Regel sein. Die Rechte des Personalrates wollen wir stärken.

Die staatsferne Gestaltung der **Aufsicht und Organisation** der Rundfunk- und Landesmedienanstalten ist wichtig. Wir wollen die Fortbildungsangebote für die Mitglieder der Aufsichtsgremien stärken und unterstützen die starke Stellung der Bremer Anstalten im föderalen System und gegenüber dem Bund.

Die **Bremische Landesmedienanstalt** (brema) leistet sehr wichtige Arbeit bei der Aufsicht über den privaten Rundfunk, Streamingdienste und bei der Plattform-Regulierung. Insbesondere bei der Aufsicht über soziale Medien hat sie neue Aufgaben von der EU übertragen bekommen. Um diese angemessen ausführen zu können, muss sie auskömmlich ausfinanziert werden. Darüber hinaus leistet die brema einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der Medienkompetenz in allen Altersgruppen, der Barrierefreiheit und zur Diversity in den Medien. Hier muss sie ihr Angebot ausbauen können. Die wichtigen Angebote der Bürgermedien wollen wir als eigenständiges Bremer Programm erhalten.

Wir werden das **Förderprogramm für Zeitungsabos** auf den schulischen Tablets fortführen.

3.14 Inneres

Die Linke Bremen steht für einen breiter gefasste Sicherheitspolitik, die soziale Bedingungen und Hintergründe von Straftaten mitbetrachtet, um Kriminalität als Ganzes vorzubeugen und zu reduzieren. Prävention von Straftaten ist uns ebenso so wichtig, wie gute Arbeitsbedingungen und Ausstattung bei Polizei, Feuerwehr und Bürgerservice. Ein **sicheres Umfeld** gehört für uns zu **einer lebenswerten Stadt** dazu - in allen Quartieren und für alle **Menschen, unabhängig ihres Einkommens**.

Im langjährigen Vergleich sind Bremen und Bremerhaven gemessen an der Bevölkerung und den Straftaten pro Polizist*in sicherer geworden. Der erhebliche Aufwuchs der Ausbildungsjahrgänge bei der Polizei trägt dazu bei, zeitnah die Zielzahl im Polizeivollzug von 3100 Stellen in Bremen und 580 in Bremerhaven zu erreichen (2016 lagen die Zielzahlen noch um etwa 20 Prozent niedriger). Mit Erreichen dieser Zielzahl wollen wir das **Stellenniveau halten und sichern**, aber nicht noch weiter pauschal anheben.

Gleichzeitig haben sich aber qualitativ und zahlenmäßig **Verschiebungen bei der Kriminalität** ergeben: Die Zahl der ermittelten Sexualstraftaten steigt stark, auch (vorwiegend männliche) Beziehungsgewalt nimmt zu. Die Polizei wird von der Politik als Scheinlösung für Versäumnisse in anderen Bereichen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft missbraucht. Die Probleme bleiben, Zwangsmaßnahmen und Repression nehmen zu.

Dazu zählen wir Zwangsräumungen von Wohnungen, die vermieden werden müssen, die strafrechtliche Verfolgung von Fahren ohne Fahrschein, Verdrängung von Drogennutzer*innen aus dem öffentlichen Raum, aber auch unangebrachte Großeinsätze bei Versammlungen und der Begleitung von Fußballspielen.

Deshalb ist uns ein ganzheitlicher Ansatz bei der Betrachtung von gefühlter und erfasster Sicherheit wichtig. Wir wollen eine bürgernahe, modern ausgestattete Polizei. Es kann beispielsweise nicht sein, dass verschiedene Wachen noch immer kein funktionierendes WLAN haben. Wir wollen aber keine flächendeckende Einführung neuer **Waffensysteme wie dem Taser**, der stattdessen nur besonders geschulten Einheiten vorbehalten bleiben soll. Denn diese Elektroimpulsgeräte sind extreme Gewaltmittel und nachweislich in bestimmten Konstellationen todbringende Waffen.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass Verdrängungsmaßnahmen gegen obdachlose und andere Menschen an einem Ort regelmäßig zu Folgeeffekten in anderen Straßen führen. Auch die Ausweitung von polizeilicher **Videoüberwachung** an Orten wie dem Viertel sehen wir deshalb kritisch und fordern eine belastbare Evaluation der befristeten Maßnahme vor dem Hintergrund des Eingriffs in den Datenschutz und den offensichtlichen Verdrängungseffekten. Diese Art der Kontrolle bietet niemandem Sicherheit.

Den Einsatz von KI-gestützten Überwachungssystemen insbesondere auf Plattformen von Unternehmen wie Palantir lehnen wir strikt ab. Das gleiche gilt für **verdachtsunabhängige Personenkontrollen** anhand des Aussehens (Racial Profiling), hier wollen wir die Kontrollquittungen obligatorisch machen. Das sogenannte Bettelverbot hat ebenfalls nur Verdrängung begünstigt und soll aufgehoben werden.

Quellen-TKÜ und Staatstrojaner und vergleichbare Instrumente gefährden nachhaltig die Integrität und Sicherheit von IT-Systemen und damit der gesamten Bevölkerung. Der Staat muss solche Sicherheitslücken schließen und nicht fördern, deshalb werden wir solche Instrumente weiterhin nicht einführen und auch im Bundesrat gegen die Überwachung unserer Leben vorgehen. Auch die Vorratsdatenspeicherung, die das Kommunikationsverhalten der gesamten Bevölkerung erfasst,

haben wir stets abgelehnt und damit Grundrechte der Entfaltung der Persönlichkeit und des Berufsgeheimnisschutzes geschützt.

Im Bereich der **Organisierten Kriminalität** wollen wir die Wirtschafts- und Finanzermittlung und Vermögensabschöpfung konsequent ausweiten.

Den Einsatz gegen Organisierte Kriminalität im Bereich **Drogenhandel, Menschenhandel und Gewalt** betreiben wir aus der Perspektive der Verletzbarsten: Die Notlage von illegalisierten Migrant*innen, Drogenabhängigen, illegalisierten Opfer von Menschenhandel, jungen Menschen mit schlechten Zukunftschancen und anderen vulnerablen Personengruppen wird von kriminellen Netzwerken ausgenutzt, um auf brutalste Art und Weise Profit aus ihnen zu schlagen. Deshalb darf die Antwort auf diese Form der Organisierten Kriminalität sich nicht darin erschöpfen, öffentlichkeitswirksame Razzien durchzuführen, sondern muss als Erstes darauf abzielen, Menschen aus der Abhängigkeit von Netzwerken der organisierten Kriminalität zu befreien bzw. dafür zu sorgen, dass sie ihnen nicht in die Arme getrieben werden: durch Legalisierung von Aufenthalten, Existenzsicherung und langfristige Unterstützung bei Problemen. Netzwerke der Organisierten Kriminalität müssen konsequent aufgedeckt, entmachtet und strafrechtlich verfolgt werden - im Sinne derjenigen, die unter ihnen am meisten leiden. Wir widersprechen Sicherheitspolitik, die den Kampf gegen Organisierte Kriminalität auf rassistisch aufgeladene „Law-and Order“-Parolen verkürzt und ganze Communities unter Generalverdacht stellt.

Die Polizei im Land Bremen soll bürgernah und gut erreichbar sein. Dazu gehöre aus Linker Sicht auch gute **Arbeitsbedingungen**: Die Zahl der Überstunden muss abgebaut oder ausbezahlt werden, freie Wochenenden sollen im Schichtplan auch tatsächlich realisierbar sein.

Die unabhängige **Polizei- und Feuerwehrbeauftragte** hat sich bewährt und wird personell von uns gestärkt werden. Hierhin können sich Bürger*innen und Beschäftigte mit Kritik und Anregungen wenden. Die Stelle soll sich auf diese beiden Kerninstitutionen der Exekutive konzentrieren können, wir wollen sie nicht mit weiteren, fachfremden Aufgaben versehen. Den Reformprozess bei der Feuerwehr wollen wir konsequent fortführen und die Empfehlungen der Landesfeuerwehrbeauftragten umsetzen. Die begonnene Modernisierung von Wachen und Fuhrpark bei Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren ist wichtig und soll fortgesetzt werden. Die wichtige Verbandsarbeit der Jugendfeuerwehr wollen wir stärken.

Zugewanderte sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung häufiger jung, männlich, arm, arbeitslos, befinden sich öfter in ungesicherten oder prekären Aufenthalts-, Lebens- und Arbeitsverhältnissen und waren häufiger von Gewalt und traumatischen Erfahrungen betroffen. Sie sind daher überdurchschnittlich oft Opfer von Kriminalität und werden auch überdurchschnittlich häufig straffällig. Das stellt höhere Anforderungen an Prävention, aber auch an die Kapazitäten von Strafverfolgung und Rechtswesen. Wir stellen uns entschieden **gegen alle Versuche, diesen Zusammenhang rassistisch zu wenden**, und setzen uns stattdessen dafür ein, die Bedingungen zu verbessern und die nötigen öffentlichen Kapazitäten auszubauen. Wir wollen weg von ungesicherten aufenthaltsrechtlichen Verhältnissen, von der Unterbringung in Massenunterkünften und vom Ausschluss von Arbeitsmöglichkeiten. Wir wollen, dass Straffälle zügig bearbeitet werden und wir wollen, dass alle zuständigen öffentlichen Institutionen zugewanderungssensibel aufgestellt werden.

Die **Versammlungsfreiheit** haben wir durch ein Landesgesetz gestärkt, hiermit werden demokratische Teilhabe und Meinungsfreiheit gestärkt. Wir werden sicherstellen, dass das Gesetz in der Praxis gut umgesetzt wird.

Den **Inlandsgeheimdienst** Verfassungsschutz sieht Die Linke kritisch und lehnt eine Ausweitung der Kompetenzen und Befugnisse ab. Den Einsatz von V-Leuten wollen wir grundsätzlich beenden, haben

ihn in der vergangenen Legislatur bereits strikter geregelt und die parlamentarische und richterliche Kontrolle über den Geheimdienst ausgeweitet. Die Trennung von Polizei und Geheimdienst muss unbedingt aufrecht erhalten bleiben.

Wir setzen uns für ein **AfD-Verbotsverfahren** vor dem Bundesverfassungsgericht ein. Mitgliedern dieser Partei müssen kurzfristig sämtliche Waffenscheine entzogen werden. Bremen muss sich auch stärker für ein Verbot der Grauen Wölfe auf Bundesebene und den lokalen Vereinigungen einsetzen.

Das **Waffenrecht** wollen wir verschärfen und die Aufbewahrung von Waffen in Privathaushalten engmaschiger kontrollieren.

Im Bereich des Katastrophenschutzes müssen insbesondere vor dem Hintergrund der **Klimakrise und Extremwetterereignissen** Strukturen und Prozesse stetig überprüft und angepasst werden. Hier wollen wir auch den Bund finanziell stärker in die Pflicht nehmen.

Der **Bürgerservice, das Standesamt und das Migrationsamt** sind wichtige bürgernahe Dienstleister. Sie sollen von der Personaleinsparung ausgenommen werden. Wir setzen uns für ein Migrationsamt ein, dass wieder für die Menschen erreichbar ist und seine Grundaufgaben zuverlässig erfüllt.

Der **ruhende Verkehr** soll stärker als bislang vom Ordnungsamt kontrolliert werden, insbesondere in Straßen, wo Falschparken die Barrierefreiheit und die Durchfahrt von Löschfahrzeugen gefährdet.

3.15 Justiz

Wir stehen für einen starken, demokratischen und widerstandsfähigen Rechtsstaat, der Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde schützt. Gerade in Zeiten des Rechtsrucks verteidigen wir den Rechtsstaat – mit rechtsstaatlichen Mitteln statt autoritären Antworten. Dafür müssen Justiz und Strafvollzug, sowie die Straffälligenhilfe mit den notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden. Ziel ist eine Resozialisierung Straffälliger, ein menschenwürdiger Strafvollzug und der Ausbau der Straffälligenhilfe. Rechtsanwält*innen müssen bei der Ausübung ihres Berufs vor Einschüchterung und Behinderung geschützt werden, und es muss eine niedrigschwellige Mandatierung für Rechtsschutzsuchende gewährleistet sein.

Justiz besser ausstatten: für schnellere Verfahren und zusätzliche Schwerpunkte auf geschlechtsspezifischer Gewalt und Wirtschaftskriminalität

Überlange Gerichtsverfahren schaden dem Vertrauen in den Rechtsstaat und damit auch dem Rechtsfrieden. Wir fordern daher die **kontinuierliche Aufstockung des Gerichtspersonals** in sämtlichen Dienstgruppen. Das Ziel ist eine mindestens dem geltenden Personalbedarfsbemessungssystem PEBB§Y100 entsprechende Personalausstattung. Zentrales Steuerungsinstrument für die Personalgewinnung und -bindung ist unter anderem eine faire Besoldung, die nicht niedriger als im Land Niedersachsen ausfallen darf. Darüber hinaus wollen wir die Gründe für das Ausscheiden aus der Bremischen Justiz statistisch erfassen, um so noch zielgerichteter gegensteuern zu können.

Eine fortschreitende Digitalisierung der Justiz trägt zur Beschleunigung der Gerichtsverfahren und zu einer Entlastung der Gerichte bei. Wir werden auf Bundesebene auf eine Vereinheitlichung und einen Ausbau der **IT-Strukturen** hinwirken, die den Bedürfnissen einer modernen Justiz gerecht werden.

Bei der Staatsanwaltschaft wollen wir ein Schwerpunktdezernats zur Verfolgung von **geschlechtspezifische und queerfeindlicher Gewalt** einrichten. Richter*innen und Staatsanwält*innen wollen wir zu regelmäßigen Fortbildungen im Umgang mit Geschädigten und Zeug*innen insbesondere im Bereich sexualisierter Gewalt verpflichten. Darüber hinaus wollen wir prüfen, inwiefern die Erreichbarkeit der Justiz für Nachfragen von Betroffenen optimiert werden kann.

Bremen muss mit der ganzen Härte des Rechtsstaats gegen diejenigen vorgehen, die durch Steuerhinterziehung und Geldwäsche die Allgemeinheit schädigen. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer wollen daher wir eine gemeinsame **Ermittlungsgruppe „Wirtschafts- und Finanzkriminalität“** einrichten. Diese Ermittlungsgruppe muss mit dem benötigten Personal ausgestattet werden und soll auch moderne Mittel zur Verfolgung von Wirtschaftskriminellen wie bspw. die Unternehmensdatenbank ORBIS nutzen können.

Aus- und Fortbildung stärken und Sexualstrafrecht als verpflichtenden Inhalt ins Examen

Die Ausbildung der Referendar*innen bedarf einer Professionalisierung und Vereinheitlichung mit den Ländern des Gemeinsamen Prüfungsamts (Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein). Zu diesem Zweck soll u.a. die Ausbildung bei den Arbeitskraftanteilen der Dezernent*innen berücksichtigt werden. Darüber hinaus setzen wir uns für mehr Fortbildungsangebote für die mit der Ausbildung befassten Personen, sowie in allen drei Ländern standardisierte Ausbildungsmaterialien ein.

Delikte gegen die **sexuelle Selbstbestimmung** müssen in den verpflichtenden Prüfungsstoff des juristischen Examens aufgenommen werden.

Rechtsstaat verteidigen!

Der demokratische Rechtsstaat steht aktuell durch rechts-autoritäre Tendenzen stark **unter Druck**. Dass die Verfassungsschutzämter und Staatsanwaltschaften anderer Bundesländer in der Zukunft womöglich von Rechtsextremen geleitet werden könnten, stellt aus unserer Sicht eine ernstzunehmende Bedrohung dar. Wir wollen daher sicherstellen, dass ein kritischer Umgang mit den Erkenntnissen dieser Behörden vonseiten der Bremer Justiz stattfindet.

Eine Ausweitung der Befugnisse des **Verfassungsschutzes** durch den Bund und auf Landesebene lehnen wir entschieden ab.

Wir verteidigen die freie Advokatur gegenüber geplanten Einschränkungen der StPO. Anwält*innen spielen eine besonders wichtige Rolle in autoritären Zeiten. Sie sind diejenigen die stets für die Einhaltung von rechtsstaatlichen Grundsätzen vor Gericht kämpfen und somit den Rechtsstaat verteidigen.

Fahren ohne Fahrschein dauerhaft entkriminalisieren und Resozialisierungschancen Inhaftierter verbessern

Ersatzfreiheitsstrafen in Fällen, wo Menschen in der JVA landen, weil Geldstrafen nicht gezahlt werden, sind unsozial und kosten die öffentliche Hand Unsummen. Diese können etwa durch gemeinnützige Arbeit ersetzt werden. Daher wollen wir Haftvermeidungsprojekte in Bremen ausbauen.

Wir fordern die dauerhafte **Entkriminalisierung des "Schwarzfahrens"**. Als Linke haben wir dafür gesorgt, dass die BSAG als kommunaler Verkehrsbetrieb bis Ende 2027 keine Strafanzeigen wegen Fahrens ohne gültigen Fahrschein mehr stellt. BremerhavenBus stellt schon länger keine Strafanträge mehr, sondern erhebt ausschließlich das erhöhte Beförderungsentgelt. Dadurch konnten unnötige Ersatzfreiheitsstrafen für zahlungsunfähige Personen vermieden und Steuergelder gespart werden. An diesen Erfolg wollen wir anknüpfen und Fahren ohne Fahrschein in Bremen und im Bund dauerhaft entkriminalisieren.

Wir werden die Möglichkeiten für **Ausbildung und Erlangung von Schulabschlüssen in den Gefängnissen** ausweiten. Die Löhne von arbeitenden Inhaftierten wollen wir schrittweise auf Mindestlohn-Niveau anheben. Sie sollen außerdem Rentenpunkte erhalten. Aus einer Zeit im Gefängnis entstehen immer wieder Überschuldungsproblematiken bei den Krankenversicherungen. Dieses Problem kann durch eine noch in der Haft stattfindende, unbürokratische Beratung gelöst werden und leistet einen weiteren Beitrag zur Vermeidung von Rückfällen in die Straffälligkeit.

Einen besonderen Unterstützungsbedarf haben außerdem **psychisch- und suchtkranke Inhaftierte**, hier sind weitere Substitutionsprogramme und psychotherapeutische Hilfe wichtig.

Die Arbeit im Gefängnis ist ein verantwortungsvoller Beruf. Die Personalentwicklung und Zulagen für **Vollzugsbedienstete der JVA Bremen** müssen im Ländervergleich wettbewerbsfähig sein. Außerdem wollen wir die freie Heilfürsorge wie bei Polizei und Feuerwehr auch für Vollzugsbedienstete einführen. Die Sanierung der **JVA Oslebshausen** soll zügig abgeschlossen werden. Eine Verlegung des Jugendstrafvollzugs nach Niedersachsen aus finanziellen Gründen lehnen wir ab, da dies mit einer deutlich schlechteren Erreichbarkeit für Jugend- und Straffälligenhilfeträger, Familienangehörige und Anwält*innen einhergehen würde. Dies hätte negative Folgen für die Resozialisierung jugendlicher Inhaftierter, was im Ergebnis zu deutlich höheren Kosten führen würde.

3.16 Antifaschismus und Erinnerungskultur

Antifaschismus – solidarisch gegen rechts

Als antifaschistische Partei stehen wir für ein solidarisches Miteinander gegen den Rechts-Ruck. Wir nehmen nicht hin, dass inzwischen in vielen Teilen der Gesellschaft rechte Positionen geteilt und verbreitet werden, dass viele Menschen Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder sexuellen Orientierung machen und dass verbale, mediale und physische Gewalt immer mehr zunehmen. Der Spaltung von rechts setzen wir **solidarisches Handeln von links** entgegen. Wir widersprechen laut, wo wir Diskriminierung erleben, unterstützen die Opfer rechter Gewalt und tun dies gemeinsam mit der kritischen Zivilgesellschaft in unseren beiden Städten.

Antifaschistischen Protest in der Öffentlichkeit unterstützen wir wo immer möglich. Protest am rechten Info-Stand, Sitzblockade gegen den Nazi-Aufmarsch, antifaschistische Recherchearbeit und die Beratung von Betroffenen rechter Gewalt oder Diskriminierung sind wichtige Bausteine einer antifaschistischen Praxis, deren Teil wir sind. Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren und sind solidarisch mit antifaschistischen Gruppen, die aufgrund ihres Engagements vom Verfassungsschutz beobachtet oder anderweitig kriminalisiert werden.

Diese Grundhaltung prägt auch unsere Parlamentsarbeit. Wir werden weiterhin keine Abgeordneten extrem rechter Parteien in Ämter oder zu Ausschussvorsitzenden wählen sowie keinen rechten Anträgen zustimmen. Im Parlament versuchen wir, mit allen anderen demokratischen Parteien ein gemeinsames Vorgehen gegen rechts zu organisieren, um die Aufmerksamkeit für ihre Positionen so gering wie möglich zu halten. Ein auf wissenschaftlichen Grundlagen und öffentlichen Quellen durchgeführtes **Verbotsverfahren gegen die AfD** halten wir dringend für erforderlich und werden dies weiterhin mit allen parlamentarischen Mitteln vorantreiben.

Stärkung der Zivilgesellschaft

Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen von Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung stellen. Diese Initiativen stehen aktuell unter massivem Druck von rechts. Angestachelt von der AfD hat sich die CDU in einen Kulturkampf gegen Beratungsstellen, Vereine, Buchläden, Cafes und Jugendeinrichtungen aufgemacht - sobald sie ihnen nicht rechts genug sind. Eine starke Zivilgesellschaft ist aber ein unverzichtbarer Bestandteil, um demokratische Strukturen vor Ort aufrechtzuerhalten, Beratung für Opfer rechter Gewalt anzubieten, über Faschismus aufzuklären oder Bildungsarbeit für eine vielfältige Gesellschaft und Stadtkultur zu leisten. Wir akzeptieren die Angriffe auf und die Kürzungen bei diesen wichtigen Projekten und Einrichtungen nicht. Wir kämpfen auf Bundesebene dafür, dass Kürzungen der CDU/SPD-Koalition beim Programm „**Demokratie leben!**“ zurückgenommen werden, damit im gesamten Bundesgebiet weiterhin und konsequent Demokratieförderung betrieben wird. Dies gilt in Bremen beispielsweise für die bundespolitischen Kürzungen bei Projekten des LidiceHauses, aber auch für die Angriffe auf die Mittel des Sielwall-Hauses. Die Durchleuchtung der Zivilgesellschaft durch das Bundes- oder das Landesamt für Verfassungsschutz ist eine politisch gewollte Delegitimierung dieser Projekte und wir lehnen diese Praxis ab. Die **Förderung von Trägern und Zuwendungsempfängern** muss ohne diese rechtsstaatswidrige Prüfung erfolgen.

Wo sich der Bund aus der finanziellen Verantwortung stiehlt, muss die **lokale Infrastruktur** aus dem Landeshaushalt aufgefangen werden. Denn einmal zerstört, lassen sich viele Projekte nicht wiederbeleben. Dies gilt insbesondere für die wichtige Beratung von Opfern rechter Gewalt, die wir konsequent weiterführen müssen.

Die **Landeszentrale für politische Bildung** wollen wir in ihrer Unabhängigkeit stärken und ausbauen. Mit Hilfe eines eigenen Gesetzes soll sie besser verankert und gegen Angriffe von rechts abgesichert werden. Außerdem muss sie mit zusätzlichen Finanzmitteln ausgestattet werden, um ihre Bildungsarbeit auch in die sozialen Medien tragen zu können.

Freie Kulturentfaltung statt staatlicher Gesinnungsprüfung

Uns entsetzt, dass der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien die Kulturförderung des Bundes durch das Bundesamt für Verfassungsschutz überprüfen lässt. Durch dieses aberwitzige Verfahren wurde in Bremen eine linke Buchhandlung von Preisgeldern ausgeschlossen – ohne Begründung und entgegen allen Beschlüssen durch eine unabhängige Jury. Aber auch in Bremen stellen rechte Kräfte von der CDU bis zur AfD einzelne Kulturinitiativen immer wieder an den Pranger, wenn diese politisch unbequem werden. Diese **Eingriffe der Politik in die Freiheit der Kunst** lehnen wir entschieden ab. Wir stehen weiterhin für die Unabhängigkeit der Kulturförderung und der öffentlichen Kulturbetriebe. Auf Bundesebene werden wir den Druck auf den Bundesbeauftragten erhöhen, damit dieser wieder zu einer Vergabep Praxis mit wirklich unabhängigen Juries zurückkehrt. Das sog. Haber-Verfahren wollen wir abschaffen.

Schulen und Hochschulen als Einrichtungen kritischer Bildungsarbeit fördern

Schulen und Hochschulen haben die Aufgabe, demokratische Werte zu vermitteln, Diskriminierung entgegenzutreten und junge Menschen zur aktiven Teilhabe in der Gesellschaft zu befähigen. Daher können sie gegenüber rechtsextremen Parteien gar nicht neutral agieren, sondern sind verpflichtet, der wiedererstarkenden Demokratiefeindlichkeit aktiv entgegenzutreten. Wir möchten das demokratische Bewusstsein an diesen Institutionen stärken und Lehrkräfte und Dozierenden Mut machen, für demokratische Werte aktiv Partei zu ergreifen. Wenn diese für ihr **demokratisches Engagement** angegriffen werden, unterstützen wir sie bei der Wahrnehmung ihres politischen Auftrags.

Insgesamt müssen Schulen als Ort politischer Bildung gestärkt werden. Hierzu wollen wir **Erziehung zur Demokratie** als Querschnittsaufgabe für alle Lehrkräfte in der Lehramtsausbildung verankern, die Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Anbietern politischer Bildung stärken und garantieren, dass an allen Schulen Politik bzw. Gesellschaftskunde in vollem vorgesehen Stundenumfang erteilt wird.

Gegen das Vergessen

Seit dem 19. Jahrhundert haben sich in Deutschland Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus immer zügelloser Bahn gebrochen. Im Rahmen der kolonialen Herrschaft verübten von 1904 bis 1908 deutsche Truppen den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts an den Herero und Nama in Namibia. Aber auch auf dem Gebiet des heutigen Tansania oder China war Deutschland aktiv an massiven kolonialen Verbrechen beteiligt.

Tiefpunkt der deutschen Geschichte waren die **Nationalsozialistische Herrschaft** und der zweite Weltkrieg. Während dieser Zeit hat sich Deutschland der Shoah, also dem geplanten und mit industrieller Präzision ausgeführten Genozid an Jüdinnen*Juden, schuldig gemacht, ebenfalls an Sinti und Roma einen Völkermord verübt und in Osteuropa einen brutalen Vernichtungskrieg geführt. Politische Gegner*innen, queere Menschen, Behinderte und als „asozial“ markierte Personen wurden verfolgt und ermordet.

All diese Verbrechen mahnen uns bis heute, die Opfer dieser Gewalt nicht zu vergessen, sich aktiv dem Wiedererstarken des Faschismus entgegensustellen und Rassismus sowie Antisemitismus in all

seinen Formen zu bekämpfen. Deswegen unterstützen wir lokale Akteur*innen, die den verschiedenen historischen Ereignissen in ihrer jeweiligen Eigenheit gedenken und die **Erinnerung** an die verschiedenen Abschnitte deutscher Geschichte lebendig halten.

Wir beteiligen uns aktiv am neugebildeten Beirat Dekolonisierung und teilen dessen Bestrebungen, **koloniale Spuren in der Stadt** sichtbar zu machen und das Thema koloniale Geschichte stärker im Schulunterricht zu berücksichtigen. Neubenennungen von Straßen und Plätzen sollen insbesondere antikoloniale Widerstandskämpfer*innen ehren. Wir unterstützen Initiativen in den Stadtteilen, Straßen umzubenennen, deren Namen einen kolonialen Bezug haben. Das Verfahren zur Umbenennung von Straßen wollen wir vereinfachen und eine verbindliche Regelung für Anwohnende einführen, wie die durch eine Umbenennung entstehenden Kosten von der Kommune übernommen werden können. Außerdem befürworten wir ergänzende erinnerungspolitische und kolonialismuskritische Kontextualisierungen vor Ort.

Mit dem Denkort Bunker Valentin hat das Land Bremen inzwischen einen zentralen Gedenkort an die Opfer des Nationalsozialismus, dessen Arbeit wir weiterentwickeln wollen. Den Ausbau des Denkkorts mit einem neuen Veranstaltungsraum unterstützen wir. Wir wollen aber auch an weiteren Orten in der Stadt Bremen dem **Gedenken an den Nationalsozialismus** einen Raum geben. Hierzu gehört für uns das ehemalige Foltergefängnis der Gestapo in der Ostertorwache, das dauerhaft der Öffentlichkeit als Gedenkstätte zugänglich gemacht werden muss. Sowohl an der Reitbrake als auch auf dem Osterholzer Friedhof wollen wir ein Gedenken an die Opfer von Zwangsarbeit ermöglichen und hierzu ein gemeinsames Gedenkkonzept erarbeiten. Zur Pflege antifaschistischer Erinnerungspolitik gehört für uns auch die Beteiligung am Gedenken an die Bremer Räterepublik.

Es gibt in Bremen viele kleine ehrenamtliche Initiativen, die mit Hinweistafeln, Stolpersteinen und ähnlichem in den Stadtteilen ein Gedenken ermöglichen wollen. Damit solche Initiativen nicht an kleinen finanziellen Summen scheitern, etablieren wir eine **Mikroförderung für Erinnerungskultur** im Kulturhaushalt.

4 Transformation sozial gestalten

4.1 Wirtschaft

Die Bundesregierung sagt den Menschen: Beschäftigtenrechte müssen eingeschränkt werden, Löhne gesenkt werden, gesetzliche Auflagen für Unternehmen müssen wegfallen, damit die Wirtschaft wächst.

Das Bundesland Bremen ist der klare Gegenbeweis. Bremen hat zwischen 2021 und 2026 das zweitstärkste Wirtschaftswachstum von allen Bundesländern, nur Berlin lag darüber. Und das, obwohl es hier den höchsten Landesmindestlohn gibt, die strengsten Regelungen zur Tariftreue, Klimaauflagen für Gewerbegebiete, und einen solidarischen Landesausbildungsfonds, in den vor allem die Großbetriebe einzahlen.

Wirtschaft funktioniert nämlich **nicht ohne Beschäftigte**. Wenn die Beschäftigten gut abgesichert sind, sich qualifizieren können, mitbestimmen können, dann funktioniert die Wirtschaft besser. Zudem hat die rot-grün-rote Landesregierung in der Krise auch in Zukunftsumbau und Klimaneutralität investiert, was sich auszahlt. Und vor allem wir als Linke stehen **für ein weltoffenes Bremen und Bremerhaven** mit einer humanen und liberalen Zuwanderungspolitik und dafür, dass die Interessen von Auszubildenden, Studierenden, jungen Kreativen und jungen Gründer*innen immer mitgedacht werden. Deshalb ist das Bundesland jünger, migrantischer und wächst schneller als alle anderen. Allein darauf geht ein erheblicher Teil des Wirtschaftswachstums direkt zurück.

Aber wir haben auch harte Grenzen erfahren müssen. Trotz der Bereitstellung von mehr als einer Milliarde Euro an Fördergeldern (darunter 250 Millionen Euro an Landesmitteln) hat **ArcelorMittal** sich gegen die Anschaffung einer wasserstoffbetriebenen Direktreduktionsanlage entschieden, mit der CO₂-neutraler "grüner Stahl" hergestellt werden kann. Das gefährdet die Zukunft der Primärstahlerzeugung in Bremen und die damit verbundenen Arbeitsplätze. Die Beschäftigten und die Werksleitung waren für den Umbau – aber die Konzernleitung hat den Prozess abgebrochen. Das ist ein Beispiel, wo kurzsichtiges Profitinteresse auf Kosten von Zukunftsorientierung und Beschäftigungssicherung geht. Kapitalismus nervt, weil sich Eigentum immer wieder gegen Demokratie durchsetzen kann.

Wir erleben eine Zeit tiefgreifender Umbrüche und komplizierter werdender Rahmenbedingungen. US-amerikanische Strafzölle, chinesische Konkurrenz, hohe fossile Energiepreise in Deutschland und die kurzfristigen Renditeerwartungen von Kapitaleigentümer*innen machen vielen Industriebranchen schwer zu schaffen und gefährden Arbeitsplätze. Gleichzeitig breitet sich Künstliche Intelligenz immer schneller in nahezu allen Wirtschaftszweigen aus und führt bereits jetzt zu massiven Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt. Dabei gerät zunehmend aus dem Fokus, dass die Verpflichtung, die Wirtschaft klimaneutral umzubauen, so dringend ist wie nie zuvor. Klar ist: Fossile Geschäftsmodelle haben keine Zukunft, weder beim Stahl noch in der Automobilindustrie. Die Industrie der Zukunft ist klimaneutral oder sie ist Geschichte.

Acht Jahre von der Linken verantwortete Wirtschaftspolitik für Bremen und Bremerhaven können sich sehen lassen.

In der Hafenwirtschaft und der Raumfahrt haben wir unserem Bundesland bundesweit die nötige Sichtbarkeit verschafft, um öffentliche und private Investitionsmittel in Milliardenhöhe nach Bremen und Bremerhaven zu lenken. Diese werden Tausende gut bezahlter Arbeitsplätze sichern und enorme Wertschöpfungseffekte generieren. Unter schwierigen finanziellen Bedingungen ist es uns gelungen,

zentrale Infrastrukturvorhaben in den Häfen umzusetzen. Auch die Dekarbonisierung der Hafenwirtschaft treiben wir voran.

Wir haben uns erfolgreich für den Anschluss Bremens und Bremerhavens an das Wasserstoffkernnetz eingesetzt, haben 24 Millionen Euro Fördergelder für den Aufbau weiterer Wasserstoff-Forschungsinfrastruktur in Bremerhaven und 9 Millionen Euro für die Etablierung eines „Hydrogen Valleys“ in Bremen eingeworben. Mit einem Landesbürgerschaftsprogramm unterstützen wir außerdem die Bewerbung der Lloyd Werft auf den Bau von Offshore-Konverterplattformen.

Wir haben wichtige Standorte der Kreativwirtschaft wie das "Irgendwo" in der Airport City oder den Güterbahnhof verteidigt und langfristig gesichert. Wir haben die Startup-Förderung gestärkt, insbesondere auch die Beratung für gründende Frauen. Wir haben gemeinsam mit den Koalitionspartnern vereinbart, dass keine Gewerbegebiete mehr "auf die grüne Wiese" gebaut werden, sprich in den Grüngürtel rund um Bremen. Wir machen die bremische Wirtschaft **jünger, moderner und zukunftsorientiert** - mit einer aktiven wirtschaftspolitischen Steuerung.

Industriepolitik

Bremen ist als Wirtschaftsstandort durch eine starke Industrie charakterisiert, Bremerhaven durch den Hafenumschlag. Das soll auch so bleiben. Unser Ziel ist es, dass die für Bremen und Bremerhaven prägenden industriellen Kerne – Automobilproduktion, Stahl, Luft- und Raumfahrt, Nahrungsmittelindustrie, Schiffbau und Hafenumschlag **gut durch die vielfältigen wirtschaftlichen Veränderungsprozesse kommen**, damit Tausende gut bezahlte, mitbestimmte und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Wirtschaftsressort und Senat sind gefordert, weiterhin eine aktive Interessenvertretung für Bremen und Bremerhaven auf überregionaler Ebene zu betreiben, insbesondere gegenüber der Bundesregierung und den Bundesministerien.

Wir unterstützen die Forderungen des **Stahlwerks** nach einer fairen Importpolitik der EU und nach der Einführung Grüner Leitmärkte. ArcelorMittal ist im Gegenzug gefordert, mindestens einen Elektrolichtbogenofen in Bremen zu bauen. Wir sehen zudem Potenzial in der Direktreduktion. Wir wollen, dass dieses Verfahren auch für das Bremer Stahlwerk geprüft wird und werden entsprechende Forschungsvorhaben unterstützen.

Ebenso brauchen **kleine und mittlere Unternehmen** eine aktive Vertretung ihrer Interessen in der Energiepreiskrise und in der anstehenden klimapolitischen Transformation. Wir werden weiterhin auf Bundesebene die notwendige Unterstützung für sie fordern, konkrete Vorschläge einbringen und für gemeinsame Initiativen mit anderen Bundesländern werben.

„ECOMAT Forschungszentrum für ökoefiziente Materialien und Technologien“ werden wir zu einem **„ECOMAT Hydrogen Campus“** weiterentwickeln, um weitere Fortschritte beim CO₂-neutralen Fliegen zu erzielen und den Airbus-Standort mit seinen vielen guten Arbeitsplätzen langfristig abzusichern. Auch in der maritimen Wirtschaft werden wir die Nutzung neuer, klimaneutraler Kraftstoffe weiter vorantreiben, die Schiffsflotte von bremenports erneuern und die Voraussetzungen für die Beibunkerung von Handelsschiffen schaffen, um die ökologische Nachhaltigkeit der bremischen Häfen noch weiter zu steigern.

Wir werden einen **Masterplan „Kreislaufwirtschaft“** entwickeln, der Innovationen, Beschäftigungswachstum und Nachhaltigkeit zusammenbringt. Vor allem im Recycling von Schiffen und Windkraftanlagen sehen wir Potenzial für Bremen und Bremerhaven, das wir heben wollen.

Automobilindustrie

Die deutsche Automobilindustrie steckt in einer tiefen Krise. Der Umstieg auf Elektrofahrzeuge wurde aus kurzfristigem Profitstreben verschlafen und die internationale Konkurrenzsituation hat sich massiv verschärft. Der **Bremer Mercedes-Standort** kam bislang gut durch die Krise, doch das angekündigte konzernweite Sparprogramm sorgt für Verunsicherung bei den Beschäftigten. Diesen Einschüchterungsversuch des Managements kritisieren wir scharf. Wir stehen solidarisch an der Seite der Beschäftigten und werden alles in unserer Macht Stehende tun, damit es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommt. Mercedes ist gefordert, gemeinsam mit dem Betriebsrat und der IG Metall eine tragfähige Perspektive für den Bremer Standort zu entwickeln. Diese muss zwingend eine strategische Personalplanung beinhalten.

Luft- und Raumfahrt

Bremen ist ein bedeutender Luft- und Raumfahrt-Standort, den wir stärken wollen. Mit dem ESA BIC (Gründungszentrum der Europäischen Raumfahrtagentur) haben wir Bremen zu einem **Gründungsstandort** im Bereich Luft- und Raumfahrt entwickeln können. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesrepublik sowohl bei den ESA-Programmen wie auch mit dem nationalen Programm eine führende Rolle spielt. Die Bremer Luft- und Raumfahrtstrategie bietet hier den Handlungsrahmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die deutsche Seite bei **Airbus** ihre Beteiligung am Gesamtkonzern besser organisiert und zielgerichteter einsetzt, um Einfluss auf die Standortstrategie des Konzerns zu nehmen. Es muss sichergestellt werden, dass wesentliche Arbeitspakete mit entsprechender Wertschöpfung für die Entwicklung der neuen Airbus Flieger-Generation am Standort verankert werden.

Der **Flughafen** ist für Bremen unverzichtbar. Der in der letzten Legislatur begonnene Sanierungsprozess BRE:start wird daher konsequent fortgesetzt, um die Leistungsfähigkeit des Bremer Flughafens zu erhalten und langfristig abzusichern.

Mit der **Erschließung des Gebietes Airport Süd** sichern wir die wirtschaftliche Entwicklung der Airportstadt auf viele Jahre ab.

Rüstungsindustrie

Mittlerweile beschäftigen die Bremer Betriebe in diesem Bereich weit über 5.000 Menschen und bieten zumeist sehr gute Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten. Wir wollen diese Beschäftigung in Bremen, aber wir wollen keine Industrie ohne gesellschaftliche Wertschöpfung. Die Wirtschaft muss der Gesellschaft dienen, deswegen werden wir uns weiterhin mit aller Kraft für eine **Übergewinnsteuer** und die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie einsetzen. Wir erkennen die veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen und die Notwendigkeit, Verteidigungsfähigkeit herzustellen, an und betrachten daher die Rüstungsbetriebe als Teil der Wirtschaft in Bremen und zumindest teilweise auch als gesellschaftlich notwendig. Wir werden aber nicht zulassen, dass sich die Bremer Wirtschaftsstruktur **einseitig auf diesen Bereich fokussiert** oder dass andere, zivile Wirtschaftszweige verdrängt werden. Wir werden mit den Unternehmen an Konzepten arbeiten, wie wir perspektivisch eine Sicherung der Wertschöpfung erreichen, wenn der große Boom vorbei sein sollte.

Alternatives Wirtschaften, Gemeinwohlökonomie

In traditionellen Betrachtungen wird der Blick verengt auf Warenexport und Warenproduktion, um Mehrwert zu generieren. Viel wichtiger ist es, Werte zu schaffen, die ein „gutes Leben“ für alle ermöglichen.

Daher bildet die Förderung von alternativen und gemeinwohlorientierten Unternehmensformen einen wichtigen Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik. **Genossenschaften, Social Entrepreneurship, belegschaftsgeführte Betriebe**, gemeinwohlorientierte Unternehmen und Kooperationsformen von Kleinbetrieben erhöhen die Resilienz der Wirtschaftsstruktur und können wichtige Beiträge zu Innovation und Transformation leisten. Schon jetzt spielen diese Betriebe eine wichtige Rolle in der Wirtschaftsstruktur Bremens und Bremerhavens, wie die von uns in Auftrag gegebene Studie „Die Alternativwirtschaft im Land Bremen“ gezeigt hat. Ihre Förderung und Unterstützung müssen daher ein bewusster Teil der zukunftsorientierten Strukturpolitik sein. Wir werden ein Förderprogramm für die Gründung von gewerblichen Genossenschaften auflegen. Wir werden außerdem gezielt Gewerbeflächen und -immobilien für gemeinwohlorientierte Betriebe reservieren und bereitstellen. Dabei werden wir stets gute Arbeitsbedingungen, Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung einfordern.

Um die genossenschaftliche Übernahme von Betrieben zu fördern, werden wir eine entsprechende Beratungsstelle einrichten. Damit wollen wir auch dem Problem entgegenwirken, dass viele Handwerksbetriebe keine Nachfolger*innen finden.

Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, Gründungsförderung

Die Zeiten, in denen Städte allein als „Autostadt“, „Chemiestadt“ oder „Hafenstadt“ überleben konnten, sind vorbei. Attraktive Wirtschaftsstandorte müssen heute vielgestaltige, diversifizierte **Wirtschafts- und Innovationslandschaften** sein, wo technische Innovationen sich branchenübergreifend entwickeln. Wo Produktionsbetriebe mit hoher eigener Entwicklungsleistung koexistieren und vernetzt sind mit einer aktiven Gründer*innen-Szene, wissensbasierten Dienstleistungen und einer innovativen Kreativwirtschaft.

Für Beschäftigungswachstum sorgt inzwischen nicht mehr die Industrie alleine, sondern Sektoren wie die **wissenschaftsintensiven Dienstleistungen oder die Gesundheitswirtschaft**, aber auch die Kreativwirtschaft, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie und die Logistik. Wir wollen diese Branchen aufwerten und haben sie in der vergangenen Legislaturperiode bereits verstärkt zum Gegenstand von Wirtschaftsförderung gemacht.

Typischerweise sind Branchen mit einem hohen Frauenanteil, einem hohen Anteil an migrantischer Beschäftigung und einem hohen Anteil an Jobs auch für Geringqualifizierte diejenigen, deren Beitrag heruntergespielt und deren Potenziale nicht gefördert werden. Das wollen wir ändern, denn das ist auch eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit, der Migrationsgerechtigkeit und der Qualifikationsgerechtigkeit.

Unser Linkes Wirtschaftsressort hat mit dem Programm „SHE STARTS NOW!“ im Starthaus erreicht, dass deutlich mehr Frauen von den Angeboten zur Gründungsberatung profitieren konnten. Das Ziel für die kommende Legislaturperiode ist es, dieses Potenzial in nachhaltig erfolgreiche Gründungen zu überführen.

Wir werden mit gezielten Angeboten den **Anteil migrantischer Gründungen** deutlich erhöhen und regionale Informationszentren aufbauen, damit die Ansprache potenzieller Gründer*innen direkt im

Quartier erfolgen kann. Darüber hinaus wollen wir die erfolgreiche aufsuchende Beratung gezielt auch auf migrantische Gründungen übertragen.

Das **STARTHAUS** hat sich mittlerweile gut positioniert. Gleichwohl haben wir immer noch eine fragmentierte Beratungsstruktur, die wir in der kommenden Legislatur optimieren wollen. Hierzu wollen wir eine neue Netzwerkstruktur aufbauen, in der das STARTHAUS den Schwerpunkt der Finanzierung bedient und das Creative Hub den Schwerpunkt Coaching und Beratung. Die Institutionen sollen zukünftig noch gezielter mit weiteren Akteuren wie BRIDGE für den Universitätsbereich und „Bremen Startups“ als Veranstaltungsplattform kooperieren.

Nach wie vor ist die Bereitstellung von notwendigem Start- und Wachstumskapital neben der Beratung der zentrale Erfolgsfaktor für den Gründungsstandort Bremen. Es bedarf daher neuer Formen der Finanzierung und auch der direkten Zuschussförderung für Start-ups. Insbesondere werden wir auch Investitionsmittel in kleineren Größenordnungen verstärkt anbieten. Wir werden die Beteiligungsprogramme ausbauen und stärken.

Die Anforderungen der Transformation sind für kleine und mittlere Unternehmen eine besondere Herausforderung. Wir werden die Förderprogramme **Digitalisierung für Kleinst- und Kleinbetriebe**, inklusive Handwerk und Einzelhandel, fortsetzen und in einem Mix aus Information, Beratung und Finanzierung begleiten. Wir werden kleine und mittlere Unternehmen verstärkt dabei unterstützen, Fachkräfte-Marketing zu betreiben, ihre Organisationsentwicklung zu modernisieren und gute Arbeit zu ermöglichen. In diesem Kontext sind Tarifverträge ein zentrales Instrument einer modernen Unternehmenskultur, das wir fördern werden.

Innovationsförderung

Die Bedeutung von Innovation als Standortfaktor nimmt in Zeiten der Transformation weiter zu.

Daher ist es entscheidend, bei allen Programmen, die sich mit der wirtschaftlichen Transformation beschäftigen, **Aus- und Weiterbildung konsequent mitzudenken** und eigenständige Maßnahmen sowie Ressourcen dafür vorzusehen. Das haben wir vor Jahren mit dem Bremen-Fonds so gemacht, und das erwarten wir auch von dem Umgang mit den LuKIFG-Mitteln, die dem Land zusätzliche Möglichkeiten für Investitionen bieten, sowie von allen anderen Paketen zur Krisenbewältigung oder Innovationsförderung. Wir erwarten, dass Unternehmen die Qualifizierung von Beschäftigten, die Ausbildung von Nachwuchs und strategische Personalplanung als ihre elementare Aufgabe ansehen. Wir stärken kooperative Ansätze in Zusammenarbeit mit Betrieben, Wissenschaft, Bildung und der öffentlichen Hand.

Wir haben mit der aktuellen **Innovationsstrategie** des Wirtschaftsressorts die richtigen Weichen gestellt. Innovative Maritime Technologien, CO₂-neutrales Fliegen und andere Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien zeigen den Weg in eine klimaneutrale Zukunft. Flankiert wird dies durch die Schlüsseltechnologien im Bereich von Digitalisierung oder Künstlicher Intelligenz (KI). Wir werden die Programme zur Innovationsförderung in Industrie, Logistik, Handwerk, Einzelhandel überarbeiten und an die Bedürfnisse der Unternehmen und Beschäftigten anpassen. Wir sorgen für die Umsetzung der regionalen Innovationsstrategie durch Förderung von Digitalisierung, KI, Leichtbau- und Wasserstofftechnologien oder sozialen Innovationen wie neuen Arbeits- und Organisationsformen.

KI stellt aber auch viele Unternehmen und Beschäftigte vor große Herausforderungen. Uns ist wichtig, dass nicht die Beschäftigten ersetzt werden, sondern neue Aufgaben gefunden und Organisationen neu strukturiert werden. So kann die KI zum Gewinn für alle werden.

Dies wird nur durch Wissenstransfer und Qualifizierung gelingen. Wir werden die in der letzten Legislatur entwickelten Förderprogramme für KI ebenso fortsetzen, wie das Programm ‚Gender Diversity KMU‘, um die Unternehmen bei Veränderungen ihrer Prozesse und Organisationsstrukturen zu begleiten. Ebenso wichtig sind Angebote für den Einzelhandel, wie z.B. die Digitallotsen. So werden die Bremer Unternehmen in die Lage versetzt, neue Technologien einzusetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und gleichzeitig diverse Unternehmenskulturen aufzubauen.

Die **WFB (Wirtschaftsförderung Bremen)** werden wir neu aufstellen. Bremen braucht eine schlagkräftigere Wirtschaftsförderung, die neben den eigentlichen Dienstleistungen die sozial-ökologische Wende begleitet, nachhaltiges Gewerbegebietsmanagement betreibt, branchenübergreifende Projekte entwickelt und neue Formate zum interdisziplinären Wissensaustausch über Zukunftstrends bereitstellt.

Wir werden die Innovationskompetenzen zurück in die WFB bringen, damit hier im engen Dialog mit den Unternehmen und den Instituten Innovationsprojekte initiiert und kompetent begleitet werden können. Dabei führen wir die Digitalisierungsangebote für den Einzelhandel mit den Innovationsprogrammen für Mittelstand und Industrie zusammen, um wieder ein dynamisches, an den Notwendigkeiten der Unternehmen ausgerichtetes Förderportfolio aufzubauen.

Dazu gehört auch, dass wir die Innovationsförderung von der Bremer Aufbaubank (BAB) zurück in die WFB überführen, um alle unternehmenszentrierten Aufgaben an einer Stelle zu bündeln und so eine hohe Transparenz gegenüber der Wirtschaft zu schaffen und vor allem eine intensive und kompetente Begleitung bei allen Herausforderungen der Transformation. Die BAB wird sich auf alle Fragen der Finanzierung fokussieren und ausweiten, um hier ein vollständiges Finanzierungsportfolio für alle Unternehmensformen bieten zu können. Die inhaltliche Begleitung der Unternehmen soll zukünftig wieder in einer Gesellschaft konzentriert werden. So wird die WFB zum zentralen Ansprechpartner für die Wirtschaft und wird in die Lage versetzt, aktiven Wissenstransfer zu organisieren und zukunftsfähige Innovationsprojekte zu initiieren.

Dabei werden wir eine wirksame politische Steuerung der WFB und eine regelmäßige Evaluierung ihrer Tätigkeiten sicherstellen.

Gewerbeflächen

Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik braucht Ansiedlungen und Betriebserweiterungen. Industrie, Handwerk, Dienstleistung müssen auch weiterhin Raum dafür in Bremen und Bremerhaven finden. Nachverdichtung schafft mehr Möglichkeiten auf begrenztem Raum. Wir wollen Gewerbeflächen weiterhin nach ökologischen Kriterien erschließen und nach den Konzepten der produktiven Stadt für eine gute Durchmischung von Gewerbe und Wohnen, sozialer und kultureller Nutzung sorgen. Grundstücke wollen wir konsequent in Erbpacht vergeben, damit das Land auch in späteren Jahren noch die Hand auf kostbaren Flächen hat und für eine vernünftige Nutzung sorgen kann. Dort wo ein Verkauf unvermeidlich ist, wird nach klar definierten Kriterien vergeben und Rückkaufrechte vereinbart.

Wir werden bei der Vergabe von Fördermitteln und von Gewerbeflächen gute Arbeitsbedingungen, betriebliche Mitbestimmung und Tarifbindung zur Voraussetzung machen.

Transformation braucht Platz, Gewerbe braucht Schutz vor Verdrängung. Weil Wirtschaft, Stadt und Region sich nur zusammen entwickeln können, haben wir das im **Gewerbeentwicklungsprogramm Stadtentwicklung und Wirtschaft** zusammengedacht. Um ein intelligentes und nachhaltiges Flächenmanagement, die Entwicklung von modernen Modellprojekten und Orten der produktiven Stadt sicherzustellen, braucht die Wirtschaftsförderung Bremen eine agile Umsetzungsstruktur.

Unser Ziel ist es, Planungsverfahren für die Erschließung von Gewerbeflächen deutlich zu beschleunigen. Die **Eigenstromerzeugung von Betrieben** wollen wir vereinfachen.

Im **Überseehafen** werden durch die Automatisierung des Containerumschlags und die potenzielle vertikale Lagerung von Fahrzeugen perspektivisch Flächen frei. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass frühzeitig alternative Flächennutzungen identifiziert werden, die eine maximale Arbeitsplatzdichte versprechen.

Wir wollen Photovoltaik und regenerative Energien bei gewerblichen Investitionen konsequent berücksichtigen. Neue Gebäude in Gewerbegebieten wird es nicht mehr ohne Photovoltaik auf den Dächern geben. Wir setzen uns für bessere gesetzliche Rahmenbedingungen ein, damit die Stromerzeugung aus Solarenergie auch wirtschaftlich wird. Außerdem wollen wir Elektromobilität und Sharing-Konzepte fördern, um Wirtschaftsverkehre zu dekarbonisieren. Die **ÖPNV-Anbindung** und die Fahrradinfrastruktur der Bremer und Bremerhavener Gewerbegebiete werden wir verbessern.

Die Ansätze, Flächen in Bremerhaven explizit für die **Green Economy** zu entwickeln, werden wir konsequent fortführen.

Wir werden brachliegende oder erst absehbar zu entwickelnde Flächen aktivieren, um auf ihnen temporäre Angebote, wie z.B. Skateparks umzusetzen. Hierzu werden wir den bereits bestehenden Dialog mit der Bauwirtschaft fortsetzen und Mittel für die Quartiere zur Verfügung stellen. Wir wollen die Aktivitäten der **Zwischenzeitzentrale** fortführen. Als Schnittstelle zwischen den verschiedenen städtischen Behörden, den Eigentümer*innen und den Nutzer*innen ist sie ein wichtiger Faktor, um weiter Zwischennutzungen zu ermöglichen.

Die Horner Spitze werden wir als Naturfläche erhalten.

Wir haben im Wirtschaftsressort die Förderung der **Kultur- und Kreativwirtschaft** massiv intensiviert und die Interessen der Kulturschaffenden priorisiert. Bremen ist lebenswert durch eine bunte Mischung kultureller Angebote - vom Punk-Konzert bis zur Philharmonie. Dafür braucht es Räume und die nötige, verlässliche Unterstützung. Wir werden an unserer Strategie zur Stärkung der Kulturlandschaft im Land Bremen festhalten.

(siehe Kapitel Kultur)

Eine durchmischte, lebenswerte Innenstadt

Die Innenstadt entwickelt sich positiv, braucht aber auch neue Experimentierräume. Wir wollen Trends aufgreifen und Geschäftsräume für neue Ideen öffnen, zum Beispiel über Zwischennutzungen. So können wir Gründer*innen die Möglichkeit geben, sich auszuprobieren, und gleichzeitig innovative Angebote und Vielfalt erzeugen. Sogenannte B- und C-Lagen wollen wir aufwerten, um auch diese Gebiete wirtschaftlich und kulturell zu stärken.

Um neuen Konzepten für Einzelhandel und Gastronomie eine Chance zu geben, ist es zwingend erforderlich, die **Mieten der Gewerbeimmobilien zu deckeln**. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass den Kommunen entsprechende Instrumente an die Hand gegeben und Regelungen wie die Mietpreisbremse für Wohnimmobilien auch auf Gewerbeimmobilien übertragen werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, **Immobilien durch das Land und seine Gesellschaften anzukaufen** und zu vermieten, damit wir mehr Einfluss auf die Gestaltung der Innenstadt und innenstadtnahen Lagen nehmen können.

Das in der vergangenen Legislaturperiode gestartete Innenstadtprogramm wollen wir nachhaltig fortführen und für die Quartiere erweitern.

Städtemarketing und Tourismus

Die Tourismusbranche im Land Bremen sichert **knapp 30.000 Arbeitsplätze**. Der Tourismus-Sektor ist ein Geflecht von Angeboten und Dienstleistungen, das wiederum aufs Engste mit dem Stadtmarketing und der städtischen Imagepflege verbunden ist.

Die unter linker Verantwortung entwickelte und erfolgreichen Marketingstrategie der WFB wollen wir konsequent umsetzen und weiterentwickeln, um die bisherige äußerst positive Entwicklung im Tourismus zu verstetigen.

Wir wollen das **Messe- und Kongresswesen** durch Ertüchtigung der Veranstaltungsinfrastruktur (ÖVB-Arena, Glocke, CCB – Congress Centrum Bremen) und neue Formate in die Lage versetzen, auch in schwierigen Zeiten wettbewerbsfähig zu bleiben. Den begonnenen Prozess zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit werden wir konsequent fortsetzen und dabei auch Kooperationen mit privaten Unternehmen prüfen.

Die erfolgreiche Nutzung der **Citytax** werden wir fortführen und dynamisch anpassen, um weiterhin ausreichend Mittel für Tourismus und Veranstaltungen in Bremen und Bremerhaven vorhalten zu können.

Wir werden das Fachkräftemarketing der Stadt durch die WFB in enger Kooperation mit der Wirtschaftslandschaft weiterentwickeln.

4.2 Klimaschutzstrategie

Klimaschutzstrategie

Die Weltgesellschaft hat sich mit dem Pariser Klimaabkommen das Ziel gesetzt, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf „deutlich unter 2 Grad“ zu begrenzen. Das ist nur erreichbar, wenn alle Länder zwischen 2040 und 2080 klimaneutral werden, d.h. kein CO₂ mehr in die Atmosphäre freisetzen. Da das große Anstrengungen und Investitionen erfordert, müssen die **reicheren Länder dabei vorangehen**. Bisher sind die globalen CO₂-Emissionen immer weiter gestiegen; vermutlich stehen wir aber kurz davor, dass der Höhepunkt überschritten ist. Das liegt vor allem daran, dass China, der größte CO₂-Emittent weltweit, wahrscheinlich gerade den Punkt erreicht hat, wo auch dort die Emissionen sinken statt zu steigen. Die EU hat sich auf das Ziel verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden. Deutschland hat das Ziel 2045 erklärt.

Die Auswirkungen des globalen Klimawandels sind bereits jetzt in Deutschland, Europa und weltweit deutlich spürbar z.B. durch monatelange **Dürren und Hitzewellen** mit langen verheerenden Waldbränden, Starkregenereignissen und Überflutungen. Ein "Weiter-so" mit beschleunigten Temperaturanstiegen oder gar das Überschreiten globaler Kippunkte hieße, die stabilen klimatischen Bedingungen, die über Jahrtausende die menschliche Zivilisation ermöglicht haben, zu verlassen. Das hieße für Bremen und Bremerhaven konkret, dass sie im 22. Jahrhundert vollständig vom Meer überflutet werden würden.

Ein zügiger Umbau hin zur Klimaneutralität ist **auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft**. In absehbarer Zukunft werden CO₂-neutral hergestellte Produkte und CO₂-neutrale Technologien den Markt bestimmen – für Verbrennerautos und traditionell hergestellten Stahl wird es dann global keine Nachfrage mehr geben.

Am Bremer Klimaziel festhalten

Das Land Bremen hat sich in einem langen Prozess das Ziel gesetzt, bis 2038 klimaneutral zu werden. Dafür wurde eine Enquetekommission eingesetzt, die einen konkreten Maßnahmeplan erarbeitete, wie das möglich ist. Dieser wurde von der Landesregierung in einen **Klimaschutzplan** übersetzt, der die wichtigsten Maßnahmen umfasst. Um diese Maßnahmen zu finanzieren, wurde 2023 die Klimakrise als Ausnahmegrund für die Schuldenbremse erklärt. Ein eigener Parlamentsausschuss kontrolliert die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen und bilanziert die Ergebnisse.

Dieser Weg hat inzwischen zwei Rückschläge erlitten. Die CDU hat auf Bundes- und Landesebene gegen die Haushalte geklagt und damit durchgesetzt, dass keine notlagenfinanzierten mehrjährigen Rücklagen für Klima-Ausgaben gebildet werden dürfen. Parallel hat ArcelorMittal entschieden, das Bremer Stahlwerk nicht für grüne Primärstahl-Produktion umzubauen, und nachträglich die schon fertigen Förderverträge gekündigt.

Aber: Der Bremer Staatsgerichtshof hat entschieden, dass die Klimakrise sehr wohl ein Grund für eine **Ausnahme von der Schuldenbremse** sein kann. Allerdings muss die entsprechende Ausnahme jährlich vom Parlament neu beschlossen werden, und die Maßnahmen müssen detailliert im Einzelnen begründet werden.

Diesen Weg wollen wir gehen. Dafür muss die Klimaschutzstrategie aktualisiert und erweitert werden.

Die Bremer Klimaschutzstrategie auf den Stand bringen

Die Bremer Klimaschutzstrategie ist in vier Obergruppen, die sogenannten „**Fastlanes**“, gegliedert: Wärmewende, Mobilität, energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude, Transformation der Wirtschaft.

Wir wollen die Fastlanes aktualisieren und **um drei weitere ergänzen**: „**Klimaanpassung**“, „Maßnahmen zum sozialen und wirtschaftlichen **Ausgleich**“ sowie „**CO₂- Bindung**“. Der Bereich Klimaanpassung war in der bisherigen Klimaschutzstrategie und in den Fastlanes nicht enthalten und soll jetzt aufgenommen werden, damit auch hierfür die nötigen Maßnahmen finanziert werden können. Aktuell werden aus dem Hitzeschutzplan des Landes lediglich Beratungsmaßnahmen umgesetzt - das ist zu wenig. Ebenso waren soziale und wirtschaftliche Ausgleichsmaßnahmen bislang nicht enthalten. Auch sie sind nötig, weil z.B. klimabedingte Preiserhöhungen ärmere Haushalte oder Kleinbetriebe überproportional treffen - und die Bundesregierung das versprochene „Klimageld“ nicht umsetzt.

Neben der Begrünung und Aufwertung von Brachen wollen wir durch Aufforstung CO₂ dauerhaft binden. Hierfür könnte z.B. auf dem Rennbahngelände ein Klimawald entstehen, bei dem Bremer*innen privat durch Baumspenden ihren persönlichen Carbon Footprint ausgleichen könnten. Die Wiedervernässung von Mooren sowie von weiterhin zu nutzenden Agrarflächen bieten weiteres erhebliches Potenzial, Treibhausgase zu binden.

Die **Fastlane „Wärmewende“** wollen wir durch die Gründung einer kommunalen Wärme-gesellschaft beschleunigen. Auch den erforderlichen Ausbau der Stromnetze wollen wir in den Blick nehmen und gleichzeitig die dezentrale Eigenversorgung stärken, z.B. über eine Förderung für private Stromspeicher. Wir wollen daher die Fastlane breiter fassen, als „Wärme- und Energiewende“. Dazu gehört auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie Maßnahmen, um die dezentrale Eigenversorgung von Betrieben mit Strom und Wärme schneller voranzutreiben.

Den Bau nicht profitorientierter genossenschaftlicher Erdwärmenetze werden wir regulatorisch ermöglichen, politisch begleiten und fördern. Wir fördern und unterstützen den Ausbau von Stecker-PV-Anlagen insbesondere auch mit der Kombination von Batteriespeichern und "Smart Metern". Dabei schaffen wir die Verpflichtung von Wohnungsbaugesellschaften bei Neubau und Sanierungen die Möglichkeiten zur Installation und Betrieb von Stecker-PV-Anlagen an Balkonen und Terrassen zur Verfügung zu stellen. Die Solar-Dachpflicht verändern wir so, dass bisher ausgenommene kleine Dachflächen miteingefasst werden und dass bei mittleren Dachflächen auch durch eine vollwertige Stecker-PV-Anlage (2000 Watt, Speicher und Smart Meter) die Pflicht erfüllt ist. Dadurch beschleunigen wir den Solar- und Speicherausbau, verringern die Investitionskosten und senken dauerhaft die Energiekosten für Mieter*innen und Eigentümer*innen kleiner Reihenhäuser.

Auch die **Fastlane „energetische Sanierung im Gebäudebestand“** wollen wir breiter fassen und nicht nur die öffentlichen Gebäude einbeziehen. Damit wollen wir insbesondere Lösungen für Gebäude mit besonders hohem Energieverbrauch („worst performing buildings“) angehen und unterstützen.

Die **Fastlane „Wirtschaftstransformation“** hängt nicht nur, aber vor allem an der Entwicklung des Stahlwerks. Wir halten an der Zielsetzung fest, dass in Bremen perspektivisch nur noch grüner Stahl produziert wird. Das wird bedeuten, dass statt Primärstahlerzeugung nur noch Sekundärstahl erzeugt wird, indem (anderswo) klimaneutral erzeugte Vorprodukte und/oder Stahlschrott in Bremen weiterverarbeitet werden. Unser Ziel bleibt die klimaneutrale Stahlerzeugung und -verarbeitung am Standort Bremen spätestens ab 2038, etwa über ein strombetriebenes Walzwerk, Elektrolichtbogenöfen oder Investitionen in die Zukunftstechnologie Eisenoxid-Elektrolyse. Wir werden die Bremer Wasserstoffstrategie weiter fortsetzen, insbesondere was den Anschluss Bremens und Bremerhavens an das Wasserstoffkernnetz angeht, um Betrieben auch jenseits von Arcelor Mittal die Möglichkeit zu geben, Produktionsprozesse klimaneutral umzustellen. Wir halten

weiter am Ziel der Dekarbonisierung der Bremer Häfen fest. Den EnergyPort in Bremerhaven wollen wir umweltgerecht umsetzen. Weiter wollen wir zunächst in einem Pilot-Projekt Carbonbeton einsetzen, um die Einsparung von CO2 Emissionen in der Bauwirtschaft voranzutreiben.

Im Bereich der **Fastlane „Mobilität“** sind die grundlegenden Maßnahmen weiter aktuell.

4.3 Energie, Rekommunalisierung und Daseinsvorsorge

Wirtschaft darf der demokratischen Steuerung nicht entzogen sein. Das gilt ganz besonders für Bereiche, in denen **allgemeine Infrastruktur und Versorgung** zur Verfügung gestellt werden, die für das gesellschaftliche Zusammenleben unerlässlich sind.

Diese Bereiche - zum Beispiel das Gesundheitswesen, der öffentliche Personennahverkehr, die Energie- und Wasserversorgung, die kommunalen Wohnungsgesellschaften oder die öffentliche Verwaltung - werden unter dem Begriff der „**öffentlichen Daseinsvorsorge**“ zusammengefasst. Dort arbeiten fast 100.000 Menschen im Land Bremen. Die öffentliche Daseinsvorsorge bildet das Fundament unseres materiellen Wohlergehens, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und unserer Demokratie. Deswegen ist es von essenzieller Bedeutung, dass diese Leistungen allen Menschen bedarfsgerecht, in guter Qualität, nachhaltig und zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung zu stehen.

Das ist leider nicht überall der Fall, etwa in der Kinderbetreuung, im Wohnungswesen oder im Energiesektor. Das liegt einerseits an der chronischen Unterfinanzierung öffentlicher Haushalte aufgrund mangelnder Steuergerechtigkeit in Deutschland. Andererseits liegt die Ursache in marktwirtschaftlichen Logiken. Entgegen dem Begriff „öffentliche Daseinsvorsorge“ sind manche dieser Bereiche nicht in öffentlichem Eigentum, sondern privatwirtschaftlich organisiert, etwa im Energiesektor. Der Markt regelt eben nicht, dass alle gut versorgt sind oder strategische Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls oder der sozialen Gerechtigkeit getroffen werden.

Hinzu kommt, dass wir alle für die privaten Profite der Kapitaleigentümer*innen draufzahlen. Die sind gerade in diesen Bereichen oft besonders hoch, weil alle auf diese Leistungen angewiesen sind, die aber von einem oder wenigen Anbieter kontrolliert werden. Es sind Monopolstrukturen, wo **Monopolprofite** abgeschöpft werden. Deswegen wollen wir, dass alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge rekommunalisiert, d.h. in öffentliches Eigentum und unter demokratische Kontrolle gebracht werden. Diese **Rekommunalisierung unserer Daseinsvorsorge** ist grundlegend für unsere sozialistische Politik: Unsere Infrastruktur wird in demokratischer Kontrolle zum Nutzen aller verwaltet.

Dabei liegt unser Fokus auf Dienstleistungen wie Müllabfuhr, Straßenreinigung und Abwasserentsorgung bzw. der Versorgung mit Wasser, Strom und Wärme, auf die wir alle angewiesen sind. Damit sorgen wir für niedrige Gebühren, die keine Profite abwerfen müssen, gewährleisten gute und tarifgebundene Arbeitsplätze und haben wichtige strategische Entscheidungen unter demokratischer Kontrolle. Und wir haben schon einiges geschafft: Die **Müllabfuhr ist seit 2018 wieder in kommunaler Hand** und die **Straßenreinigung wird es ab 2028** wieder sein. Bei Hansewasser haben wir die **Rekommunalisierung des Abwasserbetriebs** in der vergangenen Legislatur ebenfalls bereits erfolgreich angestoßen, sie befindet sich in der Umsetzung.

Nächster Halt: Strom- und Wärmenetz und Stadtwerke in kommunale Hand

In der kommenden Legislatur muss der Fokus auf den Netzen für Strom- und Wärmeversorgung liegen. Nur so können wir unsere Ziele für die Energiewende erreichen und die gleichwertige Versorgung in allen Stadtteilen und bezahlbare Preise sicherstellen. Außerdem müssen Weichen für die Wasserversorgung gestellt werden.

Im Jahr 2033 laufen die Konzessionen der Energienetzbetreiber **wesernetz Bremerhaven** und **wesernetz Bremen** aus. 2014 wurde dieses Auslaufen genutzt, um 25 % der beiden Netzbetreiber durch eine stille Beteiligung zu erwerben. Von 2014 bis 2023 hat diese Beteiligung allein für die Stadtgemeinde Bremen abzüglich der Refinanzierungskosten Mehreinnahmen von ca. 21,5 Mio. Euro

erbracht. Allerdings haben die Unternehmen in diesem Zeitraum hinsichtlich ihrer Klimaschutzambitionen und Servicefreundlichkeit nicht gegläntzt. Deshalb wollen wir sie mit den restlichen Netzen in 100%ig kommunale Unternehmen umwandeln, um Zukunftssicherheit für die Bürger*innen (klimaneutral und bezahlbar), Erhalt der tariflichen Beschäftigung und Sicherung der kommunalen Finanzen zu erreichen. Die Synergien der unterschiedlichen Netzinfrastrukturen der Daseinsvorsorge wollen wir dabei erhalten und stärken.

Um die notwendigen Investitionen des Fernwärmeausbaus und die Leistbarkeit der Wärmeversorgung für die Bürger*innen sicherstellen zu können, ist ein **mehrheitlich kommunaler Fernwärmebetrieb** notwendig. Deshalb wollen wir schrittweise die Anteile an den wesernetz-Betrieben erhöhen oder über Kapitalerhöhungen bei den notwendigen Investitionen für klimaneutralen Ausbau die Anteilsmehrheit an diesen realisieren.

In diesem Zusammenhang streben wir schnellstmöglich auch die mehrheitliche Übernahme der swb-Anteile an. Hier wollen wir von der „Golden Aktie“ wieder zu **kommunalen Stadtwerken** kommen. Weder private Investoren noch andere Kommunen sollten hier auf Kosten der Bremerhavener und Bremer Bürger*innen Gewinne machen. Die Einnahmen der swb müssen unserer Energieinfrastruktur und den öffentlichen Haushalten zugutekommen.

Wasser ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Deshalb werden wir die kommunale Sicherung unserer Wasserverträge und -netze über den Erwerb der wesernetz-Anteile weiter vorantreiben.

Bei der swb AG wollen wir prüfen, wie diese stärker in die Erzeugung erneuerbarer Energien, ggf. auch über einen eigenen Windpark, einsteigt.

Tempo machen bei der Wärmewende!

Bis 2038 wollen wir die Wärmewende in Bremen und Bremerhaven geschafft haben. Unser Ziel ist eine Stadt, in der alle zuverlässig mit klimaneutraler und bezahlbarer Wärme (und perspektivisch auch: Kälte) versorgt werden. Durch eine drastisch erhöhte Sanierungsquote brauchen wir weniger Energie fürs Heizen als vorher. Strom, Wasser und Wärme dürfen keine Kostenfallen sein und das Klima nicht mehr belasten. Damit das erreichbar ist, müssen Land und Kommune eine aktivere Rolle bei der Wärmewende und Daseinsvorsorge spielen: durch zielgenaue Förderprogramme und Beratung, eine auf Langfristigkeit angelegte und verlässliche Wärmeplanung und durch Netze, die wieder in städtischer Hand sind. Dafür wollen wir in der kommenden Legislatur die Weichen stellen.

Die **kommunale Wärmeplanung** weist für viele Quartiere noch Lücken auf. Diese müssen geschlossen werden, sodass Hauseigentümer*innen Planbarkeit bekommen. Wir setzen auf integrierte Lösungen, bei denen Industrieabwärme, Saisonwärmespeicher und Großwärmepumpen mitgedacht und -geplant werden. Damit das gelingt, muss die kommunale Wärmeplanung schneller und verbindlicher werden.

Um Wärme- und Energiewende zu koordinieren, fordern wir Klimaschutzmanager*innen in den Quartieren. Diese sollen Konzepte (mit)erarbeiten und im Dialog mit den Anwohner*innen vorantreiben, sodass quartiersbezogen gute und akzeptierte Lösungen gefunden werden.

Genossenschaftliche Akteur*innen, die in ihren Quartieren Lösungen für **Wärmenetze** entwickeln, wollen wir finanziell, rechtlich und organisatorisch unterstützen.

In Quartieren, in denen die Wärmewende nicht „von unten“ getragen wird und die nicht an Fernwärme anschließbar sind, sollen die Kommune oder die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften eine aktive Rolle spielen beim Bau von Nahwärmenetzen und

Angeboten zum Heizungstausch, auch mit klaren Zeitvorgaben. Benachteiligte Quartiere dürfen nicht zulasten von Mieter*innen abgehängt werden!

Die Sanierungsquote wollen wir drastisch erhöhen, auf 3 % pro Jahr. Dafür unterstützen wir auch Modellprogramme für serielles Sanieren in Quartieren, in denen sich dies anbietet. Das **Klimabauzentrum** wollen wir erhalten. Einer Absenkung von Standards beim Neubau erteilen wir eine Absage. Ziel bleibt weiter das Passiv-, wenn möglich das Plus-Energie-Haus. Anstatt durch Absenkung von Energiestandards sollen serielles Bauen, Erbpachtvergaben und einfachere Verfahren die Bau- und Mietkosten senken.

Die Beratungsangebote von **energiekonsens – Klimaschutzagentur für Bremen und Bremerhaven** wollen wir weiterführen und vor allem in Quartieren besser zugänglich machen, die bei der Wärmewende derzeit hinterherhinken .

Das Kreditförderprogramm der Bremer Aufbaubank, mit dem arme und ältere Hausbesitzer*innen bei Heizungstausch und Dämmung unterstützt werden, wollen wir evaluieren und bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Mieter*innenschutz ist unsere Bedingung für finanzielle Förderung: Staatliche Gelder dürfen nicht im Sinne der Profitsteigerung genutzt werden. Für Unterstützung bei der Wärmewende verlangen wir eine Gegenleistung: **Warmmietenneutralität** und die Fortführung der Sozialbindung.

Wir erstellen einen klaren Zeitplan für den Ausstieg und den Rückbau der Gasnetze, um Planungssicherheit zu schaffen. Zielhorizont ist die Klimaneutralität bis 2038.

Wir werden keine öffentliche Unterstützung für den Einbau von Heizsystemen, die mit Wasserstoff oder sog. „Green Gas“ betrieben werden, gewähren.

Ohne Stromwende geht es nicht!

Für die sozial-ökologische Transformation braucht es grünen Strom - verlässlich, klimaneutral und bezahlbar. Nachdem die Bremer Kohlekraftwerke abgeschaltet wurden, geht es jetzt vor allem um den Netzausbau.

Privathaushalte und Industrie werden **durch die Klimatransformation mehr Strom brauchen**. Die Netze müssen so ausgebaut werden, dass Wärmepumpen besser angeschlossen werden können, auch in dünner besiedelten Gebieten am Stadtrand. Wir werden darauf hinarbeiten, dass die Stromnetze in allen Stadtteilen so ausgebaut werden, dass sie die zusätzliche Last von strombasierten Heiz- und Ladesystemen verlässlich tragen können. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass in Bremen und Bremerhaven leistungsfähige und sichere Stromspeicher gebaut werden, die Wohn- und Gewerbegebiete bei Dunkelflaute zuverlässig versorgen können.

Stromerzeugung

Die Nutzung von Gas für die Strom- und Wärmeerzeugung wollen wir bis 2038 schrittweise auf Null herunterfahren. Bremen erzeugt dann größere Teile seines Strombedarfs aus erneuerbaren Energien selbst. Dies wollen wir vor allem durch einen starken Ausbau der **Solarstromerzeugung** erreichen.

Die seit 2024 bzw. 2025 geltende Pflicht, bei Neubauten und größeren Dachsanierungen PV-Anlagen zu installieren, werden wir beibehalten und auf ihre Effizienz evaluieren. Analog zur Wärmewende wollen wir einkommensschwache Hausbesitzer*innen dabei fördern, z.B. indem das zinslose Kreditprogramm der BAB weitergeführt wird.

Mit dem Programm für die Förderung von Balkonsolaranlagen haben wir Mieter*innen ermöglicht, eigenen Strom zu erzeugen. Diesen Erfolg wollen wir weiter ausbauen. Die technischen Anpassungen in den Wohnungen müssen kostenlos von Wesernetz übernommen werden. Die Hürden von Wohnungsbaugesellschaften für die Anbringung und Nutzung von Balkonsolar für Mieter*innen müssen gesenkt werden.

Hürden bei der Einrichtung von Mieterstrommodellen wollen wir abbauen und setzen uns dafür auch auf Bundesebene ein.

Wir wollen Energiepreise auch über Genossenschaften senken. Wir werden wir uns über eine Bundesratsinitiative für Verbesserungen des „Energy Sharings“ von Bürgergesellschaften einsetzen, um diese Modelle für die Bürger*innen attraktiver zu machen.

Bei der **Windkraft** setzen wir auf Repowering der bestehenden Anlagen, wollen aber auch weiter neue Vorrangflächen ausweisen, teilweise auch auf landwirtschaftlichen Flächen. Bremen sollte sich, zum Beispiel über die SWB, darüber hinaus direkt an Windparks an Land und an ökologisch geprüften Offshore-Standorten beteiligen.

Stromspeicher und Netze

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stromspeicherkapazitäten in Bremen ausgebaut werden. Stromspeicher sind essentiell für das Gelingen der Energiewende, da sie Strom liefern in Zeiten, in denen kein Wind weht und die Sonne nicht scheint (Dunkelflauten). Bremen braucht Kurz- und Langzeitspeicher in der Größenordnung von etwa 1 TWh.

Den Ausbau der Stromnetze behandeln wir in den kommenden Jahren prioritär. Gewerbe, Industrie und Privathaushalte brauchen belastbare Stromnetze, die den Mehrbedarf von Wärmepumpen, strombasierter Produktion etc. aushalten.

Energiewende zur Stärke von Bremen und Bremerhaven machen

Auch standortlogisch ist es nicht nur ein klimapolitisches Gebot, sondern wirtschaftlich geboten, die Energiewende voranzutreiben. Bremen und Bremerhaven sind bereits jetzt herausragende Standorte erneuerbarer Energien und grüner Technologien. Wir werden die Bremer Wasserstoffstrategie weiter konsequent umsetzen und uns um Unternehmensansiedlungen aus den Bereichen Wasserstoff, Offshore-Windenergie und anderen grünen Technologien im nachhaltigen Bremerhavener Gewerbegebiet Lune Delta bemühen. Die vorhandenen Forschungseinrichtungen und -projekte wie das Hydrogen Valley in Bremen wollen wir verstetigen und weiterentwickeln.

4.4 Hafen

Logistik und Hafenwirtschaft

Die Logistikwirtschaft ist neben der Kontraktlogistik und dem GVZ nicht zuletzt durch die Häfen ein zentraler Wirtschaftsfaktor für Bremen und Bremerhaven. Tausende von Menschen arbeiten hier auf allen Qualifikationsniveaus. Die Logistikbranche steht im starken nationalen und internationalen Wettbewerb und wird sich zunehmend digitalisieren und auf Veränderungen reagieren müssen. Wir werden die Modernisierung der Logistik- und Hafenwirtschaft vorantreiben. Die teilweise in die Jahre gekommenen Infrastrukturen der Häfen wie z. B. die Kajen müssen auf Basis der in der dieser Legislaturperiode getroffenen Beschlüsse an die Erfordernisse angepasst und erneuert werden, um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben und so Beschäftigung zu sichern. Die **Sanierung der Bremer und Bremerhavener Hafenkajen**, die **Modernisierung der Hafenumschlagsinfrastruktur** und der **Ausbau der schienengebundenen Verkehrsanteile** sind deshalb zentrale Aufgaben, die dringend fortgesetzt werden müssen. Nach Möglichkeit werden wir die davon profitierenden Unternehmen an der Finanzierung beteiligen und auf Standortgarantien, Tarifbindung und Dekarbonisierung verpflichten.

Dazu gehört auch die zivilmilitärische Umsetzung der **vom Bund bereitgestellten umfangreichen Mittel** für die Infrastrukturen in Hafen und Flughafen. Hier werden wir sicherstellen, dass die notwendigen Investitionen zeitnah umgesetzt werden und dabei nur Unternehmen zum Einsatz kommen, die gute Arbeitsbedingungen und Tariflöhne garantieren. Mit uns wird es keine Privatisierung der Hafeninfrastruktur geben.

Um die enormen Investitionen auf die Straße zu bringen, werden wir die Prozesse in der Bremer Verwaltung neu und effizienter gestalten. Dabei werden wir ein verstärktes Augenmerk auf die Zielerreichung legen und das projektorientierte Arbeiten der Ressorts einfordern. Wir werden dabei sicherstellen, dass die Beschäftigten mitgenommen werden und ihre Arbeitsbedingungen möglichst profitieren.

Nachhaltige Hafenpolitik

Mit der konsequenten Fortführung der „**Greenports-Strategie**“, den festgelegten Zielen zur Dekarbonisierung der BLG Logistics Group, dem hohen schienengebundenen Verkehrsanteil der Bremischen Häfen, den anwendungsbezogenen Wasserstoffprojekten in Bremerhaven, den Kompetenzen im Offshore-Windanlagenbereich haben wir gute Voraussetzungen für eine nachhaltige Hafenpolitik geschaffen. Dazu gehören Infrastrukturen für Landstrom und die Möglichkeit, alternative Kraftstoffe zu bebunkern.

Die Bremer Häfen sind unter linker Verantwortung bereits weit fortgeschritten bei den Themen Digitalisierung und Klimaneutralität. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen. Der Hafen soll 2038 klimaneutral sein. Ebenso ambitioniert werden wir die Umsetzung der Bremer „**Smartport-Strategie**“ verfolgen, um den Digitalisierungsgrad in den Häfen weiter zu steigern. Digitalisierungsvorhaben sind sozialverträglich und mitbestimmt umzusetzenwerde.

Auf diesem Weg müssen in den kommenden Jahren aber auch schwierige Entscheidungen mit grundlegenden Zielkonflikten getroffen werden:

Wir sehen die Vertiefung der **Unterweser** bis nach Brake aus klima- und umweltpolitischen Gründen nach wie vor kritisch.

Die geplante und beantragte Vertiefung der **Außenweser** auf 13,5 Meter Fahrrinnentiefe ist allerdings für den Standort Bremerhaven unverzichtbar, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Wir haben diesen Prozess in der vergangenen Legislatur beschleunigt und so die Hafenwirtschaft überzeugen können, mehr als 1 Mrd. Euro in die Suprastruktur zu investieren. Diesen Weg werden wir konsequent gemeinsam mit Niedersachsen fortsetzen, damit sich diese Investitionen auch realisieren.

Wir fordern eine enge **norddeutsche Hafenkooperation** mit folgenden Zielen: Die gesamten Logistikketten vom Hersteller über die Seehäfen bis zu den Endkund*innen müssen schnellstmöglich klimaneutral gestaltet werden. Die Häfen sollen als ein gemeinsames System verstanden und synergetisch im Rahmen ihrer jeweiligen Stärken, Spezialisierungen und geografischen Gegebenheiten genutzt werden. Hierdurch wird eine natur- und ressourcenschonende Hafenwirtschaft möglich. Ein „Weiter so“ im Sinne 'Größer, schneller, tiefer' können wir uns nicht mehr leisten. In diesem Kontext werden wir uns im Bund und auf EU-Ebene dafür einsetzen, den Standortwettbewerb einzudämmen und gemeinsame Gebührenstrukturen sowie komplementäre Umschlagsportfolios zu entwickeln. Wir werden prüfen, inwiefern eine Verstaatlichung der Hafenbetreiber auf europäischer Ebene der ruinösen Standortkonkurrenz ein Ende bereiten kann.

Trimodale Wirtschaftsstandorte, die LKW-, Zug- und Schiffsverkehre optimal miteinander verbinden, wollen wir stärken, sanieren und ausbauen. Dies gilt insbesondere für den Holz- und Fabrikenhafen und die Verzahnung des Gewerbegebiets GVZ (Güterverkehrszentrum) in Strom mit dem Neustädter Hafen.

Der Bau des **Energy Port** am Blexer Bogen ist weiterhin das primäre Ziel für den Ausbau der Offshore-Industrie in Bremerhaven. Wir wollen den Bau auf die tatsächlich bestehenden Bedarfe begrenzen und dabei möglichst viel Fläche naturbelassen erhalten und den Eingriff in das Ökosystem möglichst gering halten.

Die städtische BLG muss als weltweiter Konzern eine Vorreiterrolle bei sozialen und klimaneutralen Lieferketten einnehmen.

Wir werden die begonnenen Projekte zur **sozialen Transformation und Qualifizierung** (Change4Port und PortKIDialog) zusammen mit den Sozialpartnern und den Kammern fortsetzen, um für die Beschäftigten im Hafen bestmögliche Rahmenbedingungen in der Transformation zu schaffen.

Gute Arbeit in den Häfen sichern

Flächentarifverträge und betriebliche Mitbestimmung müssen in allen **Hafenbetrieben** gesichert und gestärkt werden. Für Die Linke bedeutet moderne Hafenpolitik, gute Arbeitsplätze zu erhalten und den Hafen sozial und ökologisch weiterzuentwickeln. Betriebsbedingte Kündigungen schließen wir aus.

Gute Arbeit endet nicht an der Kaimauer. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die notwendigen Ressourcen für die zuständigen Stellen der Hafenstaatskontrolle zur Verfügung gestellt werden, damit die **Rechte von Seeleuten** geschützt werden. Dazu gehören das Recht auf Landgang, die vertragsmäßige Zahlung von Heuer, Achtung von Sicherheitsstandards und Wahrung von Ruhezeiten. Ebenfalls setzen wir uns für die auskömmliche Finanzierung der Seemannsmmissionen in Bremen und Bremerhaven ein.

Die **Automatisierung der Häfen** wollen wir im Interesse der Beschäftigten gestalten. Deshalb müssen alle Hafenbetriebe nachhaltige Personalkonzepte vorlegen, die auch die Beschäftigung beim GHBG (Gesamthafenbetrieb im Lande Bremen GmbH) einbeziehen und absichern. Produktivitätsgewinne

durch Automatisierung müssen bei den Beschäftigten ankommen, durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich oder durch höhere Löhne.

Umstrukturierungen in Hafenbetrieben mit Beteiligung des Landes Bremen dürfen nicht zu Tarifabsenkungen führen. Neue Berufsbilder dürfen den Flächentarifvertrag der deutschen Seehäfen nicht unterlaufen. Auch die Fernsteuerung von Großgeräten („Remote Operators“) muss Hafenarbeit bleiben und tariflich gleichwertig eingruppiert werden. Laschen und Ladungssicherung gehören in die Hände qualifizierter Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter und dürfen nicht auf die Schiffsbesatzungen verlagert werden.

Für den Ausbau und die Ertüchtigung der Hafeninfrastruktur sind ausschließlich Betriebe mit Tarifbindung zu beauftragen.

4.5 Bremerhaven – Stadt am Wasser

Bremerhaven – Stadt am Wasser

Unser Bundesland Bremen hat deutschlandweit eine einzigartige Struktur: Es besteht aus zwei Städten. Bremerhaven ist neben der Landeshauptstadt Bremen die zweite Kommune in unserem Bundesland.

Bremerhaven, die einzige deutsche Großstadt an der Nordsee, ist mit seinen Gründerzeithäusern in Lehe, den zahlreichen Museen und Veranstaltungen, einer lebendigen Kneipenszene, seinen großen Stadtparks und seinen renommierten wissenschaftlichen Einrichtungen eine **vielfältige und lebendige Stadt**. Aber Bremerhaven ist auch eine Stadt mit einer hohen Anzahl an Menschen, die von Armut betroffen sind.

Als Linke werden wir uns dafür einsetzen, Bremerhaven **solidarisch und gemeinsam mit den Bremerhavener*innen** zu gestalten. Für uns ist es besonders wichtig, dass sich die Menschen in ihrer Stadt wohl fühlen. Junge Menschen brauchen eine Perspektive, um zu bleiben, ältere Menschen Sicherheit in ihrer gewohnten Umgebung.

Nachhaltige Bildung und Forschung

Bremerhaven braucht starke Bildungseinrichtungen und eine verlässliche Forschungspolitik. Wir werden die **Hochschule (HS) Bremerhaven** als wichtigen Standort für Wissenschaft, Innovation und Fachkräfteentwicklung weiter stärken. Hierzu wollen wir **zusätzliche Master-Angebote** schaffen, z.B. in Sozialer Arbeit. Um weiterhin genügend Wohnraum für Studierende an der HS Bremerhaven zur Verfügung zu stellen, bauen wir die Kooperation von Studierendenwerk und Städtischer Wohnungsbaugesellschaft weiter aus.

Auch die eigenständigen Forschungseinrichtungen müssen kontinuierlich und besser unterstützt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanierung des **Scharoun-Baus** am Deutschen Schifffahrtsmuseum (DSM) endlich umgesetzt wird, um wieder eine vollständige Dauerausstellung präsentieren und die Vorgaben der Leibniz-Gemeinschaft erfüllen zu können. Auch muss der **Museumshafen** am DSM endlich auskömmlich finanziert werden, um die historisch wertvollen Schiffe dauerhaft zu erhalten und der Öffentlichkeit weiterhin zugänglich zu machen.

Die „**Polarstern**“, das am Alfred-Wegener-Institut angesiedelte Forschungsschiff, ist in die Jahre gekommen. Den geplanten Ersatzbau treiben wir konsequent voran, um ohne Unterbrechungen Forschungsfahrten zu ermöglichen. Dies trägt auch zur **Stärkung der Forschung zu Gesichtspunkten des Klimaschutzes und zu Folgen des Klimawandels** bei.

Verlässliche Gesundheitspolitik und Ärzteversorgung in Bremerhaven

Eine **gute medizinische Versorgung** braucht leistungsfähige Krankenhäuser. Das **Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide** ist als kommunales Krankenhaus ein **unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge** – nicht nur für Bremerhaven, sondern auch für die Umgebung in den Landkreisen Cuxhaven und Wesermarsch. In der jüngeren Vergangenheit gab es aufgrund von Finanzierungsproblemen Diskussionen über den Verkauf des Klinikums oder die Schließung einzelner klinischer Abteilungen wie der Kinderklinik. **Die Zukunft des Klinikums Reinkenheide muss dauerhaft gesichert werden.** Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass eine hochwertige stationäre Versorgung rund um die Uhr gewährleistet ist. Wir setzen uns dafür ein, dass für notwendige Investitionen in das Gebäude, moderne Medizintechnik und gute Arbeitsbedingungen die finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

In Bremerhaven besteht akuter Ärzt*innen-Mangel. Besonders bei Hausärzt*innen, Kinderärzt*innen und Hautärzt*innen ist die Versorgung dramatisch. Die aktuelle Situation führt zu langen Wartezeiten auf Termine sowie einer unzureichenden Versorgung in einigen Stadtteilen. Wir setzen uns für eine flächendeckende, wohnortnahe und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung in Bremerhaven ein. Zur Verbesserung der medizinischen Versorgung **wollen wir gemeinwohlorientierte Gesundheitszentren in den Stadtteilen Bremerhavens** schaffen. Unter einem Dach sollen Haus- und Fachärzt*innen, Pflegekräfte, Physiotherapeut*innen, Ergotherapeut*innen, Logopäd*innen, Psychotherapeut*innen, Hebammen und Sozialarbeiter*innen zusammenarbeiten.

Angebote, die wir in den letzten Jahren bereits aufgebaut haben - wie das **Hebammenzentrum in Bremerhaven** oder die **Gesundheitsfachkräfte im Quartier** - werden wir ausbauen und mit den Gesundheitszentren verbinden, sodass es eine **zentrale Anlaufstelle für Gesundheitsanliegen in den Stadtteilen** gibt. So können Wege verkürzt, Behandlungen besser koordiniert und die Versorgung insbesondere für ältere Menschen, Familien und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen verbessert werden.

Neben der medizinischen Versorgung brauchen wir eine bessere **pflegerische Versorgung** und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige wohnortnah im Quartier, damit Menschen möglichst lange ein selbstständiges Leben in ihrer gewohnten Umgebung verbringen können. Hierfür wollen wir eine entsprechende Infrastruktur in den Quartieren aufbauen, beispielsweise um pflegebedürftige Menschen bei der Bewältigung ihres Alltages besser zu unterstützen und pflegende Angehörige zu beraten und zeitweise von ihren Aufgaben zu entlasten. Damit haben wir bereits mit dem Modellprojekt „**Heidjer Hilfe – Nebenan im Einsatz**“ in Leherheide begonnen und werden diesen Weg fortsetzen.

Für z.B. Menschen ohne Papiere oder obdachlose Menschen, die mangels Krankenversicherung bisher kaum Zugang zur Gesundheitsversorgung) haben, wollen wir die Gesundheitsversorgung vor Ort verbessern und hierfür, wie in Bremen-Stadt, ein **Projekt zum anonymen Behandlungsschein** finanzieren und umsetzen.

Hafen absichern

Die Häfen gehören zu den **wichtigsten Ankerpunkten Bremerhavens**. Tausende Menschen haben hier ihren Arbeitsplatz.

Die Häfen haben bereits wichtige Schritte bei der Digitalisierung, Automatisierung und Klimaneutralität gemacht. Diese Entwicklungen sind **unter Beteiligung und Berücksichtigung der Beschäftigten** fortzuführen. Die Automatisierung darf nicht zu weiterer Arbeitslosigkeit führen. In den Bereichen, in denen sich die Arbeit zunehmend verändert, müssen die Beschäftigten durch Umschulungsangebote mitgenommen werden. Darüber hinaus teilen wir die Forderungen der Beschäftigten und der Gewerkschaften nach Tarifverträgen und Mitbestimmung. Die Transformation der Hafenwirtschaft darf nicht zulasten der Beschäftigten gehen, sondern muss politisch im Sinne ihrer Interessen gestaltet werden.

Magistratsreform und Wahl des Oberbürgermeisters

In fast allen deutschen Städten werden die Bürgermeister*in oder Oberbürgermeister*in direkt gewählt (abgesehen von Berlin, Hamburg und Bremen, wo die Bürgermeister*in gleichzeitig Ministerpräsident*in des entsprechenden Bundeslandes ist). Es gibt keinen Grund für die Ausnahme Bremerhavens: Die OB-Auswahl durch eine Regierungskoalition vor Ausschreibung darf sich nicht wiederholen.

Entsprechend müssen die hauptamtlichen Dezernenten nach ihrer Qualifikation für ihre Aufgaben ausgewählt werden - und nicht nach vorher von Koalitionsparteien ausgehandelten Partei-Zugriffen. Eine Abschaffung der ehrenamtlichen Dezernenten ist überlegenswert

Die Bremische Bürgerschaft hat darauf zu achten, dass Änderungen der Beamtengesetze im Rahmen einer Magistratsreform nicht zu einer Verfassung führen, die die Beteiligungsrechte der Bürger*innen und der Stadtverordnetenversammlung einschränkt.

Förderung der Wirtschaft in Bremerhaven

Bremerhaven braucht eine Wirtschaftspolitik, die konkrete Arbeitsplätze schafft, gute Löhne sichert und die Stadt langfristig stärkt. Die Linke setzt sich dafür ein, Bremerhaven als Hafen-, Logistik- und Industriestandort – insbesondere im Lebensmittelbereich – gezielt weiterzuentwickeln.

Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen stärken, Existenzgründungen erleichtern und kommunale Förderprogramme gezielt auf Zukunftsbranchen ausrichten.

Deshalb fordert die Linke eine **starke öffentliche Wirtschaftsförderung**, gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche und eine Politik, die Bremerhaven als sozial gerechte und wirtschaftlich starke Stadt voranbringt.

Wirtschaft ist für uns aber nicht allein Hafen und Industrie. Auch Kultur belebt die Wirtschaft. **Die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft wollen wir ausbauen.**

Bremen und Bremerhaven verbinden

Bremerhaven ist durch die Regionalbahnen RE8 und RE9 und die Nordwestbahn gut mit Bremen verbunden. Allerdings ist die Bahntrasse zwischen Bremen und Bremerhaven durch den ebenfalls starken Güterverkehr am Rande ihrer Kapazität – was immer wieder zu Einschränkungen im Personen- und im Güterverkehr führt. **Damit der Personenverkehr attraktiver wird und der Güterverkehr von der Straße auf die Schiene** verlagert werden kann, setzt sich Die Linke setzt sich für einen **Ausbau der Bahntrasse** ein.

Zudem werden wir uns für mehr Verbindungen in den Abend- und Nachtzeiten zwischen Bremerhaven und Bremen einsetzen, insbesondere bei Großveranstaltungen und Veranstaltungen am Wochenende.

Bahnfahren muss inklusiv sein: Wir werden den Druck auf Alstom erhöhen, damit die versprochenen **barrierefreien Züge** auf den Linien RE 8 und 9 endlich zum Einsatz kommen. Außerdem werden wir sicherstellen, dass der Schienenersatzverkehr während der Generalsanierung barrierefrei gestaltet wird.

Eine weitere Einbindung des Bahnverkehrs mit der Region ist wünschenswert. Hierzu gehört eine **Bahnverbindung über Langen nach Bad Bederkesa**, die über den zu reaktivierenden Bahnhof Speckenbüttel auch dem innerstädtischen Verkehr dient. Die gemeinsamen Planungen mit dem Land Niedersachsen müssen verstärkt werden.

Bremerhaven braucht zudem eine **Fernverkehrsanbindung**: Die Gespräche mit der DB AG sind dazu zu intensivieren.

Im Hafen muss der Bau der **Hafenrandstraße** die Stadt weiter von den Belästigungen durch den Güterverkehr entlasten.

4.6 Wissenschaft

Die Bremischen Hochschulen sind als Ort der Wissenschaft ein Ort der Freiheit und des kritischen Diskurses, sie sollen aber auch ein Ort der Haltung und der guten Arbeit sein. Wir werden die Hochschulen entsprechend stärken und fördern. Ihre Rolle im gesellschaftlichen Leben reicht weit über die Aufgaben als Ausbildungsstätte für den regionalen Arbeitsmarkt, den öffentlichen Dienst oder als Impulsgeber für die lokale Wirtschaft hinaus. Sie leisten Grundlagenforschung, etwa zu Fragen von Klimakrise und Nachhaltigkeit oder zu aktuellen Herausforderungen gesellschaftlichen Zusammenhalts, des Sozialstaates oder des Rechtsrucks.

In all diesen Funktionen sind die Wissenschaftseinrichtungen aktuell bedroht – weltweit, in Deutschland und auch hier in Bremen. Wo Rechtspopulisten an Einfluss und Macht kommen, versuchen sie, in die Freiheit der Forschung einzugreifen, Aufklärung über den menschengemachten Klimawandel zu verhindern, gesellschaftskritische Forschung der Gender- oder postkolonialen Studien abzuwickeln und die Internationalisierung der Hochschulen zurückzudrehen. Es ist unverantwortlich, Hochschulen finanziell auszutrocknen und die Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Forschungs- und Lehrbetrieb einzuschränken. Ein großer Teil der Arbeit wird bereits für das Schreiben von Drittmittelanträgen verwendet, die Lehre ächzt unter Raumnot und der Zustand der Gebäude bedroht reibungslose Abläufe.

Diesem Zustand setzen wir eine **emanzipatorische Hochschulpolitik** entgegen. Die Hochschulen in Bremen müssen angemessen ausfinanziert werden. Im kommenden Haushalt muss mindestens sichergestellt sein, dass Preis- und Tarifsteigerungen an den Wissenschaftseinrichtungen voll vom Land übernommen werden, um eine Kürzung durch die Hintertür an den Hochschulen zu vermeiden. Mittelfristig kämpfen wir dafür, dass der Wissenschaftshaushalt des Landes Bremen deutlich erhöht wird und sich die Finanzierung der Bremer Hochschulen an den durchschnittlichen Ausgaben pro Studierenden der anderen Bundesländer orientiert.

Aber auch ein mit Landesmitteln erhöhter Etat würde nicht ausreichen, den **massiven Sanierungsstau** an den Hochschulgebäuden zu beseitigen. Für diesen Zweck müssen Bundesmittel eingesetzt werden. Die Bedarfe sind beträchtlich: Gebäudesanierung und Neubauten müssen anhand aktueller energetischer Standards (geringer Energieverbrauch, Einbau von Photovoltaik und Hitzeschutz) erfolgen. Prioritär müssen neue Sportanlagen und ein Hörsaal für das Jura-Studium in der Innenstadt gebaut werden, auch den Umbau der alten Sporthallen zu einem Hörsaalzentrum wollen wir beschleunigen.

Studierende im Mittelpunkt

Die Linke steht dafür, dass sich alle Menschen ein Studium leisten können – unabhängig vom eigenen Einkommen oder dem der Eltern. Hierfür fordern wir ein auskömmliches, alters- und elternunabhängiges **BAföG**, das an die realen Studienzeiten angepasst ist. Die aktuellen Reformen der Bundesregierung beim BAföG sind zu geringfügig und kommen zu spät. Bremen wird sich daher auf Bundesebene noch intensiver für eine echte BAföG-Reform einsetzen.

Als Bundesland können wir aber auch vor Ort viel dazu beitragen, die soziale Lage der Studierenden zu verbessern. Den Verwaltungskostenbeitrag wollen wir abschaffen und damit den inzwischen deutlich zu hohen **Semesterbeitrag** spürbar und dauerhaft absenken. Der Zuschuss des Landes an das Studierendenwerk muss erhöht werden, um auch hier Mieten und Beiträge zu stabilisieren. Das Essen in den Mensen muss nicht nur preisgünstig bleiben, sondern noch verstärkt auf regionale, biologische und fleischfreie Angebote umgestellt werden. Mit zusätzlichem Personal wollen wir dafür sorgen, dass die Bearbeitungszeit beim BAföG verkürzt und die Beratung im BAföG-Amt verbessert wird. Wir kämpfen dafür, dass eine von der Hochschule für einen Nachteilsausgleich anerkannte

chronische Krankheit oder Behinderung automatisch auch beim BAföG-Amt als Verlängerungsgrund für die Förderdauer gilt.

Nach wie vor gibt es in Bremen zu wenig **Wohnraum für Studierende**. Wir treiben den Bau eines neuen Wohnheims am Niedersachsendamm in der Neustadt voran. Bei Neubauprojekten in der Innenstadt werden wir studentisches und junges Wohnen stärker berücksichtigen. In Bremerhaven werden wir die Kooperation mit der Städtischen Wohnungsgesellschaft ausbauen, um auch dort genügend günstigen Wohnraum anzubieten.

Zur Öffnung des Studiums für alle müssen sich aber auch **Studienstruktur und -inhalte** verändern. Brückenkurse beispielsweise in Mathematik sollen den Einstieg in das Studium erleichtern. Gerade für Studierende, die zum ersten Mal in ihrer Familie studieren oder auch internationale Studierende, sind solche Kurse eine große Hilfe. Frauen fördern wir besonders in den MINT-Fächern z.B. durch Mentoring-Angebote. Wir wollen das Studium flexibilisieren, um es auch in Teilzeit parallel zu familiären Aufgaben oder Erwerbsarbeit absolvieren zu können.

Die Interdisziplinarität des Studiums stärken wir durch den Ausbau der General Studies an allen Hochschulen. Hierzu gehören für uns auch Angebote zur gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft, die wir absichern (z.B. in Form des Nachhaltigkeitszertifikats BRENA). Prüfungsformate müssen angesichts der Herausforderungen durch den Einsatz von KI kritisch auf ihre pädagogische Funktion überprüft werden. Dies muss eingebettet werden in eine allgemeine hochschuldidaktische Fortentwicklung der Studienformate. Für diesen Zweck stellen wir den Hochschulen zusätzliche Mittel zur Verfügung.

Demokratische Hochschulen in gesellschaftlicher Verantwortung

Wir wollen Hochschulen, die sich noch stärker gegenüber der Gesellschaft **öffnen**. Hierfür sind neben dem (Gast-)Studium auch andere Weiterbildungsformate anzubieten, gerne auch hochschulübergreifend als gemeinsame Kurse. Für uns steht dabei im Mittelpunkt, dass diese nicht kommerziell sind und sich an die Breite der Bevölkerung richten.

Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung müssen auch öffentlich zugänglich sein. Daher treten wir für eine konsequente Umstellung der Veröffentlichungspraxis auf **Open-Access-Modelle** ein.

Eine Voraussetzung für gute Lehre und Forschung an Hochschulen sind gute Arbeitsverhältnisse. Dazu gehört für uns ein **Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten**, ausreichend Zeit für eine Promotion und im Anschluss hieran schnell eine dauerhafte Karriereperspektive z.B. mit einem Tenure-Track (befristeter Einstieg in eine dauerhafte Professur). Auch in diesem Bereich werden wesentliche Regelungen auf Bundesebene getroffen, deswegen muss sich Bremen dort für Veränderungen einsetzen. Für die Phase nach der Promotion wollen wir das Wissenschaftszeitvertragsgesetz abschaffen. Auch Vorgaben des Bundes, die eine zwingende Befristung von Beschäftigten in Drittmittelprogrammen vorsehen, lehnen wir ab. Statt vieler einzelner Sonderprogramme muss der Bund eine dauerhafte Aufstockung der Grundhaushalte der Universitäten sicherstellen. Dies gilt z.B. für die Exzellenzinitiative, für deren Auslaufen nach der jetzt beginnenden Förderperiode wir zugunsten einer stabilen Grundfinanzierung eintreten.

Aber Bremen muss auch selbst für gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen sorgen. Wir wollen die **Mindestlaufzeiten von vier Jahren für Promotionsverträge** aus Landesmitteln festschreiben, die Zahl der Lehraufträge zurückdrängen und hierfür die Sonderrechte der Hochschule für Künste bei der Vergabe von Honorarverträgen aufheben. Auch wollen wir die Verlängerung von befristeten Verträgen aufgrund von Familienzeiten vereinheitlichen und die Fortentwicklung des Rahmenkodex für gute Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen eng begleiten.

Hochschulen müssen noch mehr zum Ort gelebter Demokratie werden. Nach Thüringer Vorbild werden wir die **Viertelparität** für Professor*innen, Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen sowie Mitarbeiter*innen aus Technik und Verwaltung einführen. Zu einer demokratischen Kultur an den Hochschulen gehört für uns außerdem, dass die Vereinbarungen zwischen dem Land Bremen und den Hochschulen (wie die Zielvereinbarungen oder der Wissenschaftsplan) gemeinsam in einem transparenten Prozess mit allen Statusgruppen an den Hochschulen und der Landespolitik entwickelt sowie öffentlich evaluiert werden.

Die **Zivilklausel** ist ein von den Hochschulmitgliedern erkämpftes Recht und wurde als solches vom Gesetzgeber anerkannt. Diese selbstbestimmte Entscheidung für einen Raum frei von militaristischen Interessen verteidigen wir gegen jedwede Angriffe. Ebenso verteidigen wir das Recht der Studierenden, sich innerhalb der Verfassten Studierendenschaften selbst zu organisieren und politisch zu artikulieren.

Sozial- und Gesellschaftswissenschaften wollen wir stärken.

4.7 Nachhaltig miteinander füreinander: Umwelt-, Natur-, und Tierschutz

Eine intakte Umwelt ist die Grundlage für ein lebenswertes Leben. **Natur-, Klima- und Artenschutz** gehören dabei untrennbar zusammen: Wo wir Grünflächen erhalten, Flächen entsiegeln oder Gewässer renaturieren, schützen wir gleichzeitig das Klima, fördern die biologische Vielfalt und die Lebensqualität der Menschen.

Umwelt- und Klimaschutz sind für uns auch **Küstenschutz**: Wir wollen eine Weser, deren Ökosystem geschützt wird und die zum Hochwasserschutz beiträgt. Und wir wollen eine konsequente Agrar- und Ernährungswende hin zu ökologischer Landwirtschaft und flächenbasierter Tierhaltung, die Böden, Gewässer und Klima schont.

Der **Schutz von Haus-, Nutz- und Wildtieren** gehört für uns zum Selbstverständnis einer sozial-ökologischen Partei.

Stadtsauberkeit von links

Stadtsauberkeit ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit und öffentlicher Verantwortung. Wir fordern mehr Personal für die **Stadtreinigung in belasteten Quartieren** sowie Klimaschutzmanager*innen in allen Quartieren, die u.a. niedrigschwellige Beratungsangebote zu Müllvermeidung, Kreislaufwirtschaft und Mülltrennung anbieten. Auch die schnellere Beseitigung wilder Müllablagerungen ist zentral, um Nachahmung zu vermeiden.

Wilde Müllentsorgung tritt unter anderem auf, wo nicht offiziell gemeldete Menschen in zu kleinen Wohnungen leben, so dass die Müllentsorgung über die Mülltonnen nicht ausreicht. In einzelnen Fällen kommen auch Vermieter ihrer Pflicht nicht nach, überhaupt Mülltonnen zur Verfügung zu stellen. Das wollen wir unterbinden. Auch extra anzumeldender Sperrmüll stellt für viele Menschen eine große Barriere dar. Wir wollen daher dezentrale wohnortnahe Unterfluranlagen in Quartieren mit starker wilder Müllentsorgung, die ohne Zugangscode nutzbar sind, sowie regelmäßig durch die Entsorgung anzufahrende wohnortnahe offizielle Sperrmüllabstellflächen.

Wir fordern, dass die **Abfallwirtschaft** als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge vollständig rekommunalisiert wird. Damit wollen wir private Gewinnmaximierung ausschließen sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit für alle Beschäftigten durchsetzen. Abfallgebühren sollten reale Kosten widerspiegeln und sozial gerecht gestaffelt sein. Müllimporte aus dem Ausland sowie Exporte in das Ausland lehnen wir ab. **[Hier Verweis auf das Kapitel Rekommunalisierung]**

Allgemein steht für uns Abfallvermeidung vor Recycling und Recycling vor Verbrennung. Deshalb setzen wir uns für **Kreislaufwirtschaft in öffentlichen Beschaffungen** ein. Re-Use-Produkte und Reparaturen sollten in allen öffentlichen Einrichtungen gefördert und gefordert werden. Auch Repair-Cafés und Materialtauschbörsen sollen ausgebaut werden.

In Bremerhaven fordern wir die sofortige Einführung der gesetzlich seit 2015 vorgegebenen Biotonne.

Die Kapazitäten der **Blocklanddeponie** werden (unter Berücksichtigung der Erweiterung) spätestens 2042 ausgereizt sein. Wir fordern eine frühzeitige Standortsuche unter Berücksichtigung unserer Forderungen, dass Abfallwirtschaft in die öffentliche Hand gehört, dass keine neuen Flächen versiegelt werden und keine Naturschutzgebiete belastet werden. Eine Erweiterung der Deponie darf allerdings nicht den Effekt haben, dass die Ziele zur Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft missachtet werden.

Wir wollen das breite Angebot dezentraler Recyclingstationen erhalten und stärken.

Das Ökosystem steht am Kipppunkt

Der Verlust der Biodiversität ist neben der Klimakrise der Bereich, in dem die planetaren Belastungsgrenzen bereits überschritten sind. Das **Artensterben**, gerade bei Insekten, ist dramatisch: Die Biomasse an Insekten ist in Deutschland seit 1990 um 75 % zurückgegangen. Das hat verheerende Folgen für die Vogelwelt und Bestäubung. Städten kommt hier – im Kontrast zu agrarischen Monokulturen – eine zunehmend wichtige Funktion zu.

Jahrzehntelanges Bauen auf der grünen Wiese hat **Grünflächen**, Grüngürtel und Naturschutzgebiete immer weiter verkleinert. Gleichzeitig haben einkommensschwächere Quartiere weniger Grün, leiden unter mehr Lärm und schlechterer Luft.

Wir wollen den Umweltbetrieb Bremen (UBB) und das Gartenbauamt Bremerhaven in ihrer Rolle zur Erhaltung und ökologischen Transformation öffentlicher Grünflächen personell stärken und den Baumbestand insbesondere in verdichteten Quartieren erheblich erweitern. Bei der Baumpflege im Bestand sollen die Eigenbetriebe so aufgestellt werden, dass sie auf Untervergaben an Dritte verzichten können. Die Pflegestufen für Bestandsbäume wollen wir überprüfen. Die Azubis des UBB müssen nach ihrer Prüfung unbefristet eingestellt werden.

Frei werdende Friedhofsflächen werden wir als Grünflächen erhalten und eine Bebauung ausschließen. Das Bestattungswesen wollen wir weiter modernisieren und auch neue Formen wie die „Reerdigung“ in Bremen erlauben.

Grünflächen und Schutzgebiete erhalten und ausbauen

Es bedarf verbindlicher Maßnahmenpläne für die bestehenden Natur- und Landschaftsschutzgebiete Bremens. Die überfälligen Ausweisungen der Bremer **Mittelweseraue** als Naturschutzgebiet (Lebensraum von Löffler und Biber) sowie der Rohrniederung und des **Fehrmoors** in Bremerhaven müssen endlich umgesetzt werden. Weiter wollen wir Naturschutzflächen am Stahlwerk langfristig sichern, damit sie nicht später einer Gewerbeansiedlung weichen müssen.

Wir wollen die erfolgreichen **Renaturierungsmaßnahmen für die Kleine Wümme** ausweiten: Das Projekt „Naturnahe Kleine Wümme“, das Naturschutz, Naherholung und Entsiegelung zusammen denkt, ist hier ein richtiger erster Schritt.

Das **Gewerbeentwicklungsprogramm** unserer Landesregierung, das erstmals auf Innenverdichtung statt Flächenfraß setzt, ist ein wichtiger Erfolg – wir bekennen uns zu diesem Weg und zur Aufwertung bestehender Gewerbeflächen durch städtisches Quartiersmanagement zur Nutzung von Synergieeffekten statt zu weiterer Versiedelung.

Wir wollen Bremen und Bremerhaven von **Silvesterfeuerwerk** entlasten, bestehende Verbotsmöglichkeiten konsequent ausschöpfen und ausweiten. Besonders geschützt werden sollen dabei Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, Naturschutzgebiete und dicht besiedelte Bereiche. Mit einer Kampagne „Bremen. Bremerhaven. Böllerfrei.“ wollen wir Geschäfte, die freiwillig auf den Verkauf von Feuerwerk verzichten, sichtbar auszeichnen. Zugleich wollen wir zentrale, kostenlose Silvesterveranstaltungen mit Lasershows und ggf. sogenannter Low-Noise-Pyrotechnik als attraktive Alternative fördern.

Biodiversität erhalten, Ökosysteme schützen

Bremen muss seine **Biodiversitätsstrategie kontinuierlich weiterentwickeln**. Die Pflege des öffentlichen Grüns ist konsequent an Biodiversität und Klimaanpassung auszurichten, mit heimischen, insektenfreundlichen und klimaangepassten Pflanzen und O2-bindenden Bäumen und Mooren. Die seit 2025 laufende systematische **Datenerhebung zum Insektenrückgang** in Bremen ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Verbesserung der Biodiversität.

Wir wollen die **Aufforstung von Gehölzen** fortsetzen sowie wo möglich die Wiedervernässung von Mooren zur CO2-Bindung und Wiederherstellung städtischer Natur für Vögel, Säugetiere, Reptilien, Amphibien und Insekten.

Trockengelegte **Moore** setzen große Mengen Treibhausgase frei. Im Land Bremen werden ca. 40 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche als Grünland auf Moorboden bewirtschaftet. Wir setzen uns dafür ein, landwirtschaftlich genutzte Moorflächen in Absprache mit der Landwirtschaft zu vernässen, sodass eine nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung weiterhin möglich ist. Der erfolgreiche Vogelschutz insbesondere im Blockland soll weiter gestärkt werden.

Biodiversitäts- und Klimaschutz enden für ein Küstenbundesland nicht an der Küste. Marine Sedimente binden Kohlenstoff, und ihre Zerstörung durch bodenberührendes Fanggerät setzt ihn wieder frei. Über Bundesrat und EU setzen wir uns deshalb für ein Verbot von Grundschieppnetzen in marinen Schutzgebieten ein, für wirksamen Schutz vor Unterwasserlärm bei Bauvorhaben und für Geschwindigkeitsbegrenzungen in den Wander- und Aufzuchtzonen von **Schweinswalen** und Seehunden. Wir streben eine Kooperation mit Niedersachsen an für die Bergung und Recycling von Geisternetzen und verlorenem Fanggerät im Mündungsbereich und den Küstengewässern.

Wir wollen die Entwicklung des ehemaligen **Rennbahngeländes** zu einem **naturnahen Stadtnaturpark** vorantreiben – einem Naherholungsgebiet, das Wildtiere und ökologisch wertvolle Pflanzen mit deren Bedarfen mitdenkt. Insgesamt soll die Stadt auch für Tiere zu einem barrierearmen Ort werden. Für Tiere undurchdringliche Stahlmattenzäune, steile Uferböschungen und unüberwindbare Bordsteinkanten sind zu vermeiden oder durch Durchlässe und Stiege anzupassen.

Keine weitere Weservertiefung, konsequenter Küstenschutz

Eine weitere Vertiefung der **Unterweser** ist mit uns nicht zu machen. Die geplante Vertiefung der Außenweser auf 13,5 Meter Fahrrinntiefe muss die letzte Ausbaustufe bleiben. Statt immer neuer Eingriffe in das Flusssystem wollen wir die **Renaturierung der Nebengewässer** ausweiten und die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie konsequent umsetzen.

Beim Neubau des **Deiches an der linken Weserseite** („Stadtstrecke“) liegt unser Fokus neben Sicherheit darauf, den Deich als grüne Oase inmitten der Stadt zu erhalten. Hohe Aufenthaltsqualität, Hochwasserschutz und eine ökologisch hochwertige Lösung sollen verbunden werden.

Der Deichschutz in Bremen muss konsequent verfolgt und ausfinanziert werden. Hierbei ist insbesondere der Deichschutz der Überseeinsel zu gewährleisten.

Auch die Binnendeiche sind konsequent zu ertüchtigen. Ein Hochwasserereignis wie 2024/2025 in Borgfeld darf uns nicht wieder unerwartet treffen.

Ökologische Landwirtschaft weiter stärken, gesunde Ernährung ermöglichen

In Bremen werden bereits heute über 36 % der landwirtschaftlichen Flächen ökologisch bewirtschaftet. Für den notwendigen weiteren Ausbau der Biolandwirtschaft in Bremen wollen wir

verbindliche regionale Absatzmärkte durch Verwendung von Bioprodukten in Schulen, Krankenhäusern und weiteren öffentlichen Einrichtungen schaffen. Kitas, Schulen, Kantinen und Krankenhäusern sollen auf die sog. Planetary-Health-Diet umgestellt werden mit möglichst regionalen und wenig tierischen Produkte. Die Umstellung auf 100 % Bio-Produkte wird angestrebt. Die Versorgung mit nicht nur ökologischem, sondern auch gesundem Essen muss gerade in Kitas, Schulen und Krankenhäusern endlich zur Selbstverständlichkeit werden.

In der Landwirtschaft streben wir die **Umstellung auf Biolandwirtschaft und die Abkehr von der Massentierhaltung** an, um neben mehr Tierwohl und Biodiversität den Nitratreintrag und die daraus folgende Bodenbelastung zu minimieren.

Konventionelle Betriebe sind durch **finanzielle Förderung und verlässliche regionale Absatzmärkte** beim Umstieg auf Ökolandbau zu unterstützen. Vom Wechsel von intensiver zu extensiver Landwirtschaft profitieren Klima, Böden-, Wasserqualität und Biodiversität.

Für mehr Nachhaltigkeit wollen wir das „**Containern**“ **entkriminalisieren**, um Lebensmittelverschwendung einzudämmen. Hauswirtschaft und Gartenbau wollen wir als Teil der **Umweltbildung in Schulen** verankern. Die außerschulischen Umweltlernorte wie die Ökologiestation oder die Kinderwildnis wollen wir finanziell stärken.

Auch nachhaltige Initiativen - Reparaturwerkstätten wie die Klimawerkstatt und Selbsthilfewerkstätten wie die freischrauber* - wollen wir finanziell stärker fördern.

Stadtgärten und Urban Farming wollen wir wo möglich unterstützen und fördern.

Auf Bundesebene setzen wir uns für die Senkung der Mehrwertsteuer auf nachhaltig produzierte Lebensmittel ein, für ein Ende nicht-nachhaltiger Subventionen und für das Ziel von 100 % Bio-Produkten in öffentlichen Einrichtungen.

Die **Kleingärten** im Land Bremen werden wir stärker fördern. Die Vereine leisten für unsere Städte eine gesellschaftlich und ökologisch zentrale Aufgabe. Die Straßenbäume in den Parzellengebieten sollen von der Stadt gepflegt werden, wir wollen das Baumpflegebudget dafür erhöhen. Brachgefallene Kleingärten dürfen nicht für allgemeine Bebauung umgewidmet werden. Für intakte Kaisenhäuser wollen wir rechtliche Spielräume nutzen, um Wohnraum zu sichern. Auch einfaches Wohnen soll nach Rücksprache mit den Vereinen unbürokratisch ermöglicht werden. Wir wollen auch im Land Bremen neue Wochenendhausgebiete ausweisen.

4.8 Tierschutz

Verantwortung für Tiere übernehmen

In Bremen setzen wir uns für die **Beendigung der Primatenversuche** an der Universität Bremen ein. Dieses scheiterte bislang an den Bundesregelungen. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein deutlich strengeres Tierschutzrecht und einen restriktiveren Umgang mit Tierversuchen. Gleichzeitig wollen wir das Hochschulgesetz reformieren und auf Landesebene alle Möglichkeiten ausschöpfen, um weitere Versuche an Makaken zu verhindern.

Der in der letzten Legislatur erreichte **Sachkundenachweis für Hundehaltung** zielt zu sehr auf die Vermeidung von Gefahren für Menschen und zu wenig auf Tierwohl und artgerechtes Leben. Hier wollen wir nachbessern. Die sog. Rasseliste für verbotene Hunderassen ist fachlich nicht zu halten, wir wollen sie analog zu Niedersachsen abschaffen.

Wir wollen eine bessere Finanzierung des **Tierheims** sicherstellen, nötige Erweiterungen ermöglichen und eine Wildtierauffangstation aufbauen.

Für mehr Tierwohl wollen wir **zusätzliche Hundeauslaufflächen** ohne Leinenzwang schaffen. Um das menschengemachte Leiden der Tauben durch Überpopulation zu beenden, wollen wir die **Taubenschläge nach Augsburger Vorbild ausbauen**. Wir fordern ein Verbot des Freilassens von Hochzeitstauben als „Einwegtieren“ bei standesamtlichen und kirchlichen Trauungen.

Auf **Bundesebene** setzen wir uns ein für ein **Verbot des Internethandels mit Tieren**, ein Verbot des Imports lebender Wildtiere, für strengere Haltungs- und Transportbedingungen sowie für eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Heimtiere. Wir wollen ein Verbot von Nutztier-Transporten ab einer erwarteten Tagestemperatur von 25 °C. Wir setzen uns weiter ein für die **Begrenzung der Konzernmacht großer Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzerne** sowie für eine Erleichterung von Hofschlachtungen.

4.9 Globale Solidarität und Zusammenarbeit

Im Oktober 2024 hat der Bundesrat in leicht geänderter Fassung einen vom Bremer Senat initiierten Entschließungsantrag zur Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit von Ländern und Kommunen angenommen. Die damalige Bundesregierung reagierte offen. Sie sicherte unter anderem zu, die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und das Eine-Welt-Promotor*innen-Programm trotz angespannter Haushaltslage „auf hohem Niveau“ fortzuführen. Der ebenfalls geforderte Bund-Länder-Dialog auf Ministerienebene wurde im März 2026 unter Bundesentwicklungsministerin Reem Alabali Radovan eröffnet.

Die Linke Bremen steht unverändert hinter dieser Initiative sowie den 2022 erneuerten "Entwicklungspolitischen Leitlinien der freien Hansestadt Bremen", die sich ihrerseits an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen orientieren (Agenda 2030). Denn globale Solidarität gehört zur DNA der Linken als internationalistischer Partei – gerade in einer Stadt, die historisch vom transatlantischen Versklavungshandel, vom Kolonialismus und von ungerechten Weltmarktstrukturen enorm profitiert hat. In diesem Sinne wollen wir in mindestens sechs Bereichen dazu beitragen, das ungerechte Gefälle zwischen Globalem Norden und Globalem Süden abzubauen:

1. **Eine-Welt-Promotor*innen-Programm weiterentwickeln:** Das von Bund und Ländern gemeinsam getragene Programm soll nicht nur erhalten, sondern perspektivisch ausgebaut werden – auch über die fünf Bremer Stellen hinaus. Wichtige Bereiche sind unter anderem Klimagerechtigkeit, Lieferketten, fairer Handel, globale Teilhabe und dekoloniale Bildungsarbeit.
2. **Globales Lernen verankern:** Bildung ist Ländersache. Wir wollen globales Lernen zum verbindlichen Bestandteil von Lehrplänen und Lehrkräfteausbildung machen sowie Kooperationen zwischen Kitas, Schulen und entwicklungspolitischer Zivilgesellschaft kontinuierlich ausbauen.
3. **Migrantische Diaspora stärken:** Migration ist unter anderem Folge globaler Ungleichheiten. Gleichzeitig unterstützen Migrant*innen durch ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihre Rücküberweisungen Angehörige und Freund*innen in ihren jeweiligen Herkunftsländern. Entsprechend gilt es, migrantisch-diasporische Gemeinschaften nicht nur bei der Integration, sondern auch als Akteure selbstbestimmter Entwicklung und autonomer Gestaltung zu stärken, z.B. über die erfolgreiche BreGlob-Kleinprojektförderung.
4. **Internationale Partnerschaften vertiefen:** Bremens langjährige Beziehungen zu Städten im globalen Süden müssen in beiden Richtungen intensiviert werden – anknüpfend an die schon bestehenden Städtepartnerschaften mit Durban in Südafrika und Windhoek in Namibia. Hierzu gehört auch, zivilgesellschaftliche Organisationen in Bremen bei gemeinsamen Projekten mit Partnern im Globalen Süden finanziell und logistisch auf möglichst unbürokratische Weise zu unterstützen.
5. **Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe ernst nehmen:** Bei Bundesgesetzen und EU-Vorhaben, die eine Zustimmungs- oder Beratungspflicht des Bundesrates vorsehen, werden wir noch stärker darauf achten, potenzielle Konflikte mit den Entwicklungspolitischen Leitlinien frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden oder zumindest zu minimieren.
6. **Global Village in Bremen umsetzen:** Als Linke setzen wir uns dafür ein, die Realisierung des bereits im aktuellen Koalitionsvertrag (2023) erwähnten Projektes eines Global Village proaktiv zu fördern. Ziel ist es, in Bremen einen zivilgesellschaftlichen Ort zum Arbeiten, zum Vernetzen und zur Fortbildung zu schaffen – auch als integraler Bestandteil einer diversen und weltoffenen Quartiersentwicklung.

7. **Zukunftsgestaltung statt Entwicklungsbegriff:** Das Land Bremen setzt auf die Gestaltbarkeit globaler Lebensverhältnisse und hinterfragt überholte Begriffe, die Solidarität und Partnerschaft auf Augenhöhe behindern. Daher werden wir als Linke die Umbenennung des Referats „Internationale Kooperationen und Entwicklungszusammenarbeit“ in Bezug auf den Entwicklungsbegriff prüfen (mögliche Alternative: „Internationale Kooperationen und Zusammenarbeit“).

4.10 Friedenssicherung in unsicheren Zeiten

Friedenssicherung ist eines der wichtigsten Ziele für eine demokratische und humane Gesellschaft. Wir sind entsetzt und besorgt darüber, dass Krieg von verschiedenen Staaten als vermeintlich legitimes Mittel, eigene Interessen durchzusetzen, angesehen und eingesetzt wird. Die geopolitische Unsicherheit darf nicht zu einer weiteren Normalisierung von Krieg führen. Das **Völkerrecht und die UN-Charta** müssen stattdessen der Maßstab sein und bleiben. Staaten haben ein Recht auf Selbstverteidigung, aber Angriffskriege, unverhältnismäßige Kriegsführung, Kriegsverbrechen, auch die einseitige Androhung von Gewalt sind ein Bruch des Völkerrechts sind niemals zu rechtfertigen, egal, um welchen Staat es sich handelt.

Verteidigungsfähigkeit muss in einer Weise organisiert werden, die möglichst defensiv ausgerichtet ist, die Gesellschaft nicht militarisiert, und die anderen gesellschaftlichen Aufgaben und Ziele nicht untergräbt. Den aktuellen **Aufrüstungskurs** der Bundesregierung lehnen wir ab. Die Einseitigkeit ist mit Händen zu greifen. Es ist absurd, wenn das Geld, um Brücken und Häfen zu sanieren oder den Zivil- und Katastrophenschutz zu stärken, nur zur Verfügung steht, wenn und weil damit auch ein militärischer Nutzen verbunden ist. Das macht diese Investitionen nicht falsch, aber dass einseitig Rüstungsausgaben vom Diktat der Schuldenbremse befreit wurden und nicht etwa Zukunftsinvestitionen in Bildung, Klimaschutz und technologische Souveränität, ist grundfalsch.

Die Ausgestaltung einer verantwortlichen und defensiven Verteidigungspolitik muss politisch und auf Bundesebene entschieden werden. Eine aktive Lobbypolitik der Bundesländer im Interesse der dort ansässigen Rüstungsfirmen lehnen wir ab. Der Maßstab „so viel wie nötig, so wenig wie möglich“ ist auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft. Der wirtschaftliche Effekt von Bildungsausgaben ist um ein Vielfaches höher als der von Rüstungsausgaben. Bremen und Bremerhaven wären schlecht beraten, sich einseitig vom Rüstungsboom abhängig zu machen, denn er wird in dieser Form endlich sein.

Wir werden daher **keine militärische Lobbypolitik** des Bundeslandes betreiben und keine Ansiedlungs- und Förderprogramme für die Rüstungsproduktion auflegen. Wir halten daran fest, dass Investitionen in die Zukunftsfähigkeit und breite Aufstellung des Wirtschaftsstandorts weitergehen müssen und dass Belegschaften in krisenbedrohten Branchen nicht auf die Rüstungsproduktion als vermeintlicher Ausweg verwiesen werden. Wir wollen die Zivilklauseln an den Hochschulen erhalten, bekräftigen und weiterentwickeln und die Rolle der Hochschulen stärken in der Friedens- und Konfliktforschung sowie in der Auseinandersetzung um Entspannung, defensive Verteidigung, Möglichkeiten der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.

Wir begrüßen die Bundesförderung für die Sanierung der **Bremischen Häfen**. Wir erwarten, dass eine damit verbundene militärische Nutzung die zivile Funktion der Häfen nicht einschränkt, und dass für etwaige Vorhaltekapazitäten bezahlt wird. Wir sprechen uns dagegen aus, dass der geplante zusätzliche Nordsee-Marinehafen nach Bremerhaven kommt. Wir wollen Bremerhaven nicht wieder zum Marinestützpunkt machen.

Wir kritisieren, dass **Investitionen in technologische Souveränität**, wie z.B. eigene europäische Satellitensysteme oder eigene digitale Systeme, Kommunikationstechnologien und Speicherkapazitäten, häufig nur unter dem Aspekt ihres verteidigungspolitischen Nutzens gefördert und finanziert werden. Bremen verfügt hier über starke Kompetenzen und Kapazitäten, deren wirtschaftspolitischer und technologischer Nutzen eingeschränkt wird, wenn sie nur unter militärischen Vorgaben entwickelt werden.

Auf Bundesebene setzen wir dafür ein, dass die **Wehrpflicht** nicht wieder eingeführt wird. Eine demokratische Armee beruht auf Freiwilligkeit, Parlamentsvorhalt und innerer Demokratisierung. Wir setzen uns ein für die Abschaffung der Schuldenbremse und für eine gleichberechtigte

Berücksichtigung von Ausgaben für Bildung, Sozialstaat und öffentlichen Reproduktionssektor. Wir fordern von der Bundesregierung die Einführung einer Übergewinnsteuer für Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, eine bessere Kontrolle durch staatliche Beteiligung an den großen Rüstungskonzernen, den Ausbau der Mitbestimmung gerade in diesem Sektor und eine enge haushalterische Kontrolle der Beschaffung bei der Bundeswehr, um zu vermeiden, dass zu überhöhten Preisen eingekauft wird. Wir wollen keine EU-Armee, aber mehr europäische Kooperation bei Produktion und Beschaffung statt teure nationale Alleingänge.

Die **Bundeswehr** steht nicht außerhalb der Gesellschaft. Das ist unsere Anforderung an sie, und das bestimmt unsere Haltung zu ihr. Der Einsatz der Bundeswehr für zivile Aufgaben muss auf absolute Ausnahmesituationen begrenzt bleiben. Zuerst müssen THW, Feuerwehr und Katastrophenschutz gestärkt werden. Wir wollen keine einseitige Unterrichtung und Werbung durch die Bundeswehr an Schulen.

4.11 Digitalisierung und Netzpolitik

Digitalisierung gewinnt durch den Hype rund um alles, was man allgemein unter Künstlicher Intelligenz (KI) versteht, einen noch stärkeren Einfluss auf die Gesellschaft. Sie droht Arbeit zu prekarisieren und verspricht, kurzfristige Profite zu erhöhen. Für viele Menschen ist Digitalisierung jedoch auch eine Chance für mehr gesellschaftliche Teilhabe, zur Vereinfachung lästiger Arbeitsprozesse oder für alternative Produktionsweisen wie Open Source.

Die **Abhängigkeit von US-amerikanischen Tech-Konzernen** in der Verwaltung muss auch im Sinne der öffentlichen Sicherheit reduziert werden. Entsprechende Verträge wollen wir nicht verlängern, weshalb wir einen Ausstiegsplan entwickeln.

Der Trend zur **Nutzung von KI** ist unumkehrbar. Daher braucht es demokratische und soziale Leitplanken, um Menschen, Umwelt und Gesellschaft vor den Folgen einer Deregulierung digitaler Standards zu schützen. Digitalisierung und KI sind kein Selbstzweck. Richtig eingesetzt können neue Technologien Verwaltungsprozesse vereinfachen und den allgemeinen Zugang zu Bildung und Informationen erleichtern.

Wir stehen für ein gemeinwohlorientiertes und dezentrales Internet, in dem Selbstbestimmung, Datensicherheit und digitale Souveränität an vorderster Stelle stehen. Wir wehren uns gegen Deregulierungsversuche durch Lobbyisten und politische Interessen und lehnen die auf EU-Ebene geplante Aufweichung der KI-Verordnung ab.

An öffentlichen Orten wollen wir **kostenfreie Internetzugänge** fördern, damit Menschen unabhängig vom Einkommen digitale Angebote nutzen können. Dieser Zugang muss den Anforderungen für Sicherheit des BSI-Grundschutzkompendiums (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) folgen.

Für eine verantwortliche Digitalwirtschaft

Die Bundesregierung hofft, durch Förderprogramme von KI-Start-Ups und KI-Produkten in einem weltweiten Wettbewerb mithalten zu können. Auf der Strecke bleiben dabei in der KI-Verordnung der EU festgeschriebene Kriterien wie der Schutz sensibler Persönlichkeitsdaten. Wir setzen uns dafür ein, dass **wirtschaftliche Förderung in Bremen an klare Kriterien** gebunden wird: Die Entwicklung von Überwachungsinstrumenten wie biometrischer Gesichtserkennung, deren Anwendungsmöglichkeiten hybride zwischen zivil und militärisch angesiedelt sind, muss als solche gekennzeichnet werden. Explizite militärische Verwendungszwecke sollen nicht gefördert werden.

Geförderte Projekte müssen europäische Datenschutzstandards einhalten und ihre Datenverarbeitung transparent offenlegen.

Im Kampf gegen digitale Monopolisierung spielt **Open-Source-Software** eine immer wichtigere Rolle. Damit diese langfristig konkurrenzfähig bleibt, müssen auch hierfür Wege der Finanzierung und der organisatorischen Unterstützung – wie etwa einer vereinsähnlichen Struktur – gefunden werden. Wir wollen uns im Bundesrat für eine Förderentwicklung von Open Source einsetzen.

Öffentliche Verwaltung als Vorreiter

E-Governance bleibt eine zentrale Aufgabe für die Bremische Verwaltung. Wir wollen **digitale Verwaltungsangebote** ausbauen, mehrsprachig gestalten und bekannter machen, damit alle Menschen einfachen Zugang zu Behörden erhalten. Das Ziel ist, dass alle

Verwaltungsdienstleistungen digital und medienbruchfrei nutzbar sind. Dabei ersetzen digitale Angebote das Angebot vor Ort nicht. Die Möglichkeit der analogen Antragstellung erhalten wir.

Eine Herausforderung für die effiziente Umsetzung von Verwaltungsdigitalisierung ist die föderale Struktur der Verwaltung. Wir unterstützen die gemeinsam vorangetriebene Entwicklung von digitalen Verwaltungsleistungen nach dem Prinzip "Einer für Alle" innerhalb des IT-Planungsrats bzw. durch die FITKO (Föderale IT-Kooperation). Außerdem befürworten wir den gemeinschaftlichen Aufbau von **Cloud-Kapazitäten** für die öffentliche Verwaltung auf Servern in Deutschland.

Gerade im Bereich Künstliche Intelligenz ist es wichtig, die Sinnhaftigkeit von Anwendungsbereichen und -formen abzuwägen und nicht aus einem Hype heraus zu entscheiden. Es ist richtig, dass der Bremer Senat sich mit der **KI-Strategie für die öffentliche Verwaltung** auf den Weg gemacht hat, Regeln und sinnvolle Anwendungsbereiche für KI im öffentlichen Dienst zu definieren und daraus Projekte zu entwickeln. Wir wollen diesen Weg weiterverfolgen.

Die politische Entwicklung in den USA zeigt, wie problematisch die Abhängigkeit von einzelnen globalen Technologiekonzernen ist. Deshalb setzen wir uns für **digitale Souveränität** der öffentlichen Verwaltung ein. Öffentliche Stellen sollen bevorzugt Open-Source-Software oder datenschutzkonforme Lösungen aus Staaten der EU einsetzen („Public Money, Public Code“). Neue Software darf nur beschafft werden, wenn sie offene Standards unterstützt und ein Wechsel des Anbieters jederzeit möglich bleibt (Vendor-lock-in vermeiden).

Langfristige Vertragsbindungen mit IT-Dienstleistern wollen wir regelmäßig auf Kosten, Effizienz, Datensicherheit und bestehende Abhängigkeiten überprüfen. Auf monopolartige Tech-Konzerne wollen wir dabei verzichten.

Bei neu aufgesetzten Fachverfahren sollen Schnittstellen geschaffen werden, um Datenmanagement in der Verwaltung unter Wahrung von datenschutz- und bürgerrechtlichen Gesichtspunkten perspektivisch zu zentralisieren. Hierfür ist es zudem wichtig, die Verzahnung von verwaltungsinterner IT-Expertise mit der des öffentlichen Dienstleisters **Dataport** zu verbessern, damit die Digitale Strategie innerhalb der Verwaltung besser vorangetrieben werden kann.

Am Beispiel des in der Verwaltung eingesetzten Systems „**LLMoin**“ wollen wir evaluieren, wie KI-Anwendungen Verwaltungsprozesse sinnvoll unterstützen können, ohne Beschäftigte zu ersetzen oder Datenschutzstandards abzusenken.

Darüber hinaus wollen wir vollständige Transparenz über die in der Verwaltung eingesetzte Software schaffen. Bürger*innen haben ein Recht darauf zu erfahren, welche Systeme ihre Daten verarbeiten und welche Unternehmen daran beteiligt sind. Deshalb fordern wir ein öffentlich einsehbares **Softwarekataster**, das neben der eingesetzten Software auch beteiligte Cloudanbieter, Subunternehmen und zentrale technische Abhängigkeiten offenlegt.

Für uns ist das **Informationsfreiheitsgesetz** ein wichtiges Mittel, um Transparenz und Demokratie zu festigen. Versuchen, das Informationsfreiheitsgesetz einzuschränken, werden wir im Bundesrat nicht zustimmen. Im Bereich OpenData stellt Bremen bereits viele Informationen zur Verfügung, jedoch wenig konkrete Daten. Daten und andere Dokumente, wie z.B. Plenarprotokolle, müssen auch in anderen Formaten als PDF zugänglich werden, um besser maschinenlesbar zu sein.

Datensicherheit und Datenschutz

Gesellschaftliche Probleme dürfen nicht mit immer weitergehender Überwachung beantwortet werden. Wir lehnen den Ausbau staatlicher **Überwachungsinfrastruktur** ab. Bestehende Systeme

müssen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit, Verhältnismäßigkeit und Auswirkungen auf Grundrechte überprüft werden.

Personenbezogene Daten öffentlicher Stellen müssen grundsätzlich auf Servern innerhalb der Europäischen Union verarbeitet werden und dürfen nicht von ausländischen Regierungen abgerufen werden können. Wo dies technisch oder rechtlich nicht gewährleistet werden kann, müssen bestehende Systeme ersetzt oder schrittweise abgelöst werden.

Wir stehen ein für kompromisslose Datensicherheit und den Schutz von Persönlichkeitsrechten. Das tun wir sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene, weshalb wir uns als starke Stimme inner- wie außerparlamentarisch klar positionieren, damit geplante Datenaustausche mit nicht-europäischen Regierungen nicht umgesetzt werden können.

Den **Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit** wollen wir personell, technisch und gesetzlich stärken.

Verantwortliche Digitalisierung für eine offene Gesellschaft

Netzneutralität, das bedeutet die Grundidee, dass alle Daten im Internet gleichbehandelt werden, wird unter anderem durch Entwicklungen wie dem 5G-Ausbau ("5G-Network-Slicing") weiter bedroht. Wir setzen uns im Bundesrat für eine gesetzlich abgesicherte und kompromisslose Netzneutralität ein.

Generative KI-Systeme dürfen nicht auf Kosten von Urheberrechten, kreativer Arbeit und kultureller Vielfalt entwickelt werden. Neben Open-Source- und Open-Access-Anwendungen setzen wir uns für die Förderung europäischer KI mit klaren und verbindlichen Regulierungen ein. Wir lehnen Uploadfilter, Vorratsdatenspeicherung, Chatkontroll-Gesetze sowie KI-gestützte Überwachungssoftware und Hardware strikt ab. Unser Ziel ist eine digitale Gesellschaft, in der Technologie den Menschen dient – demokratisch kontrolliert, sozial gerecht und datenschutzkonform. Digitalisierung darf nicht zur Konzentration von Macht beitragen, sondern muss Teil öffentlicher Daseinsvorsorge und gesellschaftlicher Teilhabe sein.

Beim Ausbau der **Glasfaserinfrastruktur** wollen wir die Anbieter verpflichten, ihre Bauarbeiten so abzustimmen, dass Tiefbaumaßnahmen in Bürgersteigen nur einmal vorgenommen werden.

Wir fördern die Medienkompetenz aller Generationen. Das Recht auf digitale Teilhabe bezieht sich auch auf Kinder und Jugendliche. **Social Media Verbote für Kinder und Jugendliche lehnen wir ab.** Es braucht deutliche Regulierung von Inhalten und Funktionsweisen, die Mediensucht begünstigen und Kinder und Jugendliche gefährden können. Social Media Plattformen müssen konsequent zur Verantwortung gezogen werden, für Kinder- und Jugendschutz zu sorgen.

4.12 Für eine moderne Verwaltung und einen zeitgemäßen öffentlichen Dienst

Ohne eine gute öffentliche Verwaltung und einen starken öffentlichen Dienst geht nichts. Die Anforderungen sind beträchtlich: Ständig kommen neue Aufgaben hinzu. Digitalisierung, die erhöhten Anforderungen an Krisenresilienz und Sicherheit sowie neue Technologien sind eine Herausforderung. Als öffentliches Gesicht des Staates kommt gut funktionierenden, erreichbaren, bürgernahen Ämtern eine besondere, auch demokratiefördernde Bedeutung zu. Die öffentliche Verwaltung soll mehr steuern und weniger verwalten. Und all dies vor dem Hintergrund eher knapper öffentlicher Kassen.

Mitbestimmung und Arbeitsbedingungen

Mitbestimmung ist dabei besonders wichtig. Wir stehen zum **Personalvertretungsgesetz** und wollen die Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume der Beschäftigten weiter stärken. Ihr Erfahrungswissen und ihre Verbesserungsvorschläge müssen die Weiterentwicklung von Arbeitsabläufen prägen. Veränderungsprozesse im Zuge von Digitalisierung, der Einführung von KI und der Anpassung an neue Arbeitskonzepte wie Desk Sharing wollen wir in Betriebsvereinbarungen verlässlich gestalten. Die damit einhergehende Verwaltungsmodernisierung muss vor allem auf Arbeitserleichterung und Bürger*innenfreundlichkeit zielen und darf kein Deckmantel für heimliche Kürzungen sein. Beschäftigte und ihre Personalvertretungen müssen bereits bei der Auswahl und Einführung neuer digitaler Systeme beteiligt werden. Eine automatisierte Leistungs- und Verhaltenskontrolle lehnen wir ab.

Beim Einsatz von KI müssen Entscheidungen nachvollziehbar bleiben und einer wirksamen menschlichen Überprüfung zugänglich sein. Wir wollen die eigene IT-Kompetenz der öffentlichen Verwaltung stärken und auf offene Standards sowie nach Möglichkeit auf Open-Source-Software setzen, um Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu verringern.

Wir wollen eine Verwaltung, die ressortübergreifend zusammenarbeitet und auf neue Aufgaben schneller reagieren kann. Dafür wollen wir **Projektarbeit** mit klaren Verantwortlichkeiten und ausreichenden Zeit- und Personalressourcen zusätzlich erleichtern und verankern. Neue Aufgaben dürfen dabei nicht dauerhaft zusätzlich zum Tagesgeschäft aufgebürdet werden; Daueraufgaben brauchen verlässlich ausgestattete, unbefristete Stellen.

Die **Bremer Erklärung zu fairen Beschäftigungsbedingungen** im öffentlichen Dienst zwischen Senat und Gesamtpersonalrat unterstützen wir und wollen sie fortentwickeln. Wir wollen einen öffentlichen Dienst mit selbstbewussten und kritischen Beschäftigten, daher setzen wir uns für eine Stärkung und Ausweitung der Fortbildungsangebote und -rechte ein. Die beamtenrechtliche Überprüfung von Bewerber*innen durch den Verfassungsschutz wollen wir auslaufen lassen.

Eine bürger*innenfreundliche Verwaltung muss allen Menschen ermöglichen, ihre Rechte tatsächlich wahrzunehmen. Dafür wollen wir neben digitalen Angeboten die persönliche und telefonische Erreichbarkeit ausweiten, Informationen und Antragsverfahren barrierefrei gestalten und mehrsprachige Angebote sowie Zugänge mit Sprachmittlung ausbauen. Die Verwaltung soll Menschen, auch im Rahmen aufsuchender Angebote, aktiv dabei unterstützen, ihnen zustehende Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Personalpolitik

Die rot-grün-rote Landesregierung hat ein Modell der **Personalsteuerung** entwickelt, das eine Umsteuerung zu neuen Aufgabenbereichen ermöglicht: In den Kernbereichen wird die Personalmenge jährlich um 1,45 Prozent verringert, damit im Gegenzug mehr Personal für neue oder unterausgestattete Bereiche zugewiesen werden kann. Die Bereiche Polizei, Justiz, Schule, Kita und Steuerverwaltung sind ausgenommen, hier soll weiterhin ein genereller Personalaufbau möglich sein. Dieses Modell hat sich bewährt. Wir wollen die Umverteilungsquote leicht erhöhen.

In Bereichen, wo es nicht um hoheitliche Aufgaben geht, wollen wir **keine automatischen Verbeamtungen** mehr. Die ständigen gerichtlich erzwungenen Erhöhungen der Beamt*innenbesoldung (über die Übernahme der Tarifabschlüsse hinaus) untergraben die Tarifaufonomie und sind ungerecht gegenüber öffentlichen Angestellten. (Dass Angestellten die Inanspruchnahme von Wohngeld „zugemutet“ werden kann, Beamt*innen aber nicht, ist ebenso ungerecht wie die Tatsache, dass Erhöhungen bei den unteren Eingruppierungen automatisch Erhöhungen selbst bei den höchsten Eingruppierungen nach sich ziehen müssen.) Wir setzen uns dafür ein, perspektivisch TVÖD und TV-L zusammenzuführen und als ersten Schritt zeitgleich und gemeinsam zu verhandeln.

Wir fordern, die Beamt*innenbesoldung wieder bundesweit einheitlich zu gestalten und die Arbeitszeiten an die der Angestellten im öffentlichen Dienst anzugleichen. Die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 41 Stunden wollen wir wieder auslaufen lassen. Es ist gut und richtig, dass Beschäftigte mit Kindern, mit pflegebedürftigen Angehörigen oder im Schichtdienst von der Arbeitszeiterhöhung ausgenommen sind, aber sie ist – gerade vor dem Hintergrund von Arbeitsintensivierung und Vereinbarkeit – auch für die Beschäftigten falsch, die nicht unter diese Ausnahmen fallen.

Wir wollen die Zahl der **Staatsrät*innen** auf die Zahl der Senator*innen verringern. Wir wollen Staatsrät*innen nach Möglichkeit künftig nicht mehr verbeamten.

Der öffentliche Dienst bietet gute Voraussetzungen, Gleichstellung und Diversität in besonderem Maße zu verwirklichen. Dies ist aber kein Selbstlauf. Insbesondere zum höheren Dienst existiert eine Gläserne Decke. Wir wollen das **Landesgleichstellungsgesetz** auch auf die öffentlichen Gesellschaften anwenden und systematisch mit dem Entgeltgleichheitscheck arbeiten. Bei Leitungspositionen setzen wir uns dafür ein, stärker Modelle geteilter Führung zu nutzen, die eine stärkere Vereinbarkeit von Beruf und Familie herstellen könnten.

Um den Anteil von **Beschäftigten mit Migrationsbiografie** zu erhöhen (der im öffentlichen Dienst sehr viel niedriger ist als in der Gesamtbevölkerung), werden wir Ausschreibungen und Besetzungsverfahren insbesondere unter dem Aspekt der mittelbaren Benachteiligung überprüfen. Zudem müssen bestehende Möglichkeiten der Nachqualifikation, bspw. im Rahmen der Unterstützung berufsbegleitender Masterprogramme, gestärkt und ausgebaut werden.

Wir wollen Azubis in allen öffentlichen Eigenbetrieben und Gesellschaften unbefristet übernehmen und setzen uns für einen unbefristeten Übernahmeanspruch im Tarifvertrag ein.

4.13 Regierungszusammenarbeit: Gleichberechtigt und auf Augenhöhe

Landesregierungen kommen durch Koalitionen zustande. Sie sind getragen von der Einigung zwischen Parteien, die sich auf Zeit über ein gemeinsames Regierungsprogramm verständigen, das programmatische Übereinstimmungen und eigene Akzente der Koalitionsparteien enthält. Diese Arbeit der Verständigung hört nicht mit dem Koalitionsvertrag auf, sondern muss während der gesamten Legislaturperiode weitergehen: Weil die äußeren Umstände sich ständig verändern, und weil vereinbarte Maßnahmen und Projekte auch wirklich den Sprung in die Realität schaffen müssen.

Der Senat darf sich daher nicht von den Fraktionen und Parteien der Regierungskoalition abkoppeln. Im Falle einer Regierungsbeteiligung bestehen wir auf regelmäßige Tagungen des **Koalitionsausschusses** und auf regelmäßige Beratungen des Senats mit den Fraktionsvorsitzenden der Koalition. Damit Senatsentscheidungen auch im Parlament eine Mehrheit finden, müssen die Regierungsfaktionen wichtige Senatsvorlagen rechtzeitig kennen und frühzeitig in Abstimmungsprozesse eingebunden werden.

Die **Praxis der Senatskommissionen sehen wir kritisch**, weil sie dazu führen kann, die Regierungsfaktionen von fachlichen Einigungsprozessen auszuschließen. Beschließende Senatskommissionen lehnen wir ab, Beschlüsse müssen im Gesamtsenat fallen. Die Bildung von Arbeitsgruppen des Koalitionsausschusses ist ein Instrument, das wir öfter nutzen wollen. Wir wollen die Zahl der sogenannten „Spiegelreferate“ bei der Senatskanzlei und im Finanzressort senken und den starken Personalaufbau bei der Senatskanzlei kritisch überprüfen.

Auch das Parlament selbst muss arbeitsfähig bleiben. Fraktionen sollen ihren Vorsitz teilen können — durch eine Änderung des Abgeordnetengesetzes ermöglichen wir geteilte Fraktionsvorsitze aufkommensneutral.

Das Verhalten im **Bundesrat** muss den Interessen des Bundeslandes Rechnung tragen. Steuersenkungen, Sozialkürzungen und Entscheidungen, die finanzielle Belastungen hin zu Ländern und Kommunen verschieben, kann Bremen im Bundesrat nicht zustimmen. Absprachen und Festlegungen im Senat über das Stimmverhalten im Bundesrat sind einzuhalten.

4.14 Haushalt und Finanzen

Die öffentlichen Einnahmen haben sich in den letzten Jahren in etwa parallel zur Inflation und zum durchschnittlichen Lohnniveau entwickelt. Die Aufgaben der öffentlichen Hand sind aber erheblich gestiegen. Mehr Ausgaben für Kinderbetreuung und für den Klimaumbau, für das Bildungswesen und die Auflösung des Investitionsstaus, für ausgleichende soziale Leistungen und für mehr Resilienz gegenüber den Unwägbarkeiten der globalen Entwicklung: All das erfordert eine Stärkung der öffentlichen Einnahmen, die aber blockiert wird durch die Schuldenbremse und durch die unzureichende Besteuerung großer Vermögen und Gewinne. Das ist der Kern der zunehmenden **Haushaltsprobleme**, mit denen alle staatlichen Ebenen – Bund, Länder und besonders die Kommunen – zu kämpfen haben.

Im Gegensatz zum Bund sind die Möglichkeiten von Ländern und Kommunen zur **Einnahmesteigerung** begrenzt. Die Kommunen können die Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer bestimmen. Die Länder haben dagegen praktisch nur die Grunderwerbsteuer, die sie gestalten können. Maßgeblich für die Finanzen der Bundesländer sind auf der positiven Seite die Bevölkerungsentwicklung, weil die Gemeinschaftssteuern nach Einwohner*innenzahl verteilt werden, und auf der negativen Seite die Armutsentwicklung, denn Armut und soziale Spaltung treiben die Ausgaben hoch.

Dass es den öffentlichen Finanzen gut geht, wenn es „**der Wirtschaft**“ gut geht, gilt nicht in jedem Fall. Unternehmensgewinne, die durch Innovation und technische Fähigkeiten zustande kommen, sind gut für die öffentliche Hand. Unternehmensgewinne dagegen, die durch bloße Umverteilung von unten nach oben zustande kommen, sind dagegen schlecht für die öffentliche Hand: Lohndrücken oder überhöhte Mieten oder Preise führen dazu, dass mehr Menschen auf Wohngeld, aufstockende Leistungen und andere soziale Ausgleichs angewiesen sind. Dasselbe gilt für Gewinne, die durch das Verschieben von Verantwortung auf die öffentliche Hand erzeugt werden, z.B. indem Unternehmen sich selbst nicht um Klimaschutz, Vereinbarkeit, Aus- und Weiterbildung kümmern.

Es daher finanzpolitisch richtig, dass die rot-grün-rote Landesregierung z.B. durch den Ausbildungsfonds sich dieser Verschiebung von finanzieller Verantwortung widersetzt hat – oder durch das Festhalten an Klimaauflagen.

Chancen nutzen statt Kaputtsanieren

Das Bundesland Bremen kann auf einige positive Entwicklungen verweisen. Das **Wirtschaftswachstum** der letzten Jahre war überdurchschnittlich, auch unabhängig von der Konjunkturentwicklung. Das ist das Ergebnis einer klugen und nachhaltigen Nutzung von Notlagenfinanzierungen, aber vor allem das Ergebnis eines überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstums. Letzteres hat sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die öffentlichen Einnahmen unmittelbar und beträchtlich gestärkt. Ursache dafür waren die **Zuwanderung** aus Drittstaaten und das Steigen der **Studierendenzahlen**. Das Bundesland Bremen ist jünger, migrantischer, und es wächst schneller als andere Bundesländer, die es teilweise bereits mit einem Schrumpfen der Bevölkerung zu tun haben.

Wir halten deshalb daran fest: Wir gehen nicht den kurzsichtigen Weg, die öffentlichen Finanzen durch Kürzungen bei Bildung und Soziales „sanieren“ zu wollen. Wir halten fest an einer weltoffenen Integrationspolitik, am **Investieren in Menschen**, an einem Maß von Auflagen und Besteuerung, das den vielen Vorteilen des Standorts und den damit verbundenen öffentlichen Aufgaben) Rechnung trägt. Wir halten fest daran, uns gegen die Art von Unternehmensgewinnen zu stemmen, die nur darauf beruhen, Menschen mehr Geld aus der Tasche zu ziehen oder sich aus der betrieblichen

Verantwortung für Zukunftsausgaben zurückzuziehen – mit einer aktiven Wohnungspolitik, Landesmindestlohn und Tarifbindung, öffentlichen Auflagen bei privaten Investitionen.

Bremen und der Bund

Bremen ist chronisch unterfinanziert. Das ist kein Betriebsunfall, sondern wesentlich das Ergebnis einer föderalen Struktur, die **Stadtstaaten benachteiligt**, und einer Schuldenbremse, die öffentliche Investitionen als Bedrohung behandelt, während privater Reichtum ungestört wächst.

Wir setzen uns auf Bundesebene weiterhin für eine substanzielle Altschulden-Entlastung ein. Dass unser Bundesland bei jüngsten Entlastungsgesetzen für die Länder und Kommunen (LKEG) leer ausging, weil Stadtstaaten explizit ausgenommen wurden, ist eine unhaltbare Entscheidung. Wir wollen, dass diese Fehlkonstruktion korrigiert wird, ein weitgehender Altschuldenfonds für alle Kommunen inklusive Stadtstaaten eingerichtet wird und der föderale Bund-Länder-Finanzausgleich die Bedarfe sozialräumlicher Ballungsgebiete höher gewichtet als die Bayerns.

Wir fordern weiterhin eine Abschaffung, mindestens eine grundlegende Reform der bundesweiten **Schuldenbremse**. Der neoliberale Kurs, Staatsfinanzen seit etwa 15 Jahren auf die Schwarze Null zu orientieren - mit Einführung einer Schuldenbremsen-Regelung auf Landesebene 2015, die seit 2020 greift -, hat notwendige Investitionen in soziale Infrastruktur und öffentliches Eigentum zur Bedrohung erklärt und blockiert. Die Folge: Der Sanierungsstau ist bundesweit auf einem Rekordniveau, und auch in Bremen und Bremerhaven wurde jahrelang zu wenig investiert, um formale Kreditgrenzen einzuhalten. Die Aufweichung dieser Doktrin im Zuge der letzten großen Finanzpakete des Bundes gilt für Verteidigungsausgaben, aber nicht für Investitionen in Bildung. Der Länderanteil am Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ ist viel zu gering und kein Ersatz dafür, Investitionen außerhalb der Schuldenbremse tätigen zu können.

Mit der Politik der Steuersenkung und Steuerzurückhaltung gegenüber **großen Vermögen und Gewinnen** fährt die Bundesregierung Länder und Kommunen an die Wand. Wir fordern dringend die Reaktivierung der Vermögensteuer, denn diese käme den Ländern zugute und hat das Potenzial, Bremen mit jährlich 1 Milliarde Euro mehr auszustatten. Ebenso fordern wir dringend eine Reform der Erbschaftsteuer, die große Erbschaften angemessen besteuert, denn auch dies käme unmittelbar den Ländern zugute.

Einige eigene Fehler der Vergangenheit haben die Problemlage unnötig verschärft. Dass Bremen sich mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU seinerzeit die schärfste Länderschuldenbremse in der Landesverfassung gegeben hat und damit u.a. als einziges Bundesland eine kommunale Schuldenbremse verankert hat, war ein solcher Fehler und ist maßgeblich für die kommunale Finanzkrise Bremerhavens verantwortlich. Wir wollen, dass mindestens **Bremerhaven** als eigenständige, räumlich getrennte Kommune im Stadtstaat anerkannt und von der Schuldenbremse befreit wird – und dass für eine entsprechende Änderung der Landesverfassung auch die CDU über ihren Schatten springt und die nötige Zweidrittelmehrheit mitträgt.

Den finanziellen Spielraum erweitern

Das Bundesland Bremen muss seine Möglichkeiten nutzen, aus eigener Kraft seinen finanziellen Spielraum zu erhalten und auszuweiten. Wir wollen die **Klimakrise als Ausnahme von der Schuldenbremse** nutzen, wie es das Urteil des Staatsgerichtshofs im Grundsatz als Möglichkeit bestätigt hat. Sogenannte finanzielle Transaktionen, d.h. das (schuldenbremsenneutrale) Ausstatten von öffentlichen Gesellschaften mit Startkapital für wichtige investive Aufgaben, sind nötig, um diese öffentlichen Investitionen tätigen zu können. Um mehr Flexibilität gegenüber der starren

„Jährlichkeit“ der Schuldenbremse zu gewinnen, sind ebenfalls Kassenkredite und Betriebsmittelkredite ein wichtiges Instrument.

Bremen wird nicht umhinkommen, die **Grundsteuer und die Gewerbesteuer** maßvoll zu erhöhen – wir werden diese Möglichkeit nutzen, um die notwendigen öffentlichen Aufgaben weiterhin finanzieren zu können. Bei der **Grunderwerbsteuer** wollen wir eine progressive Ausgestaltung: Kleine Vorgänge wie der Erwerb eigenen Wohnraums werden dadurch entlastet, große Immobilieninvestitionen stärker herangezogen, und insgesamt die Einnahmehasis des Landes verbessert. Das hilft jungen Familien, die derzeit große Schwierigkeiten haben, Wohneigentum zu erwerben. Ungerechte Preisfindungsmechanismen, durch die derzeit Wohngrundstücke zu teuer und Gewerbegrundstücke zu billig vergeben oder verkauft werden, werden wir ändern.

Für einen gerechten Steuervollzug ist die Arbeit von **Steuerfahnder*innen und Betriebsprüfer*innen** unerlässlich. Pro Betriebsprüfer*in wird ein jährliches Steuermehraufkommen von etwa einer Million Euro erzielt. Dass in Bremen fast jede zweite Stelle in der Betriebsprüfung unbesetzt ist, kann so nicht bleiben. Dieser Personalmangel kostet Bremen jährlich ungefähr 60 Millionen Euro. Wir fordern, dass Fachkräfte, die sich für einen Verbleib in der Finanzverwaltung entscheiden, stärker unterstützt und gefördert werden. Einen weiteren wichtigen Baustein kann und muss hierfür die Digitalisierung der Verwaltung darstellen. Automatisierte Kontrollmitteilungen und länderübergreifender Datenabgleich sind vor allem dort wirksam, wo Kapital mobil ist und sich der Kontrolle einzelner Bundesländer entzieht. Wir fordern eine Digitalisierungsstrategie der bremischen Finanzverwaltung, die Personalaufbau und technische Modernisierung zusammen denkt.

Wohnungsnot und gleichzeitig Spekulation mit Bauland? Nicht mit uns! Wir fordern eine hohe Besteuerung von baureifen Grundstücken, auf denen nicht gebaut wird. Durch die Einführung der **Grundsteuer C** mit einem Hebesatz von 8.000 % nach dem Beispiel Hamburgs können so Mehreinnahmen erzielt und Wohnungsbau angeregt werden.

Steuern auf „Vergnügen“ – natürlich ohne die Kulturszene zu schädigen. Steuern auf Spielautomaten und Wettbüros senken das Suchtpotenzial und fließen direkt in die kommunalen Kassen. Wir setzen uns für eine erneute Erhöhung dieser Vergnügungssteuern in Bremen ein. Feiern, Musik und Kino bleiben natürlich ohne zusätzliche Steuern.

Die **Rekommunalisierung** von Wohnungsbau und Energieversorgung werden wir weiter vorantreiben.

Wo es möglich ist, sollen öffentliche Leistungen wie Bildung, Betreuung, Gesundheit etc. kostenfrei zur Verfügung stehen. Das ist angesichts der begrenzten finanziellen Spielräume nicht durchweg möglich. Wir halten es in jedem Fall für besonders wichtig, Abgaben und Gebühren (und ggf. auch Preise) **sozial zu staffeln** und dafür zu sorgen, dass es zu allen öffentlichen Leistungen auch einen günstigen oder kostenfreien Zugang für diejenigen gibt, die sie anders nicht nutzen können.

Im Bundesrat aktiv werden

Rund 5.000 Menschen besitzen ein Viertel des Gesamtvermögens in Deutschland. Durch diese Anhäufung an Reichtum ist hier ein massiver Vorteil der politischen Einflussnahme entstanden. Zudem beteiligen sich sogenannte Superreiche unterdurchschnittlich viel im Vergleich zum Rest der Bevölkerung an der Finanzierung des Gemeinwesens. Daher ist das **Wiedereinsetzen der Vermögensteuer** ein Muss, nicht zuletzt, um auch eine höhere politische Gerechtigkeit wiederherzustellen. Das werden wir in Zusammenarbeit mit der Bundespartei weiter vorantreiben.

Wir setzen uns für ein striktes **Verbot des anonymen Immobilienerwerbs**, eine lückenlose Pflicht zur Offenlegung wirtschaftlich Berechtigter im Transparenzregister sowie eine spürbare personelle und technische Aufrüstung der Finanzermittlungsbehörden ein. Illegale Vermögen aus Schmuggel und organisierter Kriminalität müssen konsequent beschlagnahmt werden.

Die massive Erhöhung von Finanzvermögen ist hauptsächlich durch Dividenden entstanden. Diese unterliegen lediglich der Abgeltungssteuer in Höhe von 25 % und nicht dem Einkommensteuertarif mit bis zu 45 %. Um hier für mehr steuerliche Gerechtigkeit zu sorgen und auch die starken Schultern im Sinne des Leistungsfähigkeitsprinzips angemessen mehr zu belasten, wollen wir die Abgeltungssteuer abschaffen.

Rüstungsunternehmen erzielen, auch durch das Sondervermögen, immense Gewinne, finanziert durch Steuergelder. Krisen, wie die Covid-Pandemie, haben die Gewinne von Pharmakonzernen in exorbitante Höhen steigen lassen. Finanziert wurde das durch das Gemeinwesen. Seit Jahren fahren Ölkonzerne immense Gewinne ein. Die durch den Irankrieg ausgelöste Krise machen sich diese Unternehmen zunutze und steigern ihre Profite bis zu neuen Rekorden. Die Zeche zahlen die Verbraucher*innen. Und all das, ohne dass irgendwelche betrieblichen Entscheidungen dies verursacht hätte. Diese Übergewinne müssen abgeschöpft werden: Unmittelbar durch eine **Übergewinnsteuer**, langfristig durch eine **Monopolsteuer**, die sich gezielt auf Bereiche richtet, wo durch Monopol- oder Oligopolstellungen überhöhte Preise abgeschöpft werden.

Wir halten die aktuelle Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen für verfassungswidrig. Keine der zuständigen Regierungen ist hier ihrer Pflicht nachgekommen, die überfällige Reform voranzutreiben. Sie haben sich der Verantwortung entzogen. Wir finden diese Tatenlosigkeit skandalös. Wir werden uns weiterhin für eine **Reform der Erbschaftsteuer** einsetzen, die für eine höhere Gerechtigkeit sorgt und die aktuelle Ungleichheit minimiert. Wir unterstützen das Konzept der Bundespartei, welches einen Freibetrag in Höhe von 150.000 EUR ausruft. Dieser verdoppelt sich für über 60-Jährige, minderjährige Kinder bzw. einer von der*dem Erblasser*in bestimmten Person, um zu verhindern, dass durchschnittliches Wohneigentum besteuert wird. Außerdem wird der Steuertarif vereinheitlicht mit einem Spitzensteuersatz von 60 Prozent. Das gilt ab einem zu versteuernden Erbe von 3 Millionen, unabhängig vom Verwandtschaftsverhältnis. Großzügige Stundungsregelungen verhindern, dass das Fortbestehen von kleinen und mittleren Unternehmen gefährdet wird. Die völlig zurecht umstrittene Verschonungsbedarfsprüfung, bei der sich bei einer Erbschaft von mehr als 26 Millionen von der gesamten Erbschaftssteuer befreien lassen können, gehört abgeschafft. Auch dazu dienen die Stundungsregelungen.

Immer wieder wird über eine Erhöhung der **Umsatzsteuer** diskutiert. Dies würde speziell niedrige Einkommen noch mehr belasten. Daher fordern wir nicht nur, dass der aktuelle Satz in Höhe von 7 Prozent für Güter des täglichen Bedarfs und 19 Prozent im Regelsatz erhalten bleiben, sondern gehen noch einen Schritt weiter. Um eine reale Entlastung für Menschen mit einem geringen Einkommen zu erreichen, fordern wir, die Mehrwertsteuerbelastung für Grundnahrungsmittel, ÖPNV und Hygieneprodukte auf 0 Prozent zu senken. Um hier sicherzustellen, dass die Menschen tatsächlich entlastet werden und die Unternehmen sich die Steuersenkung nicht einverleiben, benötigt es selbstverständlich entsprechende Kontrollen in Form von z. B. mit einem stärkeren Kartellrecht.

Mit der sogenannten Tonnagebesteuerung können Reedereien ihren zu versteuernden Gewinn künstlich kleinrechnen. 2022 war sie die zweitgrößte Subvention überhaupt in Deutschland, 2026 betragen die Mindereinnahmen noch 1,5 Milliarden Euro, der Großteil davon wird den Ländern und Kommunen aufgebürdet. Seit 2009 gab es keine Evaluation mehr, ob die Subvention überhaupt ihren Zweck erfüllt, Reedereien in Deutschland zu halten, und ob sie nicht zumindest reduziert werden kann. Wir fordern die Abschaffung des Steuerprivilegs "Tonnagebesteuerung" und die reguläre Besteuerung tatsächlicher Reedergewinne über die Körperschaft- und Gewerbesteuer.

Wir setzen uns auf Bundesebene für die **Abschaffung des Ehegattensplittings** und die Einführung einer Alternative ein.